

Lichtstrahlen

Zeitschrift für Wissenschaftlichen Kommunismus

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur
» Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde 3 »

Nr. 1 - 14

Oktober 1920 - Mai 1921

6. Jahrg.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Redaktionelle Anmerkungen

Die Seitenzahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf den vorherigen Text der Originalausgabe.

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt oder fett gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkription: Privatarchiv und IISH (INTERNATIONAL INSTITUTE OF SOCIAL HISTORY, Amsterdam)

Impressum

Transkription und Herausgeber: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen
Umschlag: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Inhalt

6. Jahrgang	Nr. 1	5. Oktober 1920	7
		Rückblick und Ausblick zum neuen Jahrgang.	7
		Wie macht man Revolution?	9
		Die ökonomischen Voraussetzungen zum Sozialismus in der Entwicklung der Kommunen.	11
		Deutschland und die Stellung der russischen Kommunistenführer zur Intelligenz.	14
		Rundschau.	18
		Zugesandte Druckschriften.	20
6. Jahrgang	Nr. 2	20. Oktober 1920	21
		Die Taktik der Kommunistischen Partei.	21
		Wie macht man Revolution?	24
		Etwas über positive Arbeit.	30
		Rundschau.	32
6. Jahrgang	Nr. 3	5. November 1920	34
		Nationalbolschewismus.	34
		Russische Methoden in Deutschland?	38
		Zur Literatur über die große französische Revolution.	41
		Rundschau.	43
		Zugesandte Druckschriften.	47
6. Jahrgang	Nr. 4	20. November 1920	49
		Eine Errungenschaft der Revolution	49
		„Befestigung“ des Geldwerts.	51
		Gerechtigkeit.	53
		Rundschau.	56
6. Jahrgang	Nr. 5	5. Dezember 1920	59
		Ein Jubiläum der Arbeitslosigkeit.	59
		Mehr Opfermut.	60
		Die Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens durch die soziale Revolution.	62
		Assignaten-Wirtschaft.	64
		Rundschau.	66
6. Jahrgang	Nr. 6	20. Dezember 1920	69
		Taylor-System.	69
		Ein Wort zu dem Thema: Sozialismus und Christentum.	73
		Sturm.	74
		Rundschau.	75

	Zugesandte Druckschriften.....	78
6. Jahrgang	Nr. 7	5. Januar 1921..... 79
	Steuer-moral.	79
	Von der geistigen Not.	80
	Kapitalismus und Wohnungsnot.	83
	Rundschau.	86
	Zugesandte Druckschriften.....	88
6. Jahrgang	Nr. 8	20. Januar 1921..... 89
	Der Hunger als Wahlparole.....	89
	Was uns als Deutsche eint.	91
	Arbeitslos.	94
	Rundschau.	95
6. Jahrgang	Nr. 9	5. Februar 1921..... 100
	Schon wieder Burgfriede.....	100
	Der Kommunismus der Hussiten.	103
	Rundschau.	106
	Zugesandte Druckschriften.....	109
6. Jahrgang	Nr. 10	20. Februar 1921..... 110
	Und dennoch nationale Einheitsfront?	110
	Kommunistische Demokratie.	111
	Das wirtschaftliche Argument im politischen Kampf.	113
	Rundschau.	117
	Zugesandte Druckschriften.....	119
6. Jahrgang	Nr. 11	5. März 1921..... 120
	Was soll der Arbeiter tun?.....	120
	Über wirtschaftssozialistische Aufklärungsarbeit der Nachkriegszeit.	123
	Von Münchhausens Zopf.	126
	Rundschau.	127
6. Jahrgang	Nr. 12	20. März 1921..... 130
	Nie wieder Krieg.	130
	Die wirtschaftliche Aufklärung im Dienste des Kommunismus.....	132
	Das Testament des Pfarrers Meslier.....	134
	Rundschau.	137
	Zugesandte Druckschriften.....	138
6. Jahrgang	Nr. 13	5. April 1921..... 140
	Vom privaten Unternehmungsgeist.....	140
	Die industrielle Umwälzung der Welt.....	142

Das Papiergeld in der Revolution.....	146
Rundschau.....	147
Zugesandte Druckschriften.....	149
6. Jahrgang Nr. 14 20. Mai 1921	150
Abschiedswort.....	150
Weltindustrialisierung.....	152
Kommunistische Praxis.....	155
Rundschau.....	157
Zugesandte Druckschriften.....	158

6. Jahrgang Nr. 1 5. Oktober 1920

Rückblick und Ausblick zum neuen Jahrgang.

Berlin, den 2. Oktober 1920.

Wiederum haben die Lichtstrahlen ein Jahr ihres Bestehens vollendet, wiederum beginnen sie einen neuen Jahrgang, den sechsten. Wenn wir aus diesem Anlass die Ereignisse der letzt verflissenen zwölf Monate in einem zusammenfassenden Überblick an unserem geistigen Auge vorübergleiten lassen, so zeigt sich, dass die deutsche Revolution einen sehr viel langsameren Gang angenommen hat, als wir alle das vorausgesehen haben. Von Anfang an hat unser Blatt in dieser Beziehung zu denen gehört, die vor übertriebenem Optimismus warnten. Im November 1918 sahen wir voraus, dass die vielgepriesene Einigkeit der „unblutigen“ Revolution ein schnelles Ende nehmen und schweren Kämpfen Platz machen werde. Und doch müssen wir zugeben, dass auch wir die Todeszuckungen des schon seit Jahren im Sterben liegenden Kapitalismus noch unterschätzt haben. Dass die Einberufung der Nationalversammlung, die Errichtung der bürgerlich-parlamentarischen Republik nur ein Mittel war, um dem Kapital die Macht wieder in die Hand zu geben, das sieht heute wohl jedermann ein. Es hat die ihm gebotene Waffe gründlich ausgenutzt, und wir müssen leider konstatieren, dass es heute entschieden kräftiger dasteht als vor einem Jahre. Eine erstaunliche, schier unfassbare Tatsache. Denken wir zurück an den letzten Winter, so waren schon damals Not und Elend so riesengroß, dass man sich eine Steigerung kaum noch vorstellen konnte. Und dennoch ist solche Steigerung eingetreten! Der Sommer hat eine andauernd fortschreitende Verschlechterung der Wirtschaftslage gebracht, das Kapital ist völlig außer Stande, die Volks- [1] massen auch nur halbwegs zu ernähren, die Arbeitslosigkeit wächst mit jedem Tage, auch die noch in Beschäftigung verbliebenen Arbeiter sind meist auf halbe Arbeitszeit und halben Lohn reduziert, der gebildete Mittelstand ist völlig ins Proletariat hinabgeschleudert, die Staatsfinanzen sind total zerrüttet, und nirgends auch nur der leiseste Ausblick auf Besserung; nicht das mindeste ist geschehen, das auch nur den ernstlichen Willen zur Heilung unseres Wirtschaftslebens zeigt – und dennoch dulden und ertragen es die Volksmassen in einem erschreckenden Stumpfsinn weiter. Nicht einmal die Kapp-Revolution hat es vermocht, eine große revolutionäre Bewegung auszulösen. Im Gegenteil, die Volksbewegung, die sich ihr entgegenstellte, endete damit, dass Herr *Ebert* seinen Thron wieder bestieg und dass bald darauf das Kapital sogar auf die sogenannten Arbeitervertreter verzichten konnte, die bis dahin noch in der Reichsregierung saßen und immerhin für viele den Schein erweckt hatten, als wenn wir „sozialistisch“ regiert würden.

Unter solchen Umständen möchten wir nicht prophezeien. Freilich, wir wissen mit unbedingter Sicherheit, dass dieser Zustand nicht dauern kann. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, dass eines Tages urplötzlich, wenn vielleicht niemand mehr daran denkt, mit elementarer Gewalt der wirtschaftliche, und ihm folgend auch der politische Zusammenbruch da sein wird. Aber wer will voraussagen, wie lange das noch dauern kann! Wer wagt es abzuschätzen, bis zu welchem Grad der Aushungerung und Knechtung sich die deutschen Arbeiter noch erniedrigen lassen werden! Gewiss, wenn man von den Rüstungen der Orgesch, von den Maßnahmen der Gegenrevolution hört, wenn man sieht, wie die leitenden Staatsmänner kürzlich in Spa und jetzt wieder in Brüssel mit oberflächlichen Phrasen, deren Unrichtigkeit jeder merken muss, über den Abgrund hinwegzutänzeln suchen, dann möchte man mit Bestimmtheit annehmen, dass es in den nächsten Tagen losgehen muss. Aber wo sind die Männer, das schwere Werk einer deutschen Revolution zu vollbringen? Die deutschen Arbeiter? Sind es nicht dieselben, die auf Kommando ihre

Knochen und ihre Fäuste dazu hergaben, ihre eigenen Brüder in Finnland und in der Ukraine niederzuschlagen?

Auch innerhalb der Arbeiterbewegung selbst gehen Dinge vor, die man keineswegs mit ungetrübter Freude betrachten kann. Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten wird, soweit sich das in diesem Augenblick beurteilen lässt, wohl zersprengt werden. Noch vor 14 Tagen schien es, als wenn [2] nur ein kleiner Teil ihrer Anhänger sich zum Anschluss an Moskau entschließen werde. Heute hat sich, nach den Berichten aus den verschiedenen Orten, das Bild gedreht. Heute scheint es, als ob wohl mindestens die Hälfte den Dittmännern die Gefolgschaft versagen wird. Obgleich man auch bei dieser Schätzung äußerst vorsichtig sein muss. Die bisher vollzogenen Abstimmungen wollen für das endgültige Resultat noch nicht allzu viel besagen. Man hat da schon die wunderbarsten Dinge erlebt. War nicht in der alten sozialdemokratischen Partei der Missmut und die Unzufriedenheit mit der Führung schon vor dem Kriege allgemein? Und doch konnten die Scheidemänner mit den von den Arbeitern zusammengebrachten Geldern, Zeitungen, Genossenschaftshäusern usw. ihr Spiel ungehindert treiben bis auf den heutigen Tag. Alles wird darauf ankommen, ob die jetzigen Leiter der Unabhängigen Partei die Intrige hinter den Kulissen ebenso gut verstehen wie der damalige Parteivorstand. Haben wir es nicht oft genug erlebt, dass ein Parteitag das gerade Gegenteil von dem beschloss, was die Partei wollte, und dass dann auch die „Radikalsten“ sich fügten aus Achtung vor der „demokratischen Disziplin“?

Doch sehen wir selbst davon ab, so ist da noch eine andere sehr wichtige Frage zu erledigen, die die meisten heute noch gar nicht sehen und die gleichwohl sehr bald aktuell werden wird. Gesetzt den Fall, die Unabhängige Partei zerbricht in zwei ungefähr gleiche Stücke, wobei sogar vielleicht die Mehrheit nach links geht. Dann ist es möglich, dass der rechte Flügel so sehr an Bedeutung und politischem Einfluss verliert, dass er auf die Dauer nicht allein existieren kann und über kurz oder lang mit den Scheidemännern zusammengeht, wobei dann vielleicht noch einige persönlich anständige Führer vor dieser Konsequenz zurückschrecken und wieder den Weg nach links finden. – Aber der linke Flügel, was wird mit dem? Aller Voraussicht nach beabsichtigt er, einfach der Kommunistischen Partei beizutreten. Da ist es nun sehr die Frage, ob man der Kommunistischen Partei zu solchem Zuwachs gratulieren darf. Glaubt man denn, dass Männer wie *Däumig* oder *Richard Müller* deshalb anders werden, weil sie sich etwa von morgen ab Kommunisten nennen? Sie gelten in ihren Kreisen als radikal, wie nach dem bekannten französischen Sprichwort der Einäugige König ist unter den Blinden. Sind sie einmal unter den Kommunisten, so dürfte sich ihr „Radikalismus“ auf eine Weise offenbaren, dass manchem heutigen Kommunisten die Augen übergehen werden. Und sie kommen [3] nicht allein! Sie bringen mit sich einen Tross von Leuten, die alle ebenso „radikal“ sind wie sie selbst. Sie sind die Führer, welche der Kommunistischen Partei eine große Zahl von Mitgliedern zugebracht haben. Und sie werden sich als Führer fühlen! Wer steht uns dafür, dass sie nicht bald ihrerseits in der KPD eine „Reinigung“ beginnen so, wie sie sie auffassen, gestützt darauf, dass sie dann vielleicht die Mehrheit der Parteimitglieder hinter sich haben!

Doch mag man diese Befürchtung für übertrieben halten, als sicher muss jedenfalls gelten, dass ein so starker Zustrom von Elementen, die es bisher in der Unabhängigen Partei ausgehalten haben, leicht zu einer Verwässerung der KPD führen kann, während man auf der anderen Seite, vornehmlich wegen der rein taktischen Fragen der Parlamentsbeteiligung und der Behandlung der Gewerkschaften, viele revolutionär zuverlässige Arbeiter von sich gestoßen hat.

So liegen denn nach jeder Richtung hin die Verhältnisse heute nicht besser, sondern viel, viel schlimmer als vor einem Jahre. Umso nötiger ist es, treu, unablässig und ausdauernd in dem

Sinne weiterzuarbeiten, wie es die Lichtstrahlen seit dem ersten Tage ihres Bestehens getan haben.

Wie macht man Revolution? ¹

I.

Wenn wir in unserm Blatt eine solche Frage aufwerfen, so wissen unsere Leser von vornherein, dass es sich nicht um Phantasien handeln kann nach Art jener Leute, die sich einbilden, die deutsche Revolution „gemacht“ zu haben, weil sie im Jahre 1918 in kleinen Zirkeln Verschwörerles spielten und ein paar tausend Armeerevolver ankauften. Für uns besteht die Revolution nicht in der Verjagung der Fürsten, der Umstürzung der Throne, der Änderung der Staatsverfassung. Für uns besteht die Revolution einzig und allein in der *wirtschaftlichen* Umwälzung, nämlich in der Verdrängung des Kapitalismus durch den Sozialismus. In diesem Sinne muss man leider sagen, dass die deutsche Revolution noch gar nicht begonnen hat. Einiges wenige in dieser Richtung ist ja in den zwei Jahren seit November 1918 in Deutschland geschehen, aber nicht in bewusster, planmäßiger Absicht, sondern durch die Macht der Umstände selbst. Mehr [4] und mehr stellt es sich heraus, dass die alte kapitalistische Wirtschaftsweise uns nicht mehr zu ernähren vermag. Stück für Stück bricht unser Wirtschaftsleben in Scherben. Das ist bisher alles. Aber irgendetwas Positives zum Neubau der sozialistischen Wirtschaft ist noch nicht geschehen. Das hat seinen Grund einmal in dem zähen Widerstand der Kapitalbesitzer, die, so gering sie an Zahl sind, dennoch immer noch eine kolossale Macht in Händen haben. Sodann aber und vornehmlich darin, dass die deutsche Arbeiterklasse immer noch nicht so recht weiß, was sie eigentlich zu ihrer Befreiung vom Kapitaljoch tun soll. Sie weiß noch nicht, wie man Revolution macht, d.h. sie weiß noch nicht, was für Maßregeln nötig sind, um die kapitalistische in die sozialistische Wirtschaftsweise hinüberzuführen.

So ist denn dies nach wie vor die brennendste Frage der Gegenwart. Denn sie *muss* gelöst werden, wenn wir nicht alle miteinander zu Grunde gehen sollen.

Das ist der Grund, weshalb bei uns alles mit begierigen Augen nach *Russland* blickt. Die Russen haben doch mehr gemacht als einen bloß politischen Umsturz. Sie sind doch seit drei Jahren am Werke mit tiefgreifenden Maßnahmen zur wirtschaftlichen Umgestaltung des Landes. Die Kapitalisten sind bei ihnen beseitigt, privater Profit ist bei ihnen nicht mehr möglich. Also, wie haben sie es gemacht? Welche bestimmten Maßnahmen haben sie ergriffen und was haben sie damit erreicht? Wie stehen sie heute wirtschaftlich.

Leider sind auf all diese Fragen bisher nur sehr unzulängliche Antworten erfolgt. Die Russen selbst, die ja in ihrem Lande eine ausgezeichnete Aufklärungspropaganda betrieben haben müssen – wie wäre es sonst möglich, dass die Bolschewiki die dauernde Unterstützung der breiten Volksmassen finden! – haben uns Deutsche in dieser Hinsicht bei weitem nicht befriedigt. Zwar werden von Moskau aus etwa seit Beginn dieses Jahres ein ganze Anzahl Publikationen in deutscher Sprache verbreitet, die Russische Korrespondenz, die Kommunistische Internationale und anderes, und sie enthalten auch viel wichtige und interessante Mitteilungen. Aber gerade die Haupt- und Kernfragen, die wir soeben anzudeuten versuchten, sind darin bisher nicht beantwortet worden.

Nun sind im Frühling dieses Jahres eine ganze Reihe deutscher Kommissionen in Russland gewesen. Was haben sie uns mitgebracht, die *Dittmann* und *Crispien*, die *Däumig* und *Stoecker*, die *Rühle* und *Merges*? Bisher verzeichnen wir als Frucht ihrer Reisen nur ein, für [5] unsern

¹ Aus den Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Neubau.

Geschmack wenigstens, ziemlich unerquickliches Gezank über den politischen Wert der dritten Internationale. Aber zur Stillung unseres brennenden Wissensdurstes über die wirtschaftlich-revolutionären Maßnahmen und Erfolge der Bolschewiki – nichts, nichts und noch einmal nichts.

Ein einziges Buch ist bisher erschienen, das sich mit diesen Fragen befasst: „*Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Russlands*“ von Dr. Alfons Goldschmidt.² Dieses Buch krankt leider unter zwei Fehlern, die es für die Masse der Arbeiterschaft fast ausschaltet. Der eine ist der unheimlich teure Preis. Wir wissen aus eigener bitterer Erfahrung, was Druck und Papier heutzutage kosten. Aber sollte es nicht doch möglich gewesen sein, ein Buch von etwa 300 Seiten etwas billiger als für 40 Mark in den Handel zu bringen? So wird es unter den Arbeitern nicht allzu viel Leser finden.

Der zweite schwere Fehler ist der gesucht unklare, ja geradezu unverständliche Stil, dessen sich der Verfasser befleißigt. Herr Dr. Goldschmidt leidet offenbar unter der Manie des Worte-Erfindens. Er hält es für unumgänglich notwendig, fast für jede, auch die einfachste Sache neue Worte zu erfinden. Und oft nicht einmal bloß eines, sondern gleich ein viertel bis ein halbes Dutzend, die dann alle nebeneinander aufmarschieren. Damit wird natürlich nur erreicht, dass man eine Menge Zeit verschwendet, um dieselbe Sache, die ganz gut mit einem Wort oder einem Satz auszudrücken wäre, zwei, drei, bis sechs Mal zu lesen. (Welche Papierverschwendung! Schon dadurch allein ist der Preis ungebührlich verteuert.) Überdies aber steht man seinen neuen, kunstvoll gedrechselten Worten oft ganz ratlos gegenüber. Man zerbricht sich den Kopf, was er eigentlich meinen mag, und verschwendet so, bis man's endlich herausgefunden hat, eine Menge Zeit, die wahrlich bessere Verwendung finden könnte. Übrigens wollen wir ruhig gestehen, dass uns an mehr als einer Stelle die Entzifferung überhaupt nicht geglückt ist. Schließlich ist es ja nicht unseres Amtes, Hieroglyphen zu lesen. Und wir können den Verdacht nicht unterdrücken, dass an solchen Stellen der Verfasser selbst nicht ganz klar gewusst hat, was zu sagen sei. Dies aber wollte er wohl nicht eingestehen, sondern hielt sich für verpflichtet, auf alle Fälle etwas zu sagen.

Trotz dieser Mängel empfehlen wir das Buch. Es ist bis jetzt unseres Wissens das einzige, das auf unsere obigen [6] Fragen zwar, auch noch nicht restlos Antwort gibt, aber doch wenigstens auf den Weg hinüberleitet, der zur Antwort hinführt. Um nun unseren Lesern die Arbeit zu erleichtern, wollen wir uns bemühen, dasjenige, was wir herausgefunden zu haben glauben, in etwas verständlicherem Deutsch hier vorzutragen.

II.

Die wirtschaftliche Umwälzung begann in Russland unmittelbar nach dem Sturze des Zarentums. Schon einige Tage nach Ausbruch der Februarrevolution (im März 1917) wählten in vielen Fabriken die Arbeiter sogenannte Fabrikkomitees. Das waren also Betriebsräte. Als ihre erste Aufgabe betrachteten sie die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, Lohnerhöhung, Achtstundentag usw. Aber dabei blieb es nicht. Ungefähr im Mai 1917 begann jene Sabotage der Kapitalisten durch Schließung der Betriebe, wie wir sie auch in Deutschland kennen gelernt haben. Übrigens geschah dies keineswegs nur zu dem Zweck, die Produktion zu sabotieren. Infolge der Preissteigerungen warfen die Fabriken vielfach in der Tat keine Überschüsse mehr ab, so dass die Fabrikanten vom kapitalistischen Standpunkt aus gar nicht anders handeln konnten, als die Bude zuzumachen. Das aber ließen sich die Arbeiter nicht gefallen. Sie forderten und erzwangen genaue Untersuchung jeder einzelnen Stilllegung. Gar nicht selten ordneten die Untersuchungskommissionen die Weiterführung des Betriebes an. Dann wurden die bisherigen Fabrikleiter entfernt und an ihre Stelle kamen

² Verlag Ernst Rowohlt, Berlin W 35.

Regierungskommissare. Manche Fabriken wurden auch auf Veranlassung der Prüfungskommissionen von der Regierung finanziert. Indessen erforderte das alles viel Zeit, und inzwischen ging infolge des andauernden Streits die Produktion arg zurück.

Mitte August 1917 begannen in den Fabrikkomitees die Bolschewiki die Macht zu gewinnen. Im September war die neue Offensive Brussilows misslungen, und es folgte Einschränkung der Rüstungsindustrie, was eine starke Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Nun erhoben die Bolschewiki die Forderung, dass die Fabrikkomitees die Kontrolle der Produktion übernehmen sollten. Natürlich zogen sie damit den ganzen Hass der noch übrig gebliebenen Kapitalmacht auf sich, und es entbrannte jener Kampf, der in der Oktoberrevolution die Bolschewiki an die Herrschaft brachte. Eine ihrer ersten Maßnahmen war die *Nationalisierung der Banken*. Anfang Dezember 1917 [7] wurden eines Tages sämtliche Bankgebäude von Truppen besetzt. Die Bankbeamten sollten ihre Arbeit weiter verrichten. Sie wollten zunächst nicht und begannen eine Sabotage, die aber nach einigen Monaten beendet war. Alle privaten Bankgeschäfte, so groß wie klein, wurden mit der Staatsbank vereinigt. Die innere Umwandlung des Bankbetriebes vollzog sich dann in langsamer Entwicklung Hand in Hand mit der allmählichen Umwandlung der Produktion.

Im Fabrikwesen arbeitete die neue Regierung planmäßig auf Zusammenfassung und Zentralisierung hin. Natürlich ging das nicht so schnell. Es kam zunächst eine Zeit, die Goldschmidt eine Periode „der lokalen Nationalisierung“ nennt. „Viele Unternehmer warfen das Leitseil weg, ließen das Steuer, zahlten keine Löhne mehr und gingen aus der Fabrik. Die jammernden Arbeiter riefen den Ortssowjet an, der nationalisieren und finanzieren sollte.“ So entstand ein Zustand, der etwa syndikalistischen Idealen entsprechen mag: jede einzelne Fabrik wurde von den Arbeitern, die gerade zufällig darin beschäftigt waren, übernommen und zunächst auf eigene Faust weitergeführt, bis dann die Zentralregierung sie zur Verbindung mit den anderen Fabriken ihrer Branche heranholte

„Beispielsweise wurden alle großen Maschinenbaubetriebe in den Bezirken Moskau, Nischni-Nowgorod, Kulibaki sozusagen durch Vertrustung nationalisiert. Das ging nicht in einem hin, aber es ging doch schnell ... Der Trust kam unter die Metallabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates.“

Wie nun die russische Industrie jetzt organisiert ist und arbeitet, das schildert Goldschmidt an dem Beispiel einer bestimmten Fabrik und eines bestimmten Industriezweiges, nämlich der Textilindustrie.

(Schluss folgt.)

Die ökonomischen Voraussetzungen zum Sozialismus in der Entwicklung der Kommunen.

Von L. F. Rosenberger, München.

Es liegt im Wesen einer Gemeinde, Gemeinschaft zu sein, *Kommune*. So war die Gemeinde ehemals Zweckgemeinschaft, Wirtschaftsgenossenschaft, die für die Existenz aller ihrer Mitglieder sorgte und sie in Gemeinschaftsleben [8] verband. Dieser alten Kommune entsprach Gemeindegut an Weiden, Wald und Feldern; in der frühesten Zeit der altgermanischen Mark auch des Hauses. Wir wissen von der altgermanischen Feldbestellung, von der Drei-Felderwirtschaft, deren Prinzip das wahrste Gemeinwirtschaft war; wie dann bei Entstehung größerer Ansiedlungen, der Städte, zwar jenes Arbeitsprinzip gebrochen, wie aber ganz besonders hier sich eine neue Wirtschaftskommune entwickelte, die Gemeinschaftsgeist umschloss. Es war die Zeit der Gotik, jenes Denkmals gemeinsamen

Erlebens, auch die Zeit, wo der Stadtwall die Gemeinde umschloss, die Zeit, die von Gemeinsinn erfüllt war.

Dann kam die Zeit der absolutistischen Staatsmaschine, in der eine Bürokratie alles zentralisierte, nicht etwa, um die kleine Gemeinschaft der Gemeinde durch die der größeren des Staates zu ersetzen, sondern um alles zu ersticken, was Gemeinsinn und Gemeinschaftskultur bedeutete.

Somit erstarb das kommunale Leben und Wirken. Und was dann wirklich noch am Leben war, erstarb in der liberalistischen Ära des Kapitalismus.

Die Wirtschaftsfreiheit, dieses Prinzip des aufstrebenden Bürgertums, das in der großen französischen Revolution siegreich durchdrang, hat zwar die alten Schranken des feudalen Absolutismus zersprengt, an seiner Stelle aber eine Wirtschaftsfreiheit geschaffen, die nichts weniger als geeignet war, das Gemeinschaftswesen in der Gemeinde wieder aufleben zu lassen.

Diese Freiheit im Wirtschaftsleben, das Bestreben des für munizipal-sozialistische Entwicklung gibt. Lord Avebury lichung [?] des Grundsatzes „laissez faire, laissez aller“, war im höchsten Grad verderblich für die Entwicklung der Gemeinden. Von den furchtbaren Verheerungen, die dieses Prinzip auf dem kommunalen Gebiete anrichtete, berichteten die Sterblichkeitsziffern der Städte, erzählten die großstädtischen Elendsbilder und zeugen noch die finsternen Mietskasernen mit den luft- und lichtarmen Wohnungen, die öden stinkenden Straßen. Die Boden- und Bauspekulanten und die kapitalistischen Gas- und Straßenbahngesellschaften erfreuten sich freilich hoher Gewinne. Aber wie aus solchen Zuständen heraus in den Kommunen Großbritanniens das Lebensinteresse des Volkes schließlich einen gesunden Munizipal-sozialismus entwickelte, so hat nun auch in Deutschland seit einigen Jahrzehnten der „Kommunal-Sozialismus“ sich Anerkennung verschafft. [9]

Besaß seit dem Ausgang des Mittelalters der Staat das Übergewicht gegenüber den Gemeinden, so hat sich das heute von Grund auf geändert: die Kommune baut sich *innerhalb* des kapitalistischen Staates zu Selbstverwaltungskörpern aus, und dank ihrer ökonomischen und geistigen Kräfte läuft diese Entwicklung der Gemeinden dem kapitalistischen Staatsideal gerade entgegengesetzt. So können wir gerade bei den größeren Städten den unbedingten Willen zur sozialistischen Staatsgestaltung bis zur Überreife beobachten, während das platte Land noch in dieser Entwicklung begriffen ist.

Es liegt in der Entwicklung der Gemeinde, dass sie wieder Wirtschaftsgenossenschaft wird. Auch hier liegt die Tatsache vor, dass alles, was wir in der ökonomischen Entwicklungstendenz wahrnehmen, eine Tendenz im Sinne oder in der Richtung zum Sozialismus ist. Bei der Betrachtung der Gemeinde als Wirtschaftsgenossenschaft ist es nötig, sich einmal zu vergegenwärtigen, welche gemeindliche Unternehmungen und Anstalten die Wirtschaftsgenossenschaft der Gemeinde (innerhalb des heutigen kapitalistischen Staates) bereits umfasst: Grundbesitz, Gas- und Elektrizitätswerk, Leihamt, Sparkasse, Feuerlöschwesen, Straßenreinigung, Kanalisation, Straßenbahn, Städtische Hoch- und Tiefbauten, Schlacht- und Viehhof, Märkte, Markthallen, Hafenanlagen und Lagerhäuser, Krankenhäuser, Desinfektionsanstalten, Volksbibliotheken und Lesehallen, Schulwesen und -verwaltung, öffentliche Anlagen, Theater, Museen u. a. m., und wie sich insbesondere von Jahr zu Jahr die kommunalen Unternehmungen auf immer neue Gebiete ausdehnen.

Diese Tendenz hat durch den Krieg ihre ungeheuerlichste Steigerung erfahren durch die kommunale Lebensmittelversorgung, Heizmaterialienverteilung u. a., die fortgesetzt nun

immer neue Gemeindebetriebe entstehen lässt, wie Fleischereien, Bäckereien, Milchanstalten. So entwickelt sich das Gebiet der kommunalen Wirtschaft ins ungeahnte.

Die heutige Kommune ist trotz alledem natürlich ein Bestandteil des bürgerlich-kapitalistischen Staates. Die Tendenz der Entwicklung zeigt aber so auffallend, wie sich innerhalb eines verfaulenden Körpers das Neue, Junge entwickelt, und dass es nur des politischen Willens, des Anstoßes bedarf, um die junge Kraft endgültig von der alten Schale zu lösen. Es ist klar, dass eine endgültige Sozialisierung in der Gemeinde eben auch erst nach dem politischen Akt eintreten kann, nachdem der Widerstand gebrochen ist, den die [10] Kapitalistenklasse entgegensetzen wird. Nichtsdestoweniger gibt uns aber gerade die Erkenntnis der ökonomischen Entwicklungstendenz der Gemeinde die Garantie für den Ausgang des Kampfes.

Es ist klar, dass der Kapitalismus versucht, alles, was mit Gemeinwirtschaft zusammenhängt, als nichttauglich zu erklären. Eines dieser Märchen ist das Gegenüberstellen der sogenannten Leistungen der Privatbetriebe und der Gemeindebetriebe. Dabei sind mit „Leistungen“ in echt kapitalistischem Sinne die Überschüsse gemeint, die der Betrieb seinem Besitzer abwirft. Aber selbst die finanziellen Ergebnisse der städtischen Werke lassen auf nichts weniger als auf Unrentabilität schließen. Aus der Zahl der Gemeindebetriebe wie aus ihren Gewinnziffern lässt sich zusammenfassend sagen: das sozialistische Prinzip hat bereits ökonomisch seinen Sieg über das liberalistische, über den Kapitalismus davongetragen.

Heute sind es nur mehr die kleinen Städte und Landgemeinden, die nur mit Privatbetrieben arbeiten. Eine Untersuchung deutscher Städte und Landgemeinden vom Jahre 1910 ergab: die Reingewinne aus den kommunalen Unternehmungen, dem Grundbesitz und den Kapitalien, also aus dem gesamten werbenden Vermögen, erreichen zusammen fast die Höhe der Gemeindesteuern. Man kann also sehr wohl sagen, dass die Gemeinden ihre finanzielle Kraft fast ebenso sehr aus ihren Unternehmungen wie aus den Steuern ziehen.

Es kann natürlich nicht in der Absicht dieser an Raum beschränkten Arbeit liegen, auf einzelne Betriebe technisch und kaufmännisch einzugehen, nur in großen Zügen sei die Tendenz zu unseren Voraussetzungen gezeichnet, die Tendenz zu weiteren, eben in der ökonomischen Entwicklungslinie liegenden Notwendigkeiten.

Hier sei England erwähnt, das ein typisches Beispiel für munizipal-sozialistische Entwicklung gibt. Lord Avebury nennt als Monopole englischer Städte den Betrieb von Straßenbahnen, Eisenbahnen, Dampfmaschinen, Motoromnibussen und elektrischen Anlagen, die Feuerversicherung, Tuchmacherei, Zuckerbäckerei in Schulen, Ziegelherstellung, Schneiderei und Lieferung von Milch und Eiern; außerdem spricht er von vielen anderen Unternehmungen. Die Stadt Manchester besitzt und betreibt nicht nur alle Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke und Trambahnen für sich selbst, sondern versorgt auch mehrere hunderttausend Personen in den Nachbargemeinden. [11] Weitere Betriebe der Stadt sind: Märkte, Schlachthäuser und Kühlhallen, die Straßenpflasterung und Kanalisation, Miets- und Kleinhäuser für Arbeiter, zwei landwirtschaftliche Güter im Zusammenhang mit der Straßenreinigung zur Verwertung des Unrates, Badeanstalten und Waschlagerhäuser und Friedhöfe. Die finanziell bedeutendste Unternehmung der Stadt ist die Manchester Ship Canal Company, an der sie mit einem Kapital von 120 Millionen Mark beteiligt ist, und von deren 19 Vorstandsmitgliedern sie zehn zu ernennen hat. Die Stadt besitzt 25 Schwimmbäder, 512 gewöhnliche Bäder, 3 türkische und russische und 10 Dampfbäder. Die Wagen und Karren, die Geschirre, Bürsten, Eimer usw., die in den städtischen Betrieben gebraucht werden, verfertigt die Stadt selber, ebenso Geschirre, Mörtel, Seife, Öle, Talg und Desinfektionspulver.

„Mit der Veränderung der ökonomischen Basis wälzt sich der ganze ideologische Überbau langsamer oder rascher um.“ Diese Worte von Karl Marx im Vorwort zu seiner Kritik der politischen Ökonomie behalten ihre Richtigkeit.

Die ökonomischen Verhältnisse haben einen Wechsel vollzogen oder sind gerade im Begriffe, es zu tun: die Eigentumstitel beginnen sich zu ändern, und damit schwankt das ganze Gebäude der bürgerlichen Gesellschaft. Nicht, als ob sich die kapitalistische Wirtschaft bereits in eine sozialistische verwandelt hätte – nein. Aber die Tendenz dieser ökonomischen Entwicklung ist da, unsere Voraussetzung, die Voraussetzung zum politischen Handeln, die uns die gesetzmäßige Bestimmtheit gibt, die Voraussetzung zur erfolgreichen Durchführung der Revolution.

Erst mit jenem politischen Akt schaffen wir wieder die Grundlage zur alten Gemeinde; erst dann kann jener alte Gemeinschaftsgeist neu zur Auslösung kommen, wenn es sich um eine tatsächliche Gemeinschaft handelt, um die Gemeinschaft der Schaffenden, mit einem Arbeiterrat an der Spitze. Nur das Räteystem vermag das gemeinschaftliche Erleben in der Kommune wieder zu ermöglichen, das alle Menschen organisch untereinander verbindet durch ein gemeinsames Ideal. – Die lokale Arbeitsgemeinschaft, das erste zusammenfassende Gemeinwesen, die ihre Erweiterung finden wird in der Arbeitsgemeinschaft des Volkes – die neue Gemeinde, die wiedererstandene Kulturgemeinschaft der alten Kommune. [12]

Deutschland und die Stellung der russischen Kommunistenführer zur Intelligenz.

Von H. H. Joergens - Berlin.

Unsere Genossen in Russland, denen kein Geschichtsbeispiel eine Richtschnur für ihren Kampf geben konnte, mussten sich auf Experimente einlassen, deren Ausgang unberechenbar war: Dabei wurden natürlich Fehler gemacht. Einer der schwersten war, dass das Proletariat es nicht verstanden hat, die verhältnismäßig kleine Schicht der russischen Intelligenz von vornherein zu sich heranzuziehen.

Nun ja, die Sünden und Fehler dieser Schicht waren groß, so groß, dass die Erbitterung im geknebelten Volke, einmal ihrer Fesseln ledig, kein Maß und Ziel mehr kannte. Ihr aus tiefstem Elend und Verzweiflung geborener Hass konnte sich nur im Blute derer kühlen, die die Träger und Stützen des kapitalistischen Wirtschaftsgebäudes gewesen waren. Wir wollen gerecht sein gegen beide Teile. Es war kein Wunder, dass das Volk den Führern entglitt, es war aber auch kein Wunder, dass unter solchen Umständen die bedrohte und verfolgte Intelligenz, soweit sie nicht erschlagen war, sich außer Landes in Sicherheit brachte.

Zwar bemüht sich die Sowjetregierung, diesen Fehler wieder gut zu machen, aber fast ist es zu spät. Zu spät, weil das Proletariat infolge der Eigenmächtigkeiten ungeeigneter Kommissare, die zum Teil selbst stahlen und ihre Vollmachten missbrauchten, jetzt auf die Volksregierung manchmal schon fast ebenso erbittert ist wie über die Gewalttaten der ehemaligen zaristischen Gouverneure; sodann aber, weil die Intelligenz, teils aus Not, teils aus eigenem Triebe inzwischen in's Lager der Weißgardisten hinübergegangen ist, wo man sie gut gebrauchen kann.

Du siehst den Splitter in deines Bruders Auge, betrachte dich selbst und du findest einen Balken in deinem eigenen! Sieht es in Deutschland etwa anders aus? O nein!

In Deutschland gibt es, im Gegensatz zu Russland, eine breite Schicht von Intelligenz und diese gehört heute nach Einnahmen und Lebensführung zu 99 Prozent zum Proletariat. Für den größten Teil dieses intellektuellen Proletariats haben Karl Marx, Ferd. Lassalle, Joh.

Gottlieb Fichte, Goethe, Schiller nicht umsonst gelebt. Sie wissen, dass das sterbende Vaterland nur gerettet werden kann durch den [13] Kommunismus. Aber werden sie zur Mitarbeit herangezogen? Nein: Da steht etwas im Wege, etwas Unüberwindliches, Unantastbares – das Vorurteil der proletarischen Massen, das – leider muss es gesagt werden – oft aus nicht ganz das selbstlosen Motiven von solchen, die Einfluss auf sie haben, genährt wird.

Diesen allen wie ihren Anhängern und blinden Nachläufern will ich vor Augen führen, zu welchem Entschluss die Führer des russischen Kommunismus in dieser Frage gekommen sind.

Auf dem 9. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands sagte *Lenin*:

„... Nein, Genossen, die Fähigkeit zu verwalten fällt nicht vom Himmel und wird nicht vom heiligen Geist geboren. Deshalb, weil die Arbeiterklasse eine fortgeschrittene Klasse ist, ist sie noch lange nicht von vornherein zur Verwaltung fähig. ...

... Wenn wir uns nicht auf die Position des reinsten Utopismus der leeren Phrasen stellen wollen, so müssen wir sagen, dass wir die durch die Revolution eroberte Konstitution sicherstellen müssen; für die Verwaltung aber, für die staatliche Organisation brauchen wir Leute, die die Technik der Verwaltung beherrschen die staatliche und wirtschaftliche Erfahrung besitzen. Solche Leute sind aber nirgends zu finden als in der vorhergehenden Klasse. ...“

Über das Problem der Verwaltung der Volkswirtschaft Sowjet-Russlands schreibt Genosse Lenin (Russische Korrespondenz Nr. 10):

„... Lernt aus der eigenen praktischen Erfahrung. Lernt auch von der Bourgeoisie. Sie hat es verstanden, ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten, sie besitzt Erfahrung, auf die wir nicht verzichten können. ...

... Tausende ehemaliger Offiziere, Generäle, Obersten der zaristischen Armee haben uns verraten und verkauft und Tausende der besten Rotgardisten sind ihnen zum Opfer gefallen. Ihr wisst das. Aber Zehntausende dienen uns, bleiben Anhänger der Bourgeoisie, und dennoch würde ohne sie die Rote Armee nicht existieren. Ihr wisst: als wir vor zwei Jahren den Versuch machten, ohne sie die rote Armee aufzubauen, schufen wir Freischärler, einen Haufen, d.h. wir verfügten wohl über Millionen Bajonette aber über keine Division. Nicht eine kriegsfähige Division war vorhanden, und wir waren mit unseren Millionen Bajonetten unfähig, gegen die Zahl der Weißen den Kampf zu beginnen. Diese Erfahrung hat uns viel Blut gekostet, und wir müssen sie nunmehr auf die Industrie anwenden. ...“

In Nr. 11 der Russischen Korrespondenz (S. 516 ff.) schreibt Professor *N. A. Grodeskul*:

„... Lenin hat in seinen letzten Reden beharrlich darauf hingewiesen, dass bei der Organisation der Wirtschaft wie überhaupt bei dem ganzen proletarischen Schaffen die ganze hierzu taugliche Erbschaft ausgenutzt werden muss, die uns der Kapitalis-[14] mus hinterlassen hat. Den wichtigsten Bestandteil dieser Erbschaft bildet der geistige Reichtum, der sich im Schoße des kapitalistischen Zeitabschnittes angehäuft hat: Wissen, Fähigkeit, Organisationstalent, Gewissenhaftigkeit. Wie die früheren Offiziere zur Organisation der Roten Armee herangezogen worden sind, so muss die ganze frühere Intelligenz, die ganze frühere gebildete Klasse zur Organisation des wirtschaftlichen Lebens herangezogen werden ... Ja, die Heranziehung der Intelligenz, alles dessen, was in Russland gebildet, befähigt, erfahren, ehrlich, gewissenhaft ist, – ist durchaus notwendig. Ohne dies ist keine Rettung möglich.“

„Wir glauben aber, dass hier nicht nur dieses, sondern noch etwas anderes gesagt werden muss. Die Intelligenz muss zur Verwirklichung der Arbeitsaufgaben des neuen Russland aufgefordert werden und sie wird aufgefordert, wird von den maßgebenden Leitern Sowjetrusslands aufgefordert. Die Intelligenz muss aber diesem Rufe folgen, muss sich kopfüber in die Sache stürzen, – nicht aus Furcht, sondern aus Gewissenspflicht. ...“

Desgleichen Trotzki (Rede auf dem IX. Kongress der P. R., Wirtschaftlicher Aufbau, Arbeitszwang u. A.):

„... Wandte unsere frühere Gesellschaft bei der Organisation der Arbeit zugunsten der Minderheit Zwangsmethoden an, wobei die Minderheit diesen Zwang auf die erdrückende Mehrheit der Werktätigen ausübte, so unternehmen wir zum ersten Mal in der Weltgeschichte den Versuch, die Arbeit der Werktätigen im Interesse dieser werktätigen Mehrheit zu organisieren. Das aber bedeutet selbstverständlich nicht die Beseitigung des Zwanges. Nein, der Zwang spielt und wird noch im Laufe einer bedeutenden historischen Periode eine große Rolle spielen. ... Wo der Arbeiter fertig wird, muss er der Leiter der Fabrik sein und einen Fachmann zum Gehilfen haben; wo aber der Fachmann am Platze ist, muss dieser zum Leiter gemacht und ihm ein Arbeiter als Gehilfe beigegeben werden. Das ist die einzige ernste Auffassung von der Sache und nur auf diesem Wege werden wir zum Ideal der organisierten Produktion gelangen. ...“

Das ist die maßgebliche Meinung derjenigen Führer der russischen Revolution, die durch die Schule härtester Praxis gegangen sind, beseelt von glühender Vaterlandsliebe und ganz erfüllt von dem heiligen Gedanken der Rettung des Proletariats aller Länder der Erde aus den Klauen des Kapitalismus.

Und nun das Entscheidende: Alle diese Ansichten und Ausführungen jener Führer werden erhärtet durch die Beschlüsse des 9. Kongresses der KPR. Hier heißt es im Artikel 11 (vergl. Russ. Korresp. Nr. 11 S. 456):

„Von dem Standpunkte ausgehend, dass ohne wissenschaftliche Organisation der Produktion die breiteste Anwendung der Arbeitspflicht und der größte Heroismus der Arbeiterklasse den Aufbau einer machtvollen sozialistischen Wirtschaft nicht sichern und dem Lande auch nicht die Möglichkeit geben können, sich aus den Klauen der Armut zu befreien, hält der Kongress es für unbedingt [15] notwendig, alle arbeitsfähigen Fachleute der verschiedenen Wirtschaftszweige zu registrieren und sie zur Organisation der Produktion auf jede Art und Weise auszunutzen.“

„Die Notwendigkeit der weiteren Kontrolle und der strengen Bestrafung aller gegenrevolutionären Elemente in Kraft lassend, die ihre Ämter zu Zwecken des Widerstandes gegen das sozialistische Wirtschaftsregime auszunutzen bestrebt sind, erinnert der Kongress gleichzeitig in der kategorischsten Form alle Parteimitglieder an die Aufgabe der ideellen Hinzuziehung der Fachleute in die Sphäre der Produktionsinteressen der Sowjetrepublik und macht es in strenger Übereinstimmung mit dem Geist und dem Buchstaben unseres Programms, allen Parteifunktionären zur Pflicht, die Herstellung einer Atmosphäre kameradschaftlicher Mitarbeiterschaft zwischen den Arbeitern und den technischen Fachleuten anzustreben, die das proletarische Regime vom bürgerlichen geerbt hat.“

„Für eine der Agitationsaufgaben auf gesamtpolitischem Gebiet und auf dem Gebiete der Produktion hält der Kongress die Bekanntmachung der breiten Arbeitermassen mit dem grandiosen Charakter der wirtschaftlichen Aufgaben, vor denen das Land

steht mit der Wichtigkeit der technischen Bildung, der administrativen und wissenschaftlich-technischen Erfahrung, und macht es allen Parteimitgliedern zur Pflicht, unerbittlich gegen den von Unbildung zeugenden Dünkel anzukämpfen, als ob die Arbeiterklasse ihre Aufgabe lösen könnte, ohne die Fachleute der bürgerlichen Schule auf den verantwortlichen Posten auszunutzen. Für jene demagogischen Elemente, die derartige Vorurteile des rückständigen Teiles der Arbeiter ausnutzen, kann in den Reihen der Partei des wissenschaftlichen Sozialismus kein Platz sein.“

„Die individuelle Registrierung der Produktivität der Arbeit und die individuelle Prämierung müssen in entsprechender Form auf das administrativ-technische Personal angewendet werden. Die besten Administratoren, Ingenieure, Techniker müssen in günstigere Bedingungen gestellt werden, damit sie ihre Kräfte voll und ganz im Interesse der sozialistischen Wirtschaft verwenden können.“

„Im Besonderen müssen solche Fachleute hoch prämiert werden, unter deren Leitung sich die Arbeiter mit bedeutendem Erfolg jene notwendige Erfahrung aneignen, die ihnen die Möglichkeit sichert, späterhin selbständige administrative Ämter zu bekleiden“

„Das Vorurteil gegen den Eintritt des höheren technischen Personals der Unternehmen und Institutionen in die Verbände muss so endgültig aufgegeben werden. Durch Aufnahme von Ingenieuren, Ärzten, Agronomen usw. in ihre Verbände werden die Gewerkschaften diesen Elementen helfen, auf Grund von kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem organisierten Proletariat an der aktiven Arbeit des Sowjetaufbaues teilzunehmen und werden sie die notwendigen Arbeiter erwerben, die über wissenschaftliche Kenntnisse und Erfahrung verfügen.“

Ein besonderes Dokument für die Wertschätzung des patriotischen Gefühls für die Einheit und Unabhängigkeit des Landes als Unterpfand für den Enderfolg gibt uns Radek in seinem Aufsatz: Zur Charakteristik des Krieges mit Polen. (R. K. Nr. 10.) Er sagt:

„... Der soziale Krieg des Proletariats, das von fremdländischem Kapital bedroht ist, ist ein ebenso nationaler Krieg, wie der Kampf der Bourgeoisie gegen fremde Unterjochung ein nationaler Krieg war. ...

... Der russische Arbeiter war vollkommen antipatriotisch gestimmt, als die Bourgeoisie am Ruder stand und als Patriotismus gleichbedeutend war mit der Opferung der Arbeiterklasse im Interesse der Bourgeoisie, aber er ist verpflichtet patriotisch zu sein, wenn er die Macht in Händen hält, wenn er Führer des russischen Volkes und für sein Schicksal verantwortlich ist. Der russische Arbeiter ist Internationalist; aber in diesem Kriege bestehen zwischen unserer patriotischen und internationalistischen Aufgabe kein Unterschied und kein Widerspruch. ... Sie (die Arbeiterklasse) dient der internationalen Revolution, indem sie die Unabhängigkeit und Einheit des Landes verteidigt, sie kann patriotisch sein, denn ihr Land ist das erste Land des siegreichen Proletariats. ...“

Und nun die Nutzenanwendung: sollen wir nicht aus den Erfahrungen unserer russischen Brüder lernen? Uns ist es weit leichter gemacht als ihnen. Erstens haben wir ihr Beispiel vor Augen, während sie ohne irgendein Vorbild sich den Weg zur Revolution tastend suchen mussten; und zweitens jagt unsere ganz und gar bourgeoise, gegenrevolutionäre Regierung den gebildeten Mittelstand von selbst zu uns herüber. Unsere Regierung widmet ihre ganze ungeteilte Aufmerksamkeit dem Schutze des internationalen Kapitalismus. Was hat sie auch weiter zu tun? Zum Regieren gehören Macht, Ansehen, Volksvertrauen und Verstand, alles Dinge, die ihr gänzlich fehlen, und sie will doch wenigstens etwas leisten für das viele Geld,

das sie dem Volke kostet. Inzwischen aber setzen die Machthaber der Entente ihre Gewaltpolitik fort und werden dabei von unserer Regierung, die ihr winselnd die Stiefel leckt, unterstützt. Das hat schon weite Kreise der Intelligenz vor den Kopf gestoßen, die nach und nach einsehen, dass sie sich nicht dem Vaterlande, sondern dem Wohle des internationalen Kapitals geopfert haben. Sind wir Kommunisten hier rechtzeitig auf dem Posten, so ersparen wir dem arbeitenden Volke viel bittere Erfahrungen und unnütze Opfer.

Rundschau.

Da redet man uns von Sparsamkeit! In der „Freiheit“ vom September teilt *Dr. Julius Moses* mit:

„Ich habe in den letzten Tagen 27 Kinder von Arbeitslosen zu untersuchen Gelegenheit gehabt. Das Ergebnis der Untersuchung? Geradezu grauerregend! Die Kinder glattweg dem langsamen Siechtum, der Tuberkulose, dem Untergang preis- [17] gegeben! Die Gesichter blutleer und abgemagert, zum Teil schon faltenreich. In den tief umränderten Augen jenes merkwürdig leuchtende Feuer, wie das bei Wölfen der Fall ist, wenn sie lange gehungert haben. Der Brustkasten bei fast allen Kindern abgeflacht! („Hühnerbrust“.) Zum allergrößten Teil mit Zeichen einer überstandenen Rachitis. Drüsen als Folgen einer Skrofulose bei zirka drei Viertel aller Untersuchten! Die Haltung der meisten Kinder schlapp, das Gewicht bei allen unter der Norm! Drei Siebenjährige mit 24 bis 27 Pfund Körpergewicht! Unter elf Mädchen im Alter von 13 bis 15 Jahre nur bei einer einzigen Zeichen einer einsetzenden Entwicklung!“

Dass es so kommen musste bei Fortsetzung der kapitalistischen Wirtschaft, war seit Jahren klar. Und es wird noch schlimmen kommen. Anstelle des langsamen Verhungerns wird das akute Verhungern treten. Es wird noch so weit kommen, dass die Leute auf der Straße buchstäblich vor Hunger umfallen und sterben, wenn nicht endlich die deutsche Arbeiterklasse eingreift und die Wirtschaft selbst in die Hand nimmt. Und angesichts solcher Zustände gibt es sogar noch Arbeiterblätter, die uns mit der Phrase vom „Sparen“ füttern! Die den Arbeitern einen Vorwurf daraus machen, wenn sie Schokolade, Reis und dergleichen kaufen, weil dadurch angeblich die Valuta verschlechtert werde! Wir können nur sagen; wer seinen Kindern auch nur ein Stückchen Schokolade, ein Körnchen Reis oder Weizenmehl vorenthält, das er ihnen zu geben imstande ist, der ist ein Verbrecher, nicht nur an seinen Kindern, sondern auch am Vaterlande – sofern man nämlich unter „Vaterland“ nicht eine Handvoll Kapitalisten, sondern die Gesamtheit der Volksgenossen versteht.

Arbeitszwang. Als vor nun bald 4 Jahren, mitten im tobenden Weltkrieg und während daheim die Militärdiktatur mit grausamer Brutalität jedes freie Wort unterdrückte, der General *Gröner* mit seinem Gesetz über den „vaterländischen Hilfsdienst kam und dafür in der bürgerlichen Presse über den Schellendaus gelobt wurde, fühlten wir eine leise Hoffnung in unserm Herzen aufkeimen. Wir sagten uns, diese Zwangsarbeit, einzig und allein um dem Kapital den Krieg durchhalten zu helfen, greift derart in die intimen Verhältnisse jedes einzelnen ein, dass sie im höchsten Maße aufreizend wirken muss. Da muss ja jeder täglich und stündlich fühlen, wie er mit seiner Familie durch das Wüten des Kapitalismus zugrunde geht. Also muss sich doch endlich einmal alles dagegen auflehnen.

Diese Hoffnung, wie so viele andere, ward enttäuscht. Die deutsche Arbeiterschaft hat auch das Hilfsdienstgesetz ertragen und nicht gemuckst. Ja, sie hat sogar die *Legien*, *Silberschmidt* usw. ruhig weiter ertragen, die als Arbeiterführer tätige Beihilfe geleistet haben. Und zwei Jahre später, bei der Revolution, setzte sie Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, die das Gesetz gutgeheißen hatte, in die „revolutionäre“ Regierung ein. Noch weit, weit unter der geringsten Einschätzung steht in diesen Dingen die deutsche Arbeiterklasse.

Sie wird bald wieder Gelegenheit haben, aufs Neue zu erweisen, wie weit sie sich knechten und demütigen lassen will. Die gegenwärtige deutsche Regierung ist wieder mal am Ende ihres Lateins. Der Finanzminister Herr *Wirth* hat sein kleines Ein- [18] maleins revidiert und ist nun endlich bei jenen etwa 85 Milliarden Mark Jahresausgaben angelangt, die wir ihm schon vor 7 Monaten vorgerechnet haben (und die heute natürlich bei weitem nicht mehr reichen). Daran fehlt ihm „nur“ die Kleinigkeit von 56 Milliarden. Selbst in dem, schönfärberischen Bericht, den er an die Finanzkonferenz von Brüssel hat erstatten lassen, kann man zwischen den Zeilen lesen, dass er an der Möglichkeit verzweifelt, die Steuern hereinzubekommen. Das Defizit wird also noch größer werden. So weiß er nicht mehr aus noch ein, und in dieser Not ist er auf den Gedanken der „Arbeitspflicht“ verfallen. Jeder Mann und jede Frau sollen 8–12 Monate zwangsweise arbeiten, anstelle der früheren Militärpflicht.

Gewitzigt durch unsere Erfahrungen, wagen wir heute nicht mehr als selbstverständlich anzunehmen, dass die deutsche Arbeiterschaft diese unglaubliche Zumutung einmütig zurückweisen und durch die *revolutionäre Tat*, d.h. durch die Übernahme der Wirtschaft und ihre Umstellung in den Sozialismus beantworten werde. Wer gesehen hat, was sich die deutsche Arbeiterklasse während des Krieges und nach ihm alles hat gefallen lassen, der muss befürchten, dass sie auch dies noch schlucken und sich willig in Sklaverei begeben wird, nur weil geschäftige Federn ihr das als „vaterländisch“ ausmalen werden, was in Wirklichkeit nur zur Rettung des Profits der Kapitalisten geschieht.

In Italien ist die Bewegung der Arbeiter, die auf selbständige Übernahme der Betriebe abzielte, nach einigen Zugeständnissen der Unternehmer wieder eingestellt worden. Das ändert nichts an der Tatsache, dass hier der richtige Weg beschritten worden war, den die italienischen Arbeiter, wie auch die deutschen, die englischen, französischen usw., eines Tages doch wieder werden einschlagen müssen, um die Menschheit vor dem Aussterben zu retten.

Arbeit! Der „Ulk“, eines der sogenannten „Witzblätter“, die es heute in Deutschland gibt, veröffentlicht am 1. Oktober u. a. folgende Zeilen:

Der saure Apfel.

- „Ist es dir recht, mein Geliebter, wenn wir den Freitag festhalten als Tag unserer Hochzeit?“
- „Jeden beliebigen anderen Tag, Henriette, bloß gerade, bitte, den Freitag nicht!“
- „Bist du abergläubisch, mein Geliebter?“
- „Keineswegs, Henriette, keineswegs! Aber am Freitag bin ich doch immer im Klub, nicht wahr! Am liebsten wär' mir schon der Sonntag! Sonntags weiß man ja ohnehin nie, was man anfangen soll!“
- „Ich kann es, verzeih, mein Geliebter, mir nicht versagen, die Äußerung zu tun, dass ich den Eindruck habe, als nähmest du, verzeih mir, mein Geliebter, das Heiraten nicht sehr ernst!“
- „O doch, Teuerste, o doch! Sehr ernst, seehr ernst! Tragisch sogar!“

Hans Rewald.

Offenbar ist der Verfasser auf dieses Geistesprodukt stolz, sonst würde er nicht seinen Namen daruntersetzen. Übrigens paradiert sein Name fast in jeder Nummer des „Ulk“ unter oft noch „schöneren“ Geistesblitzen. Was uns an der Sache interessiert? – Nun, der Verfasser bekommt für diese Arbeit bezahlt, wahrscheinlich sogar recht gut [20] bezahlt. Es wird Papier verbraucht, um es zu drucken, zur Herstellung des Papiers geht Kohle drauf, Arbeitskräfte von Buchdruckern, Papierarbeitern, Kohlengräbern werden verwandt, um die wertvollen Zeilen zur Kenntnis der Mitwelt zu bringen usw.

Das sind alles Dinge, auf die es nicht ankommen mag, wenn wir's dazu hätten. Dann mag sich jeder blamieren, so gut er kann. Aber jetzt, wo wir täglich hören, dass „nur Arbeit uns retten kann“, dass wir sparsam sein müssen! Wahrlich, wenn weiter nichts vorläge, schon dies allein würde die Notwendigkeit einer kommunistischen Wirtschaftsordnung beweisen, die auch Herr Hans Rewald, sofern er essen und trinken will, zu einer nützlichen Tätigkeit zwingen würde.

Versteht sich, dass wir von der Sache nur deshalb reden, weil sie typisch ist für den Inhalt sämtlicher „Witzblätter“ und von der ungeheuren Verschwendung zeugt, die dort getrieben wird, nur um einigen kapitalistischen Verlegern Profit zu bringen.

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften *nicht bei uns*, sondern bei dem jedes Mal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

Die Judenhetze. *Eine schwere Gefahr* für den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands von *Franz Klupsch*. Mitglied der Preuß. Landesversammlung. Preis 2,- Mk. Verlag der Deutschen Wirtschafts-Politischen Gesellschaft, Berlin W 35.

Kampflieder. Herausgegeben von der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands Verlag Junge Garde, Berlin C, Stralauer Straße 12. Preis 2,25 Mk.

Betriebsräteorganisation als Wirtschaftsorganisation. Von Otto Neurath. Preis 4,- Kr. = 2,- Mk. Verlagsgenossenschaft. „Neue Erde“, Wien, VII., Mariahilferstr. 74a, III, und in der Arbeiter-Buchhandlung, Wien, VIII., Alserstr. 69.

Lenins 21 Punkte, der 2. Kongress der III. Internationale, Reden und Beschlüsse, Revolutions-Bibliothek Nr. 11. Preis 2,50 Mk. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau.

Sexualethik des Kommunismus. Von Frau Elfriede Friedländer, Verlagsgenossenschaft „Neue Erde“, Wien, VII, Mariahilferstr. 74a. Preis 16.- Kr. = 8 Mk.

Der Sozialismus und seine Lebensgestaltung. Von Rudolf Eucken. Geheftet 3,- Mk., in Pappband 4,- Mk., in Bibliothekband 4,50 Mk. Verlagsbuchhandlung Philipp Reclam jun. Leipzig.

Neue Blätter für sozialistische Literatur. Herausgegeben von Seehof & Co., Berlin C 54.

Sowjet. Kommunistische Monatsschrift. Jahrg. 2. Nr. 1. A. Seehof & Co. Verlag, Berlin C 54.

Die Agrarfrage und die Weltrevolution. Von J. Karski. Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54.

6. Jahrgang Nr. 2 20. Oktober 1920

Die Taktik der Kommunistischen Partei.

Berlin, 12. Oktober 1920.

Die Taktik, welche die Moskauer Internationale gegenüber den deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten angewandt hat, scheint einen ausgezeichneten Erfolg zu haben. Der Parteitag in Halle wird, wenn er überhaupt zu Stande kommt, die Unabhängige Partei vermutlich zersprengen. Um zu retten, was noch zu retten ist, arbeitet der Unabhängige Parteivorstand darauf hin, durch Ungültigkeitserklärung von Mandaten und ähnliche Mittel altbewährter Diplomatie von vornherein eine solche Unruhe und Erregung zu entfesseln, dass er hinterher sagen kann: der Parteitag hat noch gar nicht ordnungsmäßig verhandelt, seine Beschlüsse sind ungültig, wir – d.h. der alte Parteivorstand – bleiben somit die rechtmäßige Vertretung der Partei und behalten Kasse, Zeitungen, Reichstagsmandate usw. in Händen. Sachlich wird ihm das jedoch selbst in dem für ihn günstigsten Falle viel weniger nützen als seiner Zeit dem Parteivorstand der Scheidemänner, denn er hat nicht, wie jene, die schützende Hand der Staatsgewalt hinter sich; und wenn selbst nur die knappe Hälfte der Mitglieder seine Fahne verlässt, so ist seine politische Rolle ausgespielt, und er muss sich umsehen, ob er durch Zuzug von rechts wieder zu einiger Bedeutung gelangen kann.

Je näher nun aber der ersehnte Augenblick rückt, in dem die Unabhängige Partei auseinanderplatzt, desto deutlicher treten offenbar für die Leitung der Kommunistischen Partei jene Konsequenzen in den Gesichtskreis, die wir vor 14 Tagen an dieser Stelle andeuteten. Die Kommunistische Partei darf auf einen sehr starken Zuwachs aus den Trümmern der Unabhängigen hoffen, aber – von welcher Qualität [21] wird dieser Zuwachs sein? Wie steht's mit seiner revolutionären Zuverlässigkeit?

Ein kleines Beispiel: Die Lichterfelder Ortsgruppe der USP hat, soweit wir unterrichtet sind, mit überwiegender Mehrheit, wo nicht gar einstimmig, sich für den Anschluss an Moskau ausgesprochen. Sie gehört also zur Kerntruppe des linken Flügels der Unabhängigen. Zufällig hatten wir vor kurzem in einer öffentlichen Versammlung eine kleine Auseinandersetzung mit dieser Gruppe, wobei wir genötigt waren, sie an die höchst schäbige Vergangenheit der USP zu erinnern, so z. B. an die Bewilligung der Kriegskredite, an die öffentliche Erklärung *Haases* im Reichstage am 4. August 1914, dann ferner an die Taten der Volksbeauftragten im November und Dezember 1918 usw. Da war es der Führer dieser Gruppe, der Töne der höchsten Entrüstung darüber fand, dass man an diese Dinge überhaupt rühre, denn man müsse doch wissen, dass *Haase* und seine Schar am 4. August 1914 unter dem Gebot der Parteidisziplin handelten, und dass die *Haase, Dittmann, Barth* als Volksbeauftragte aus Rücksicht auf ihre Scheidemännischen Kollegen auch nicht so handeln konnten, wie sie wohl gern mochten. Was sind das nun für „revolutionäre Kämpfer“, die *heute noch* den Verrat des Sozialismus durch jene Unabhängigen Führer nicht etwa nur entschuldigen, sondern sogar *rechtfertigen!* Welche „Stärkung“ kann die Revolution und die Kommunistische Internationale von ihnen erhoffen.

Wie es scheint, wird jetzt, angesichts der nahenden Erfüllung, auch dem Kommunistischen Parteivorstand ob seiner Erfolge etwas unbehaglich zu Mute. Wenigstens hat die Berliner „Rote Fahne“ am 10. Oktober mancherlei Bedenken geäußert. Sie tadelt den linken Flügel der Unabhängigen, weil er es zugelassen hat, dass sich die Debatte vor dem Parteitag lediglich um organisatorische Formalitäten, und nicht um die politische Entscheidung gedreht hat. Sie

erwartet, dass er „das Fehlende auf dem Parteitag nachholen und den Kampf um den Parteiapparat, den die Rechten führen möchten, in einen scharfen Kampf um die politischen Methoden verwandeln“ werde, und gibt dazu die folgende Anleitung:

„Das wird nur möglich sein, wenn man sich nicht darauf beschränkt, die Fragen der Grundsätze und der Taktik abstrakt, in der blauen Luft zu behandeln, sondern nur unter der Bedingung, dass ganz konkret *die hier und heute in Deutschland brennenden Fragen unter dem Gesichtswinkel der kommunistischen Metho-* [22] *den behandelt werden und dass die Perspektive der revolutionären Aufgaben, die sich für die nächste Zukunft aus der innerdeutschen und der weltpolitischen Lage für den Kommunismus in Deutschland ergeben, so konkret wie möglich entwickelt wird.*“

Aber leider muss die „Rote Fahne“ gleich hinter diesem Leitartikel die Resolution veröffentlichen, die von *Däumig* und *Stöcker* dem Parteitag vorgelegt werden wird und die sich *vollständig auf das Formal-Organisatorische beschränkt* ohne jede Spur politischen Inhalts, ohne den leisesten Versuch, Antwort auf die Frage zu geben, wie sich die *Däumig* und *Stöcker* zu den „hier und heute in Deutschland brennenden politischen und wirtschaftlichen Fragen“ verhalten wollen. „Wir hätten dieser Resolution mehr politischen Inhalt gewünscht“, schreibt die „Rote Fahne“ und nimmt an, dass *Däumig* und *Stöcker* in ihren Referaten das Fehlende nachholen werden. Das klingt ziemlich resigniert. Wo soll denn politischer Inhalt herkommen, wenn die Urheber der Resolution über keinen politischen Inhalt verfügen? Aber ohne dies – was wird die Folge sein? Die „Rote Fahne“ schreibt:

„Im Bereich der Schlagworte hat bisher in der unabhängigen Partei die schönste Einigkeit geherrscht und wenn die aufzurollenden politischen Fragen diesen Bereich nicht verlassen, nicht auf den festen Erdboden der heute und morgen zu bewältigenden Fragen herabsteigen werden, so wird *mancherlei Volk* sich morgen zur Mehrheit schlagen, *das übermorgen, wenn es darum geht zu handeln, sich in die Büsche drücken oder schlimmer noch, die Partei lähmen wird.*“

Hier sieht die „Rote Fahne“ die ungeheure Gefahr sehr richtig voraus, die dem Kommunismus und der Weltrevolution aus der wahllosen Aufnahme von allerlei Leuten erwachsen muss, die sich bis heute in der Unabhängigen Partei wohl gefühlt haben und deren Verhalten sogar noch verteidigen und die von morgen ab bereit sind, die Moskauer Bedingungen anzuerkennen.

Unter diesen Umständen dürfte die Frage am Platze sein, ob denn die Taktik, welche die Leitung der Kommunistischen Partei seit 1-1½ Jahren befolgt hat und welcher das jetzige Ergebnis zu danken ist, richtig gewesen sei. Wenig über ein Jahr ist es jetzt her, dass die Kommunistische Partei ihrerseits gesprengt worden ist. Es geschah dies aus Gründen, die wir wiederholt in diesen Heften als gänzlich unzureichend bezeichnet haben. Nämlich wegen des Streits um die Behandlung der Gewerkschaften und die Beteiligung [23] am Parlament. Was den ersten Punkt anlangt, so ist für uns völlig klar, dass *beide* Teile Recht und deshalb zugleich beide Teile Unrecht haben. Es ist ganz offenbar, dass man *jedes* Mittel anwenden muss, um die reaktionäre Politik der Gewerkschaftsführer zu durchkreuzen. Also muss man so lange wie möglich drinbleiben und gegen die Führer arbeiten, man muss auch versuchen, möglichst viele Führerposten mit Kommunisten zu besetzen. Aber ebenso offenbar ist es, dass mindestens ein erheblicher Teil von denen, die so arbeiten, bald aus den Gewerkschaften hinausfliegen werden. Was wird aus ihnen? Für sie müssen die Kommunisten doch sehr schnell eigene Organisationen gründen. Was macht es da aus, wenn ein Teil der Genossen, denen das Zusammenarbeiten mit dem Bonzementum innerhalb der Gewerkschaften gar zu sehr widerstrebt, schon von vornherein eine Allgemeine Arbeiter-Union gründen und ihre gewerkschaftliche Betätigung auf diese beschränken? Bei einigem Takt und gutem Willen auf

beiden Seiten wäre das ganz gut gegangen, und es wäre vermieden worden, dass ein beträchtlicher Aufwand von Zeit und Kraft verschwendet wird, indem Kommunisten sich gegenseitig bekämpfen und – ist leider so – beschimpfen, anstatt all diese Kraft auf Bekämpfung der Gegenrevolution und auf Vorbereitung des kommunistischen Aufbaus zu verwenden.

Die Beteiligung am Parlament halten wir in Deutschland gegenwärtig für einen schweren taktischen Fehler. Ständig sagen wir es dem Proletariat, dass der Reichstag und die Wahl eine Komödie ist, die die Arbeiterschaft in den Wahn einwiegen soll, als werde ihr von dort das Heil kommen – und dann gehen wir hin und beteiligen uns an dieser Komödie, die eben doch darauf hinausläuft, das Proletariat von der Betätigung seiner eigenen Kraft abzuhalten und abzulenken. Doch gleichwohl, es ist ein Fehler und wir haben die Pflicht, immer und immer wieder dagegen anzukämpfen und auf die ungünstigen Folgen aufmerksam zu machen. Aber es ist eine Frage der *Taktik*, keineswegs ein Verstoß gegen das kommunistische *Prinzip*. Es ist eine von jenen Fragen, in denen man sich dem Entschluss der Mehrheit fügen kann und deshalb fügen muss. Hat man seine Gründe geltend gemacht und hat die Mehrheit trotzdem anders beschlossen, so ist das kein Grund, sich von den Befürwortern der Wahlbeteiligung zu trennen.

Nun sind wir weit entfernt, der damaligen Leitung der KPD *allein* den Vorwurf einer falschen und ungeschickten Taktik zu machen. Sieht man sich die Heidelberger [24] Leitsätze an, so steht darin auch nicht ein Satz, nicht ein Wort, das nicht jeder Kommunist voll unterschreiben muss. Wenn trotzdem die damalige Opposition auf Grund dieser Leitsätze es zur Trennung kommen ließ, so wird der unbefangene Beobachter wohl oder übel annehmen müssen, dass auch sie die Trennung *wollte*. Aber das vermindert in keiner Weise die Fehler des damaligen Parteivorstandes. Überblickt man den Gang der Dinge seit September 1919 im Ganzen, so ergibt sich folgendes: Zuerst wurden in den Heidelberger Leitsätzen ganz richtig die Beteiligung am Parlament wie die Behandlung der Gewerkschaften für taktische Fragen erklärt, in denen man sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten müsse. Die Opposition sah darin nur die Vorbereitung zur Wahlbeteiligung im jetzigen bestimmten Fall und lehnte ab. Daraufhin wurde sie ausgeschlossen. Dann ging die KPD einen Schritt weiter und wandte die theoretisch zulässige Wahlbeteiligung im praktischen Fall an. Zugleich begann die Arbeit, die darauf abzielte, beträchtliche Teile der USP abzusprenge; und zur Kommunistischen Partei herüberzuführen. Diese Arbeit scheint jetzt von Erfolg gekrönt zu werden. Die KPD hat 2 Sitze im Reichstag, hat gegen 500 000 Wählerstimmen und steht im Begriff, mehrere zehntausend oder vielleicht auch hunderttausend Mitglieder zu kriegen. Wenn man sich das alles im Zusammenhang vor Augen führt, drängt sich nicht geradezu mit Gewalt der Gedanke auf, dass es auch *so beabsichtigt* war? Dass man von Anfang an darauf abgezielt habe, diejenigen Kommunisten aus der Partei hinauszudrängen, von denen man voraussah, dass sie mit den Elementen, die jetzt von der USP herüberwechseln sollen, schlecht zusammenpassen werden? Doch ob es nun Absicht war oder nicht – der tatsächliche Erfolg ist jedenfalls der, dass man eine große Anzahl Arbeiter voll ehrlicher revolutionärer Begeisterung und revolutionärer Zuverlässigkeit weggestoßen hat, um dafür einen großen Haufen Elemente einzutauschen, von denen die „Rote Fahne“ jetzt selbst befürchtet, dass sie, „wenn es darum geht, zu handeln, sich in die Büsche drücken, oder schlimmer noch, die Partei lähmen werden.“

Aber war nicht trotz alledem die Trennung unvermeidlich von wegen des „Nationalbolschewismus?“ Hierüber gedenken wir, im nächsten Heft uns in einem besonderen Aufsatz auszulassen.

Wie macht man Revolution? ³

III.

(Schluss.)

Ende Mai 1920 erstattete das Fabrikkomitee der (zur Textilindustrie gehörigen) Prochorow-Fabrik einen Bericht über den Verlauf der Nationalisierung dieser Fabrik. Danach schildert *Goldschmidt* den Hergang wie folgt.

Zunächst wurde von der gesamten Arbeiterschaft der Fabrik das Fabrikkomitee (der Betriebsrat) gewählt, das dann seinerseits eine Kontrollkommission ernannte. Bereits hatte die Kommunistische Partei allgemeine Kontrollvorschriften herausgegeben, und es war nun Aufgabe der Kontrollkommission, gemäß diesen Vorschriften die damals noch bestehende alte Fabrikleitung und insbesondere die Verwendung des Geldes zu überwachen. Sowohl die Kontrollkommission wie das Fabrikkomitee konnten jeden Augenblick von den Arbeitern des Betriebs abberufen werden.

Während dieser Periode wurde also die tatsächliche Leitung des Betriebes von dem bisherigen Besitzer in Gemeinschaft mit der Kontrollkommission ausgeübt, wobei der Einfluss des Besitzers allmählich immer mehr neben dem Einfluss der Kontrollkommission zurückgedrängt wurde, sodass es letzten Endes die Arbeiterschaft des Betriebes selbst war, welche durch ihre Organe die Geschäftsleitung übernommen hatte.

Nun wurde von der Sowjetregierung jene (noch zu besprechende) Zusammenfassung der gesamten Textilindustrie in der sogenannten *Zentro-Textil* vorgenommen, die zugleich Enteignung und Beseitigung der vormaligen Besitzer bedeutete. Damit fiel auch die Kontrolle des Besitzers fort, und an Stelle der Kontrollkommission trat eine Leitung, die von den Zentralinstanzen, *Zentro-Textil* und Textilarbeitergewerkschaft, eingesetzt wurde. Jetzt bestimmte die Arbeiterschaft der einzelnen Fabrik also nicht mehr direkt, wer in der Leitung sitzen sollte, sondern wirkte dabei nur noch indirekt mit durch ihren Einfluss auf die Gewerkschaft und auf die Zentralinstanz. Das Fabrikkomitee dagegen blieb, und seine eigentliche Aufgabe war jetzt die Erziehung der Arbeiter zur sozialistischen Wirtschaft.

Je mehr nun die eigentlich wirtschaftliche Tätigkeit in den Vordergrund trat, desto mehr zeigte sich die Notwendigkeit beruflich ausgebildeter Arbeitskräfte in der Betriebs- [26] leitung. Infolgedessen bestimmte der Erste Allrussische Kongress der Volkswirtschaftsräte, dass in den nationalisierten Betrieben der dritte Teil der Verwaltung aus Technikern und kaufmännischen Angestellten bestehen müsse. Zugleich wurde die jederzeitige Abberufbarkeit aufgehoben und eine bestimmte Amtsdauer der Verwaltung eingeführt. Auch begann jetzt der engere Zusammenschluss mehrerer nationalisierter Betriebe durch Vertrustung. Die Kontrolle wurde mehr und mehr den Gewerkschaften zugewiesen.

In einem anderen Kapitel beschreibt *Goldschmidt* die Entstehung und jetzige Organisation der zentralen Zusammenfassung der Textilindustrie wie folgt.

Schon am 30. Januar 1918, also nur 3 Monate nach der bolschewistischen Revolution, fand ein Textilarbeiter-Kongress statt, auf dem die Fabrikkomitees der Textilindustrie vertreten waren. Er setzte ein Zentralkomitee für die Textilindustrie Russlands ein, dessen Aufgabe die Regelung der Gesamtproduktion, die Verteilung der Produkte im ganzen Reich und die Kontrolle der einzelnen Fabriken sein sollte. Es waren also, wie *Goldschmidt* mit Nachdruck betont, die Fabrikkomitees selbst, welche das Recht der Kontrolle an eine Zentralinstanz

³ Aus den Arbeiten der „Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Neubau“.

abtraten. Allerdings geschah die faktische Ablösung nicht sofort, denn die Zentralverwaltung konnte sich auf eine Fabrik erst dann erstrecken, wenn diese in die Nationalisierung einbegriffen war. Bis dahin bestand die Tätigkeit des Zentralkomitees wesentlich in der Versorgung der Textilfabriken mit Rohstoffen und in der Verteilung der Fabrikate.

Im Juli 1918 begann die planmäßige Übernahme der Textilfabriken in Staatseigentum und damit auch ihre planmäßige Zusammenfassung. Die Zahl der nationalisierten Fabriken wuchs jetzt täglich, und am 16. November 1918 wurde die Hauptverwaltung der Textilindustrie beim Obersten Volkswirtschaftsrat errichtet. Von dort aus wird heute die gesamte Textilindustrie Russlands geleitet und verwaltet. Freilich bestehen daneben immer noch kleine Fabriken und Handwerksbetriebe, die noch nicht nationalisiert sind. Für sie ist beim Obersten Volkswirtschaftsrat eine besondere Abteilung geschaffen, die sie finanzieren, mit Rohstoffen und Materialien versorgen und ihnen die Fertigfabrikate abnehmen soll. Die Hauptverwaltung sorgt dafür, dass zunächst die Großindustrie mit Rohmaterial, Brennstoffen usw. versehen wird. Die Rohstoffvorräte werden nach den Notwendigkeiten auf die Fabriken verteilt. So besteht die Möglichkeit, die Fabriken, die arbeiten sollen, mit Rohstoffen zu [27] versorgen, während die Fabriken, die still liegen, sollen keine Rohstoffe kriegen. Die Rohstoffzentrale hat Beschaffungsstellen bei den örtlichen Wirtschaftsräten.

Zwecks Steigerung der Produktion erhalten die Bauern Ablieferungsprämien und zwar wesentlich Naturalprämien. Hierin sieht *Goldschmidt* ein wichtiges Mittel zum Abbau der Geldwirtschaft.

Insgesamt waren in Russland im Mai d. J. ungefähr 500 Textilfabriken nationalisiert. Sie sind zunächst in Gruppen von 6 bis 15 Fabriken – den sogenannten *Kusts* – zu einer gemeinsamen Verwaltung zusammengefasst. Bis zum 1. Januar 1920 waren 46 *Kusts* entstanden, die insgesamt 422 Textilfabriken umfassten. Daneben werden 24 Fabriken, die wegen ihrer geographischen Lage nirgends angeschlossen werden können, direkt von der Zentralstelle aus verwaltet. Die *Kusts* verteilen die ihnen von der Hauptverwaltung zugewiesenen Rohstoffe und Geldmittel unter die einzelnen Fabriken. Ferner haben sie die obere Leitung der Buchführung und der Lagerverwaltung für die fertigen Fabrikate. Die *Kusts* haben ihrerseits kleine Kontore in Moskau zum Zweck dauernder Verbindung mit der Hauptverwaltung. Hat z. B. der Oberste Wirtschaftsrat 100 000 Zentner Wolle an die Hauptverwaltung der Textilindustrie überwiesen, so beraten die *Kustvertreter* in Moskau mit der Hauptverwaltung über die Verteilung, und jeder *Kust* bekommt ein bestimmtes Quantum, das er auf die ihm unterstellten Fabriken verteilt.

Daneben gibt es noch Fabriken, die noch nicht nationalisiert sind, und Kleinbetriebe. Sie unterstehen den Gouvernementswirtschaftsräten und durch deren Vermittlung ebenfalls der Hauptverwaltung.

Ein sehr wichtiges Kapitel in alledem ist nun die *Finanzierung* der einzelnen Fabriken. Jede Fabrik hat zu einem bestimmten Termin ihr Budget bei der Hauptverwaltung einzureichen. Dort besteht eine besondere Abteilung zur Nachprüfung der Budgets. Darin sitzen Fachleute aller in Betracht kommenden Industrien: Wolle, Baumwolle, Leinen, Fabrikbau, Maschinenbau usw. So entsteht das Gesamtproduktionsbudget der Textilindustrie Russlands, und da in allen anderen Industrien in der gleichen Weise gearbeitet wird, so kommt auf diesem Wege das gesamte Produktionsbudget Sowjetrusslands zustande.

Das Gesamtbudget der Textilindustrie wird der Finanzabteilung des Obersten Wirtschaftsrats überreicht. Hat diese es bestätigt, so geht es an das Finanzkommissariat, das dann der Volksbank den Auftrag erteilt, dem *Glawk* – [28] *Textil* (dies ist der Name der Hauptverwaltung) die Summe gutzuschreiben. Dann kann über die Summe verfügt werden, was im Wesentlichen durch Scheck, also durch Verrechnung geschieht. Es werden einfach die

Rohstoffe usw. gemäß den vom Preiskomitee des Obersten Wirtschaftsrates festgesetzten Preisen berechnet und danach dem Konto der Fabrik oder des Kust belastet. Die Produkte, die die Fabrik abliefern, werden gutgeschrieben. Daneben wird auch noch bar bezahlt, insbesondere Löhne und Gehälter, und zwar mit Banknoten. Jede Zahlung unterliegt außerdem noch der Genehmigung der Staatskontrolle.

Das ist vorläufig noch ein etwas schwerfälliger Hergang, da das alles ja ganz neue Einrichtungen sind, die sich erst einarbeiten müssen. Die Fabriken können nicht immer so lange warten und bekommen in solchem Fall Vorschüsse, sobald das Budget vom Glawk-Textil bestätigt ist. Übrigens wird auch nicht die ganze Summe auf einmal ausbezahlt, vielmehr müssen die Fabriken bzw. die Kusts je nach ihrem Bedarf mit Einzelforderungen kommen, um eine dauernde Kontrolle der Geldverwendung zu ermöglichen.

Der Glawk-Textil ist seinerseits dem Obersten Wirtschaftsrat untergeordnet, der in seinen verschiedenen Abteilungen die Oberverwaltung sämtlicher Rohstoffe und Fabrikate der Republik sowie sämtlicher Budgets besorgt.

Nachdem wir so in großen Zügen – nach der Darstellung von *Goldschmidt* – gesehen haben, wie die Wirtschaft in Sowjetrußland gegenwärtig eingerichtet ist und arbeitet, ist es nötig, noch einen Blick auf die Rolle zu werfen, die *das Geld* darin heute noch spielt. Und zum Schluss dürfte dann ein Vergleich mit etwa in Deutschland zu ergreifenden ähnlichen Maßnahmen interessieren.

IV.

Aus den Schilderungen *Goldschmidts* können wir deutlich die zwei Akte sehen, aus denen sich die proletarische Revolution in Rußland zusammensetzte und in jedem Lande zusammensetzen muss. Der eine Akt heißt *Enteignung*. Er ist, wie es scheint, in Rußland nicht allzu schwierig gewesen. In Betracht kam in der Hauptsache nur das Industrie-, Handels- und Bankkapital. Und dieses war wohl in Rußland noch nicht zu der überragenden Macht gelangt wie in den westlichen Staaten, und überdies vermutlich durch den Krieg und die politischen Umwälzungen stark geschwächt. Auf dem Lande aber standen zur Enteignung der großen Grundbesitzer die Massen der kleinen Bauern und Land- [29] arbeiter bereit. Damit wollen wir natürlich nicht sagen, dass an und für sich die Enteignung unseren russischen Genossen leicht geworden sei. Wir wissen ja, welch schwere Kämpfe auch dort der Widerstand des Kapitals hervorgerufen hat. Jedenfalls ist die Enteignung der erste Akt einer jeden proletarischen Revolution, und wie schwer oder leicht sie sich abspielt, hängt in jedem Lande von der Gewalt ab, die das Kapital ihr entgegenstellen kann. Uns will z. B. scheinen, dass in Deutschland das zusammenstehende Finanz-, Industrie-, Handels- und Agrarkapital in viel höherem Maße die ganze Staatsmacht beherrscht und seiner Enteignung eine viel größere Gewalt entgegensetzen wird als in Rußland. Deshalb glauben wir, dass der Kampf um die Enteignung in Deutschland – verhältnismäßig – schwerer werden wird als in Rußland. Und die kommunistischen Parteien haben Recht, wenn sie unablässig auf die ungeheure Schwierigkeit dieses uns noch bevorstehenden Kampfes hinweisen und die gesamten Kräfte des Proletariats für diesen Zweck zu sammeln streben. Freilich sind wir zugleich der Meinung, dass zu solcher Sammlung vor allen Dingen auch die klare Erkenntnis dessen gehört, was *nach* der Enteignung kommen soll. Die starke Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft ist nach unserer Überzeugung gar nicht so groß wie sie aussieht. Sobald die Arbeiter klar und deutlich sehen, wie die politische Macht zur Herbeiführung des Sozialismus benutzt werden kann und soll, werden sie auch, trotz all der jetzigen Streitigkeiten, zur Erringung der politischen Macht zusammenstehen. Und hier scheinen uns allerdings die kommunistischen Parteien Deutschlands einen schweren Fehler zu begehen, indem sie immer wieder die Arbeiter nur für den politischen Kampf, d.h. eben für die Eroberung der

politischen Macht zu sammeln suchen, dagegen behaupten, dass es ein Kraftverlust sei, sich jetzt schon mit der Frage zu beschäftigen, wie das Proletariat hinterher die politische Macht anwenden soll. Wir haben uns darüber in diesen Heften wiederholt ausgesprochen.

Wie dem nun auch sei, in Russland jedenfalls wird unseren Genossen der zweite Akt der Revolution offenbar bedeutend schwerer als der erste. Nämlich *die planmäßige Zusammenfassung der Industrie*. Das ist naturgemäß eine Arbeit, die sich über längere Zeiträume erstreckt und nur Schritt vor Schritt vor sich gehen kann. Wir haben von *Goldschmidt* ein ungefähres Bild bekommen, was in dieser Hinsicht in den ersten drei Jahren der bolschewistischen Revolution geschehen ist, und wir sehen unsere [30] dortigen Freunde an der Arbeit, nach und nach das herzustellen, was er das „*Produktionsbudget*“ nennt.

Man stelle sich vor: in dem Augenblick, wo die Bolschewisten die Regierung übernahmen, lag die Leitung der Fabriken noch überall in den Händen der Privatunternehmer, wenn auch einigermaßen geschwächt durch die Kontrolle der Fabrikkomitees. Sie wirtschafteten natürlich in altgewohnter kapitalistischer Weise. Auf der Bank hatten sie ihr Vermögen stehen oder bekamen sie Kredit und bezogen von dort die Gelder zum Ankauf der Rohstoffe, zu Lohnzahlungen usw. Hier war also die Stelle, wo das privatkapitalistische System am Lebensnerv gepackt werden konnte. So wurde denn sofort das Bankwesen zum Staatsmonopol gemacht, und die privaten Unternehmer konnten über „ihre“ Gelder nicht mehr nach Belieben verfügen. Das musste natürlich zuerst schwere Schädigungen der Produktion zur Folge haben, denn der Kapitalist kann ohne Geld nicht produzieren. Erst nach und nach, in dem Verhältnis wie die einzelnen Betriebe in das Netz der Gesamtproduktion einbezogen wurden, konnten diese Störungen behoben werden. Erst dann erhielten die Fabriken ihre Aufträge, ihre Materialien, ihre Arbeitskräfte usw. und konnten produzieren *ohne Geld*.

Hand in Hand damit musste sich natürlich die innere Struktur des Bankbetriebes von Grund auf ändern. Eine Volksbank, wie sie jetzt in Russland besteht, hat keine Kredite zu geben, keine Gelder vorzustrecken, keine Industrien zu finanzieren, sondern, wie *Goldschmidt* sagt, sie wird zu einem „Registrier- und Verrechnungsinstitut, zu einem Clearing der nationalisierten Wirtschaft“, Hier aber stoßen wir auf einen Punkt, den wir – wie wir offen gestehen – bis auf den heutigen Tag nicht begriffen haben und der uns wieder zur Frage des *kommunistischen Geldes* zurückführt.⁴

Wenn die Industrie im Großen und Ganzen so funktioniert, wie *Goldschmidt* es beschrieben hat, und sei es auch noch in unvollkommenem Maße; wenn also die einzelnen Fabriken ihren Wirtschaftsplan einreichen mit Angabe, was für Fabrikate und wie viel davon sie machen wollen, wie viel und welche Materialien, Arbeitskräfte usw. sie dazu brauchen; wenn dann diese Pläne von den zentralen Stellen bis hinauf zum Obersten Wirtschaftsrat geprüft und gutgeheißen werden; wenn hierauf die oberen Stellen die angeforderten Stoffe und Kräfte anweisen – *wozu braucht* [31] *ein solcher Betrieb Geld?* Was soll in solchem System der immer wiederkehrende Ausdruck „*Finanzierung*“ bedeuten?

Wir können uns vorstellen, dass in einer solchen Wirtschaft die Volksbank ein „Registrier- und Verrechnungsinstitut“ sei in dem Sinne, dass sie (oder eine ihrer Filialen) für jeden einzelnen Betrieb ein Konto führt, auf dem genau verzeichnet wird, wieviel Zentner Baumwolle oder Eisen oder Holz die Fabrik bekommen und wieviel fertige Unterhosen oder Lokomotiven sie abgeliefert hat. Aber wie kann das *in Rubeln* ausgedrückt werden? Was sind das für Anweisungen, die an die „Kasse“ der Volksbank ausgestellt werden, und wie werden sie von der Volksbank bezahlt?

⁴ Vergleiche Heft 23 und 24 des 5. Jahrgangs.

In zwei Kapiteln beschäftigt sich *Goldschmidt* mit der „Finanzierung“ und mit dem „sowjetrussischen Geld“. Sehen wir zu, was wir daraus lernen können.

V.

Bei der Finanzierung, von der *Goldschmidt* berichtet, handelt es sich um zwei verschiedene Dinge: nämlich um die Aufbringung des Geldes erstens für den Staatshaushalt, zweitens für die in Staatsbesitz übergegangenen Fabriken. Man muss sich immer wieder klarmachen, dass im Oktober 1917, zu Beginn der bolschewistischen Revolution, im Wesentlichen noch das alte privatkapitalistische System in der Produktion herrschte. Damals also kam es für die neue Regierung zunächst nur darauf an, Gelder für die Zwecke des Staatshaushalts zu bekommen. Das geschah durch die Beschlagnahme der Banken und der darin befindlichen Guthaben, durch sehr hohe Steuern, durch Zwangsanleihen und durch Annullierung der Staatsanleihen, d.h. also, der Staat hörte auf, Zinsen zu zahlen. Selbstredend konnte das nur eine allererste Übergangsmaßregel sein. Denn die hohen Steuern waren gerade eines der Mittel, um die Privatvermögen zu zerstören; außerdem begann alsbald auch die Enteignung. Wenn aber die Privatleute nichts mehr besitzen, können sie auch keine Steuern mehr bezahlen. Und von den Fabriken, die dem Staat gehören, Steuern einzutreiben, hat ja keinen Sinn. Nach Ablauf eines Jahres beschloss der Allrussische Wirtschafts-Kongress, dass die dem Staate gehörenden Betriebe vom 1. Januar 1919 ab keine Steuern und auch keine Schulden mehr bezahlen sollten. Die gegenseitigen Schulden der Staatsbetriebe untereinander wie auch ihre Schulden an Banken sollten nicht mehr bezahlt, sondern dem [32] Finanzkommissar zur Liquidierung übergeben werden. Hier folgt nun in der Darstellung *Goldschmidts* der Satz:

„Der Kongress beschloss auch schon die Berechnung wichtiger Staatsausgaben *nach dem Wert der Produkte*.“

Damit war, sagt *Goldschmidt*, die alte Geldwirtschaft grundsätzlich beseitigt. Und „entsprechend ging die Organisation der Finanzverwaltung und der Volksbank vor sich.“

Wir gestehen, dass wir hieraus absolut nicht klug zu werden vermögen. Was bedeutet der Ausdruck „Berechnung nach dem Wert der Produkte“? Der Staat braucht z. B. 100 000 Paar Stiefel für die Armee und zugleich, sagen wir, 6 Lokomotiven. Auch ein kapitalistischer Staat kann solche Dinge in eigenen Betrieben herstellen lassen. Er berechnet dann, was ein Paar Stiefel und was eine Lokomotive kostet. Die Berechnung erfolgt also auch dort nach dem „Wert der Produkte“, in voller Geldwirtschaft. Was ist nun hieran in Russland anders? Gemeint ist doch wahrscheinlich, dass sowohl die Stiefel wie die Lokomotiven nicht mehr mit Geld bezahlt, sondern in irgendwelcher Form verrechnet werden. Und hierüber möchten wir gern recht genau unterrichtet werden. In welcher Weise, nach welchem Maßstab erfolgt die Verrechnung? *Wieviel Paar Stiefel ist eine Lokomotive in Russland wert?* Das ist der Kernpunkt der Frage, und darauf gibt *Goldschmidt* keine Antwort. Deshalb kann uns auch der Satz nicht befriedigen, dass die Finanzverwaltung und die Volksbank „entsprechend“ organisiert wurden. Wir möchten viel mehr mit möglichst genauen Einzelheiten wissen, wie deren Organisation aussieht.

Im ersten Revolutionsjahr, wo noch keine umfassenden und ausreichenden Wirtschaftspläne der Fabriken vorlagen, stellte der Staat einen Fonds von 2000 Millionen Rubel für die Produktion zur Verfügung. Ihnen standen nur 14.8 Millionen detaillierte Forderungen gegenüber. Schon im zweiten Halbjahr 1918 stieg deren Höhe auf 1600 Millionen Rubel, im ersten Halbjahr 1919 auf 3800 Millionen Rubel. Auf diese Weise kam man allmählich zu einer Übersicht über den gesamten Bedarf der Industrie.

Goldschmidt schließt dieses Kapitel mit den Worten:

„Wir sehen schon den Beginn, den erheblichen Beginn einer Finanzierung durch Güterzuweisungen auf dem Verrechnungswege. Schließlich müssen Produktion und Finanzierung der Industrie identisch werden, das heißt, es muss ein Naturalumlauf werden vom Rohprodukt bis zum letzten Fabrikat ... Heute ist es noch nicht so weit. Es ist noch ein Beginn, aber ein wesentlicher Beginn. Noch werden sehr erhebliche Summen für Lohnauszahlungen, Gehälterauszahlungen, Lebensmittel [33] und Mobiliaranschaffungen sowie auch noch für Rohmaterialanschaffungen gebraucht. Geldsummen, viele Milliarden. Aber es ist kein Zweifel: die Organisation garantiert schon heute, dass die Finanzierung durch Güterzuweisung, dass jener Kreislauf erreicht wird ... Dann hat das Geld ausgespielt ...“

In dem Ausdruck „Finanzierung durch Güterzuweisung“ gebraucht Goldschmidt das Wort „Finanzierung“ offenbar in einem wesentlich anderen als dem üblichen Sinne. In der Regel versteht man unter der „Finanzierung“ eines Unternehmens die Beschaffung des nötigen Geldes, damit es betrieben werden kann, während Goldschmidt offenbar meint, dass ihm die Mittel der Produktion direkt in Form von Gütern, also ohne Vermittlung von Geld zugewiesen werden. Diese Abweichung vom gewöhnlichen Sprachgebrauch kann man gutheißen. Denn es liegt darin, dass der Zweck der früheren Finanzierung derselbe bleibt und nun ohne Geld erreicht wird. Aber dann folgt der Zusatz: „auf dem Verrechnungswege“, und sofort sitzen wir wieder fest. *Nach welchem Maßstab* wird verrechnet? Und diese Frage gilt auch, solange das Geld noch in Gebrauch ist. Löhne. Gehälter, Lebensmittel, Mobiliar werden in Geld bezahlt, und obgleich die Produktionsverrechnung, zu der man kein Geld braucht, ständig zunimmt, schwillt dennoch die Summe der sowjetrussischen Geldmittel ins Ungeheure. Für Mai 1920 gibt Goldschmidt eine Summe von 600 Milliarden. Rubel an, die *täglich* durch Neudruck von Papierzetteln um 2 bis 3 Milliarden wächst!

Goldschmidt erklärt das (wenn wir ihn richtig verstanden haben) wie folgt.

Die Nationalisierung schreitet nur allmählich fort. Außerdem erstreckt sie sich bisher fast nur auf die Industrie. Die Landwirtschaft ist von ihr noch nicht erfasst, hauptsächlich deshalb, weil die Industrie noch nicht genug Produkte liefern kann, um die Landwirtschaft zu versorgen. Alle noch nicht von der Nationalisierung erfassten Produkte müssen nach wie vor gekauft werden. Und ihre Preise steigen im Verhältnis, wie die Nationalisierung fortschreitet, also die noch frei verkäuflichen Produkte an Menge abnehmen. Deshalb müssen die Arbeiter und Angestellten Geld bekommen. (Einen geringen Teil ihres Lohnes bekommen sie in Industrieprodukten.) Und zu diesem Zweck gibt die Volksbank Papiergeld aus.

„Die Industrie muss also noch Lebensmittel kaufen. Es gibt schon allerlei Naturalversuche und Naturalanfänge, auch Naturalerfolge. Aber die Industrie oder die Stadt ist noch nicht wirksam an das Land herangekommen. Das sowjet- [34] russische Geld ist daher Geld für das Land, wesentlich Geld für das Land, für den Aufkauf der Lebensmittel, die die Stadt braucht.“

Daneben werden auch Industrieprodukte auf dem Markt verkauft. „Denn das Nichtzusammengehen von Landwirtschaft und Industrie hat das Entschlüpfen vieler Industrieprodukte aus der Organisation zur Folge.“

So hat sich ein ausgedehnter Schleichhandel mit ungeheuerlichen Preisen entwickelt und die Sowjetregierung ist gezwungen, ungeheure Summen für Löhne und Gehälter zu zahlen. Das ist ein wesentlicher Grund, warum so viel Banknoten gedruckt werden.

Hier stehen wir wieder vor einem Rätsel. Denn vorher hat Goldschmidt gesagt. „Das sowjetrussische Geld ist kein gedecktes Geld, kein Zwangskursgeld, kein einlösbares Geld nach europäischen Begriffen.“ Wenn das heißen soll, dass niemand verpflichtet ist, dieses

Geld in Zahlung zu nehmen, dass der Staat von vornherein erklärt, dass er dieses Geld nicht einlösen wird, so ist absolut nicht zu verstehen, wie die Bauern und Schleichhändler für solches von niemandem garantiertes Geld ihre Waren hergeben können.

Alles in allem bekommen wir also aus Goldschmidts Buch kein völlig klares Bild von der Wirtschaftsorganisation Sowjetrusslands. In einem besonderen Aufsatz wollen wir nunmehr prüfen, was wir etwa aus seinen Mitteilungen für die deutsche Revolution lernen können.

Etwas über positive Arbeit.

Von Bruno Lieske.

Das geflügelte Wort vom „Negieren“ und das von der „positiven Arbeit“ sind Gemeinplätze, die aus der Zeit des Entstehens des Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung stammen. Eigentlich bürgerliche Redensarten, wurden diese Gemeinplätze von bürgerlichen Intellektuellen mit in unsere Reihen geschleppt und wirkten dahin, das Klassenbewusstsein abzuschleifen. Denn sie beruhen – wenn auch vielleicht manchmal nur unbewusst – auf der Grundvorstellung: alles umkrepeln geht nicht; ohne Profit raucht kein Schornstein, also kann die Wirtschaft anders als kapitalistisch nicht betrieben werden. Freilich sind damit mancherlei Übelstände für den Arbeiter verbunden, aber alles menschliche Wesen ist eben Stückwerk. Deshalb schlage man sich die „Utopie“ von der Beseitigung des Kapitalismus aus dem Kopf und arbeite „positiv“ an der Besserung der Lage der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft. [35]

Solche Tiraden haben im Denken der Arbeiter weit mehr Verwirrung angerichtet, als man annehmen sollte. Besonders bei Gelegenheit der deutschen „Revolution“ vom November 1918 zeigte sich das. Es dürfte deshalb nützlich sein, einige Streiflichter auf die Erfolge der sogenannten „positiven Arbeit“ zu werfen.

Da ist z. B. die *Wohnungsnot*. Schon im Kriege ging man ihr „positiv“ zu Leibe, weil eine „*Notwendigkeit im Interesse der Fortführung des Krieges*“ vorlag. Aber selbst dieses Interesse brachte nur Verordnungen, die *ohne Antastung des Privateigentums* die krassesten Übel zu mildern suchten. Die weitere positive Arbeit nach dem 9. November hat diesem Jammer nur eine Verschlimmerung gebracht. Im Vorwort des „*Mieterschutz*“ weisen Paul Hertz und Paul Boenheim darauf hin und geben dem preußischen Minister für Volkswohlfahrt, *Stegerwald*, das Wort, der in der preußischen Landesversammlung folgendes Resultat positiver Arbeit mitteilte:

„Allein in Groß-Berlin haben Mitte Februar 80 000 Familien kein geeignetes Obdach finden können. In Breslau sind es rund 10 000, in Köln 6000. Im Frieden seien jährlich 200 000 Wohnungen hergestellt worden. Während des Krieges *und auch teilweise noch früher* sei der Wohnungsbau fast völlig brach gelegen, so dass gegenwärtig etwa 1 Million Familien ohne geeignete Behausung sind, d.h., dass etwa jeder 15. Familie das früher gewohnte Obdach fehlt.“

Also schon vor dem Kriege war die Bautätigkeit nicht mehr so rentabel, dass die Unternehmerinitiative Anreiz erhielt. Und nun, verehrte Freunde, ist es an uns, mit dem Nichts positive Resultate zu erzielen.

Da ist weiter die *Jugendpflege*. Hier ist das wichtigste Institut die Schule. Und wenn man hier bloß in gesundheitlicher Beziehung forscht, so ist man einfach bestürzt über die „positive“ Arbeit, die uns da vor Augen tritt. Eine schulärztliche Untersuchung der Kinder ist im Kriege wegen Ärztemangels meist überhaupt unterblieben, jetzt können sich die paar Schulärzte nicht zerreißen. Die Badeeinrichtungen der Berliner Volksschulen, – soweit sie Gasheizung haben – hat bisher keine noch so rührige positive Arbeit benutzbar machen können.

Stattdessen aber ist von den demokratisch zusammengesetzten Dezernaten, Deputationen und Kommissionen *Spararbeit* geleistet worden dergestalt, dass eine Reinigung der Räume nur alle zwei Tage stattfindet, weil Scheuerlappen, Schrubber, Bürsten und [36] Reinigungsleute zu teuer geworden sind!!! Die Desinfektion der Aborte kennt man nur noch vom Hörensagen, so dass selbst die Schulärzte dagegen Eingaben gemacht haben, weil solche Zustände buchstäblich zum Himmel stinken. Und das Jugendamt Berlins, in dem *alle Parteien* positiv sitzen, weiß nichts Besseres auszuknobeln, als für Fußballklubs öffentliche Plätze zu verschandeln. Dort hatte man tatsächlich den Entschluss gefasst, den neugeschaffenen Spielplatz am Rudolf-Platz (im Osten Berlins) einzäunen zu lassen, um Fußballspiele darauf zu veranstalten! Nur die frühzeitigen, energischen Proteste der Anwohner verhinderten, dass bürgerliche Zigarettenklubs gegen entsprechendes Eintrittsgeld auf öffentlichen Plätzen tummeln, während die pflegebedürftige Arbeiterjugend zwischen den Rädern der Fuhrwerke ihr armseliges Leben in Gefahr bringt. Die Tatsache aber, dass Sozialisten nicht mit Krach gegen einen solchen Gedanken angekämpft haben, beweist mehr als alles andere. Sie ist ein eklatanter Beweis dafür, dass „positive Arbeit“ das Klassenempfinden derartig abstumpft, dass die bürgerliche Klasse auf „rechtlichem“ Wege zu ihrem Vorteil kommt.

„Revolutionäre Narren“, die wir nun mal bei allen Schwärmern für positive Arbeit sind, wussten wir schon voraus, dass bei Lichte besehen nur der revolutionäre Forderer wirklich positive Arbeit leistet. Positive Arbeit kann erst geleistet werden, wenn man darunter produktive Arbeit versteht. Produktive Arbeit aber leistet nicht eine Legislative, sondern nur gepaart mit der Exekutive. Nicht Abgeordnete oder Deputierte, sondern Räte, die ihre Gesetze selbst praktisch ausführen. Für diese Vorbedingungen sind aber seit dem 9. November alle Hemmnisse geschaffen worden, die man sich denken kann. Die ersten Anfänge kommunaler Arbeiterräte sind gerade da am schnellsten abgeschafft worden, wo die verbohrtesten Vertreter der „positiven Arbeit“, die Scheidemann-Sozialisten, den meisten Einfluss hatten. Und damit der Gedanke des Rückschritts auch den jetzt der Jugendpflege Bedürftigen erhalten bleibt und die Entwicklung fast zum Stillstand gebracht wird, stimmten diese „praktischen Arbeiter“ in den einzelnen Kommunen für Kirchenbeihilfen!

Da wir gerade bei der Schule sind, dürfen wir auch an der ungenügenden Fortbildung unserer Jugend während des Krieges nicht vorübergehen. Die bürgerliche Klasse mokiert sich über die Verwahrlosung der Proletarierjugend, aber die Forderung: „Die Lehrer gehören in die Schule, statt auf den Kriegsschauplatz“ galt positiven Seelen als ein [37] Hirngespinnst. Warum? Weil der Widerstand der bürgerlichen Klasse eine Ausführung nicht zulasse! Ja, du lieber Himmel, damit ist doch aber bewiesen, dass die Voraussetzung zu einer positiven Arbeit fehlt!

Man wird nun versuchen, sich damit abzufinden, dass man während der Kriegszeit nicht alles im Auge behalten habe. Aber wir haben seit Kriegsschluss leider nicht gesehen, dass die Misserfahrungen der Kriegszeit die unentwegten Vertreter der positiven Arbeit eines anderen belehrt hätten. Im Gegenteil. Nehmen wir das neueste Hemmnis, – das ja durch positive Arbeit überwunden werden sollte – und beschauen es näher. Da fand kürzlich eine Zusammenkunft der Schulleiter statt, in der festgelegt wurde, welche *Schulen zum Winter zusammengelegt werden sollen!* Gleich darauf wurden die Schulen mit Kohlen belegt, die weitergeführt werden, die anderen nicht. Also: die Lehrer sind da – sogar arbeitslose aus besetzten Gebieten, die von den Gemeinden beschäftigt werden müssen –, aber es fehlt an Kohlen, *die Privateigentum der anderen Klasse bilden.* Ist es da nicht positiver, praktischer, wenn man alles erst daransetzt, um die Voraussetzungen zur positiven Arbeit zu schaffen? Ist es darum ein Hirngespinnst, erst die Enteignung und Befreiung vom „Privateigentum“ durchsetzen zu wollen? Wie vorstehendes Beispiel zeigt, war die positive Arbeit vergeblich. sie wird sich weiter vergeblich bemühen, die „Kriegsfolgen“ für den Winter abzulenken, weil

alle Voraussetzungen dazu fehlen. Die Mühe und Arbeit aber wird gelohnt mit Polizeivermehrung, weil die Klasse der positiven Arbeiter ihre Kinder nicht besser erziehen könne: *zum Schaden also noch Spott und Verdächtigung.*

Ohne Voraussetzungen mag der Teufel positive Arbeit leisten. Zu diesen Voraussetzungen gehört eben der Umsturz des ganzen alten Systems, vor dem der „positive Arbeiter“ seit dem 9. November Schritt vor Schritt zurückgewichen ist. Es ist darum verständlich, wenn sich in den Kreisen der kaiserlich aufgewachsenen Jugendpfleger, Lehrer und ähnlicher Personen, die direkte und indirekte Sabotage breit macht. Z. R. wird die ministerielle Verordnung zur Einrichtung von Spielnachmittagen so befolgt, dass sie zu einer Abendbelastung unserer schlecht genährten Kinder führt.

Gute Ernährung ist Voraussetzung eines Erfolges in der Körper- und Gesundheitspflege. Da diese Voraussetzung fehlt, ist auch die rühmteste positive Arbeit vergeblich, ja, ein zweischneidiges Schwert. Die Kommunen können die Ernährung nicht schaffen, weshalb man es Privaten überlässt, sich bei demselben Arbeiter beliebt zu machen, der diesen Privaten erst mit seiner Arbeitskraft den Überschuss schaffen muss. Es ist daher äußerst bedenklich, bei den Kindern der Arbeiter das Gefühl auslösen zu lassen, als habe die Menschheit es hier mit Wohltätern zu tun, statt ihnen zu sagen, es stände ihnen das gesellschaftliche Recht zu, ernährt zu werden. *Jeder klassenbewusste Arbeiter weiß, dass es in der kapitalistischen Gesellschaft keine Wohltäter gibt. Die Wohltätigkeit Begüterter geschieht aus dem Profit, um sich die ausbeutungsfähige Arbeitskraft zu erhalten.* Es ist darum positiver, dem Beispiel Petersburgs zu folgen, alle „Wohltätigkeit“ in der Jugend-, Körper- und Gesundheitspflege auszuschalten und diese Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Rundschau.

68 Milliarden Defizit. Als immer riesenhafter erweist sich das Loch, das der kapitalistische Staat nicht zu stopfen vermag. Während man vor 14 Tagen von 56 Milliarden Defizit im Jahreshaushalt der Deutschen Republik sprach, gestand der Finanzminister, Herr *Wirth*, am 7. Oktober bereits ein, dass es fast 68 Milliarden seien. Und jetzt hat sich der Reichsrat zu einer Tat aufgegriffen. Er befiehlt, es soll nicht mehr bloß der Mund gespitzt, es soll endlich gepfiffen werden. Was nämlich soll geschehen? Hier die entscheidenden Sätze seines Beschlusses:

„Es soll nicht verkannt werden, dass das Reichsfinanzministerium bestrebt gewesen ist, zu seinem Teile Einschränkungen herbeizuführen. Gegenüber dem Drängen der Ressorts nach Erweiterung ihres Wirkungskreises und nach Übernahme neuer Aufgaben müssen ihm jedoch verstärkte Handhaben gegeben werden, um erfolgreich durchzugreifen. Je mehr zudem die Gestaltung des Haushalts von den in ihrem Ausmaß ungeheuren, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages hergeleiteten Forderungen unserer Vertragsgegner abhängig ist, umso zwingender erhebt sich die Notwendigkeit, auf allen anderen Gebieten die *starke Minderung der Ausgaben* eintreten zu lassen, die für ein verarmtes Staatswesen unerlässlich ist. Dazu bedarf es eines *wirksamen Einflusses des Reichsfinanzministers* auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Bemessung in unserer Hand liegt.“

Der Reichsrat begrüßt daher das im Reichskabinett hervorgetretene Bestreben, *die Vollmachten der Finanzverwaltung zu erweitern*, aufs lebhafteste. Nur wenn ihr Gebot befolgt werden muss, wenn sie in die Lage versetzt wird, dass Maß der Ausgaben in unnachsichtlicher Strenge mit den verfügbaren Mitteln im Einklang zu halten, [39] und wenn ohne ihre Mitwirkung und Zustimmung neue Aufgaben nicht übernommen werden dürfen, ist eine Finanzgebarung möglich, wie sie die Lage der Reichsfinanzen zur unabweisbaren Pflicht macht.

An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschließungen so zu gestalten, dass das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung *strengster Sparsamkeit* bei den Reichsausgaben unentbehrlichen *Machtbefugnissen* auszustatten, erreicht wird.“

Ist das alles? Wir dachten, es soll etwas geschehen. Stattdessen füttert man uns wieder mit einer Resolution, wie wir sie schon zu Dutzenden kennen gelernt haben. Sparsamkeit ist eine wunderschöne Sache, aber erst muss man etwas *haben*, wenn man sparen soll. Und wenn der Finanzminister zehnmal kommandieren kann, dass nichts ausgegeben werden darf, damit wird er die Kassen des Reichs nicht füllen, solange er nicht das Kunststück fertigbringt, aus den Einkünften des gesamten Volkes allein an Steuern mehr herauszuholen, als diese Einkünfte überhaupt betragen.

Arbeitspflicht. Im April 1920 hat der Kongress der Kommunistischen Partei Russlands unter anderm folgenden Beschluss gefasst:

„In Anbetracht, dass ein erheblicher Teil der Arbeiter auf der Suche nach besseren Verpflegungsbedingungen nicht selten aber auch zu Zwecken der Spekulation, eigenmächtig die Betriebe verlässt und von einem Ort an den anderen übersiedelt, wodurch der Produktion Schäden zugefügt werden und die allgemeine Lage der Arbeiterklasse verschlechtert wird, sieht der Kongress eine der dringendsten Aufgaben der Sowjetmacht und der Gewerkschaftsorganisationen im planmäßigen, systematischen, beharrlichen, strengen Kampfe mit der *Arbeitsdesertion* im Besonderen durch Veröffentlichung von Straflisten der Deserteure, durch Schaffung von Strafarbeitskommandos aus Deserteuren und endlich durch Einsperren der Deserteure in ein Konzentrationslager.“

Diesen Beschluss versieht die Presse der Regierungssozialisten mit der Überschrift „*Bolschewistische Arbeitsfreiheit*“ und hängt ihm die Bemerkung an:

„Der Arbeiter, der sich eine bessere Arbeitsstelle zu suchen wagt, wandert hinter Stacheldraht! Dieser Beschluss genügt eigentlich, um die Frage zu erklären, ob die aus Russland Heimgekehrten bei der Schilderung des bolschewistischen ‚Paradieses‘ übertrieben haben.“

Ob diese Leute wirklich nichts davon begreifen, dass der Arbeitszwang in einem kommunistischen Gemeinwesen, wo die Produktion geregelt wird, um alle vor dem Hunger zu schützen, ganz etwas anderes ist, als in einem Lande, wo des Arbeiters Freiheit aufgehoben wird, um den Kapitalisten Profit zu sichern? Möglich ist es schon, dass sie sich von der Pflicht jedes einzelnen, mit seiner *ganzen Existenz* für die sozialistische Sache einzutreten, keine rechte Vorstellung machen können. Während des Krieges haben sie es ja bewiesen, wie weltenfern ihnen das liegt.

6. Jahrgang Nr. 3 5. November 1920

Nationalbolschewismus.

Berlin, 2. November 1920.

Als wir im vorigen Heft die Taktik der Kommunistischen Partei während der letzten 12 Monate untersuchten, kamen wir zu dem Ergebnis, dass, rein technisch gesehen, hier ein Meisterstück praktischer Tagespolitik vorliegen dürfte. Die Zertrümmerung der Unabhängigen Sozialdemokratie, auf die es offenbar abgesehen war, ist glänzend gelungen. Dennoch steht zu befürchten, dass sich das Ganze auf die Dauer als ein Stück sehr kurzsichtigen und bedenklichen Opportunismus erweisen werde: den unmittelbar beabsichtigten Zweck, eben die Zertrümmerung der Unabhängigen Partei, hat man im Auge gehabt und mit unübertrefflicher Geschicklichkeit die einzelnen Schachzüge auf dieses Ziel hingelenkt. Dabei hat man aber ganz und gar vergessen, was hinterherkommen werde. Große Scharen ehrlich begeisterter revolutionärer Arbeiter hat man von sich gestoßen, um dafür die Gefolgschaft der *Däumig* und *Adolf Hoffmann* einzuhandeln, vor deren „revolutionäre. Wirksamkeit der „Roten Fahne“ jetzt schon angst und bange wird. Es scheint, dass unsere Befürchtungen noch schneller in Erfüllung gehen sollen, als wir selber gedacht haben. Nicht mal eine Anstandsfrist scheinen diese neugebackenen „Kommunisten“ wahren zu wollen. Während die „Rote Fahne“ vor wenigen Tagen sehr richtig schrieb, es dürfe nun etwa nicht der Kampf um ein klares politisches Ziel umgebogen werden in einen juristischen Kleinkrieg, hatten jene nichts Eiligeres zu tun, als die „alten“ Unabhängigen auf Herausgabe der Kassenschränke beim bürgerlichen Gericht zu verklagen! So beginnt ihre „revolutionäre“ Tätigkeit! [41]

Übrigens, weil wir gerade dabei sind, und um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, sei hier auch ein Wort über die Dittmänner eingefügt. Wie die Paragraphen der bürgerlichen Gesetzbücher lauten, wissen wir nicht; ist uns auch höllisch gleichgültig, denn selbst zur Beurteilung der rein rechtlichen und moralischen Seite der Sache brauchen wir keine juristischen Flohknackereien. Der Parteitag in Halle hat seine Beschlüsse mit Mehrheit gefasst. Und nun ist uns *eine* Sache ungeheuer interessant. Als am 3. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit Stimmenmehrheit beschloss, die Kriegskredite zu bewilligen, erklärten die *Haase*, die *Dittmann* und *Ledebour*, das sei zwar eine Schweinerei, die ihrer Überzeugung zuwiderlaufe; aber als gute Demokraten müssten sie sich der „Parteidisziplin“ fügen und die Schweinerei mitmachen. *Rosa Luxemburg* fand damals das treffende Wort: sie legten die Parteidisziplin so aus, dass sie sich auch dann fügen müssten, wenn der Beschluss etwa gelautet hätte, die Fraktion trete mit Mann und Maus zur nationalliberalen Partei über. Sachlich war ja auch kein Unterschied. Durch die Unterstützung der kapitalistischen Kriegspolitik, die mit der Bewilligung der Kredite begann, hatte sich die Fraktion als ein in ihrem Wesen nationalliberales Gebilde entpuppt. Das machten die „unabhängigen“ Helden getreulich mit. Jetzt in Halle hat wieder eine Mehrheit entschieden. Aber jetzt lassen dieselben *Dittmann* und *Ledebour* von Parteidisziplin nichts spüren. Jetzt behaupten sie einfach, die Mehrheit, die den Beschluss fasste, habe sich dadurch außerhalb der Partei gestellt und man brauche sich ihr nicht zu fügen. Woraus klärlich folgt, dass „Demokratie“ und „Parteidisziplin“ immer nur dann gelten, wenn sie sich *gegen* die Revolution, *gegen* den Sozialismus, *gegen* die Sache des Proletariats wenden.

Kehren wir nach dieser kurzen, aber unterhaltsamen Abschweifung zu unserem Thema zurück. Wir schlossen im vorigen Heft unsere Betrachtung mit der Frage, ob nicht – ungeachtet aller etwaigen Bedenken – die Trennung der Kommunisten unvermeidlich gewesen sei wegen des sogenannten „Nationalbolschewismus“ der K.-A.-P.-Anhänger.

Suchen wir zunächst einwandfrei festzustellen, was unter Nationalbolschewismus zu verstehen ist. Als seine Begründungsurkunde – abgesehen von den Auslassungen von bürgerlicher Seite, wie z. B. vom Professor *Eltzbacher* – gilt jene Schrift von *Laufenberg* und *Wolffheim*, die sie die „Erste kommunistische Adresse an das deutsche [42] Proletariat“ genannt haben.⁵ Die Verfasser gehen von der Überzeugung aus, dass jeder Versuch, in Deutschland eine Räteregierung zu errichten und den kommunistischen Aufbau zu beginnen, sofort dem bewaffneten Widerstand der Ententeregierungen begegnen wird. Das darf für das Proletariat natürlich kein Hindernis sein, die politische Macht zu erobern. Aber dann muss es sich auch darüber klar sein, dass es sein neues kommunistisches Gemeinwesen ohne Atempause mit den Waffen in der Hand verteidigen muss. Und da die beste Verteidigung bekanntlich der Hieb ist, so raten *Laufenberg* und *Wolffheim*, erst keine Zeit zu verlieren, sondern „die kurze Zeit der Verblüffung in vollem Umfange auszunutzen, die sich der Staaten der Entente alsdann bemächtigen wird“, und ihrem Angriff zuvorzukommen. Da nach ihrer Meinung hierzu das feste Zusammenhalten des ganzen Volkes ohne Rücksicht auf Klassengegensätze nötig ist, so kommen sie weiter zu der Forderung des „revolutionären Burgfriedens“; d.h. „unter der Voraussetzung, dass die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkennt“, soll – „abgesehen von den notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der proletarischen Diktatur“ – „jedem einzelnen Staatsbürger der unbedingte Schutz von Freiheit, Leben und Eigentum vor individuellen Eingriffen absolut gesichert“ sein. Außerdem soll zum Träger der Diktatur eine Organisation geschaffen werden, welche „nicht nur die Teile des Volkes einbezieht, die bisher Arbeiter genannt zu werden pflegten, sondern alle Werktätigen, gleichgültig welcher gesellschaftlichen Sphäre sie bisher angehörten“. Dies wird vorher an dem Beispiel illustriert, dass der grundbesitzende Bauer, soweit er in der Landwirtschaft selbst mitarbeitet, „schon durch seine Arbeitstätigkeit berechtigt ist zur Teilnahme an der Aufrichtung aller politischen und wirtschaftlichen Organe auf dem Lande“.

Wir werden hiernach den Nationalbolschewismus definieren können als eine politische Richtung, welche als erste Aufgabe einer proletarischen Regierung in Deutschland *den sofortigen Angriffskrieg gegen die Entente erachtet*, zu dessen Vorbereitung und kraftvoller Durchführung sie die Vereinigung der gesamten Kräfte des Volkes für nötig hält, woraus – wenn dies letzte vielleicht den Verfassern der Adresse auch nicht mit voller Klarheit zum Bewusstsein gekommen sein mag – die Schlussfolgerung ent- [43] springt, mit solchen Maßnahmen, welche gegen das Klasseninteresse der Bourgeoisie verstoßen, nur sehr schonend vorzugehen oder auch sie einstweilen ganz zu unterlassen.

Diese Richtung ist von den deutschen Kommunisten nahezu einmütig abgelehnt worden. Am besten hat sie, soweit wir sehen. Genosse *Radek* in der Broschüre „Gegen den Nationalbolschewismus“⁶ kritisiert. Es steht durchaus nicht von vornherein fest, dass die Ententeregierungen einer kommunistischen Regierung Deutschlands auf der Stelle den Krieg erklären werden. Den besten Willen dazu werden sie freilich haben. Aber so einfach spielen sich die Dinge denn doch nicht ab. Es kommt ganz auf die im Augenblick gegebene diplomatische Situation an, die sich nicht voraussehen lässt. Sie müssen Rücksicht nehmen

⁵ Verlag Willaschek & Co., Hamburg 11. 75 Pfg. 1. November 1919.

⁶ Berlin, Spartakusbund

auf die allgemeine Stimmung ihrer eigenen Völker, auf den Reifegrad, den die Arbeiterbewegung in England, Frankreich, Italien, Amerika bis dahin angenommen hat, auf die internationalen Verwicklungen zwischen ihnen selbst – ist doch heute schon die Einigkeit zwischen Frankreich und England längst in die Brüche gegangen, da sich ihre imperialistischen Interessen auf die Dauer nicht miteinander vertragen und in Polen bereits ein ganz artiger selbständiger Imperialismus herangewachsen ist – auf die Machtstellung, welche Sowjetrussland in jenem Augenblick einnehmen wird, und auf noch manches andere. Schon bei einer früheren Gelegenheit⁷ haben wir darauf hingewiesen, dass hier ein breiter Spielraum für eine tüchtige proletarische Diplomatie vorhanden ist, um den Ententeregierungen diese Schwierigkeiten zum Bewusstsein zu bringen und sie gegen etwaige Kriegsgelüste auszuspielen. Wollte ein kommunistisches Gemeinwesen unter allen Umständen auf Krieg ausgehen, wollten die Kommunisten dies gar jetzt schon als ihre Absicht nach Übernahme der Staatsgewalt verkünden, so würden sie damit sogar rein taktisch ihre Chancen wesentlich verschlechtern. Denn dann könnten die Ententeregierungen sich darauf berufen, dass das kommunistische Deutschland sie ja doch auf keinen Fall in Ruhe lassen werde, und das würde ihnen über die meisten jener Schwierigkeiten hinweghelfen.

Dazu kommt dann der zweite schwere, kaum begreifliche Fehler der *Laufenberg* und *Wolffheim*, nämlich ihre Idee des Burgfriedens. Mit Recht weist Genosse *Radek* im Einzelnen nach, dass die Bourgeoisie nicht so dumm [44] ist, wie die Arbeiterschaft während des Weltkrieges war. Ein solcher Krieg würde sich darum drehen, dass der deutsche Kommunismus den Bourgeois *alles* wegnehmen will, während die Entente ihnen einen Teil ihres Eigentums lässt, damit sie in Deutschland die kapitalistische Ausbeutung gewissermaßen als Schwitzmeister des Ententekapitals weiter betreiben. Und da glaubt man, dass die Herrschaften, die sich sogar während des Weltkrieges nicht genierten, hunderttausende von Tonnen Stahl dem deutschen Heere zu entziehen und ins Ausland zu verschieben, wo sie dem „Landesfeind“ zugutekamen und unzähligen deutschen Soldaten das Leben kosteten⁸ – da glaubt man, dass sie auch nur einen Augenblick davor zurückscheuen werden, Hochverrat und Landesverrat in jeder Form zu begehen? Mit Engelszungen mögen *Laufenberg* und *Wolffheim* zu ihnen reden, mit noch so zarten Sammetpfötchen sie anfassen, wir werden sie bei einem solchen Kriege doch unfehlbar im Lager der Feinde eines kommunistischen Deutschlands finden.

Ist also diese von den Nationalbolschewisten empfohlene Politik ganz und gar zu verwerfen, so darf aber nicht daraus folgen, dass man nun die Augen vor der wirklich drohenden Gefahr verschließen soll. Absolut sicher ist der Angriff von Seiten der Entente keineswegs, aber mit der Möglichkeit muss man rechnen, vielleicht sogar mit der hohen Wahrscheinlichkeit. Dann aber muss man sich offenbar genauso auf ihn einrichten, als wenn er ganz bestimmt käme, d.h. man muss beizeiten alles tun, was man kann, um eine proletarische Landesverteidigung zu organisieren. Doch das ist noch nicht genug. Es handelt sich gar nicht nur um die Frage, was am Tage nach der kommunistischen Revolution zu erwarten steht. Viel Drängenderes, viel Unmittelbareres steht auf dem Spiel.

Wenn wir uns darüber einig sind, dass die Regierungen der Entente voll des besten Willens sind, einer kommunistischen Regierung in Deutschland den Garaus zu machen, so versteht sich ganz von selbst, dass sie auch vorher schon alles tun werden, was sie können, um die Kommunisten zu verhindern, die Macht zu ergreifen und ein Sowjetdeutschland zu errichten.

⁷ Artikel „Landesverteidigung“, Lichtstrahlen Nr. 22, V. Jahrg., S. 544.

⁸ Siehe Alfons Horten, „Sozialisierung und Wiederaufbau“, S. 33–34; mitgeteilt in Lichtstrahlen Nr. 18, 20. Juni 1920, S. 451–452.

Da haben sie es nämlich leichter. Daraus folgt, dass jede einzelne kommunistische Maßnahme, jede Forderung der Kommunisten unter Umständen den Krieg mit der Entente heraufbeschwören kann. Bei jedem einzelnen Schritt, den die Kommunisten in Deutschland tun, stehen sie also vor der Frage: sollen wir es nicht lieber unterlassen, weil möglicherweise Krieg daraus entstehen könnte? Man lese nur den Gegenpol der Nationalbolschewisten, die Berliner unabhängige „Freiheit“, da steht es jeden Tag schwarz auf weiß, dass die Kommunisten in derselben Verdammnis seien wie die Alldeutschen, weil sie bei ihren Forderungen keine Rücksicht auf die Kriegsgefahr, und bei der Kriegsgefahr keine Rücksicht auf die tatsächlichen Machtverhältnisse zwischen Deutschland und der Entente nähmen. Was ist darauf zu erwidern? Wir sind in der angenehmen Lage, die Antwort nicht selbst formulieren zu müssen; denn nicht nur sagt Genosse *Radek* (S. 10 seiner Broschüre):

„Jeder Proletarierstaat wird die Wehrhaftigkeit des Proletariats bis zum endgültigen Siege der Weltrevolution pflegen müssen, er wird vielleicht mehrmals zu den Waffen greifen müssen.“

Sondern wir finden die Antwort geradezu glänzend formuliert in der Berliner „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei. Wir brauchen sie nur abzudrucken. Dort heißt es z. B. am 9. September:

„Wo die revolutionäre Pflicht des deutschen Proletariats mit irgendwelchen Klauseln irgendeines imperialistischen Vertrages in Widerspruch gerät, wo die Arbeiterklasse wählen muss zwischen der Verteidigung der Revolution und dem aktiven Verrat an der Revolution – und so ist die Frage heute schon gestellt, und so wird sie morgen noch schärfer gestellt sein –, da können nur aktive Verräter an der Revolution das Proletariat schrecken vor dem, was seine Pflicht, seine Ehre und sein Lebensinteresse erfordern: den aktiven revolutionären Kampf gegen jede konterrevolutionäre Macht, die das Schwert gegen die Revolution zückt.

„Ihr wollt also den Krieg, den Krieg gegen Frankreich?“ Wir antworten: über den Krieg gegen Frankreich bestimmt nicht die deutsche Revolution, sondern das imperialistische Frankreich selbst. ... Wenn das imperialistische Frankreich das deutsche Proletariat vor die Wahl stellen wird, seine eigene oder die russische Revolution preiszugeben, oder von ihm überfallen zu werden, so muss das deutsche Proletariat *dem Schwert mit dem Schwert begegnen.*“

Desgleichen am 8. Oktober gegenüber dem Angstgeheul der „Freiheit“:

„Diese ganze Gefreitenweisheit läuft darauf hinaus, dass die deutsche Arbeiterklasse sich so lange widerstandslos der Entente zu fügen und so lange ihre Verpflichtungen gegenüber Sowjetrussland zu brechen hat, bis das französische Proletariat ihm vorangehen wird. Dasselbe Stück wird von den Longuets in Frankreich, von den Turatis in Italien usw. gespielt. Die ganze Musik läuft ganz einfach darauf hinaus, dass die revolutionären Pflichten allemal der andere zu erfüllen hat...“

„Alle diejenigen, die meinen, die revolutionäre Initiative immer dem anderen zuweisen zu können, alle diejenigen, die davor zurückschrecken, heute, morgen oder übermorgen, nicht weil wir es wollen, sondern, wenn wir müssen, wenn das Weltkapital uns vor diese Notwendigkeit stellen wird, das Schwert zur Verteidigung der Weltrevolution zu ergreifen: Alle diese autonomen Helden des Hosenbodens überlässt die Kommunistische Internationale mit Vergnügen den Kautsky und Hilferding, den Lloyd George und Millerand.“

Wir haben diesen glänzenden Ausführungen nichts weiter hinzuzufügen als die bescheidene Frage: ja glaubt man denn, dass die Genossen von der K.A.P.D. hierüber im Geringsten anders

denken? Das wird niemand zu behaupten wagen. Dann aber haben sie mit „Nationalbolschewismus“ nichts gemein und dann lag auch hierin kein genügender Grund zur Trennung. Was für Erfahrungen dagegen die Kommunistische Partei mit den neugebackenen „Kommunisten“ von vorgestern machen wird, wenn es sich darum handeln wird – um wiederum mit den Worten der „Roten Fahne“ zu sprechen – „ob sie gewillt sind, mit Leib und Leben für die Verteidigung der Weltrevolution nach innen und außen einzutreten“, das wollen wir erst einmal abwarten.

Russische Methoden in Deutschland?

Vergleicht man die von *Goldschmidt* geschilderten russischen Vorgänge⁹ mit dem, was sich seit dem November 1918 in Deutschland ereignet hat, so fällt vor allen Dingen auf, dass sich die russischen Arbeiter als viel revolutionsreifer erwiesen haben als die deutschen. Seit Jahrzehnten war die deutsche Arbeiterschaft durch die Schule der Sozialdemokratie gegangen und galt in der ganzen Welt als die am weitesten vorgeschrittene. Als aber die große Stunde kam, da fand nicht nur der 4. August 1914 ein sehr, sehr kleines Geschlecht, sondern nachdem den deutschen Arbeitern am 9. November 1918 die politische Macht in den Schoß gefallen war, wussten sie absolut nicht, was sie damit anfangen sollten, und gaben auf ihrem Räte-Kongress im Dezember 1918 der Welt sogar das bejammernswürdige Schauspiel, dass sie zu Gunsten der Bourgeoisie wieder abdankten. Die russischen Arbeiter dagegen, die zum größten Teil nicht einmal schreiben und lesen konnten, die in ihrer großen Masse niemals einer sozialdemokratischen Partei angehört hatten, von denen Herr *Dittmann* [47] neulich erzählte, dass sie vor kurzem noch „zweibeinige Tiere“ gewesen seien – die wussten sofort, worauf es ankam. Und zwar, wohlverstanden, ohne die Bolschewiki. Wir erfahren, dass sie sofort nach Beseitigung des Zaren – also bevor die Führer der Bolschewiki überhaupt im Lande waren – schon ihre Betriebsräte wählten. Und sobald die Kapitalisten Miene machten, die Betriebe still zu legen, begannen die russischen Arbeiter das, was man den deutschen Arbeitern bis auf den heutigen Tag vergeblich predigen muss: die Verdrängung der kapitalistischen Unternehmer aus den Betrieben. Schon vom Mai 1917 an, so hören wir, setzten sie es durch, dass die Regierung sich überall einmischte, wo die Betriebe stillgelegt werden sollten, und in vielen Fällen die Weiterführung anordnete, oft auch das nötige Geld dazu gab. Das war bereits ein Stück praktischer Enteignung, ein Stück praktischer Revolutionsarbeit, ohne jede bolschewistische Anleitung. Denn die Bolschewisten kamen bekanntlich erst im November 1917 an die Macht.

In Deutschland dagegen? Fast ein Jahr schon sind die Betriebsräte „gesetzlich“. Aber wo ist der Betriebsrat, der seine Aufgabe anders auffasst, als ein „Gewerkschaftersatz“ zu sein, d.h., sich um Anstellung und Entlassung von Arbeitern, um Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und dergleichen zu kümmern? Trotzdem sogar das reaktionäre Betriebsrätegesetz ihm viel weitergehende Aufgaben zuweist.

Die Tätigkeit der russischen Fabrikkomitees (Betriebsräte) führte, wie wir gesehen haben, zunächst zu einer syndikalistischen Zersplitterung der Industrie. Zumal nach dem bolschewistischen Umsturz, als die Macht der Kapitalisten schnell dahinschwand, übernahm in jeder Fabrik der Betriebsrat die Leitung und so bildete jede Fabrik sozusagen einen kleinen Wirtschaftskörper für sich. Diesen Zustand zu überwinden, all die unzähligen kleinen und großen Betriebsstätten zu einem einheitlichen, planmäßig geleiteten Wirtschaftskörper zusammenzufassen, darin besteht, wie wir gesehen haben, die eigentliche und wichtigste Tätigkeit der bolschewistischen Sowjetregierung.

⁹ Vergl. die beiden Aufsätze „Wie macht man Revolution?“ in Nr. 1 und 2 des laufenden Jahrganges.

Hier liegt also der Kardinalpunkt einer jeden Revolution. Die wirtschaftliche Umwälzung, auf die es einzig und allein ankommt, besteht in der Beseitigung der Privatbesitzer der Fabriken und ihres Profits und in der planmäßigen Zusammenfassung der gesamten Produktion zum Zweck der Bedarfsdeckung. Wollen wir aus dem russischen Beispiel lernen, so müssen wir zusehen, ob und wie weit sich auf *die- [48] sem* Gebiet die sogenannten „russischen Methoden“ auch in Deutschland anwenden lassen.

Freilich, wenn wir's recht überlegen, so müssen wir schon gegen den Ausdruck „russische Methoden Einspruch erheben. Die Methoden, welche unsere russischen Genossen angewandt haben und noch anwenden, sind gar nicht russischen Ursprungs. Theoretisch sind sie zuerst von dem Deutschen *Karl Marx* aufgestellt worden, und praktisch angewandt sind sie, viel früher als in Russland, von den Industrieherrn Deutschlands und besonders Amerikas. Rein wirtschaftlich genommen - d.h. abgesehen vom privaten Profit und den Effekt auf die Produktion ins Auge gefasst - ist z. B. das, was der amerikanische Petroleumtrust, die Standard Oil Company, mit der Petroleumversorgung Amerikas und vieler anderer Länder unternommen hat, im Wesentlichen gar nichts anderes als was die Bolschewiki mit der Textilindustrie Russlands getan haben. Und dasselbe gilt vom amerikanischen Stahltrust, vom deutschen Stahlwerksverband, vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat usw. Nur mit dem Unterschied, dass die Russen wirklich die *ganze* Industrie ihres Landes einbeziehen und deshalb dem Ideal, der planmäßigen Versorgung des gesamten Bedarfs, weit näherkommen.

Im Grunde genommen ist hiermit die Frage, ob die „russischen“ Methoden für Deutschland anwendbar seien, schon erledigt. Sie sind in Deutschland schon angewendet worden, Jahrzehnte lang bevor die Bolschewiki in Russland etwas zu sagen hatten. Es handelt sich gar nicht darum, etwas für Deutschland Neues einzuführen, sondern nur darum, es den Privathänden, die es nur zu privatem Nutzen und deshalb nur in bestimmten Grenzen taten, abzunehmen und es mit den Kräften der Gesamtheit bis auf jene Höhe zu führen, die das Privatkapital absichtlich nicht ersteigt.

Damit ist bereits gegeben, dass diese wirtschaftliche Umwälzung, wenn die deutsche Arbeiterklasse nur endlich einmal darangehen wollte, in Deutschland sich erheblich leichter abspielen wird als in Russland. Alle Augenblicke bekommen wir in der öffentlichen Diskussion zu hören, dass „die Verhältnisse“ in Russland „anders“ sind als in Deutschland. Das soll von der Anwendung der gleichen Revolutionsmethoden abschrecken. Aber sehen wir uns doch einmal die Unterschiede hier und dort an. Sie sind allerdings sehr groß. Da sind erstens einmal die *riesenhaften Entfernungen*. Was für eine gewaltige Arbeit gehört dazu, Baumwolle von Turkestan nach Moskau zu schaffen, Erze vom Ural nach Pe- [49] tersburg, Kohlen vom Don nach dem Norden! Gewiss ein großer Unterschied gegenüber Deutschland. Solche ungeheuren Entfernungen haben wir nicht zu überwinden. Aber soll das vielleicht unsere Aufgabe erschweren? Wird uns nicht die planmäßige Zusammenfassung der Industrie dadurch um so viel leichter, dass die Entfernung vom Ruhrbezirk nach Berlin knapp ein Drittel so groß ist wie die vom Don nach Moskau? Müssen wir nicht die Russen bewundern, dass sie in so viel schwererer Lage schon so viel geschaffen haben, und wir in so viel günstigerer Lage noch gar nichts?

Da ist weiter die *Rückständigkeit des russischen Transportwesens*. Wenige Eisenbahnlinien durchquerten noch kurz vor dem Kriege das riesige Land, und an dem Material, Lokomotiven und Wagen, hat der Krieg schweren Schaden angerichtet. Im ganzen europäischen Russland mit Finnland, Estland, Polen usw., einem Gebiet, das mehr als zehnmals so groß ist, wie das ehemalige Deutsche Reich, gab es im Jahre 1913 nur etwa gerade ebenso viel Kilometer

Eisenbahnen, wie im damaligen Deutschland.¹⁰ Soll das nun ein Nachteil für uns sein? Wird nicht wiederum dadurch uns die Arbeit des sozialistischen Aufbaus ungeheuer erleichtert, dass unser Land, im Verhältnis zu Russland, von Eisenbahnen geradezu wimmelt?

Und dann endlich die Hauptsache, der dritte Unterschied: die wirtschaftliche „Reife“ der Industrie. Da bei uns der Kapitalismus so sehr viel älter und größer ist als in Russland, hat er natürlich hier auch sehr viel mehr vorgearbeitet, die Industrie sehr viel näher an den Sozialismus herangebracht. Jene Verbindung zwischen verschiedenen Einzelbetrieben und zwischen verschiedenen Produktionszweigen, ihr In-einander-ordnen unter einen gemeinsamen Produktionsplan, das unsere russischen Genossen mit einem so großen Aufwand an Zeit und Mühe und unter immer neuen Fehlschlägen und Wiederholungen erst langsam zustande bringen müssen – in Deutschland bestehen sie schon.

Nur ein einziges Beispiel sei angeführt: die *Aktiengesellschaft Friedrich Krupp* besaß 1912 folgende Werke: 1. die Gussstahlfabrik in Essen, wo Geschütze, Panzerplatten, Eisenbahnmaterial, Schiffbaumaterial usw. gemacht wurden; 2. die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, ein Hochofen und Stahlwerk; 3. das Stahlwerk Annen; 4. das Grusonwerk in Magdeburg; 5. die Germaniawerft in Kiel; [50] 6. drei mittelrheinische Hüttenwerke; 7. mehrere Steinkohlenbergwerke; 8. Eisensteinbergwerke im Siegerland, Hessen, Lothringen sowie Beteiligung an spanischen Erzbergwerken; 9. eine Reederei in Rotterdam mit eigenen Seedampfern. In allen diesen Werken beschäftigte die Firma damals nicht weniger als 73 500 Personen.

Man stelle sich das vor: 73 500 Arbeitskräfte in ganz verschiedenen Betrieben, zum Teil weit voneinander entfernt. in Magdeburg, Kiel, Essen, Rotterdam, wurden hier einheitlich dirigiert, zu gemeinschaftlichem Werk planmäßig zusammengefasst! Nun war allerdings die Firma Krupp damals das größte Privatunternehmen in Deutschland. Nur die preußischen Staatseisenbahnen mit (1908) 485 000 beschäftigten Personen waren noch größer. Aber in der Eisen- und Kohlenindustrie war eine derartige Zusammenfassung der verschiedenartigsten Betriebe damals bereits die Regel. Und sehr weit war die gleiche Konzentration auch schon gediehen in der Kaliindustrie, der Zement-, chemischen, elektrischen, Textilindustrie und besonders auch im Bankwesen. Und man weiß – wenn auch leider heute noch nicht mit bestimmten Zahlen –, wie der Krieg diese Entwicklung treibhausmäßig gefördert hat.

Natürlich sollen darum die Schwierigkeiten, die uns noch bevorstehen, nicht unterschätzt werden. Immer noch bestehen daneben Industrien, in denen der zersplitterte Klein- und Mittelbetrieb vorherrscht. Und die Landwirtschaft in den allgemeinen Betriebsplan einzuordnen, wird überhaupt ein schwieriges Kapitel für sich sein. Aber nichtsdestoweniger, wenn man die Gesamtlage hüben und drüben nebeneinander hält. so wird man sagen müssen: im Vergleich mit Russland ist Deutschland reif, überreif; zehnmal. hundertmal leichter als den Russen wird uns die wirtschaftliche Revolution werden; die deutsche Arbeiterschaft braucht nur fortzusetzen, was der Kapitalismus selbst mit so großem Erfolge begonnen und vorgearbeitet hat. Sie muss nur endlich einmal wollen.

¹⁰

Die (abgerundeten) Zahlen sind:	Größe	Eisenbahnen
Europäisches Russland 1913	5 452 000 qkm	64 200 km
Deutsches Reich 1913	541 000 qkm	63 000 km

Zur Literatur über die große Französische Revolution.

Von H. Farwig.

Das größte Ereignis der neueren Geschichte bis zum Ausbruch des Weltkrieges von 1914 und seiner unmittelbaren Folge, der Weltrevolution, ist ohne Zweifel die große Fran- [51] zösische Revolution. Darüber dürfte es kaum noch eine Meinungsverschiedenheit geben. Alles, was wir bis zum letzten Kriege an mehr oder minder liberalen Errungenschaften aufzuweisen hatten, wurzelte in den Umwälzungen vom Ausgange des 18. Jahrhunderts. Die Geburt des Liberalismus überhaupt, der bis dahin trotz aller feudalen Überbleibsel im wesentlichen herrschenden Staatsform, ging in der Revolution von 1789 und durch sie vor sich.

Was aber noch nicht ganz so allgemein anerkannt ist, dürfte die Tatsache sein, dass die bürgerlich-kapitalistische Revolution des 18. Jahrhunderts in allen Stücken nichts anderes ist, als die unmittelbare Vorläuferin der proletarischen Revolution. Alle Fragen und Probleme der sozialen Revolution sind hier schon aufgeworfen, und in den letzten Zuckungen der Revolution des Kapitalismus, der *Verschwörung der Gleichen*, kündigt sich die kommende sozialistische Revolution unmittelbar und vernehmlich an. Wohl mussten noch hundertunddreißig Jahre vergehen, bis sie, die oft angekündigte, endlich wirklich da war. Aber trotzdem führen tausend unterirdische Fäden von der romantisch-revolutionären Verschwörung Grachus Babeufs über die Erhebung der Seidenweber von Lyon, die Februarrevolution, die Junischlacht, die Kommunekämpfe von 1871 bis zu der Erhebung der russischen Proletarier von 1917.

Noch eins macht die „große Revolution“ für die moderne Arbeiterschaft so wichtig. Durch das Studium der damals aufeinanderprallenden Gegensätze erkannten Marx und Engels den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft. Ungeheuer ist die Literatur über die große französische Revolution im Laufe der Jahre angeschwollen. Vor dem Kriege ist in Frankreich auf die Anregung des Genossen *Jaurès* eine wissenschaftliche Gesellschaft gegründet worden zur Erforschung der wirtschaftlichen Zustände vor und während der Revolution. Über fünfzig Bände waren bis vor dem Kriege allein von dieser Gesellschaft über obigen Spezialgegenstand geschrieben worden. Dazu alle die alten und neueren Werke. Es vergeht kaum ein Monat, wo nicht irgendwo ein neues Buch über die „große Revolution“ herauskommt. Und doch ist die Forschungsarbeit darüber noch lange nicht abgeschlossen.

Der Einzelne kann natürlich das alles nicht durcharbeiten; selbst dann nicht, wenn er diesen Gegenstand und seine Erforschung zu seiner Lebensaufgabe macht. Es soll hier versucht werden, einmal einiges von dem Wichtigsten heraus- [52] zugreifen und zusammenzustellen. Ganz unvorbereitet wird ja kaum jemand sich an das Studium über die Französische Revolution machen. (Wir sind nicht etwa der Meinung, dass das ein Fehler wäre; ganz im Gegenteil: es wäre geradezu ideal, wenn sich unsere jungen Arbeiter ohne jede Kenntnis, d.h. ohne die immer noch übliche Schulbehandlung an das Studium machen könnten.)

Am zweckmäßigsten beginnt man wohl mit dem kleinen Werkchen von Karl *Kautsky*: „Klassengegensätze in der Französischen Revolution“. Wir meinen, dass diese Schrift sich besonders gut zur Einführung eignet. Wer sie nicht bloß liest, sondern gründlich durcharbeitet, erhält für das weitere Studium eine solide Grundlage. Mit diesem Wegweiser in der Hand wird sich jeder in dem Auf und Ab in dem Durch- und Gegeneinander der verschiedenen Strömungen der Revolution leichter zurechtfinden.

Wer sich diese solide Grundlage angeeignet hat, wird gut tun, von hier aus sich erst noch einen allgemeinen Überblick über die Ereignisse selbst zu verschaffen. Und da möchten wir *Mignet*, Geschichte der französischen Revolution, empfehlen. Ist *Mignet* auch ein typischer liberaler Historiker, so bietet er doch trotz aller Mängel, die sich aus seinem bürgerlichen Standpunkt

erklären, einen im ganzen recht guten Abriss der Ereignisse von dem Beginn der Revolution bis zum natürlichen Ende derselben – Napoleon. Im Gegensatz zu vielen andern gibt Mignet ein abgerundetes Bild der *ganzen* Periode. Auch zeigt er häufig ein bei einem liberalen Historiker überraschendes Verständnis der tieferen Gegensätze der Zeit.

Die wirtschaftlichen Zustände kommen bei *Peter Kropotkins* zweibändigem Werk viel besser weg als bei Mignet. Sie erfahren eine ziemlich eingehende Schilderung. Auch die Lage der Bauern und ihre hervorragende Bedeutung für den Fortschritt der Revolution werden gründlich behandelt. Dass die Rolle der Nationalversammlung, die in den meisten liberalen Werken so arg überschätzte, auf das richtige Maß zurückgeführt wird, ist einer der größten Vorteile dieses von der ersten bis zur letzten Zeile fesselnd geschriebenen Buches. Hier und dort merkt man ein wenig den anarchistischen Standpunkt des Verfassers. Aber das soll uns nicht abhalten, sein Werk als eins der besten zu empfehlen.

Einen natürlichen Abschluss kann dem ersten Studium das Buch von *Heinrich Cunow*: „Die Parteien und ihre Presse in der großen französischen Revolution“ geben. [53] Es behandelt den Gegenstand auf breiterer Grundlage ähnlich wie Karl Kautsky. Die verschiedenen Strömungen im französischen Volke zu Beginn der Revolution werden als Ausdruck vorhandener Klassengegensätze mit aller Gründlichkeit auseinandergesetzt. Eingehende Würdigung erfährt auch, dem Plane des Werkes entsprechend, das Pressewesen der Revolution von den Briefen des Grafen *Mirabeau* an seine Wähler bis zum radikalen *Père Duchesne* von *Hebert*. Die mit Sorgfalt ausgewählten Stimmen aus den Kampforganen der Revolution geben ein lebendiges, anschauliches Bild der Zeit. Nur schade, dass das Werk *Cunows* schon abbricht mit dem Wiedererwachen der Reaktion. Die Ereignisse unter dem Direktorium, die Verschwörung der Gleichen werden nicht mehr behandelt. Mit dem Aufbau des Werks, der sich von allen anderen scharf unterscheidet, hängt es wohl zusammen, dass öfter, als es gerade nötig ist, Wiederholungen unterlaufen. Abgesehen von dieser kleinen Ausstellung, die wir zu machen haben, ist aber doch *Cunows* Arbeit, von allen die große Französische Revolution behandelnden, die weitaus beste, die wir kennen.

Die oben bezeichneten Werke genügen für jeden, die Französische Revolution in ihren Hauptlinien kennen lernen will. Für den jedoch, der sie gründlicher studieren will, sind wohl noch ein paar andere Werke nötig. Sehr viel gutes Material bringt hier: *Oncken*, „Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege“ zwei Bände. In seiner gewöhnlichen Beurteilung der Dinge wird ja *Oncken* einen denkenden Arbeiter kaum befriedigen können. Es ist aber durchaus nicht so schwer, die Widersprüche darin herauszufinden. So zählt er selbst eine Reihe der wichtigsten Ursachen auf, die auch nach seiner eigenen Ansicht zur Revolution führen *mussten*, und doch sind ihm dann die Einzelereignisse immer nur Resultate der Verhetzung und Aufwiegelung. Besonders typisch ist das bei der Art, wie er z. B. den Zug der Frauen nach Versailles behandelt. So viel Auswurf der Menschheit dürfte es kaum in ganz Frankreich gegeben haben, als nach seiner Behauptung an jenem denkwürdigen Marsch der Pariser Frauen teilgenommen haben. Indessen, das viele wertvolle Material, das *Oncken* beibringt, wie z. B. ein Auszug aus der ebenso berühmten als – mindestens in Arbeiterkreisen – unbekanntem Schrift des *Abbé Sieyès* über den dritten Stand, machen das Studium seines Werkes notwendig. Er selbst verweist für die der Revolution vorhergehende Zeit auf sein Buch über das Zeitalter Friedrichs des Großen.

Ein Werk ganz anderer Art ist das von *Carlyle*, [54] der seine Arbeit „Geschichtsbilder“ nennt. Wem daran liegt, packende, ja stellenweise hinreißende Bilder aus der an aufregenden Ereignissen so überreichen Zeit zu lesen, der muss *Carlyles* Buch lesen. Es ist so lebendig und so spannend geschrieben, dass man es in einem Zuge durchlesen könnte. Nur mit der historischen Zuverlässigkeit nimmt er's nicht immer so genau.

Von *Michelets* großem Werk ist leider bis jetzt nur ein Band in deutscher Übersetzung erschienen. Hier lernen wir die Revolution in echt liberaler, man könnte vielleicht sagen: bengalischer Beleuchtung kennen. Der künstlerischen Form nach ist es ohne Zweifel das schönste Buch über die Französische Revolution. Der Abschnitt über die Erstürmung der Bastille ist nicht nur packend geschrieben; es ist auch ein hoher künstlerischer Genuss, ihn zu lesen. Und das kann man fast von dem ganzen Bande sagen. Es wäre zu wünschen, dass die Herausgabe der übrigen fünf Bände baldigst fortgeführt wird.

Einzelne ganz kurze Kapitel über unser Thema gibt es beispielsweise im Vorwort zu *Bebels* „Charles Fourier“ und in *Paul Louis'* „Geschichte des Sozialismus in Frankreich“. Hier ist auch eine recht brauchbare Übersicht der vorrevolutionären Literatur, soweit sie den Ausbruch der Revolution mit vorbereitet hat, zu finden. Auch die in Arbeiterbibliotheken noch hier und dort anzutreffende Kolb'sche Kulturgeschichte enthält einen Abriss sowohl über die Revolution selbst, als auch über die Zustände vorher. Wer die *Briefe der Liese-Lotte* von der Pfalz durchsehen kann, wird auch manches finden über das vorrevolutionäre Frankreich, wie es selbst aus sich heraus die Ursachen schuf, die zur Revolution führten. Die Briefe sind bei Langewiesche erschienen. Im Verlage von R. Bong ist ein Band erschienen, der sich „Rokoko“ nennt und nach einem längeren geschichtlichen Überblick das Rokoko-Zeitalter in Briefen und Dokumenten recht anschaulich macht. Wer die ganze Frivolität der Gesellschaft des ancien régime kennen lernen will, findet hier genügend Stoff.

Eine gute Übersicht der französischen Philosophie vor der Revolution bietet *Fr. A. Lange* in seinem Werk *Geschichte des Materialismus*, Band I, vierter Abschnitt: Der Materialismus des achtzehnten Jahrhunderts.

Diese kleine Zusammenstellung erhebt nicht etwa den Anspruch, vollständig zu sein. Sie soll nur einige der allgemeiner bekannten Arbeiten wieder einmal in Erinnerung bringen. Wer alles durchgearbeitet hat, ist auch in der Lage, sich, wenn er es wünscht, selbst weiter zu helfen. [55]

Rundschau.

Geschichten aus Wild-West. Wenn die Gegenrevolutionäre in Deutschland, darunter insbesondere die Scheidemänner und Dittmänner, die Verkehrtheit der „Bolschewistischen Methoden“ den Denkfaulen einreden wollen, so ist dabei eines ihrer beliebtesten Mittel, Schauergeschichten über die Unsicherheit in Sowjetrußland zu erzählen. Natürlich kann man damit nur bei den ganz Denkfaulen etwas ausrichten; denn der Gedankengang: die bolschewistische Regierung sei an dem Hunger und Elend schuld, und die natürliche Folge davon sei, dass die Leute rauben und stehlen, ist ja unsagbar oberflächlich. Wer auch nur ein bisschen seinen Verstandeskasten anstrengt, sagt sich von selbst, dass Hunger und Elend die Folgen jahrzehntelanger Misswirtschaft sind, und dass die Sowjetregierung endlich, endlich den Weg der Ordnung und des Aufbaus eingeschlagen hat, der natürlich in drei Jahren – noch dazu unaufhörlich unterbrochen von den ewigen Kriegen, die der Kapitalismus der anderen Länder anstiftet – noch nicht alles das hat wieder gut machen können, was viele Menschenalter lang verfahren worden ist.

Im Übrigen hätten jene Moralprediger allen Anlass, sich an die eigene Nase zu fassen. Wenn sie so tun, als seien die Zustände in Rußland viel schlimmer als z. B. in Deutschland, so ist das purer Schwindel. Bei uns sind wir doch himmelweit entfernt von „bolschewistischen Methoden“, und gleichwohl wimmeln die Zeitungen jeden Tag von Räubergeschichten, die den Leser anmuten, als seien sie aus einem Rick-Carter-Roman abgeschrieben. Am 27. Oktober veröffentlichte z. B. das Berliner Tageblatt dicht hintereinander die beiden folgenden Nachrichten:

„Ein Schmied aus Lichtenberg hatte sich mit drei Männern zusammengetan, um einen größeren Raubzug zu unternehmen. Er versuchte, einen Postillion durch Versprechungen für den Plan zu gewinnen, mit seinem Einverständnis seinen Wagen überfallen und ausrauben zu lassen. Der Postillion wies ihn ab, aber der Schmied ließ nicht locker und bedrängte den Mann immer wieder. Endlich ging der Beamte zu seiner Behörde, und diese setzte sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung. Abgesehen war es zunächst auf einen Wagen von einem Amt in Moabit, der *in einer dunklen Gegend des Tiergartens überfallen* werden sollte. Dieser Plan scheiterte daran, dass der Chauffeur, der es mit der Angst bekam, seinen Wagen nicht mehr hergeben wollte. Jetzt wurde ein Anschlag auf einen Wagen ausgearbeitet, der *zur Nachtzeit von Berlin nach Karlshorst fährt*. Als der Wagen an der verabredeten Stelle *im Grenzbezirk zwischen Lichtenberg und Rummelsburg* eintraf, war auch der Schmied da. Es war aber dort noch zu hell, und so lenkte er den Wagen nach einer anderen Richtung ab. Dann gebot er Halt, schlug mit einer schweren Brechstange, die er mitgebracht hatte, das gepanzerte Sicherheitsschloss vom Wertkasten ab, um sich des Inhalts zu bemächtigen. In diesem Augenblick sprangen die Polizeibeamten mit den Hunden aus dem Wagen. Auf den Anruf *„Hände hoch!“* schlug der Verbrecher trotz der Pistole, die ihm der Kommissar entgegenhielt, mit der Brechstange um sich. Jetzt schoss ihm der Kommissar eine Kugel durch den rechten Unterarm und konnte den verletzten Räuber verhaften. Die Helfer des Verhafteten konnten heute früh gleichfalls ermittelt werden.“ [56]

Dieses war der erste Streich, und der zweite lautet so

„Auf dem Güterbahnhof in Neukölln waren zwei große Kisten angekommen, zu denen die Begleitpapiere fehlten. Auf noch nicht geklärte Weise waren diese verschwunden, so dass die beiden Kisten zunächst als ‚überzählig‘ geführt werden mussten. Der Bahnangestellte unterließ es jedoch, die Kisten als überzählig zu melden und kam mit seinen Kollegen überein, sie vom Güterboden verschwinden zu lassen. Die Art der Verpackung und das ganze Aussehen der Kisten ließ darauf schließen, dass sie Schokolade enthalten würden. Ein Kutscher fuhr mit einem Rollwagen vor, lud die Kisten auf und brachte sie zu einer verabredeten Stelle. Beim Öffnen des Diebesgutes wurden aber die Täter arg enttäuscht. Statt der erwarteten Schokolade fanden sie in den Kisten *große irdene Töpfe mit aufgeklebten Totenschädeln und zwei gekreuzten Knochen*. Die Kisten enthielten hauptsächlich *Strychnin und andere Gifte*, sowie Heilmittel verschiedener Art. Jetzt versuchten die Diebe die Gifte zu verkaufen, erlebten aber hierbei eine zweite Überraschung. Der vermeintliche Käufer stellte sich, als er die Gifte erhalten sollte, als Kriminalbeamter vor, beschlagnahmte die Kisten und verhaftete die Täter. Der Wert der gestohlenen Gifte beläuft sich auf über 100 000 Mark. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den rechtmäßigen Eigentümer festzustellen.“

Solche gruselige Geschichten, die früher die Phantasie der Räuberromandichter aus dem Wilden Westen Amerikas erfand, passieren jetzt jeden Tag mitten in Berlin. Mit bolschewistischen Methoden haben sie also nichts zu tun.

Vorarbeit für den Kommunismus. Die Trustbildung in der Montanindustrie geht, wie die *Frankfurter Zeitung* schreibt, unaufhaltsam ihren Gang. Mächtige gemischte Werke erhalten wichtigen Zuwachs an Zechen, Eisenwerken, Maschinenfabriken usw., und neue Konzerne wachsen heran durch die Zusammenfassung von Einzelbetrieben in mannigfachen Kombinationen. So ist u. a. jetzt die Rede von Absichten der Deutsch-Luxemburgischen A.-G. auf Erlangung der Herrschaft über die Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. Ebenso geht die Rede von Käufen in Aktien des Mülheimer Bergwerksvereins für Deutsch-Luxemburgische

Rechnung. Auch Gelsenkirchen streckt wieder seine Fühler aus, und zwar nach der Steinkohलगewerkschaft Graf Schwerin, die zum Funke-Konzern zählt, wobei Gerüchte von einem Kaufpreis von 100 000 Mark pro Kux (also 100 Millionen Mark Gesamtpreis) wissen wollen, der von Gelsenkirchen durch Hergabe eigener Aktien aus den nach Abstoßung des linksrheinischen Besitzes zurückerworbenen Beständen gedeckt werden könnte. Nach der bekannten Transaktion mit einem großen Posten Aktien der Königsborn A.-G., die den Übergang der Majorität bei diesem Zechenunternehmen an die Gruppe Klöckner zur Folge hatte, ist es nicht ausgeschlossen, dass damit eine Angliederung an die der genannten Gruppe angehörende Hasper Eisen- und Stahlwerk A.-G. bezweckt wird, die dadurch den Charakter des gemischten Betriebs und gegebenenfalls ein Hüttenzechenkontingent erhalten würde. Innerhalb des Funke-Konzerns sind, wie es scheint, gleichfalls wichtige Pläne im Werden. Durch die einer demnächstigen Gewerkenversammlung der Steinkohलगewerkschaft Lothringen vorgeschlagene Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft mit 75 Millionen Mark Kapital wird eine ganze Anzahl von Gewerkschaften des Ruhrbezirks, an denen der Konzern [57] interessiert ist, mit berührt (Graf Schwerin mit Glückaufsegen, ferner Freie Vogel und Unverhofft, Öspel, Borussia, Barmen, Alte Haase, Johannessegen, Blankenburg, Ver. Hammertal, Ver. Schürbank und Charlottenburg). Dazu kommen noch die bedeutsamen Interessen der Lothringen-Gruppe bei der Chemischen Werke Lothringen G. m. b. H., beim Westfäl. Bergwerksverein und bei der, den Schiffbau, die Maschinenfabrikation und die Sprengstoffherstellung betreibenden, erst gegen Schluss des Krieges gegründeten Securitas Werke A.-G. in Bochum, sowie bei der Bergbau A.-G. Mark in Gerthe i. W. Zu erwähnen ist ferner noch die Kohlenvertriebsorganisation, die sich der Funke-Konzern vor knapp einem Jahr unter dem Namen „Bergisches Kohlenkontor“ geschaffen hat. Also ein weitverzweigtes, durch Beteiligungen, Kuxenbesitz usw. vielfältig verschachteltes System, das möglicherweise bei Gelegenheit der geplanten Neugründung insgesamt mit in die neue Rechtsform umgegossen und dadurch konsolidiert werden könnte.

Ungeheure Arbeitslosigkeit in Deutschland. Dem 1. Oktoberheft des „Reichs-Arbeitsblattes“ entnehmen wir folgende Übersicht, in den Stand der Erwerbslosigkeit in den einzelnen deutschen Ländern zeigt nach dem Stand vom 15. September:

Land	Hauptunterstützungsempfänger	Zuschlagsempfänger, Familienangehörige	Zusammen	Auf 1000 der Bewohner entfallen Erwerbslose
Preußen	132 515	171 999	354 514	9,68
Bayern	35 743	39 579	75 324	10,60
Sachsen	112 951	99 941	212 892	45,86
Württemberg	9 019	—	9 019	3,59
Baden	7 045	4 372	11 417	5,22
Thüringen	13 610	15 726	29 336	19,53
Hessen	7 323	6 572	13 895	10,87
Mecklenburg-Schwerin	1 056	958	} 5 430	2,82
Mecklenburg-Strelitz	76	50		
Oldenburg	779	789		
Braunschweig	791	611		
Anhalt	76	68		
Waldeck	12	10		
Schaumburg-Lippe	48	58		
Lippe	51	—		
Hamburg (Freistaat)	29 634	30 415	60 049	56,31
Bremen	1 724	1 845	3 569	11,34
Lübeck	926	1 011	1 937	14,54
Deutsches Reich	403 381	373 999	777 380	13,02

Unter den Ländern mit starker Erwerbslosigkeit fällt einmal der überwiegend industrielle Staat *Sachsen*, sodann die Hansastadt *Hamburg* auf, deren wirtschaftliche Grundlage durch Fortfall des Überseehandels tief erschüttert ist. – Die Zahlen erreichen vor allem in den Industrieorten eine gewaltige Höhe. So entfallen auf je 1000 Einwohner in *Plauen* (Spitzenindustrie) nicht weniger als 120 Erwerbslose. Nächst dem ist die Zahl am höchsten in *Fürth*, dem Sitz der Glasindustrie, mit 62 aufs Tausend. Es folgen [58] *Pirmasens*, der Sitz der Schuhindustrie, mit 41 vom Tausend, *Meißen* mit seiner Keramikindustrie und einer Erwerbslosenziffer von 37 aufs Tausend, *Sonneberg* (Spielwaren, Zündholzindustrie) mit 32 vom Tausend.

Sehr richtig! Nach einem Bericht, den wir in den Zeitungen finden, hat *Robert Dißmann*, der zur Unabhängigen Partei gehörige Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, in einer Versammlung zu Essen gesagt:

„Die politische Machtergreifung ist nicht schwer, sie aber auch in der Hand zu behalten, das steht auf einem anderen Papier. Die Frucht ist reif, aber die Gewerkschaften müssen noch die Menschen reif machen. Ich klage mich und alle politischen Parteien an, dass wir früher nur politisch geredet haben und allzu wenig wirtschaftliche Kenntnisse in die Köpfe der Arbeiterschaft einhämmerten.“

Wir glauben nun zwar keineswegs, dass die politische Machtergreifung in Deutschland „nicht schwer“ sei; im Gegenteil, wir sind überzeugt, dass sie nur in sehr schwerem Kampf wird durchgesetzt werden können. Aber darin hat *Dißmann* unbedingt Recht, dass das Festhalten hinterher noch viel schwerer sein wird und nur gelingen kann, wenn sofort die richtigen wirtschaftlichen Maßnahmen ergriffen werden. Daraus folgt, dass schon heute mit aller Gründlichkeit vorbereitet werden muss, was nach der Machtergreifung geschehen soll, um

den Sozialismus zu verwirklichen. Aber leider sehen wir, dass sämtliche Arbeiterparteien diese Aufgabe geradezu absichtlich bei Seite schieben und sogar noch unsere kleine „Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Neubau“, die einzige Körperschaft, die sich damit beschäftigt, nach Möglichkeit daran zu hindern suchen.

Er weiß Bescheid! Im „Berliner Tageblatt“ am 1. November schreibt Herr *Theodor Wolff*:

„In einem Berliner Café führen an den Eliteabenden gefeierte und schon mit vielen Preisen ausgezeichnete Radsportler auf einer kleinen Bühne ein großes Wettstrampeln auf. Die Räder bewegen sich nicht von der Stelle, aber die Fahrer treten mit fabelhafter Schnelligkeit, und wer am schnellsten tritt und durch die Energie der Beine die meisten Raddrehungen hervorruft, wird gekrönt. An dieses Wettrennen ohne Vorwärtsbewegung erinnern gewöhnlich die Generaldebatten oder „allgemeinen Aussprachen“, durch die man in den Parlamenten die Etatberatungen leider einzuleiten pflegt. Alles strampelt, alle Kräfte regen sich, und schließlich steht das herumschnurrende Rad noch immer auf dem gleichen Fleck. So ungefähr ist es diesmal auch.“

Aber, aber! Bester Herr Chefredakteur! Wie kann man so aus der Schule plaudern. Da merkt am Ende einmal das dumme Volk, was es davon zu halten hat, wenn man ihm bei der nächsten Reichstagswahl wieder vorerzählt, dass seine „heiligsten Güter“ entschieden werden. [59]

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften nicht bei uns, sondern bei dem jedesmal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Russlands. Von Dr. *Alfons Goldschmidt*. 1920. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 123 B. 40,- Mk.

Die jüngsten Beschlüsse der Bolschewiki. Resolutionen und Verfügungen des IX. Kongresses der KPR, April 1920. Verlag der Arbeiter-Buchhandlung, Wien, VIII., Alserstr. 69. Preis 6,40 Kronen. Für nachweisbar organisierte Arbeiter ist eine billige Ausgabe zum Preise von 4,- Kr. = 2 Mk. erhältlich.

Polnische Korrespondenz. (In deutscher und französischer Sprache.) Nr. 1.; 1. Oktober 1920. Arbeiter-Buchhandlung, Berlin S. 14, Annenstr. 1. Preis 2,- Mk.

Weltrevolution und kommunistische Taktik. Von *Anton Pannekoek*. Arbeiter-Buchhandlung, Wien VIII., Alserstraße 69. Preis 6,40 Kronen.

Brest-Litowsk, Reden, Aufrufe und Manifeste der russischen Volkskommissare Trotzki, Lenin, Joffe, Radek u. a. Gesammelt von *Ernst Drahn*. Malikverlag, Berlin-Halensee. 1920.

N. Lenin. Sein Leben und seine Tätigkeit. Von *Georg Sinowjew*. Malikverlag, Berlin-Halensee. 1920.

Probleme der Demokratie. Von *Sigmund Kaff*. Verlagsgenossenschaft „Neue Erde“, Wien, Mariahilferstraße 74a, III/19. Preis 10 Kronen = 5 Mark.

Die Sozialisierung der Wirtschaft durch die Genossenschaften. Mit einem Anhang: Die Bilanz der Sozialisierungsaktion. Von *Sigmund Kaff*. Preis 12 Kr. = 6 Mk. 6. Vermehrte Auflage. Verlagsgenossenschaft „Neue Erde“, Wien VII, Mariahilferstr. 74a.

Revolutionäre Gerichtsbarkeit. Von Dr. *Franz Rakos*, Präsident des Budapester Revolutionstribunals. Preis 6 Kr. Arbeiter-Buchhandlung, Wien VIII, Alserstr. 69. Für

nachweisbar organisierte Arbeiter ist eine billige Ausgabe zum Preise v. 4 Kr. = 2 Mk. erhältlich.

Der Gegner. 2. Jahrg., Heft 4. Programmheft des Proletarischen Theaters. Malikverlag, Berlin-Halensee. [60]

6. Jahrgang Nr. 4 20. November 1920

Eine Errungenschaft der Revolution

Berlin, 18. November 1920.

Wären die Zeiten nicht so furchtbar ernst, man käme aus dem Lachen nicht heraus. Alles, was uns bedrückt, bekommt bei jedem aktuellen Anlass – leider – auch eine stark komische Seite mit auf den Weg. Da hat Berlin wieder einmal acht Tage lang im Dunkeln sitzen müssen, weil die Elektriker gestreikt haben. Sofort waren die Vertreter der Bourgeoisie mit dem bekannten Geschrei bei der Hand: dies sei ein ganz frivoler „politischer“ Streik; ein wirtschaftlicher Grund zum Streiken hätte nicht vorgelegen, sondern die Kommunisten hätten die armen Arbeiter verführt, um sie für ihre politischen Umsturzpläne zu missbrauchen. Zum Teil ist das ja Mache, ganz üble Stimmungsmache. Die so sprechen, wollen die Öffentlichkeit gegen die streikenden Arbeiter aufhetzen, und wenn sie gar hinzufügen, dass die Streikenden höhere Löhne hätten als die meisten übrigen Arbeiter, aus deren Steuergroschen die Zulage bezahlt werden soll, dann liegt der Zweck klar zu Tage, die Arbeiter untereinander zu verhetzen, eine Absicht, die bei der entsetzlichen Denkrückständigkeit des deutschen Arbeiters leider noch gar zu oft gelingt. Aber zum Teil glauben jene Leute das wirklich, was sie schreiben. Sie haben dann die dunkle Vorstellung, dass man es den Arbeitern schließlich nicht verargen kann, wenn sie ihre wirtschaftliche Lage zu bessern suchen. Einen Streik aus politischen Gründen aber halten sie für etwas namenlos Entsetzliches, wovor sie sich fürchten. Und hier beginnt die Komik der Sache. Diese guten Leutchen sehen nicht, dass ein rein wirtschaftlicher Streik für den Bestand ihres kapitalistischen Systems viel gefährlicher ist als ein politischer, und dass sie heilsfroh sein müssten, wenn der Streik „nur“ politisch wäre. Gesetzt den Fall, irgend- [61] eine Partei oder Gruppe brächte es zu Wege, die Arbeiter aus politischen Gründen zum Streiken zu bringen, so würden erstens nur verhältnismäßig sehr wenig Arbeiter streiken, denn es ist nicht jedermanns Sache, für ein Ideal Opfer zu bringen; und zweitens würde die Geschichte nicht lange dauern. Denn es ist immer etwas Gekünsteltes, wenn die Arbeiter erst von außen her beredet werden müssen. Und Künsteleien halten nicht lange vor.

Wie dagegen lag die Sache bei den Berliner Elektrikern? Lassen wir ihre ärgsten Feinde zu Worte kommen. Das „Berliner Tageblatt“, das vom ersten Augenblick des Streiks an in wahre Tobsuchtsanfälle verfiel, meldete am 7. November aus amtlicher Quelle (d.h. vom Berliner Magistrat), dass die in Rede stehenden verheirateten Arbeiter vor dem Streik Stundenlöhne von 4,93 Mk. bis 5,44 Mk. bekamen (die ledigen etwas weniger). Das macht, wie jeder leicht berechnen kann, für den Achtstundentag 39,44 bis 43,52 Mk., oder für das Jahr von 300 Arbeitstagen 11 832 bis 13 056 Mk. Nun hat gerade in denselben Tagen Dr. *Kuczynski* vom Statistischen Amt der Stadt Schöneberg die Feststellung veröffentlicht, dass das Existenzminimum für ein Ehepaar mit zwei Kindern zu Berlin im Oktober dieses Jahres 317 Mark pro Woche betrug. Das macht, wie wiederum jeder sich ausrechnen kann, in einem Jahre von 52 Wochen 16 484 Mk. Resultat: die Löhne der Elektriker, von denen das „Berliner Tageblatt“ in immer neuen Hetzartikeln behauptete, dass sie höher seien als die Gehälter von Regierungsräten, reichten noch bei weitem nicht für das aus, was ein Ehepaar mit zwei Kindern (und was tun die, die mehr als zwei Kinder haben?) für den allerdringendsten Lebensunterhalt braucht!

Es fällt uns natürlich nicht ein, an dem kindlichen Frage- und Antwortspiel „politisch oder wirtschaftlich“ uns zu beteiligen. Wir wissen, dass auch hier unglaublich gegen die Elektriker gelogen worden ist. Es ist nicht wahr, dass sie die Stadt Berlin oder den Magistrat „überfallen“

haben. Vielmehr haben sie ihre Forderung drei Wochen vor Ablauf des Tarifvertrages angemeldet. Dann haben sie noch einen Monat gewartet und schließlich den schon für den 1. November beschlossenen Streik noch bis zum 6. verschoben. Es ist nicht wahr, dass sie die Maschinen zerstört haben, wie schon die einfache Tatsache beweist, dass nach Beendigung des Streiks sofort wieder gearbeitet werden konnte, und so weiter. All das ist sehr bezeichnend für die Hetze und die Stimmungsmache, die gegen die Arbeiter betrieben wurde, aber mit dem Kern der Sache hat es nichts zu tun. Wir fragen ganz einfach: wie stellt man sich das vor, dass Arbeiter, deren Einkommen so weit hinter dem Notdürftigsten zurückbleibt, auf die [62] Dauer still halten sollen? Das können sie einfach nicht, selbst wenn sie wollten. Und hier liegt die Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft, nicht in den Reden politischer Führer. Mögt ihr die Arbeiter beschwichtigt haben, mögen sie, freiwillig oder gezwungen, zur Arbeit zurückgekehrt sein – das nützt euch alles nichts. So lange ihr Lohn in so weitem Abstände hinter dem Notwendigsten zurückbleibt – ganz zu schweigen davon, dass schließlich auch der Arbeiter ein Recht zu einigem Wohlstand über das Notwendigste hinaus hat – solange werden sie immer wieder streiken. Und weil die bürgerliche Gesellschaft unter gar keinen Umständen fähig ist, ihnen das Nötige zu geben, deshalb, aus diesen rein wirtschaftlichen Gründen heraus werden die Erschütterungen nicht eher aufhören, als bis die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem kapitalistischen Wirtschaftssystem umgeworfen ist.

Ihr antwortet: aber die Arbeiter müssten doch Rücksicht nehmen, die Stadtkasse hat doch nicht so viel Geld, um ihre Forderungen zu erfüllen. Rechtssozialistische Stadtverordnete, wie Herr *Dittmar*, linkssozialistische Stadträte, wie Herr *Weise*, haben es ihnen gesagt. Damit kommen wir zu der neuen Note, die in diesem Streik zum ersten Male mitgeklungen hat und die wir von jetzt ab noch oft zu hören kriegen werden.

Groß-Berlin ist jetzt eine „sozialistische“ Gemeinde, und das ist eine Errungenschaft der Revolution. Das heißt, die Sessel im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung sind jetzt zum größeren Teil von Leuten besetzt, die einer sozialdemokratischen Partei angehören. Ja, es ist dies sogar die *einzig*e Errungenschaft der deutschen Revolution. Denn eine andere Wirkung als die, dass in den diversen Regierungen und Behörden Leute sitzen, die aus den sozialdemokratischen Parteien gekommen sind, hat sie bisher noch nicht gehabt. Daraus zieht nun die Berliner „Freiheit“ den Schluss – aber das muss man wörtlich lesen. Also am 11. November schrieb die „Freiheit“:

„Der in seiner Mehrheit sozialistische Magistrat der neuen Stadtgemeinde Berlin hatte ein Interesse daran, *eine Einmischung der reaktionären Reichsregierung in die Verhältnisse Berlins zu verhindern*. Die Regierung ist dem Magistrat ohnehin nicht gewogen, und die politischen Kreise der Bourgeoisie haben die gegenwärtige Streikbewegung von vornherein dazu benutzt, um die „Unfähigkeit“ der sozialistischen Stadtleitung nachzuweisen. *Dieser ganzen Sippschaft lag daran, den Elektrizitätsstreik zur Errichtung eines reaktionären Ausnahmeregiments unter Ausschaltung des Magistrats in Berlin zu benutzen*.

Diese Situation zwang den Magistrat, selbst regelnd in die Dinge einzugreifen. Er hat damit in letzter Stunde und in der durch die Streikführung völlig verfahrenen Lage den Versuch gemacht, [63] das Interesse der Gesamtarbeiterschaft gegenüber der Regierungsreaktion wahrzunehmen, indem er die Regierung genötigt hat, für den Augenblick von einer Aktion abzusehen.“

Um also der Regierung – die, notabene, in Preußen ebenfalls aus Sozialdemokraten besteht – zuvorzukommen, hat der sozialistische Magistrat bestimmt: wer nicht bis Donnerstagmittag 2 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen hat, ist entlassen!

Man mache sich klar, was das heißt. Weil dank der Revolution jetzt Sozialdemokraten die Stadt Berlin regieren, dürfen die Arbeiter diejenigen wirksamen Mittel zur Besserung ihrer Lage nicht mehr anwenden, die ihnen der offenen Reaktion gegenüber zur Verfügung standen. Und damit die Regierung nicht reaktionär handeln soll, ist es die erste Aufgabe des sozialistischen Magistrats, die reaktionären Maßregeln und Maßregelungen selbst vorzunehmen. Die „Errungenschaft der Revolution“, vor der die Arbeiter so ungeheuren Respekt haben sollen und die sie nicht gefährden dürfen, entpuppt sich also als eine Arbeitsübertragung dergestalt, dass jetzt die Reaktionäre sich nicht mehr zu bemühen brauchen, weil die in Amt und Würden sitzenden Sozialisten schon alles für sie besorgen.

Bei der deutschen Arbeiterklasse geht der Denkprozess ja sehr langsam von statten. Aber schließlich wird sie das doch begreifen, und was dann kommt, davor ist uns nicht bange.

„Befestigung“ des Geldwerts.

„Es treibt sich der Bürgersmann, träg und dumm, wie des Farbers Gaul, nur im Ring herum.“ An diese Worte des Wachtmeisters in „Wallensteins Lager“ muss man unwillkürlich denken angesichts der Erörterungen, die in der Öffentlichkeit über die Frage gepflogen werden, wie die Schäden des Krieges geheilt, wie das Wirtschaftsleben wieder aufgebaut werden soll. Begonnen haben sie schon während des Krieges selbst, und seit dem Waffenstillstand, also nunmehr volle zwei Jahre, reißen sie nicht ab. Was man aber zu hören bekommt, ist immer dasselbe, immer dasselbe und noch einmal dasselbe. Wer das Lied nicht weiter kann, der fängt es wieder von vorne an. In jüngster Zeit haben nicht weniger als drei von den höchsten Autoritäten der bürgerlichen Praxis und Wissenschaft besuchte Veranstaltungen stattgefunden: die internationale Konferenz in Brüssel, der deutsche Bankiertag zu Berlin und, zur würdigen Vorbereitung der Brüsseler Konferenz, ein Gutachten von fünf der auserwähltesten Professoren der Nationalökonomie in Europa. Was ist dabei herausge- [64] kommen? Zum tausend und soundsovielten Male dieselben Reden und Vorschläge, die man schon so unendlich oft uns aufgetischt hat, ohne dass sie bisher das geringste genützt hätten.

Beginnen wir, der zeitlichen Reihenfolge entsprechend, mit dem Gutachten der fünf Professoren. Kurz zusammengefasst, raten sie, was folgt: *erstens* soll kein Papiergeld mehr gedruckt werden; *zweitens* soll jedes Land die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht bringen; *drittens* sollen solche Länder, die das tun, zum Lohn für ihr artiges Benehmen Kredit kriegen; *viertens* soll dieser Kredit vor allen anderen Schulden dieser Staaten (also insbesondere vor ihren Kriegsentschädigungs-Verpflichtungen) den Vorrang haben; *fünftens*, nachdem dies alles geschehen ist, soll der Stand des Geldwerts zwischen den verschiedenen Ländern „befestigt“ werden, aber nicht auf der alten Höhe, die er vor dem Kriege hatte (also z. B. 1 Pfund Sterling - 20,40 Mark.), sondern auf einer neuen, die dem gegenwärtigen wirklichen Wert des Geldes entspricht, zu welchem Zweck der gegenwärtige Geldwert ermittelt werden soll.

War es wirklich nötig, Kapazitäten aus ganz Europa zusammenzuberufen, um diese Vorschläge zu kriegen? Haben wir die nicht seit zwei Jahren Dutzende von Malen gehört? Und sind es nicht übrigens ganz selbstverständliche Vorschläge, auf die jeder Laie zunächst verfallen muss, wenn er einmal anfängt, ernstlich über die Sache nachzudenken? Welch großer Aufwand von Gelehrsamkeit ward unnütz hier vertan!

Es versteht sich von selbst, dass die Reden und Beschlüsse der diversen Konferenzen sich nicht etwa auf einem höheren, sondern auf einem beträchtlich tieferen Niveau hielten als die Vorschläge der fünf berühmten Männer. Wir können uns also die Zeit sparen, darauf noch einzugehen.

Nun sind alle jene Vorschläge gewiss sehr hübsch und lobenswert. Nur geht es ihnen wie dem appetitlichen Gericht „Rindfleisch und Pflaumen“ bei Fritz Reuter: das Wasser mag uns danach im Munde zusammenlaufen, aber *wir kriegen es nicht!* Schöner Gedanke, dass kein Land mehr ausgeben soll, als es einnimmt. Aber wer sich das Jahresbudget des Deutschen Reichs ansieht, das wir in diesen Heften des öfteren besprochen haben, kann doch nicht im Zweifel darüber sein, dass das nicht geht. Und damit ist auch die Frage der Ausgabe neuer Banknoten erledigt. So lange ihr kein anderes Mittel wißt, den Regierungen die nötigen Gelder zur Verfügung zu stellen, werden sie eben weiter Papierzettel bedrucken lassen. Also kann man ihnen – nach dem Rezept der fünf Koryphäen – auch keinen Kredit geben, zumal überdies die vierte Bedingung unerfüllbar [65] ist; denn wenn z. B. Deutschland neuen Kredit bekäme, für dessen Sicherstellung alles öffentliche Eigentum in *erster* Reihe haftet, wo bleibt dann die Sicherstellung der Forderungen aus dem Friedensvertrag, auf die Frankreich seine ganzen Finanzhoffnungen aufbaut?

Der fünfte Vorschlag, dass der Stand der Valuta zwischen den verschiedenen Ländern festgelegt werden soll, mag manchem auf den ersten Blick neu klingen. Aber abgesehen davon, dass er selbst nach dem Gutachten der Fünf nie Wirklichkeit werden kann, weil ja vorher die vier anderen Vorschläge ausgeführt sein müssten, enthält er auch nichts anderes als die schon vor Monaten vorgebrachte Idee, die man gewöhnlich mit dem Fremdwort „Devaluation“ bezeichnet.¹¹ Denn er läuft darauf hinaus, dass jeder Papierzettel von einem bestimmten Tage an nicht mehr so viel gelten soll, wie auf ihm gedruckt steht, sondern nur noch so viel, wie er wirklich wert ist. Und das wäre das einzige Interessante an der ganzen Geschichte, dass die bürgerliche Wissenschaft – die Praxis noch nicht! – nachgerade an jedem anderen Heilmittel als an dieser berühmten Devaluation zu verzweifeln scheint. Nun haben wir aber schon im April nachgewiesen, dass auch die Devaluation in Wirklichkeit gar kein Heilmittel ist, sondern nur ein paar Namen ändert, in der Sache aber alles beim Alten lässt. Man braucht sich ja den Vorgang nur in der praktischen Ausführung vorzustellen, und sogleich sieht man, dass er die grauenhaftesten Konsequenzen nach sich ziehen und schließlich doch aufgegeben werden muss.

Nach den Ermittlungen von Dr. Kuczynski war die Mark im Oktober zu Berlin 10 Pfennige wert. Erlasst also ein Gesetz, wonach von nun an jeder Papierschein bloß ein Zehntel dessen gilt, was seiner Benennung entspricht. Glaubt ihr, dass die Preise sofort um 90% fallen, dass also z. B. ein Brot nur noch 45 Pf., ein Paar Stiefel nur noch 20 bis 25 Mk. kosten werden? So schnell schießen die Preußen nicht. Geraume Zeit würde vergehen, bis die meisten Waren auch nur beginnen, beträchtlich im Preise zu sinken. Nur eins würde auf der Stelle im vollen Umfang stürzen: die Löhne und Gehälter. Was dann? Dann müsste der Staat ein neues Gesetz erlassen, das das erste wieder aufhebt – wenn es auch so tut, als ob es das nicht täte. Er könnte schlechterdings nicht z. B. die Beamten und Staatsarbeiter mit dem Zehntel ihres Gehaltes [66] abspeisen, wenn diese für alle ihre Bedürfnisse fast ebenso viel zu zahlen haben wie bisher. Er könnte auch nicht verlangen, dass jeder sonstige Schuldner nur den zehnten Teil seiner Schuld abzutragen verpflichtet sei. Er müsste zum mindesten eine Abstufung der Schuldverpflichtungen einführen. Wie es aber damit geht, dafür liefert die Geschichte ein Beispiel.

Als im Jahre 1795 in Frankreich die Assignaten kolossal an Wert verloren hatten, versuchte man es mit einer solchen „Zahlungsstaffel“ (*échelle de proportion*). Man verordnete, dass der Nennwert der Assignaten nur für die Zeit gelten solle, wo nicht mehr als 2 Milliarden Franken von ihnen ausgegeben waren. Für jede weiteren 500 Millionen sollte ihrem Nennwert ein Viertel hinzugefügt werden. Hatte also jemand eine Schuld (oder Verpflichtung, z. B. zur

¹¹ Vgl. den Artikel hierüber in Nummer 14 der Lichtstrahlen, 5 Jahrgang, S. 317, 20. April 1920.

Mietszahlung, zu Gehaltszahlungen) in Höhe von 2000 Franken aufgenommen zu jener Zeit, als nur 2 Milliarden Assignaten in Umlauf waren, so musste er, sobald neue 500 Millionen ausgegeben wurden, 2500 Franken zahlen, bei abermals 500 Millionen 3000 Franken usw. Und wie hat das gewirkt? Sobald es ernst wurde, merkte der französische Staat, dass er sich selbst die ungeheuerlichsten Lasten damit auferlegte, die er nie würde tragen können, und so wurde die Sache niemals verwirklicht. Alles, was man tat, war, den Beamten die neue Zahlung zu versprechen, sobald die Steuern nach dem neuen Maßstab eingehen würden! Damit war die „Reform“ endgültig zu Grabe getragen.¹²

„So ist es ein ewiger Kreislauf, worin sich die Vertreter der bürgerlichen Wissenschaft und Praxis drehen, wenn sie den Ausweg suchen aus dem Abgrund, in den uns der Krieg als Frucht ihres kapitalistischen Wirtschaftssystems gestürzt hat. Das ist schließlich kein Wunder. Kann sich Münchhausen am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen? Wer auf der Erde lebt und ihre Bewegung durch den Weltenraum mitmacht, für den ist es kaum möglich, zu merken, dass er nicht stillsteht; Jahrtausende hat es gedauert, bis die Menschheit dahinterkam, dass nicht der ganze Himmel sich ständig um die Erde dreht. So schwer ist es, sich geistig außerhalb eines Systems zu stellen, in dem man mittendrin steckt, und einen Standpunkt für freie und objektive Beobachtung zu gewinnen. Wie sollen wir uns da wundern, dass die Männer, die seit ihrer Geburt mitten im kapitalistischen Treiben stecken, nicht imstande sind, sich geistig außerhalb desselben zu [67] stellen und es als kühle, wissenschaftliche Beobachter zu betrachten! So lange sie aber das nicht können, werden sie auch nicht sehen, dass das kapitalistische System nichts Absolutes, nichts Ewiges an sich hat, und dass die Menschheit nichts verliert, wenn sie es abstreift und zu anderen Wirtschaftsformen übergeht.

Gerechtigkeit.

Als vor zwei Jahren, noch unter der Regierung des letzten Kaisers, etwa sechs Monate lang eine anerkannte russische Botschaft in Berlin sich befand, wurde dort die Veröffentlichung der wichtigsten Gesetze der Sowjetregierungen in deutscher Sprache geplant und vorbereitet. Die Arbeit war nahezu vollendet. In langer mühevoller Tätigkeit hatte man aus den Gesetzen, welche die Bolschewiki in der Zeit vom November 1917 bis August 1918 erlassen, die wesentlichen ausgesucht, übersetzt und zu einem stattlichen Bande von nahezu 650 Druckseiten vereinigt, der etwa im September 1918 zur Veröffentlichung bereit lag. Natürlich geschah das alles mit Wissen und Zustimmung des Auswärtigen Amts, denn man braucht einem verständigen Menschen nicht erst zu sagen, wie wichtig uns Deutschen die Kenntnis jener Gesetze ist. Und zwar ohne Rücksicht auf den Parteistandpunkt des Einzelnen. Abgesehen von dem wissenschaftlichen Interesse, das die Historiker und Nationalökonomien daran haben, braucht man nur daran zu denken, dass nach unserem Bürgerlichen Gesetzbuch für die in Deutschland lebenden Ausländer in Angelegenheiten des privaten Rechts zum Teil die Gesetze ihres Heimatlandes gelten. Folglich müssen die deutschen Justizbeamten diese Gesetze doch kennen. Aber solche einfachen Erwägungen des gesunden Menschenverstandes galten nichts bei den Vertretern des damals noch allein herrschenden Kriegszustandes. Als die Veröffentlichung soeben beginnen sollte, mischte sich das Königliche Oberkommando in den Marken – seligen Angedenkens – hinein und verbot die ganze Sache. Zwar gelang es schließlich dem Genossen *Joffe*, durch geschickte Verhandlungen die Aufhebung dieses dummen und täppischen Verbots zu erwirken, aber inzwischen vergingen fünf bis sechs Wochen, und so kam der Tag, an dem die russische Botschaft von den Schergen Wilhelms aus Berlin verjagt wurde, bevor das mühevolle Werk ans Licht des Tages treten konnte.

¹² Siehe Thiers, Geschichte der französischen Revolution, Band 7, S. 246 ff. (Französische Ausgabe, 1837.)

Um wenigstens einigermaßen einen Ersatz dafür zu schaffen, hat dann unser Verlag im Jahre 1919 einen Teil jener Gesetze in dem Bändchen „*Der bolschewistische Staat*“ zu- [68] zusammengestellt und herausgegeben.¹³ Ein weiterer Ersatz liegt jetzt in dem Buch des Justizrats Klibanski „*Die Gesetzgebung der Bolschewiki*“ vor, das die Gesetze aus der Zeit vom Oktober 1918 bis August 1919 umfasst.

Es ist nun interessant und sehr bezeichnend, wie diese Veröffentlichungen von der bürgerlichen Presse Deutschlands aufgenommen werden. Das „*Berliner Tageblatt*“, dieser typische Verteidiger der Kapitalherrschaft, war im vorigen Jahr höchst unwirsch darüber, dass man die russischen Gesetze überhaupt zur Kenntnis der deutschen Leser brachte, und ließ seinen *Hans Vorst* schreiben, wenn die Gesetze auch noch so schön seien, so könne man daraus doch noch nicht beurteilen, wie es in Russland tatsächlich zugehe. Dieses Jahr, da ein Justizrat der Herausgeber ist, bemüht das „*B. T.*“ auch einen Justizrat, und der – nun, der findet, dass die russischen Gesetze absolut nichts taugen. Es hätte uns auch gewundert, wenn es anders wäre. Der Mann steckt nämlich derartig bis weit über die Zipfelmütze hinaus in kapitalistischen Vorurteilen und Anschauungen, dass ihm auch nicht einmal von fern der Gedanke dämmert, dass die Sowjetrussen mit ihren Gesetzen ganz etwas anderes wollen, als das Ideal der bürgerlichen „*Gerechtigkeit*“ zu erfüllen. So ist denn Herr Justizrat *Freudenthal* ganz entsetzt darüber, dass sich die Volksgerichte in Russland aus „*Elementen*“ (dies sein Ausdruck) zusammensetzen, „*deren Qualifikation nicht im entferntesten an diejenigen deutscher Gerichte heranreicht*“. Die Richter der Revolutionstribunale in Russland brauchen nämlich keine juristische Vorbildung, sondern nur das Vertrauen ihrer Volksgenossen. Und ihre Urteile sollen sich weniger auf geschriebene Gesetze stützen, als auf das „*revolutionäre Gewissen*“ und das „*revolutionäre Rechtsempfinden*“

Schauerbar, höchst schauerbar! hören wir den Herrn Justizrat rufen. Wie soll dabei ein Gericht „*nach rein sachlichen Gesichtspunkten unparteiisch die Wahrheit ergründen?*“ – Aber sollten nicht am Ende jene „*Elemente*“ in den russischen Revolutionstribunalen noch ganz gut den Vergleich aushalten mit den „*Elementen*“ in der deutschen „*Rechtspflege*“, die – um nur ein paar beliebige Beispiele herauszugreifen – die an der Kapprevolte Beteiligten ungeschoren ließen, dagegen zahllose Arbeiter, die gegen Kapp gekämpft haben, mit den fürchterlichsten Strafen [69] belegten? Oder mit jenen „*Elementen*“, welche die von *Horten* aufgedeckte, während des Krieges verübte Stahlverschiebung ins Ausland nicht im mindesten zum Einschreiten veranlasste? Oder mit jenen „*Elementen*“, welche juristisch bewiesen, dass der feindlichen Kriegsmacht Vorschub geleistet werde, wenn *Karl Liebknecht* auf dem Potsdamer Platz zu Berlin „*Nieder mit dem Krieg!*“ rief und dass er deshalb ins Zuchthaus gehöre? Uns will bedünken, die deutsche Justiz hätte alle Ursache, sich erst einmal an die eigene Nase zu fassen.

Aber darüber hinaus beweist Herr Justizrat *Freudenthal*, dass selbst sein Ideal einer rein bürgerlichen Gerechtigkeit im kapitalistischen Staat unerfüllbar ist. Und zwar tut er das durch einige hämische Bemerkungen über das russische Familienrecht, insbesondere über das Recht der *unehelichen Kinder*. Man mag über die Tat der Eltern denken, wie man will, so wird doch kein Mensch bestreiten, dass das Kind daran unschuldig ist und dass es folglich dem einfachsten – wohlverstanden: *bürgerlichen!* – Rechtsgefühl ins Gesicht schlägt, wenn dem Kind Rechtsnachteile daraus erwachsen. Dieses schwere Unrecht aufzuheben, das hat bisher noch kein kapitalistischer Staat fertig gebracht. Die russischen Bolschewiki dagegen haben schon am 18. Dezember 1917 verordnet: „*Außereheliche Kinder sind hinsichtlich der Rechte*

¹³ Hans Berliner: *Der bolschewistische Staat. Die Gestaltung der russischen Sowjetrepublik, dargestellt auf Grund der Verfassung vom 10. Juli 1918 und der seit der Oktoberrevolution 1917 bis August 1918 erlassenen Gesetze und Verordnungen.* – Eine große Anzahl von Dekreten ist im Wortlaut wiedergegeben. – 66 Seiten. Pr. 2,35 Mk

und Pflichten der Eltern gegen die Kinder, sowie dieser gegen die Eltern den ehelichen gleichgestellt.“ Was aber weiß hierzu der Justizrat zu sagen? Der folgende Stoßseufzer entringt sich seinen Lippen:

„Unannehmbare Weise läuft dies schließlich auf die Abschaffung der Ehe und ihren Ersatz durch das Konkubinat hinaus.“

Er hat Recht. Denn wenn unter der Herrschaft des Privateigentums gewisse Väter für alle ihre unehelichen Kinder auskömmlich sorgen sollen, dann reicht schließlich die größte Mitgift nicht und die heilige Geldehe ist unmöglich. Also, wenn der bürgerliche Staat ein Gebot seiner eigenen elementarsten Gerechtigkeit erfüllen will, dann zerstört er dadurch das, was in eben diesem bürgerlichen Staat „Ehe“ genannt wird, und unterwühlt die Grundlagen seiner Existenz! Auch dieses Eingeständnis aus so berufenem Munde ist wertvoll. Zeigt es doch, dass selbst für diejenigen, die nur die bürgerliche Gerechtigkeit wollen – aber sie müssen sie freilich *ehrlich* wollen, nicht nur bis an den äußeren Rand des Geldbeutels – letzten Endes doch eben „bolschewistische“ Methoden unerlässlich sind. [70]

Bruder Du!

Bruder du!

Im schmierigen Graurock
dort an der Brücke sitztest du,
drehst deinen jämmerlichen Kasten. –

Damals zogst du hinaus,
„das Vaterland zu retten“ –
Der Krieg riss dir
deinen starken rechten Arm ab.

Mein Bruder du! –
Mit deinem weichen, traurigen Gesicht,
ich liebe dich
und kann dir doch nicht helfen. –

Und du, Bruder,
ein Flintenschuss
zerbiss in heißer Nacht dein Augenlicht –
und du, mein Bruder,
deine festen, straffen Schenkel
fetzte die fauchende Granate
und goss dein warmes, rotes Blut
in Dreck und Schlamm. –

Nun sitztest du auf der Stelzenbank
hinter deinem Tabakbrett,
des Bürgers Wohltätigkeit zu rühren,
sein Geld zu betteln ...

O, Ihr tausend, tausend Brüder!
Das ist des Vaterlandes Dank! –

Brüder! Aber doch kommt die Zeit,
da der starke Arm
Eurer Proletarierbrüder und -schwestern
sicher Euch geben wird Brot und Kleid

und Euch wird Freude schaffen
in hellen Häusern und blühenden Gärten.

Dann wird Euch
der Menschen Liebe und Gemeinsamkeit
tragen in Eurem Leid,
Euch als Glieder
der großen Menschengemeinschaft! -

Walter Leßmann. [71]

Rundschau.

Der Schlüssel zur Seligkeit. Die Polizei ist jetzt sozialdemokratisch. Folglich weiß sie das Eigentum noch viel besser zu schützen als ehemals die königliche Polizei. Triumphierend melden die Zeitungen, dass der Berliner sozialdemokratische Polizeipräsident *Richter* eine ganz neue Sicherheitsvorrichtung einführen will. Jeder Bürger - natürlich nur wer schutzbedürftiges Eigentum genug hat - kann einen Schlüssel mieten, womit er durch neue Melder, die in den Straßen sowie auf Wunsch auch in den Wohnungen aufgestellt werden sollen, stets sofort die Polizei herbeirufen kann. Die Geschichte wird zwar allein für Berlin 33 Millionen Mark kosten, aber zum Schutze des Geldschranks ist natürlich nichts zu teuer.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben, sagte einst ein römischer Dichter. Aber es ist auch gar nicht mehr nötig. Die Herrschaften verhöhnen sich andauernd selbst in ausreichendem Maße. Früher einmal, vor langer, grauer Zeit, behaupteten die Sozialdemokraten, das Verbrechen sei eine Folge der verrotteten sozialen Zustände, und wer es ausrotten wolle, müsse dafür sorgen, dass es keinen Hunger und keine Not mehr auf der Welt gebe. Dazu sei vor allem die Aufhebung des Privateigentums nötig. Zur Macht gelangt, wissen sie nichts eiligeres, als jedem besitzenden Bürgersmann einen besonderen Schlüssel zum Schutze seines allerheiligsten Geldschranks zu verschaffen.

Eine epochemachende Entdeckung. Anfang dieses Monats hielt die Kommunistische Partei Deutschlands zu Berlin einen Parteitag ab. Die rechtsunabhängige „Freiheit“ ist aus bekannten Gründen jetzt besonders schlecht auf die Kommunisten zu sprechen. Alles und jedes findet sie an ihnen schlecht und verdonnert es in Grund und Boden hinein. Nichts, aber auch gar nichts mehr findet Gnade vor ihren Augen. So lässt sie denn auch an der ganzen Veranstaltung kein gutes Haar, weder an den Referaten noch an der Diskussion noch an sonst irgendetwas, das auf dem Parteitag geschehen ist. Ihrem überschießenden Unmut entschlüpften am 4. November die folgenden Sätze:

„Die *Diskussion* brachte keine neuen Gesichtspunkte. Sie erschöpfte sich in der Hauptsache in den Angriffen auf die alte Gewerkschaftsbureaucratie. *Positive Vorschläge für die Überwindung der Arbeitslosenfrage blieben aus.* Das ist ja auch nicht nötig, denn diese Frage wird ebenfalls bei der kommunistischen ‚großen Aktion‘ mit erledigt.“

Ei der Tausend nochmal! Hiernach muss man doch schließen, dass die „Freiheit“ ein Mittel entdeckt hat, wie man die Arbeitslosenfrage innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ohne „große Aktion“, d.h. ohne soziale Umwälzung, ohne sozialistische Revolution „überwinden“ kann. Aber wenn sie so ein Mittel weiß, warum sagt sie es nicht? Nur heraus damit, es würde der Welt den allergrößten Dienst leisten. Es würde den ganzen Sozialismus überflüssig machen.

Wenn es nämlich möglich sein sollte, dauernd alle Arbeiter bei gutem, auskömmlichem Lohn zu beschäftigen, dann - ja, dann gäbe es keine soziale Frage, dann wären alle Schwierigkeiten,

in denen wir heute stecken, gelöst, alle Tränen getrocknet, aller Hunger gestillt. Also warum will der ruhmwürdige Entdecker dieses Geheimnisses, der der Welt größeren Segen brächte als Koch mit seinem Cholerabazillus oder Einstein [72] mit seiner Relativitätslehre – warum will er sein Licht unter den Scheffel stellen? Natürlich, er würde seine Brotstelle verlieren; denn wenn die soziale Frage auf so einfache Weise gelöst wird, dann können sämtliche sozialdemokratischen Parteien die Bude zumachen, und ihre Zeitungen erst recht. Aber gibt es einen schöneren Tod, als an den Folgen der eigenen Wohltat unterzugehen!

Aus der alten, guten Zeit. Einem Aufsatz von *Walter Schücking* im „Berl. Tageblatt“ entnehmen wir die folgenden historischen Erinnerungen:

Als vor 150 Jahren die Vereinigten Staaten ihren Unabhängigkeitskrieg gegen England führten, mieteten sich die Engländer von dem hessischen Fürsten aus Deutschland Truppen, die von ihrem „Landesvater“ sozusagen wie das Vieh verkauft wurden. In den Urwäldern Amerikas zerrissen ihnen Kleider und Schuhe, die Engländer schafften ihnen keine neuen an, weil sie behaupteten, die Uniformierung müsse der Landesherr in Deutschland bezahlen, der von ihnen dafür eine Pauschale erhalten hätte, und schließlich wurde der Jammer so groß, dass einer der Offiziere, ein Baron von Gall, für seine Abteilung die Kosten aus eigener Tasche bestritt. Als er, heimgekehrt, vom hessischen Fürsten Ersatz seiner Aufwendungen forderte, ließ dieser ihn einsperren ohne Urteil und Recht. Jahrelang saß er in der Festung, bis der Landesherr eines Tages bei guter Laune einem andern Edelmann aus seiner Umgebung, Baron von Riedesch, sagte, er solle sich eine Gnade ausbitten. Da bat dieser um die Freilassung seines Freundes von Gall, und so kam dieser aus dem Gefängnis. Sein Geld aber bekam er nie wieder. Den Erlös für die Vermietung ihrer Truppen gaben die hessischen Fürsten einem damals noch ganz unbekanntem Bankier in Frankfurt a. M., namens Rothschild, und dieser wusste das Vermögen so geschickt zu verwalten, dass für den Kurfürsten von Hessen ein großer Schatz daraus wurde, er, Rothschild selbst, aber zum Begründer der Weltfirma werden konnte, die sich nach allen Hauptstädten verzweigte. Und was wurde aus dem Schatz des Kurfürsten? Während der Franzosenherrschaft, als Napoleons Bruder Jerome in Kassel residierte, war der Schatz unter der Freitreppe des Schlosses Wilhelmshöhe vergraben und wurde dann von einigen treuen hessischen Offizieren für den Kurfürsten gerettet. Zu Beginn der dreißiger Jahre des verflornten Jahrhunderts wurde auch Hessen konstitutionell. Man stritt lange, wem nun der Schatz gehören sollte, dem Fürstenhaus oder dem Staate, da er doch aus dem Verkauf der Untertanen gewonnen war. Schließlich wurde er geteilt, eine Hälfte bekam das Land und die andere das Fürstenhaus zu seiner Ausstattung. Als aber 1866 die Preußen Kurhessen annectierten, da nahmen sie erst die eine Hälfte des Schatzes fort, weil doch der preußische Staat an die Stelle des hessischen Staates getreten war, und dann nahmen sie die andere Hälfte des Schatzes dem Fürstenhause fort mit der Begründung, das sei die Dotation gewesen für die Familie als regierende Dynastie, damit sie im Interesse des Landes daraus repräsentiere. Jetzt aber regiere die Dynastie nicht mehr und die Lasten der Repräsentation lägen auf Preußen. Gegenüber einer ehemals regierenden Familie sei man nur zu einer standesgemäßen Alimentation verpflichtet. Und zu diesem Ende wurden den hessischen Agnaten Renten bewilligt, die noch heute bezahlt werden. [73]

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften nicht bei uns, sondern bei dem jedes Mal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

Rosa Luxemburg. *Briefe aus dem Gefängnis.* Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale. Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauerstr. 12. Preis 6,50 Mk.

A. J. Herzen. *Eine Biographie.* Von G. Steklow. Verlag A. Seehof & Co., Berlin C. Preis 7,- Mk., geb. 10,- Mk.

Das schwarze Buch über Keeskemet. Von Josef Halmi. Mit einem Vorwort von Andor Gabor. Verlagsgenossenschaft „Neue Erde“, Wien, VII. Mariahilferstr. 74 a. III/19. Preis 20 Kronen.

Die Rätebildung im Klassenkampf der Gegenwart. Von Fritz Fricke. Mit einem Vorwort von Ernst Däumig. Buchverlag Rätebund, Berlin NW, Luisenstr. 28.

Steh auf, Prolet! Gedichte von Oskar Kanehl. Prolet-Verlag, Erfurt, Magdeburgerstr. 44. Preis 1,- Mk.

Das ABC des Kommunismus. Von N. Bucharin und C. Preobraschensky. 2. Band. Arbeiter-Buchhandlung Wien, VIII., Alserstr. 69. 180 Seiten, 25 Kronen, für nachweisbar organisierte Arbeiter 16 Kronen.

Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges. Von Ernst Drahn und Susanne Leonhard. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis 17,50 Mk., geb. 23,50 Mk.

Die Arbeit. *Organ der Zionistischen Volkssozialistischen Partei Hapoël-Hazair.* Berlin W 30, Schwäbischestr. 19.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam, Junkerstr. 36/37.

6. Jahrgang Nr. 5 5. Dezember 1920

Ein Jubiläum der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 2. Dezember 1920.

Am 5. Dezember jährt sich wieder einmal der Tag, an dem im Jahre 1913 zum letzten Mal vor dem Kriege im Deutschen Reichstag über die Arbeitslosigkeit gesprochen wurde. Die Not war damals ins Grenzenlose gestiegen und schrie zum Himmel, da sahen sich denn auch die „Vertreter“ des deutschen Volkes veranlasst, ihre Anteilnahme zu bekunden. Zwei Tage lang wogte die heiÙe „Redeschlacht“ und dann - blieb alles, wie es war. Für die Sozialdemokraten sprach der Gewerkschaftsführer *Silberschmidt*. Nach dem stenographischen Bericht zu urteilen, muss er ziemlich lange, gewiss 1½ bis 2 Stunden gesprochen haben. Aber man hat nicht gehört, dass dadurch auch nur eine einzige Träne getrocknet worden sei, auch nur eine einzige arbeitslose Familie Brot und Kohlen erhalten habe. Im Gegenteil, in den folgenden Monaten zum Frühjahr 1914 hin hat sich der Stand der Arbeitslosigkeit noch verschlimmert. Allerdings gab es im April 1914 - soweit man bei der mangelhaften Statistik die Zahlen überhaupt feststellen konnte! - etwas weniger Arbeitslose in Deutschland als im Dezember 1913. Aber es waren fast ebenso viel wie im November und bedeutend mehr als im April 1913. So völlig unwirksam erwies sich das Geschwätz im Reichstag, während man den hungernden Proletariern stets einredete, dass wer weiß wie viel für sie dabei herauskomme.

Seitdem sind nun 7 Jahre verflossen. Ungeheures, Entsetzliches ist inzwischen geschehen, um Millionen hat sich durch den Krieg die Volkszahl Deutschlands verringert; denen, die davon faselten, dass es „zu viel“ Menschen auf der Erde gebe, sind die überschwänglichsten Hoffnungen in Erfüllung gegangen - aber die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor vorhanden. Schlimmer noch als vor 7 Jahren bleckt sie uns ihre grinsende Fratze entgegen. Und neben sie ist die völlige Verzweiflung getreten. Denn da- [75] mals, vor dem Kriege, keimte doch wohl in aller Herzen, auch bei denen, die sich in der traurigsten Lage befanden, die heimliche Hoffnung, dass im geregelten Lauf der Dinge schon wieder alles in Ordnung kommen, das Wirtschaftsleben „sich wieder erholen werde. Sie kannten eben die inneren Zusammenhänge nicht, aus denen heraus der Kapitalismus mit unfehlbarer Notwendigkeit die massenhafte Arbeitslosigkeit gebiert. Heute aber ist auch dieses letzte Hoffnungsfünkchen erloschen, erstorben. Vielleicht gesteht sich's noch nicht jeder ein; vielleicht sträubt sich mancher gegen die entsetzliche Hoffnungslosigkeit, die ihm entgegen gähnt. Aber letzten Endes glaubt doch heute kein Mensch mehr daran, dass es wieder besser wird. Die inneren Zusammenhänge kennen sie heute so wenig wie damals. Sonst würden sie wissen, wie der Kapitalismus gerade deshalb, weil er die Produkte nicht in genügendem Maße in den Konsum überzuführen vermag, zum Kriege geführt hat, und wie der Krieg notwendigerweise einen Trümmerhaufen schaffen musste, aus dem uns der Kapitalismus nie und nimmer herauszuführen vermag. Aber wenn auch diese theoretische Einsicht den breiten Massen natürlich fehlt, so haben sie doch jetzt, nach so vielen Jahren vergeblicher Hoffnung, allmählich das instinktive Gefühl, dass der Weg, auf dem wir dahin schreiten oder vielmehr gleiten, der Weg des kapitalistischen „Wiederaufbaus“, niemals aus dem Elend heraus, sondern immer tiefer, ins Verderben hineinführt, und dass die Arbeitslosigkeit die Eiterbeule ist, an der die Giftblase der kapitalistischen Wirtschaft aufplatzen wird. Die Arbeitslosen werden sich allmählich bewusst, dass es für sie in der kapitalistischen Wirtschaft keine Rettung mehr gibt. Verschiedene Vorgänge der letzten Zeit haben das bereits recht deutlich merken lassen. Wenn, wie es in Berlin vorgekommen ist, Haufen von Arbeitslosen in die Fabriken eindringen,

um den Betrieb stillzulegen, wenn sie den noch arbeitenden Klassengenossen in ihren Versammlungen drohen, sich billiger anzubieten, dann sind das Akte totaler Verzweiflung.

Und nun muss man leider konstatieren, dass bei den anderen, die noch arbeiten, das Verständnis der Zusammenhänge mindestens ebenso sehr fehlt wie bei den Arbeitslosen. Wie groß muss die Rückständigkeit des deutschen Arbeiters noch sein, wenn es tatsächlich dem Kapital gelungen ist, einen Gegensatz zu erzeugen zwischen denen, die noch arbeiten, und denen, die schon arbeitslos sind! Jämmerlich ist das Los auch derer, die noch nicht völlig auf der Straße liegen. Neben einigen Betrieben und Industrien, wo in ausschweifendem Maße Überstunden geleistet werden, arbeiten die meisten nur 5 oder gar 4 Tage in der Woche, nur 6 oder 4 Stunden am Tage. Schaut man auf das Wesen der Dinge und nicht auf die äußere Form, so sind auch sie arbeitslos. Denn [76] da schon der volle Lohn, gemessen an den heutigen Warenpreisen, viel niedriger ist als vor dem Kriege, so ist mit dem halben oder Viertelslohn, den sie kriegen, erst recht nichts anzufangen. Aber an dieses Winzige klammern sie sich, daran halten sie fest und fühlen sich von den Arbeitslosen bedroht. Sehen nicht, *wollen* nicht sehen, dass sie in wenigen Monaten oder Wochen, vielleicht auch nur Tagen, das volle Los der Arbeitslosen teilen werden. Hier ist, wie gesagt, der Punkt, an dem die Eiterbeule platzen wird. Die Arbeitslosigkeit schwillt an, die Preise steigen weiter, der Moment kommt, wo die Massen in den wildesten Hunger, in die wildeste Verzweiflung geraten. Was dann?

Wer nicht die Augen gewaltsam schließt, kann es sich leicht vorstellen. Die Massen wollen in die Betriebe hinein, wenn möglich, um zu arbeiten, wenn nicht, dann wenigstens etwas für den wütendsten Hunger zu haben. Mord und Totschlag, Zertrümmerung von Maschinen und dergleichen wird die notwendige Folge sein.

Damit ist uns aber auch nicht geholfen. Für den kommunistischen Aufbau brauchen wir ganze Maschinen und unversehrte Vorräte. Der denkende Sozialist wird sich deshalb die Frage vorlegen müssen, wie die sich ansammelnde Energie der Arbeitslosen, anstatt für die Zerstörung, für den revolutionären Aufbau zu verwenden ist. Das heißt, es handelt sich darum, die Arbeitslosen, ohne Rücksicht auf den kapitalistischen Profit, zur Arbeit in die Betriebe hineinzubringen.

Mehr Opfermut.

Vorbemerkung der Redaktion: In dem Aufsatz „Kommunistisches Geld“ (am 5. Sept. d. J., 5. Jahrg., S. 564) hatten wir u. a. geäußert, dass die Menschen möglicherweise gerade darin eine unerträgliche Härte erblicken werden, dass ihnen der Kommunismus im Anfang keine freie Auswahl der Bedarfsgegenstände werde gestatten können. Dies hat – und wir gestehen zu: *mit Recht* – bei manchen unserer Freunde entrüsteten Widerspruch hervorgerufen. Sie sind der Meinung, eine Menschheit, eine Arbeiterschaft, die angesichts des ungeheuren Elends, das es zu beseitigen gilt, nicht einmal dieses winzig kleine Opfer bringen will, sich, solange es nicht anders geht, mit der Zuteilung der Bedarfsgegenstände zufrieden zu geben, die sei den Kommunismus gar nicht wert. Auch habe es durchaus keinen Zweck, hierin Konzessionen zu machen. Vielmehr müsse man von vornherein ungeschminkt sagen, dass dieses und noch sehr viel größere Opfer gebracht werden müssen. Einer von ihnen sendet uns die folgenden Zeilen:

Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden, und der kommunistische Staat wird es auch nicht. Nichts ist verkehrter als [77] die Ansicht, der Sieg des Kommunismus brächte sofortigen Überfluss an wirtschaftlichen Gütern. Was der Kommunismus übernimmt, ist ein wirtschaftliches Chaos, aus dem er durch eine Neuorganisation der Arbeit zu stabilen, die Bedürfnisse des gesamten Volkes deckenden Verhältnissen hinüberführen will und wird. So

steht über dem Eingang zu den neuen Gesellschaftsformen groß und breit das Geleitwort „Notwirtschaft“. Wie sie durchgeführt und überwunden wird, wird vom Idealismus aller Beteiligten abhängen. An ihn und nicht an den Materialismus unter dem werktätigen Volke heißt es zu appellieren. Die bürgerliche Gesellschaft, hat ihre plattmaterielle Lebensauffassung in die Arbeiterkreise hineingetragen, aber stärker und umfassender ist der Glaube im Volk, dass wir als Erben der heutigen gewaltherrlichen Bourgeoisie nicht Eintagsvorteilen nachgehen dürfen, sondern Opfer auf uns nehmen müssen, um das Ziel zu erreichen. Kein Hilfsdienstgesetz, das zur Schaffung einer kleinkapitalistischen Arbeiterschicht ausgebeutet wurde, kein Kleinaktiensystem, wie es im Rheinland zur Zermürbung der Arbeiterfront geplant wird, keine noch so schlaue ersonnenen Mittel unserer herrschenden Schichten können die Massen des Volkes in ihrem Glauben an ihre Berufung erschüttern. Sie, die die Palme des Sieges erringen werden, müssen es sich jedoch immer und immer wieder sagen, dass es mit dem Siege allein noch nicht getan ist, dass nach dem Siege die Notwirtschaft kommt, die auch getragen werden muss. Je früher der Sieg, um so kürzer und milder ist sie, je später, umso länger und herber. Hat der Krieg und seine Wirtschaft Deutschland bereits schwere Wunden geschlagen, so hat die Bourgeoisie in der Zeit der Revolte (eine Revolution ist noch nicht gewesen) unter dem Schutz der Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen – ich denke an Kautskys infames Wort: Armut kann man nicht sozialisieren – durch Kapitalflucht und Warenausverkauf unser Land ins Tohuwabohu geführt, das mit jedem Tage schlimmer wird.

Wir sollen uns immer und immer wieder klarmachen, dass so die tatsächlichen Verhältnisse liegen. Wir können es tun, weil das Neue, das der Sieg des Kommunismus bringt, von Anbeginn an tausendfältig besser ist als das überwundene System. Die Arbeitslosigkeit verschwindet, da die Arbeit nicht mehr vom Profit abhängt. Die deutsche Menschheit, die arbeitsgewohnt ist, wird wieder tätig sein dürfen, was ihr jetzt verwehrt oder verleidet wird. Die Lebensmittel werden gerecht verteilt, die Ernährung wird in jedem Falle um einiges gesteigert werden können, und wenn sie auch zu wünschen übriglässt, so wird die Gemeinsamkeit im Ertragen von Notzeiten das Ertragen erleichtern. Das Bewusstsein, der eigenen Sache zu dienen, wird Begeisterung [78] wecken, und die versetzt Berge. Ein Volk, aus dem die Zerrissenheit in „führende besitzende Schichten“ und „Volk“ verschwindet, aus dem die lügnerische Einteilung in deutsche Deutsche und nichtdeutsche Deutsche ausgemerzt ist, ein Volk, das sich in der Gleichberechtigung der Person, in der Einheit und freien Selbstbestimmung gefunden hat, wie soll das nicht Begeisterung fühlen! Der Zukunft leuchtend Bild will in hartem Ringen erkämpft sein. Der erste Zustrom der freien Luft der neuen Zeit gibt neue Kraft. Wer sie geatmet, will sie nicht entbehren. Man kann über Russland denken, wie man will, es bleibt doch Tatsache, dass Koltschak so gut wie Denikin nicht nur von der Front her vernichtet worden sind, sondern unter Mitwirkung des Hinterlandes. Dieses war in der Hand der Bolschewisten gewesen, und die Atmosphäre der Freiheit, die die Bolschewisten trotz aller Übelstände ihrer Verwaltung geschaffen, wirkte so stark nach, dass man die Wiederkehr der „guten alten Zeit“ der Koltschalk und Denikin zu ertragen nicht mehr vermochte. So wird es überall, so wird es auch bei uns sein. Noch nie hat das offene Wort geschadet, stets aber die krummen Wege. Darum wollen wir bewusst die Erwartungen für die Stunde nach dem Siege herabsetzen und die Freude genießen, wenn es besser kommt als man sich's gedacht, und der Neuaufbau fortschreitet. Durch Notwirtschaft zur Bedarfswirtschaft, von der Bedarfswirtschaft zur Überflusswirtschaft, und sollten es erst unsere Enkel erleben! Das Heutige muss für immer verschwinden, soll nicht ein Schrecken ohne Ende unser Volk martern und zermartern.

H. R.

Die Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens durch die soziale Revolution.

Von Heinrich Farwig.

Man hat sich vielfach daran gewöhnt, im Nationalismus und Internationalismus zwei Gegensätze zu erblicken, die sich grundsätzlich ausschließen. Vom rechten Flügel der politischen Parteien erklingt der Schlachtruf: „Hie deutsches Vaterland hie Internationale!“ am lautesten. Aber eben darum ist er auf dieser Seite auch am unechtsten. Wir erinnern nur an die krampfhaften Bemühungen der rechtsstehenden Presse, den Tod- und Erbfeind von gestern, Frankreich, an die Seite Deutschlands zu bringen, zum Kampfe gegen den Bolschewismus. Und war [79] nicht das zaristische Russland der Gegner Deutschlands im Weltkriege? Wollen unsere Orgesch, Escherich, alle unsere Nationalisten und Militaristen nicht eben diesem Feind von gestern wieder zur Macht verhelfen? In der Nr. 528 der „Täglichen Rundschau“ klagt ein Herr Dr. Jenny über die Niederlagen Wrangels. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Für das weiße Russland ist die Aufgabe der Krim ein überaus empfindlicher Verlust. Die Krim war der letzte Zufluchtsort des gehetzten russischen Bürgertums, zugleich ein Ort der Sammlung seiner Kräfte.“

Zu dieser Sorte Nationalismus, die sich im Interesse des Geldsacks unbedenklich mit dem „Erbfeinde“ von gestern zur Niederwerfung des eigenen Volkes verbündet, steht der Internationalismus allerdings in einem unversöhnlichen Gegensatze. Auf der einen Seite die Besitzenden aller Länder, die nationalen Todfeinde von gestern, und auf der anderen die Internationale der Arbeitenden. Die Klasseninteressen der arbeitenden Schichten aller Länder sind die gleichen, sind im wahrsten Sinne des Wortes international. Hierzu steht aber die Verwirklichung des deutschen Einheitstraumes durchaus in keinem Gegensatz. Erinnern wir uns doch, wie bei der polnischen Offensive nach Kiew Tausende von Russen sich dem Sowjetregiment, sonst im Gegensatze zu ihm stehend, für den Waffendienst zur Verfügung stellten. Diese noch nicht bolschewistischen Russen wollten deshalb der Rätemacht helfen, weil sie soviel doch schon begriffen, dass im Falle der Niederwerfung Räterusslands ganz Russland zerstückelt und zum Ausbeutungsobjekt des westeuropäischen Kapitals werden würde. Und Sowjetrußland dachte gar nicht daran, diese freiwilligen Kämpfer zurückzuweisen. Es stellte sie in den Dienst seiner Sache. Aber, worauf es hierbei ankommt, dieser Nationalismus war dem Gedanken des Internationalismus durchaus *untergeordnet*. Auf der deutschen Seite sehen wir das Bestreben unserer „Patrioten“, Deutschland zu zerstückeln, wie z. B. in Bayern.

So wird noch oft der nationale Gedanke in den Dienst der sozialen Revolution gestellt werden, wie wir das eben jetzt in den Ländern Asiens sehen. Hier fällt vielfach die nationale Revolution mit der sozialen Weltrevolution zusammen. Nur die Weltrevolution wird die nationalen Gegensätze aufheben und zugleich den Völkern ein ungehindertes nationales Leben ermöglichen.

Eines von den Völkern, die erst durch eine siegreiche Sozialrevolution ihre nationale Einheit verwirklichen werden, ist das deutsche Volk. Zu den besten Deutschen, die die endliche Befreiung Deutschlands aus seiner alten Zerrissenheit erstrebten, gehörte auch *Johann Gottlieb Fichte*. Er zuerst stellte [80] sich in bewussten Gegensatz zu dem ästhetischen Weltbürgertums Goethes und Schillers. Was aber noch weit mehr war, damals, er stellte sich auch in schärfsten Gegensatz zu Napoleon, der in jenen Tagen, als Fichte seine „Reden an die deutsche Nation“ hielt, unbestrittener Herr in Deutschland war. Dass er es war, hatte er zwei Jahre vorher bewiesen, als er den Nürnberger Buchhändler Palm am 26. August 1806 erschießen ließ. Mit diesem Bilde vor Augen, „auf die Gefahr des Sturmes“, wie er selbst meinte, hielt Fichte seine

Reden, die das deutsche Volk aufrütteln wollten. Diese Reden sind wohl das Edelste, was wir an nationaler Literatur in Deutschland haben. Es gehörte wirklich ein mehr als gewöhnlicher Mut dazu, so zu sprechen wie es Fichte damals wagte. Als alles im damaligen Deutschland vor Napoleon im Staube kroch, da war es Fichte, „der allein und offen sich ihm entgegenstellte, ihn bis auf den Tod anzugreifen wagte“, wie Ferdinand Lassalle in „Fichtes politischem Vermächtnis“ sagt.

Zum ersten Male seit der Reformation wurde hier wieder eine Sache vor das ganze deutsche Volk gebracht. In seiner ersten Rede, der Einleitung zum Ganzen, sagt er: „Ich rede für Deutsche schlechtweg ... nicht anerkennend, sondern durchaus beiseitesetzend und wegwerfend alle die trennenden Unterscheidungen, welche unselige Ereignisse seit Jahrhunderten in der einen Nation gemacht haben.“ Und schon hier führt er aus, dass das Rettungsmittel, das Deutschland heraushelfen solle aus dem Sumpf, in den es geraten, seine neue Erziehung, eine für *alle* Deutschen gleiche sein solle: „Es bleibt sonach nichts übrig, als schlechthin an alles, ohne Ausnahme, was deutsch ist, die neue Bildung zu bringen.“

Solche Töne waren in Deutschland bis dahin nicht gehört worden. Nur Preußen, Bayern, Sachsen und Österreicher gab es bis dahin. Das, was Fichte hier sagte, drückte aus, was die Besten der Zeit dachten und wofür sie fünf Jahre später die Waffen ergriffen. Eine Legende ist es, wenn behauptet wird, die Freiwilligen von 1813 seien nur für ihren angestammten König in den Krieg gezogen. Die Junker, besonders Bismarck, der am 15. Mai 1847 im Vereinigten Landtage sich für diese Legende ins Zeug legte, wussten wohl, was sie taten, wenn sie sich so energisch gegen die geschichtliche Wahrheit wehrten. Bismarck wendete sich damals dagegen, „als ob die Bewegung des Jahres 1813 anderen Gründen zugeschrieben werden müsste, und es eines anderen Motivs bedurft hätte, als der Schmach, dass Fremde unserem Lande geboten“. Nur junkerlicher Hochmut kann bestreiten, dass die jungen Freiwilligen der Jägerbataillone von 1813 für das einige Deutschland und nicht für den Schwachkopf [81] von Gottes Gnaden, der damals Preußens Thron drückte, in den Krieg zogen. Das lehrt schon ein Blick auf die damalige Dichtung. Körner, Arndt, Schenkendorff und wie sie alle heißen, sangen von Deutschlands Einheit und Freiheit. –

Der Sturm war vorüber und mit einem Deutschland von der Etsch bis zum Belt wurde es nichts. Das Resultat des Krieges war der Deutsche Bund und die heilige Alliance. Die Ideen, für welche die jungen Leute in den Kampf gezogen waren, lebten aber weiter. („Wo ist das Deutschland, wofür wir gekämpft haben?“ fragten sie.) Ihre Hauptpflegestätten waren die Hochschulen. Die deutsche Burschenschaft, schon 1815 begründet, erweiterte sich später zur Allgemeinen deutschen Burschenschaft. Was diese erstrebte, Deutschlands Einigung, war aber damals verboten. Wenn die Regierungen auch selbst einst in der Stunde der Gefahr Versprechungen gemacht hatten, so wollten sie doch jetzt daran nicht erinnert werden. Und als die Schwärmer nicht aufhören wollten, zu mahnen und zu fordern, da sperrte man sie in die Gefängnisse und Festungen ein.

Alles das half aber nichts und die Märzrevolution des Jahres 1848 schien einen Augenblick die Wünsche von 1813 zu verwirklichen. Doch auch diese Blümenträume reiften nicht, weil das deutsche Bürgertum sich allzu sehr aufs Reden verließ. Nun kam einer, der dem deutschen Volke zeigte, wie es 1848 hätte gemacht werden müssen: Bismarck, der die Einigung Deutschlands auf seine Weise vollzog; unter Ausschluss von 10 Millionen Deutschen in Österreich.

Schon von Fichte war es dem deutschen Volke klar genug gesagt worden, dass die *ganze* Einigung Deutschlands nur auf revolutionärem Wege vor sich gehen könne. Das deutsche Bürgertum vermochte das nie zu begreifen. So musste es sich die halbe Einigung

Deutschlands mit allen ihren politischen Folgen gefallen lassen. Seit den Tagen von Königgrätz gibt es kein revolutionäres deutsches Bürgertum mehr.

Alle revolutionäre Energie der Bourgeoisie war unwiederbringlich dahin. Der deutsche Einheitstraum konnte niemals durch dieses Bürgertum verwirklicht werden. Da kam der Weltkrieg. Und wieder tauchte der alte Traum aus der Nacht der Vergessenheit empor. Aber in welcher Gestalt! Niemand wagte mehr, den Gedanken in seiner ursprünglichen Form zu äußern. Nur von einem näheren Verhältnis der beiden Länder Deutschland und Österreich, von einem *imperialistischen Staatenbunde* war die Rede. Keine Spur mehr der Ideen von 1813 und 1848. Ganz dem Geiste eines brutalen, alles niederwerfenden Imperialismus entsprechend – so tauchten [82] jetzt die alten Gedanken wieder auf. Fichte war vergessen. passte wirklich nicht in jene Gedankenwelt hinein.

Jedoch auch der Traum eines deutschen Mitteleuropas war bald ausgeträumt. In den Novemberstürmen von 1918 tauchte dann der alte Gedanke in seiner ursprünglichen Form auf. Österreich-Ungarn war unter den Stößen der Entente auseinandergefallen. Die 10 Millionen Deutsche Österreichs wollten nun endlich sich mit den Deutschen des Reiches vereinigen. Da trat die Entente mit ihrem Machtwort dazwischen. Wie konnte sie, wie kann Frankreich ein geeintes Deutschland zulassen? Im Lebensinteresse Frankreichs liegt ein auseinandergerissenes Deutschland.

Aber nur im Lebensinteresse eines *kapitalistischen* Frankreichs. Ein sozialistisches Frankreich hat von einem Rätedeutschland nichts zu fürchten.

Das Lebensinteresse des deutschen Proletariats fordert gebieterisch die soziale Revolution. Es muss endlich seine Ketten abstreifen, will es nicht im Elend verkommen. Die Revolution in Deutschland wird auch dem furchtbar gequälten österreichischen Proletariat die Möglichkeit geben, sich freizumachen. Und dann wird die Stunde kommen, wo die Träume der Kämpfer von 1813 in Erfüllung gehen werden. Die soziale Revolution wird auch die Nationen befreien. Heute leben die Nationen nicht friedlich neben, sondern nur im Gegensatz zueinander. Ja, sie leben eigentlich nur *durch* ihren Gegensatz zueinander. Die Einen können nur „frei“ sein, wenn die Anderen unterdrückt sind. Durch die soziale Revolution aber werden alle die Gegensätze, welche bis jetzt die Nationen trennen und trennen mussten, aufgelöst. Weil keine mehr die andere zu unterdrücken braucht, werden alle frei sein im Kommunismus. Erst durch Erkämpfung des Kommunismus werden die Ideen Fichtes und seiner Zeitgenossen, soweit sie heute noch lebenskräftig sind, durchgeführt werden können. Alles, was am nationalen Gedanken gut ist, findet erst durch die soziale Revolution die Vorbedingung für seine Entwicklung.

Assignaten-Wirtschaft.

Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Herr *Havenstein*, hat am 1. Dezember in einer Kommission des Reichstags einen Ausspruch getan, der wieder einmal beweist, dass er von der Geschichte der Finanzen ebenso wenig kennt, wie von den inneren theoretischen Zusammenhängen der gegenwärtigen Finanzen. Das soll übrigens weiter kein Vorwurf sein, denn [83] das geht den meisten „routinierten“ Fachleuten so, dass sie das Äußerliche, Handwerksmäßige ihres Berufs genau kennen, von den tieferen Ursachen jedoch keinen blassen Schimmer haben und auch nicht einmal das Bedürfnis empfinden, sich darüber zu unterrichten. Gerade bei den Finanzleuten geht das auch gar nicht anders. Denn wenn sie sich jemals über die Dinge klarwürden, um die es sich hier handelt, dann würden sie sehen, dass ihre ganze Tätigkeit im eigentlichsten Sinne des Wortes Sisyphusarbeit ist – soweit sie sich nämlich einbilden, damit die Staatsfinanzen und die Volkswirtschaft zu heilen. Das aber wäre höchst schädlich für die Interessen des Kapitals, denen zu dienen ihre oberste Aufgabe ist.

Und so behalten sie denn lieber die Binde vor den Augen. Immerhin zeugt der Ausspruch *Havensteins* von einer so krassen Unwissenheit, dass er hätte auffallen müssen, wenn nicht seine Zuhörer aus genau demselben Holze geschnitzt wären.

Nach den Zeitungsberichten hat Herr *Havenstein* u. a. gesagt, das dauernde Anschwellen unseres Papiergeldes werde „letzten Endes zur *Assignatenwirtschaft* ausarten“ müssen. Wir erlauben uns, in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam zu machen, dass hier von keiner für die Zukunft zu erwartenden „Ausartung“ mehr die Rede sein kann, sintemal und alldieweil unsere Papiergeldmassen über die *Assignatenwirtschaft* der französischen Revolution längst weit hinausgewachsen sind. Zum Beweise dessen mögen ein paar tatsächliche Angaben dienen.

Zunächst besteht ein wichtiger Unterschied zwischen den französischen *Assignaten* von 1790–1797 und den deutschen Banknoten und Kassenscheinen 1914–1920 darin, dass die ersteren in ihrem Ursprung ein sehr reelles und solides Wertpapier gewesen sind, was man von den letzteren beim besten Willen nicht sagen kann. Die *Assignaten* waren nämlich Anweisungen auf sehr beträchtliche Mengen gut angebauten Grund und Bodens, die dem französischen Staat gehörten, und zuerst wurden sie nur in Höhe von 400 Millionen Franken ausgegeben, eine Lappalie im Vergleich zu dem Wert der Güter, die für sie hafteten. Als dagegen im August 1914 die deutsche Reichsbank ihre ersten 2000 Millionen Mark Kriegsnote ausgab, hatte sie dafür überhaupt keine Deckung. Denn die 2 Milliarden Mark in Gold, die die Reichsbank damals besaß, waren schon durch bereits in Umlauf befindliche 2 Milliarden Banknoten voll in Anspruch genommen. Die deutschen Kriegsnote, wozu alsbald auch noch die Darlehnskassenscheine kamen, schwebten also vom ersten Tage an völlig in der Luft. [84]

Später wurde dann allerdings mit den *Assignaten* ein arger Missbrauch getrieben;¹⁴ aber ein bei weitem größerer noch mit den deutschen Reichsbanknoten. Man vergleiche z. B. nur die ausgegebenen Mengen. Für die *Assignaten* fehlen allerdings ganz zuverlässige Angaben. Aber selbst die ausschweifendsten, zweifellos übertriebenen Mitteilungen reden nur von folgenden Ziffern:

März	1790	400 Millionen Franken,
September	1790	1 200 Millionen Franken
Herbst	1792	2000 Millionen Franken,
Januar	1793	3 000 Millionen Franken,
Januar	1795	7 250 Millionen Franken,
Januar	1796	27 500 Millionen Franken,
September	1796	45 500 Millionen Franken.

Hiervon kommen jedoch die erheblichen Mengen in Abzug, die zwischendurch immer wieder eingezogen und verbrannt wurden, so dass alle ernsthaften Historiker annehmen, dass niemals mehr als höchstens etwa 30 Milliarden Franken, d.h. 24 Milliarden Mark gleichzeitig in Umlauf gewesen sind. Die deutschen Reichsbanknoten dagegen wuchsen wie folgt:

Juli	1914	rund 2 000 Millionen Mark,
------	------	----------------------------

¹⁴ Näheres darüber in einer in ca. 14 Tagen erschein. Schrift: „Das Papiergeld in der Revolution, 1797–1920“, v. Julian Borchardt.

August	1914	rund 4 000 Millionen Mark,
September	1915	rund 6 200 Millionen Mark,
September	1917	rund 10 200 Millionen Mark,
September	1918	rund 17 500 Millionen Mark,
September	1919	rund 39 000 Millionen Mark,
September	1920	rund 82 000 Millionen Mark.

(Hierbei sind Banknoten und Kassenscheine zusammengerechnet.)

Und wie steht's mit der Deckung? Es war gewiss phantastisch, was sich die französischen Revolutionsmänner über den „Wert“ und die Sicherheit ihrer Landgüter einbildeten, schon deshalb, weil deren „Wert“ ja eben mit dem Kurs der Assignaten wechselte. Aber immerhin waren die Güter doch da. Die deutsche Reichsbank dagegen hatte am 30. September 1920 für ihre 82 Milliarden Papiergeld ganze 1100 Millionen Mark in Gold in ihren Kellern!

Also bitte, Herr Präsident, malen Sie nicht als zukünftiges Schreckbild an die Wand, was schon längst grässliche Gegenwart ist. [85]

Rundschau.

Die Abschaffung des Geldes in Sowjet-Russland. Der Berliner „Roten Fahne“ vom 24. November entnehmen wir die folgenden hochbedeutsamen Meldungen aus Moskau:

Nach dem Bericht des Verfassers dieser Zeilen fasste der Rat der Volkskommissare den Beschluss, das Finanzkommissariat zu beauftragen, im Laufe eines Monats nach Übereinkunft mit den betreffenden Ressorts, bei dem Rate der Volkskommissare Entwürfe ausführlich ausgearbeiteter Dekrete einzubringen über *Abschaffung der Zahlung für alle Lebensmittel*, die vom Verpflegungskommissariat für die Arbeiter, Angestellten und deren Familien und überhaupt auf die Karten der ersten und zweiten Kategorie verabfolgt werden; über Abschaffung der Wohnungsmiete für die Arbeiter, Angestellten und deren Familien, die in staatlichen oder städtischen Häusern wohnen, und endlich über Abschaffung der Zahlung für Heizmaterial jeder Art, das den Arbeitern, Angestellten und Institutionen nach den Plänen der Hauptverwaltung für Heizmaterial geliefert wird, für Gas, Elektrizität, Fernsprecher, Wasserleitung, Kanalisation usw. Gleichzeitig ist bei dem Rate der Volkskommissare eine Kommission gebildet worden, die beauftragt ist, im Laufe eines Monats die Frage der vollständigen Annullierung der Geldoperationen (darunter auch der sogenannten Bankoperationen), auch im gegenseitigen Verkehr der Produktionsunternehmen und der Institutionen der Räte auszuarbeiten.

Auf diese Weise wird spätestens am 1. Januar diese neue und grundsätzliche große Verbesserung der Organisation der Lebenswerte verwirklicht werden. Gleichzeitig tritt mit dem 1. Januar auch eine andere Verfügung in Kraft, die vom Rate der Volkskommissare am 24. August bestätigte *Abschaffung der Zahlung für die Beförderung per Eisenbahn* für alle Frachtgüter und fast alle Passagiere (z. B. Arbeiter und Angestellte, die auf Urlaub Arbeit, in Lehranstalten, auf Kongresse fahren, an den Ausflügen der Gewerkschaften teilnehmen usw.).

Zum ersten Mal wurde die Frage der Abschaffung des Geldes in konkreter Form zu Beginn des Jahres 1919 von der städtischen Konferenz der Moskauer Organisation unserer Partei aufgeworfen, die den Bericht des Verfassers dieser Zeilen einstimmig billigte, der es für notwendig hielt, unverzüglich die Zahlung für die Verpflegung der Kinder, für die Kleidung der Arbeiter, für die Wohnungen und für Brot abzuschaffen. Es stellte sich jedoch heraus, dass

die psychologischen Bedingungen für eine solche Maßnahme zu jener Zeit noch nicht reif waren, und die Verwirklichung derselben vollzog sich teilweise und in langsamem Tempo. Im April wurde ein Dekret erlassen über die unentgeltliche Versorgung der Kinder, aber nur mit Lebensmitteln, nur bis zum 14. Lebensjahre und nur in den Hungergebieten (späterhin wurde das Alter allmählich bis zum 16. Lebensjahre erhöht, für Schüler unentgeltliche Kleidung hinzugefügt und das Gebiet der Anwendung erweitert sowie mit der Ausgabe von 30 Arschin¹⁵ Stoff begonnen für jedes neugeborene Kind). Nach einiger Zeit wurde die unentgeltliche Verteilung der Arbeitskleidung eingeführt, die allmählich sämtlichen Arbeitern gegeben und durch unentgeltliche Ausgabe von Seife ergänzt wurde. In der Zwischenzeit waren die Postgebühren für [86] die Beförderung einfacher Briefe aufgehoben. Keine kleine Rolle spielte die Verwandlung eines Teiles des Arbeitslohnes in Naturalprämie, was zu einer der Grundlagen der Verteilungspolitik der russischen Sowjet-Republik wurde. Jetzt endlich werden alle diese Maßnahmen durch die oben angeführte Verordnung ergänzt und verallgemeinert. Bald werden die Arbeiter und die Stadtbevölkerung das Geld nur noch zu Einkäufen auf dem Markte der Schleichhändler nötig haben – solange dieser Markt noch besteht.

Die durch die militärischen Feldzüge des letzten Jahres erreichte Vereinigung aller Teile Russlands (Sibirien, Turkestan, Kaukasus Ukraine) muss das Verschwinden des Bedürfnisses nach Einkäufen bei den Schleichhändlern beschleunigen. Wir erhalten schon Baumwolle und Heizmaterial von den Randgebieten, die früher von uns abgeschnitten waren. Das Zentrum hatte am 1. Oktober schon siebenmal mehr Baumwolle als am 1. Januar 1920. Die Fabriken kommen in Gang, nach einem Jahre wird es für den Bauern schon vorteilhafter sein, seine Erzeugnisse dem Staat gegen Manufaktur zu liefern, als sie für den Schleichhändler zu verstecken, der sie für Papiergeld kauft. Wenn aber der Staat mehr Produkte (Lebensmittel und Fabrikzeugnisse) besitzt, dann wird der Schleichhandel verschwinden, weil niemand seiner bedürfen wird.

Ein „kaltschnäuziger Ichling“. Gegenüber den Äußerungen eines neutralen Ausländers über den protzigen Luxus, den sich im verarmten und hungernden Deutschland immer noch diejenigen gönnen, die „es dazu haben“, erhielt die *Kölnische Zeitung* folgende Zuschrift eines ihrer Leser:

„Der neutrale Volkswirtschaftler sieht die Verhältnisse hier mit neutralen Augen. Er wohnt in einem Land, wo das Sparen Zweck hat. Das deutsche Volk hat von Volkswirtschaftlern hüben und drüben in den letzten sieben Jahren so viel Ermahnungen bekommen, dass es darauf nicht mehr reagiert. Ratschläge vom Regierungstisch hält es ebenfalls für eigennützigem Schwindel. – Sparen soll es – für wen? In einem Lande, wo der Spartrieb systemartig durch regelmäßig wiederkehrende Abgabe des Ersparnen getötet wird, spart nur der chronische Geizhals. Für die Franzosen? Dazu haben diese sich hierzulande noch nicht beliebt genug gemacht. Fürs Alter? Wozu haben wir denn Angestellten- und Arbeiterversicherungen? Ergo: Verzehre, was Du erworben hast, dann sparst Du viel Verdruß und Last! Nein, Herr Volkswirtschaftler, wir halten's mit Goethe: Grau, Freund, ist alle Theorie usw. Wie man im Ausland über uns denkt, ist uns allmählich piepe geworden; nachdem man uns jahrelang durch den Dreck gezogen und Hunnen, Boches und Moffen nannte, legen wir keinen Wert mehr auf ausländische Beurteilung. Den sittlichen Ernst im äußeren Leben haben uns im besetzten Gebiet die edeln großen Nationen vertrieben. Sollen wir zusehen, wie die Alliierten unseren deutschen Wein trinken? Nein, dann lieber heraus mit den Papierlappen, und wenn's auch ein

¹⁵ *) 1 Arschin = 71 Zentimeter.

Zwanziger ist. – Ich habe 20 Jahre lang gespart und dann Kriegsanleihe gezeichnet. Im Jahre 1919 diese mit 20 v. H. Verlust verkauft und Papierlappen für mein ehemaliges Geld bekommen. Das hatte ich vom Sparen. Jetzt bin ich behaglich eingerichtet und kaufe zur Freude meiner Familie alle Lebensmittel, die geboten werden; Kostenpunkt – Nebensache. Fehlt's Papiergeld, wird Krach geschlagen, und dies „Tischlein-deck-dich“ funktioniert prachtvoll. Sehen Sie, das ist meine [87] jetzt für richtig erkannte Volkswirtschaft. Dass ich damit in guter Gesellschaft bin, erfahre ich jeden Tag. Mein Beruf bringt mich fast täglich auf Reisen, und im Eisenbahnabteil hat man, wie Sie wissen, oft Gelegenheit, die Volksseele kennenzulernen. Wenn die Zeiten mal wieder anders, ändere ich mich vielleicht auch wieder. Vorläufig heule ich mit den Wölfen und trinke lieber mit meiner Familie eine Flasche Wein zu 20 Mark, als den Betrag zu sparen, um ihn für die Zahlung der Entschädigungen aufzuwenden.“

Die „Kölnische Zeitung“ nennt den Mann einen „kaltschnäuzigen Ichling“. Das ist ein sehr hübsch erfundener Ausdruck. Aber darüber wollen wir doch nicht vergessen, dass sich der Mann in nichts, aber auch in gar nichts von seinen Klassengenossen unterscheidet als nur in dem einen einzigen Punkt, dass er offen ausspricht, wie sie alle denken und was sie alle tun. Und weiter, dass die „Kölnische Zeitung“ ein Blatt dieser Klasse ist und eines der Werkzeuge, die ihr eine solche Lebensweise ermöglichen. Woran durch ein paar gelegentliche Krokodilstränen der Entrüstung nichts geändert wird.

Streik in lebenswichtigen Betrieben. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, hat am 30. November Herr v. Oldenburg-Januschau auf der Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte in Pr.-Holland unter anderem gesagt:

„Mit Bethmann Hollweg habe ich bereits vor 45 Jahren als Leutnant vor meinem Zug gestanden und dabei gesehen, dass er nicht vorwärtsreiten konnte. Prinz Max von Baden und Scheidemann haben den Kaiser verraten. Jedes Kriegsgericht der Welt hätte sie auf den Sandhaufen gestellt. Ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie ist eine Narrheit. Demokraten und Nationalliberale werden sich dabei in die Finger schneiden. Der Bund der Landwirte will keinen Rechtsputsch und keinen Linksputsch; wir wollen aber auch nicht auf uns herumtrampeln lassen. *Im schlimmsten Falle werden wir streiken.* Die stramme Organisation der Ortswehren ist für Ostpreußen eine Notwendigkeit, namentlich wenn der Kampf zwischen Russland und Polen wieder entbrennt. Was Einigkeit vermag, sieht man in Bayern. Hinter der Organisation Escherich stehen zweihunderttausend Mann, und die Entente kann nichts dagegen tun. Auf parlamentarischem Wege kommen wir nicht zur Ordnung. Wir müssen einen Diktator haben.“

Damit man's weiß: die Landwirtschaft gehört nicht zu den lebensnotwendigen Betrieben, in denen der sozialdemokratische Parteigenosse *Ebert* am 10. November das Streiken verboten hat. Herr v. Oldenburg hat also durchaus das gesetzliche Recht, mit Streik zu drohen und auch wirklich zu streiken. Die Berliner Elektrizitätsarbeiter dagegen haben es nicht.

6. Jahrgang Nr. 6 20. Dezember 1920

Taylor-System.

Berlin, 18. Dezember 1920.

Es versteht sich von selbst, dass jeder einzelne Arbeiter bei seiner Tätigkeit darauf bedacht ist, sie sich so vorteilhaft wie möglich einzurichten. Er wird versuchen, das Material ebenso wie die Werkzeuge so handgerecht hinzulegen, dass er sie möglichst fassen kann, ohne einen einzigen Schritt deswegen zu tun; wenn er Einfluss darauf hat, wird er dafür sorgen, dass das Werkzeug eine Form und Gestalt bekommt, die es für die bestimmte Operation, für die es dienen soll, möglichst geeignet macht; nimmt er dann die Verrichtung selbst vor, so wird er ebenfalls darauf sinnen, jeden einzelnen Handgriff so bequem wie möglich, mit so wenig Zeit- und Kraftverlust wie möglich zu erledigen usw. Ja, der denkende und intelligente Arbeiter wird sein ganzes Leben lang nicht aufhören, immer neue und bessere Methoden zur Vereinfachung und Verbesserung seiner Arbeitsweise zu finden.

Dies alles ist ganz selbstverständlich und braucht im Grunde niemandem gesagt zu werden. Was aber nachdrücklich gesagt werden muss, weil in der Regel kaum ein Mensch daran denkt, obgleich es an und für sich eigentlich ebenso einleuchtend und selbstverständlich sein sollte, das ist, dass der Arbeiter, *auf sich allein gestellt, diese Aufgabe nur recht unvollkommen lösen kann*. Denn dazu gehört außer der Erfahrung, die der Einzelne erst im Lauf der Jahre gewinnt, auch der Vergleich mit dem, was andere tun. Und der steht dem Einzelnen nur in beschränktem Maße in seiner unmittelbaren Umgebung zur Verfügung, und überdies ist er nicht genau, sondern beschränkt sich auf eine ganze rohe persönliche Abschätzung.

Man nehme ein ganz einfaches Beispiel: Arbeiter, die schaufeln. Da macht es schon einen Unterschied aus, was sie schaufeln, ob Sand, Kohlen, Eisenabfälle oder sonst irgendetwas. Jeder Arbeiter wird sich, wenn er kann, eine Schaufel aussuchen, die für seine Größe und Körperkraft, aber auch für das Material, [89] das geschaufelt werden soll, passt; dann wird er mit einem kurzen, prüfenden Blick abschätzen, wie es die anderen machen, ob sie große oder kleine Lasten jedes Mal auf die Schaufel nehmen, und dann wird er suchen, mit ihnen Tempo zu halten. Bei der Arbeit selbst wird er vielleicht noch entdecken, dass es vorteilhafter ist, die Last etwas größer oder kleiner zu nehmen, sich etwas tiefer oder weniger tief zu bücken oder ähnliches, und das wird so ziemlich alles sein.

Ein ganz anderes Resultat muss natürlich herauskommen, eine ganz andere Leistungsfähigkeit erzielt werden, wenn die Ermittlung der besten Arbeitsweise *wissenschaftlich* vorgenommen wird, d.h. ebenso, wie man bei wissenschaftlichen Experimenten verfährt, nämlich durch umfangreiche Vergleiche nach vorher festgestelltem Plan und mit genauen Messapparaten. Wenn also z. B. eine Anzahl, sagen wir ein Dutzend Schaufler, mehrere Wochen lang experimentieren, indem ihnen die Last jedes Mal zugewogen wird, die Schaufeln ausgesucht und gewechselt werden, die Wagen – wenn sie z. B. Sand auf Wagen werfen – in verschiedene Stellungen zum Arbeitenden gebracht werden usw., und wenn das alles und die jedesmaligen Resultate aufgezeichnet werden, natürlich nicht durch die Arbeitenden selbst, sondern durch einen Mann, der an wissenschaftliche Experimente gewöhnt ist und mit Stoppuhr und sonstigen exakten Messapparaten dabei steht. Dann kann man hinterher die gewonnenen Resultate vergleichen, und auf diese Weise muss es gelingen, die beste von allen Schaufelmethoden herauszufinden.

Was wir soeben ausgeführt haben, ist der Kern und das Wesentliche an dem viel genannten *Taylor-System*. Wir entnehmen das Beispiel dem Buche „*Die Grundsätze wissenschaftlicher*

Betriebsführung“ von F. W. Taylor¹⁶ und fügen zur besseren Erläuterung noch folgende Einzelheiten bei. In den Bethlehem-Stahlwerken in Amerika wurde durch solche Experimente festgestellt, dass ein erstklassiger Arbeiter seine größte Tagesleistung mit einer Schaufellast von ungefähr 9½ Kilogramm vollbrachte. Darauf wurde jedem Arbeiter eine Schaufel gegeben, die von dem Material, das er gerade zu schaufeln hatte, 9½ Kilogramm fasste; z. B. eine kleine Schaufel für Erze und eine große für Erbskohle. Vorher hatten sie zu beidem dieselbe Schaufel gebraucht und dadurch einmal 15 Kilogramm, das andere Mal 2 Kilogramm gehoben. Aber damit waren die Experimente noch lange nicht beendet. Vielmehr wurden „Tausende genauer Messungen mit einer [90] Stoppuhr vorgenommen, wie schnell der Arbeiter, der mit der methodisch „richtigen“ Schaufel ausgestattet ist, diese in den Materialhaufen hineinstoßen und sie dann richtig gefüllt herausziehen kann. Zuerst musste er die Schaufel mitten in den Haufen hineinstoßen, dann auf dem Erdboden am Rande des Haufens schaufeln, dann auf Holzboden und schließlich auf Blechboden. Über all das wurden genaue Beobachtungen angestellt. Auf gleiche Weise stellte man die Zeit fest, die erforderlich ist, um die Schaufel zurückzuschwingen und die Last so und so weit- oder hochzuwerfen.

Es dürfte wohl jedem einleuchten, dass es auf solchem Wege gelingen muss, die „praktischste“ Schaufelmethodik herauszufinden, d.h. diejenige, bei der die angewandte Kraftanstrengung das größte Resultat erzielt. Doch sei bei der Wichtigkeit des Gegenstandes noch ein zweites Beispiel aus demselben Buche angeführt.¹⁷ Ein Bekannter Taylors untersuchte in der gleichen Weise die Tätigkeit der *Maurer*. „Jedes kleinste Element, das irgendwie die Geschwindigkeit oder Müdigkeit der Maurer beeinflussen konnte, wurde untersucht. Er bestimmte genau die Stellung, die jeder Fuß des Arbeiters einnehmen sollte, die Entfernung des Mörtelschaffs und der Ziegel von ihm und der Mauer. Damit waren die üblichen ein oder zwei Schritte von und zu der Mauer beim Legen jedes Ziegels unnötig geworden. Er suchte und fand, in welcher Höhe Mörtel und Ziegel am vorteilhaftesten unterzubringen seien und konstruierte ein Gestell mit einer Platte darauf für das Material, so dass Ziegel, Mörtel, Maurer und Mauer in richtigen Abstand zueinanderkamen. Diese Gerüste werden verstellt, je nachdem die Mauer an Höhe zunimmt, und zwar wird dieses Einstellen sämtlicher Gerüste von einem eigens hierzu bestellten Mann ausgeführt. Durch diese Anordnung wird es dem Maurer erspart, sich jedes Mal tief zu bücken, um nach den Ziegeln oder nach dem Mörtel zu langen, und sich dann wieder aufzurichten. Man bedenke nur, wieviel menschliche Kraft die ganzen Jahre hindurch verschwendet worden ist dadurch, dass jeder Maurer seinen Körper von, sagen wir, 75 Kilogramm Schwere einen halben Meter tief herunterbeugen und dann wieder aufrichten musste, um einen Ziegel von 2 Kilogramm zu verlegen.“ Weitere Studien haben dazu geführt, die Ziegel vorher aussortieren und dem Maurer mit der richtigen Kante nach oben zurecht legen zu lassen, dem Mörtel die richtige Mischung zu geben, dass er ohne Aufklopfen bindet usw. Durch all dies wurde erreicht, dass ein Maurer im Durchschnitt 350 Ziegel pro Stunde verlegte statt früher 120. [91]

Ogleich das Dinge sind, die ohne weiteres einleuchten, sobald sie einmal gesagt sind, so ist es damit doch gegangen, wie mit dem Ei des Kolumbus: erst musste einer kommen, der sie zuerst fand, aussprach und in der Praxis anwandte. Das war der amerikanische Ingenieur F. W. Taylor, der mit seinen Versuchen ums Jahr 1878 in den Bethlehem-Stahlwerken begann. Man wird zugeben, dass ein Mann, der so etwas zustande bringt, auf das strengste an wissenschaftliches, methodisches Denken gewöhnt ist. Sicherlich wird er mit einer gewissen Verachtung auf jeden herabblicken, der in Technik oder Naturwissenschaften sich an bloßes Gerede, an den sogenannten „gesunden Menschenverstand“ hält. Ja, sein Werk besteht

¹⁶ Übersetzt von R. Roesler, München und Berlin, 1919, R. Oldenbourg. S. 67 ff.

¹⁷ S. 80 ff.

gerade darin, an die Stelle der zufälligen Beobachtungen des Einzelnen die exakte wissenschaftliche Forschung zu setzen.

Umso erstaunlicher ist die schier kindliche Naivität, mit der dieser selbe Mann über *ökonomische* Dinge redet. Es ist natürlich nicht zu verlangen, dass er auch davon etwas versteht. Wer in seinem eigenen Fach Tüchtiges leistet, der hat seine Schuldigkeit getan, und nur sehr wenigen Menschen ist es gegeben, mehr als ein Wissensgebiet zu beherrschen. Aber man sollte meinen, gerade einen Techniker, einen Ingenieur, einen exakten Naturwissenschaftler müsste sein geschulter wissenschaftlicher Sinn davor bewahren, über Dinge zu reden, von denen er nichts versteht. Aber merkwürdig, derselbe Mann, der uns zeigt, dass Schaufeln, Mauern und tausend andere scheinbar höchst einfache Dinge einer streng wissenschaftlichen Erforschung bedürfen, hat nicht die entfernteste Ahnung davon, dass dies auch für die *wirtschaftlichen Zusammenhänge* gilt! Da begnügt er sich mit dem allerflachsten Geschwätz des berühmten „gesunden Menschenverstandes“. Die ältesten Ladenhüter bringt er mit einer Treuherzigkeit vor, die beweist, wie wenig ihm bekannt ist, dass sie schon vor 90 und mehr Jahren widerlegt und abgetan sind. Das geht so weit, dass er nicht einmal merkt, wie die von ihm vorgetragenen nationalökonomischen Weisheiten durch seine eigenen Experimente widerlegt werden! Dafür ließen sich aus dem Buch unzählige Beispiele beibringen. Was soll man z. B. zu folgendem Satz (S. 9) sagen:

„Es bedarf wohl keines besonderen Beweises, dass bei einem einzelnen, ohne fremde Hilfe arbeitenden Menschen die größte Prosperität nur dann vorhanden sein kann, wenn er es zu größter und vollkommen ökonomischer Ausnutzung aller ihm zur Verfügung stehenden Kräfte gebracht hat, d.h. wenn seine tägliche Produktion ihr Maximum erreicht hat.“

In der Tat, so scheint es dem ersten oberflächlichen Blick. So sieht es der „gesunde Menschenverstand“, der ja z. B. auch eine wissenschaftliche Untersuchung des Schaufelns für lächerlich [92] hält. Exakte wissenschaftliche Untersuchung hat aber gezeigt, dass es sehr von den umgebenden Wirtschaftsverhältnissen abhängt, ob der allein Arbeitende einen Vorteil davon hat, wenn seine Produktion ihr Maximum erreicht. Sie zeigt, dass in der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung, in der wir leben, dies nicht einmal immer für den selbständigen Handwerker zutrifft, auf keinen Fall aber für den Lohnarbeiter, ob er nun als Heimarbeiter oder unmittelbar in einem Betriebe tätig ist.

Doch beschränken wir uns auf den Kardinalpunkt. Unseren sozialistisch geschulten Lesern brauchen wir nicht erst zu sagen, dass das, was Taylor vorschlägt und anwendet, eine besonders intensive und fruchtbare Methode zur *Steigerung der Produktivität* ist. Ebenso wenig brauchen wir ihnen zu sagen, dass jede solche Methode unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem unfehlbar *Arbeiter brotlos macht*. Wenn dasselbe oder gar noch ein größeres Quantum Arbeit von weniger Arbeitern geleistet wird, dann muss der Kapitalist die überflüssig Gewordenen entlassen. Dagegen ist unter dem kapitalistischen System kein Kraut gewachsen. Ja, die Lohnersparnis, die sich hieraus ergibt, und die dadurch erzielte Profitsteigerung ist sogar für die Kapitalisten der einzige Anreiz, um die besseren Arbeitsmethoden anzuwenden. Das empfindet natürlich auch Taylor. Aber es ist ihm unbequem. Und da er sich nicht dagegen zu helfen und zu raten weiß, so – leugnet er's einfach ab! Mit den oberflächlichsten Redensarten des Vulgärökonomen, die jedem modernen Professor der Nationalökonomie Ehre machen würden. Bei der Verladung von Roheisen ist es ihm nach seinen Angaben (S. 44 ff.) gelungen, das täglich von einem Mann zu bewältigende Quantum von 12½ Tonnen auf 47 Tonnen zu steigern. Das heißt mit andern Worten: zur Verladung desselben Quantum war hinfert nur der vierte Teil der bisherigen Arbeiter nötig; von je vier Mann mussten drei entlassen werden. In der Praxis war das sogar noch anders, weil zu der wissenschaftlichen Methode auch gehört, dass für jede Arbeit die dazu geeigneten

Leute herausgefunden werden. So stellte sich heraus, dass von je acht Mann sieben entlassen werden mussten. Hier stutzt Taylor und hilft sich mit der folgenden Banalität (S. 67):

„Viele werden die Entlassung der 7 von je 8 Roheisenverladern bedauern. Dieses Mitleid ist jedoch vollkommen unbegründet, da fast alle ohne weiteres eine andere Tätigkeit in den Bethlehem-Stahlwerken fanden. Tatsächlich sollte man bedenken, dass es für die Leute eine Wohltat war, von dieser Tätigkeit, zu der sie nicht taugten, befreit zu werden.“

Halt doch! Nicht so schnell! Wir wollen doch wissenschaftlich vorgehen. Wir haben gesehen, dass zum Roheisenverladen [93] von acht Leuten nur noch zwei nötig waren. Musstest du sieben von ihnen wegschicken, so reichte der allein übrig Gebliebene nicht aus. Du musstest noch einen hinzuziehen. Den fandest du vielleicht in dem sonstigen Betrieb der Stahlwerke und konntest auf diese Weise *einen* Platz frei machen. *Einen*, aber nicht mehr! Was soll also die Redensart, „fast alle“ seien untergebracht worden? Sechs Mann mussten ohne Gnade auf die Straße gesetzt werden, und wenn man etwa für fünf von ihnen Platz geschaffen hat, nun, dann mussten eben andere fünf daran glauben. Diese Rechnung ist genau so exakt, wie die Wissenschaft des Schaufelns. Es gibt nichts daran zu rütteln. Nur wäre noch zu bemerken, dass mit der Zeit doch wohl die „wissenschaftliche Betriebsführung auch auf die anderen Teile der Bethlehem-Stahlwerke ausgedehnt wurde und dass dann natürlich auch dort der Bedarf an Arbeitern entsprechend einschrumpfte.

Der Idee übrigens, als ob für die überflüssig gewordenen Arbeiter andere Beschäftigung gefunden werden könne, schlagen die von Taylor selbst mitgeteilten Tatsachen fast Seite für Seite ins Gesicht. So schreibt er ausführlich die Einführung seines Systems in einer Fabrik von Stahlkugeln für die Kugellager der Fahrräder. Dort waren 120 Mädchen mit dem Aussortieren der schadhafte Kugeln beschäftigt. Nach Durchführung des Taylorsystems leisteten 35 Mädchen dasselbe wie vorher 120, noch dazu in viel besserer Qualität. Dabei war die Arbeitszeit von 10½ auf 8½ Stunden verkürzt, außerdem hatten sie vier Erholungspausen pro Tag (S. 100). Was ist nun aus den anderen 85 Mädchen geworden?

Es konnte nicht fehlen, dass Taylor zur Beantwortung dieser Fragen auf die Plattheiten der Manchesterlehre verfiel. Der Mann, dessen ganzes Werk dem Nachweis gewidmet ist, wie verkehrt es ist, den Einzelnen sich selbst zu überlassen, nimmt am Schluss (S. 155) seine Zuflucht zu den Segnungen des Konkurrenzkampfes! Die Kapitalisten, die das System einführen, sagt er, werden durch Verbilligung ihrer Produktionskosten ihren Absatz so erweitern, dass ihre Angestellten „wohl immer, auch in flauen Zeiten“ Arbeit haben werden. Schon wieder eine Stelle, die durch ihre Ungenauigkeit bei dem exakten Wissenschaftler auffallen muss. So wie es dasteht, sagt es ja überhaupt gar nichts. Denn gesetzt selbst den Fall, die 35 Kugelsortiererinnen hätten immer Beschäftigung, so ist das doch keine Antwort auf die Frage, was aus den 85 entlassenen wird. Aber wir wollen deswegen nicht noch einmal mit Taylor rechten. Wir wissen ja schon, dass er von Nationalökonomie nichts weiß. Was er meint, ist offenbar; durch die Verbilligung sämtlicher Produkte wird die Zahl ihrer Käufer so gesteigert, dass die solcher Gestalt vermehrte Nachfrage immer für genügende Beschäftigung sorgen wird. Über [94] diese uralte, schon in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts widerlegte Philisterweisheit haben wir keinen Anlass, uns zu verbreiten, weil sicherlich jeder einzelne unserer Leser Kenntnisse genug hat, um sie richtig zu bewerten.

Wir haben eine so ausführliche Behandlung des Taylor-Systems für nötig gehalten, weil es in der Polemik, die sich darüber entsponnen hat, meist leider ganz falsch dargestellt wird. So erzählt z. B. *Arthur Holitscher* in seinem Buch „Amerika“¹⁸, es sei ein System „der

¹⁸ Berlin, S. Fischer, 1919, S. 293.

Aufpulverung“, ein „System der Anspannung und des Verbrauchs der menschlichen Energie bis an die äußerste Grenze der natürlichen Bedingungen“ Damit tut man Taylor bitter Unrecht. Gerade im Gegenteil: es gehört zu den Grundlagen und wesentlichen Merkmalen seiner Arbeitsmethode, dass die höhere Leistung durch *Ersparnis* an Kraft erreicht wird, also nicht nur *ohne* Erschöpfung, sondern gerade umgekehrt durch rechtzeitige Ruhepausen und vernünftiges Haushalten mit der Kraft des Arbeiters. Das Beispiel der Maurer und Kugelsortiererinnen beweist das zur Genüge. Das System an sich ist gut, schlimm ist nur seine Anwendung im Dienste des Kapitalismus. Er macht auch aus diesem Segen einen Fluch für die Arbeiter. Aber wollen wir deshalb die Maschinen zertrümmern und wegwerfen, weil der Kapitalismus sie zur Erhöhung seines Profits und zur Verelendung der Arbeiter benutzt? Nein, wir wollen den Kapitalismus beseitigen und dann die Maschinen im Dienste der Gesamtheit, im Dienste des Kommunismus gebrauchen. So wollen wir uns auch vor Entstellungen des Taylor-Systems hüten. Der Kapitalismus missbraucht es, wie er alles missbraucht, für seinen Profit. Aber das System an sich ist gut, und wenn der Kapitalismus gefallen sein wird, dann wird es gerade das System sein, das eine kommunistische Wirtschaft braucht.

Ein Wort zu dem Thema: Sozialismus und Christentum.

Von L. F. Rosenberger, München.

Bei dieser Untersuchung, bei der man glauben könnte, es würde sich um eine Gegenüberstellung zweier Weltanschauungen handeln, ist es nötig, vor allem zu betonen, dass Sozialismus keine Weltanschauung bedeutet, sondern ein bestimmtes Gesellschaftssystem. Es ist deshalb ein Unding, von der sozialistischen Weltanschauung zu sprechen. Sozialismus ist das neue, wer- [95] dende gesellschaftliche Prinzip. Das gesellschaftliche Prinzip des Mittelalters war das Grundeigentum, das der Neuzeit das Kapital. Das gesellschaftliche Sein wurde bestimmt durch den Eigentumstitel, das Geld bestimmte die gesellschaftliche Stellung. Nun wird zu diesem gesellschaftlichen Prinzip die Arbeit erhoben. Die gesellschaftliche Stellung eines Menschen wird sich richten nach dem Maß der geleisteten gesellschaftlich-nützlichen Arbeit. Dieses Prinzip der wertschaffenden Arbeit als des Bestimmungsfaktors der Gesellschaft schließt alles andere ein: die Veränderung der Eigentumstitel, die Organisation des Konsums und der Produktion, die Erhebung der geistig und der körperlich Arbeitenden zum herrschenden Volkskörper.

Diese völlige Umstellung des gesellschaftlichen Prinzips zeitigt eine neue ethische Einstellung. Der Sozialismus, obwohl im direkten Sinne nicht Weltanschauung, hat eine tiefe religiöse Bewegung zur Folge: die neue Einstellung des Menschen zum Menschen, das Verhältnis der Menschen zueinander wird von Grund auf geändert. Die kapitalistische Ära sah das Ideal im rücksichtslosen Vorwärtstreben des Individuums, in der Verherrlichung des „Kampfes ums Dasein“. Der Tüchtigste, d.h. der Geschäftstüchtigste, der, der den weniger Betriebsamen am meisten beschwindeln konnte, galt als der Beste. Das ist der Grundinhalt der kapitalistischen Philosophie. Der Geschäftsgeist siegt über jede Ethik, seichtester Materialismus verdrängt alle noch vorhanden gewesenen innerlichen Wesensarten; das Volk wird zur Masse, wird entpersönlicht.

Das ist der Geist des Kapitalismus, der Ungeist der Krämerseelen der westeuropäischen Völker.

Das gesellschaftliche Prinzip des Sozialismus ist die Arbeit; die Arbeit als die Bringerin der Freiheit und der Erlösung. So aber vollzieht sich die ungeheure Umwandlung in der Gesellschaftsauffassung: Nicht der Geschäftstüchtigste im Sinne des Händlergeistes ist der

beste, sondern der schlichte Arbeiter, der nach seinem besten Können seine Pflicht erfüllt, und der aufrechte Charakter.

Die schlichte Menschlichkeit wird zum sozialistischen Wesensfaktor erhoben. Und damit erhebt sich die Frage nach zwei Kulturrichtungen der gegenwärtigen Welt; der Kampf um die Kultur des Westens, die Welt des Kapitalismus, der Krämervölker – und die Welt des tiefen Menschenleids und innigster Sehnsucht nach Erlösung: der Osten.

Diese neue Wiederwertung des Einzelmenschen, das Zerschlagen des Räderwerkes der europäischen Wahnsinnkultur, um Menschen, Menschenseelen wieder zu finden, zu erlösen, gibt die Lösung zum neuen Menschen, der in seinen Mitmenschen nicht [96] den gesellschaftlich höher Gestellten, den Reichen sieht, sondern den Mitmenschen, den Bruder, den allumfassende Liebe umgeben soll.

Und so hat sich die Stellung des Sozialismus zu den öffentlichen Armen aus tiefster menschlicher Not und Liebe heraus ergeben: wir Sozialisten sehen im Armen nicht mehr den „Armen“, sondern unseren Bruder, den eine brutale Welt zusammenwarf.

Was unterscheidet denn eigentlich diese tiefe sozialistische Ethik von dem hohen Gedanken des wirklichen Christentums? Nichts.

Der große und heilige Gedanke der christlichen Nächstenliebe, der um fast zwei Jahrtausende die Herzen der Menschen bewegt, die Überzeugung, dass das Helfenwollen und Beistehen dem Bedrängten, die soziale Tat die größte sittliche Idee bedeutet, lebt, muss immer weiterleben.

Die Entwicklung strebt vom rein individualistischen Staatsleben immer mehr zur Gemeinschaft hin. Dieser tiefe religiöse Gedanke von der gegenseitigen Hilfe erlebt keine innere Wandlung und wird nie eine solche erleben; es tritt nur eine Änderung in der Form des Gebens ein: früher die Unterstützung durch die Einzelnen; jetzt die soziale Fürsorge durch die Gesellschaft als Ganzes.

Die Fürsorge erlebt ihre Vergesellschaftung. Die Summe des caritativen Willens der Einzelnen wird verdichtet zu einem von der Gesellschaft als Ganzes ausgehenden Solidaritätswillen. Allen Menschen wolle dies bewusst werden. Uns entschiedenen und konsequenten Sozialisten trennt eine Welt von der Welt des Bürgertums.

Aber die caritativen Kreise sollen keinen grundsätzlichen Gegensatz im neuen geschichtlichen Geschehen erblicken, sondern alle ihre Kräfte dahin geltend machen, dass der caritative Geist des Christentums in der Bedeutung der urchristlichen Gemeinschaft auch in einer wiederkommenden Gemeinschaft seine alte heilige Bedeutung wiedererhält. Wahres Christentum und richtig verstandener Sozialismus sind keine Gegensätze; sie haben das große Einende: die soziale Tat. Die Kirche des Mittelalters war die Gemeinschaft der Menschenliebe; nun soll an ihrer Stelle die Gemeinschaft des Volkes als Ausdruckswille der sozialen Tat treten. Die äußere Form ist nichts, das innere Wesen alles! [97]

Sturm.

Sturmwind, du mein Geselle!
In deinem Wirbel bett' ich mich
in deinem Brausen –
Wonneklang
möcht ich mich ruhn.
Möchte wandern durch Wald und Felder

und dein Säuseln belauschen
wie herrlicher Vogelsang.

Wann kommt der Sturm,
der alle müden Häupter kühlt?
Wann kommen die lieblichen Winde
die unser Herz erfüllen?

O Sturm in mir –
Gib mich frei!
Lass brausen deine Winde
aus meinem Innern heraus ...
zum Volk.

Richard Müller, Neukölln.

Rundschau.

Hilfe von der Entente? Bekanntlich gibt es immer noch Leute, die an der Hoffnung festhalten, das kapitalistische Wirtschaftssystem werde sich wieder aufbauen lassen, weil die Länder der Entente „im eigenen Interesse“ (d.h. um ein Bollwerk gegen den Bolschewismus zu haben) den deutschen Kapitalisten die nötigen Kredite gewähren werden. Schon wiederholt haben wir darauf hingewiesen, dass diese Rechnung viele Löcher hat, besonders das eine große, dass die Länder der Entente selbst nichts haben, vielmehr dem eigenen wirtschaftlichen Zusammenbruch nur um wenig ferner stehen als Deutschland. Die Beweise dafür sind täglich zu erbringen. Am 15. Dezember berichtete die Berliner „Freiheit“ über die *schwere Wirtschaftskrise* in den Vereinigten Staaten von Amerika. Schon vorher, am 9. Dezember, hatte das „Berl. Tagebl.“ über die *Wirtschaftskrise in England* geschrieben. Man klagt in England, genauso wie in Deutschland, über zu starke „Verschwendung“ bei den Staatsausgaben. In diesem Mahnruf zur Sparsamkeit, schreibt das „B. T.“, „spiegelt sich die ernste Lage der englischen Industrie. Gegenüber dem armen Kontinent, der, wie Lloyd George vor dem englischen Industriellenbund kürzlich in einer Art Beschwichtigungsrede sagte, ‚begierig vor dem englischen Ladenfenster steht, aber mit leeren Taschen‘, ist England ebenso um seine Absatzmöglichkeiten wie um seine Konkurrenzfähigkeit besorgt, und alles weist darauf hin, dass das englische Wirtschaftsleben in eine schwere Krise eingetreten ist. Der Kampf um die Beschneidung der Staatsausgaben ist der [98] Kampf für die Sicherung der Betriebsmittel der Industrie und des Gewerbes überhaupt, die jetzt in Steuern draufgehen.“

Das ist genau dasselbe, was wir in Deutschland zu hören kriegen, und sieht gerade nicht danach aus, als ob England imstande wäre, anderen etwas zu pumpen.

Friedensmöglichkeiten während des Krieges. In Paris ist ein Buch erschienen, worin der Pressechef des französischen Hauptquartiers seine Kriegserinnerungen mitteilt. Daraus gab das „Berliner Tageblatt“ kürzlich folgende Stelle wieder:

„Anfang Juli 1917 trafen unheimliche Nachrichten im Großen Hauptquartier ein: ein Regiment hatte im Augenblick, wo es in die erste Linie vorrücken sollte, eine Abordnung an seinen Obersten gesandt, um ihm mitzuteilen, dass die Mannschaften den Gehorsam verweigerten. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich gleichzeitig in anderen Kampfseinheiten. An einer Stelle hatten die Meuterer sich in einem Dorf verschanzt, hatten einen Sowjet eingesetzt, hatten ihren Führer ernannt und bildeten eine Art von unabhängiger Regierung. Ihre Delegierten stellten den Offizieren Bedingungen: Erhöhung der Löhnung, regelmäßige Urlaube, Zusicherung, dass kein Sturmangriff mehr stattfinden würde ohne vorherige Zerstörung der feindlichen Schützengräben

und Stacheldrähte. An einer anderen Stelle war ein General beschimpft und mit Flintenschüssen empfangen worden. Wieder an einer anderen Stelle hatte sich sogar ein Regiment in Marsch gegen Paris gesetzt, begleitet von Automobillastwagen, auf denen Maschinengewehre montiert waren. Im Augenblick des Abmarsches gelang es noch, das Regiment anzuhalten. Die Soldaten erklärten, dass sie die Absicht gehabt hatten, vor die französische Kammer zu ziehen und dort ihre Forderungen vorzubringen. Bei allen diesen Meutereien ertönten Rufe: „Nieder mit dem Kriege!“ „Nieder mit den unfähigen Führern!“ und rote Fahnen wurden entfaltet. Die Revolte vollzog sich in völliger Ordnung, wie wenn man einem strengen Befehl gehorchte. Blut wurde nirgends vergossen. Den Offizieren wurde der Gehorsam verweigert, im Übrigen aber wurden sie respektvoll behandelt, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Man sagte ihnen: ‚Ihr habt euch geschlagen wie wir, wir wollen euch nichts Böses tun, aber wir haben genug – mit dem Kriege muss Schluss gemacht werden.‘ Diese Soldatenaufstände brachen gleichzeitig in 16 Armeekorps aus.“

Diese Nachrichten zeugen von einem schweren Verschulden der Revolutionäre aller Länder, insbesondere der deutschen. Es wäre damals offenbar möglich gewesen, sich mit den französischen Meuterern in Verbindung zu setzen und durch gemeinsame Revolution den Krieg zu beenden.

Von der hohen Diplomatie. In Genf tagt gegenwärtig der Völkerbund. Lauter Präsidenten, Staatssekretäre, Exzellenzen, Geheime Räte usw. usw. Die hohe Körperschaft, die sich noch wichtiger vorkommt, als irgendein Reichstag oder sonstiges Parlament, und allen Ernstes meint, Weltgeschichte zu machen, ist natürlich in ihrem Wesen genau so überflüssig und für den Gang der Ereignisse gleichgültig wie jede beliebige andere Schwatzversammlung. Sie ist eine Versammlung von Diplomaten, und in ihr herrscht noch ganz der alte Diplomatengeist, wie er vor dem Kriege üblich war. Zum Beweise dessen wollen wir aus den Zeitungsberichten der letzten Wochen eine Episode hier abdrucken. [99]

Am 4. Dezember hatte der englische Delegierte *Barnes* sich die Frage erlaubt, warum der Völkerbund in dem Konflikt zwischen Polen und Sowjetrußland im vergangenen Frühjahr nicht interveniert habe. Zur Begründung führte Barnes aus, dass die Notwendigkeit für eine solche Intervention wiederholt vorhanden gewesen sei. Dass diese Möglichkeit nicht benutzt wurde, sei umso auffallender, als der Rat des Bundes sehr wohl in demselben Augenblick eingriff, als Warschau von den russischen Truppen ernstlich bedroht war. Es sei von größter Bedeutung, dass die Unparteilichkeit des Völkerbundes über jeden Zweifel erhaben sei. Gewiss sei die Sowjetregierung keine Liebe wert, aber es sei nicht Aufgabe des Bundes, die inneren Angelegenheiten eines Volkes in irgendeiner Weise in Betracht zu ziehen. Für Polen empfinde er aufrichtige Freundschaft, und wenn die polnische Unabhängigkeit aufs Neue bedroht werde, müsste ihm die ganze Welt zu Hilfe kommen. Andererseits dürfe man nicht verkennen, dass Polen als neuer Staat auch seine Verantwortung habe. Der beste Schutz für Polen werde darin bestehen, dass es die öffentliche Meinung der ganzen Welt auf seiner Seite habe, Barnes spricht dann seine Befürchtung vor neuen Zusammenstößen im Osten aus. Die Welt ist allen Kriegen müde. Vor einigen Tagen wurden in Frankreich und in England feierlich die Reste eines unbekanntenen Soldaten bestattet. Man müsse jedoch fragen, ob diese ganze Zeremonie nur eine Komödie war oder ob etwas Tatsächliches hinter ihr stand. Wir haben während des Krieges den Soldaten versprochen, dass dieses der letzte Krieg gewesen sei. Der Völkerbund muss dafür sorgen, dass dieses Versprechen nun auch gehalten wird.

Im Namen des Rates des Völkerbundes beantwortete *Bourgeois* die Anfrage. In der Sache sei zu betonen, dass weder Polen noch die Sowjetregierung die Intervention des Rates nachgesucht hätten. Eine solche Intervention wäre vielleicht sogar gefährlich gewesen, denn es bestand keine Aussicht, dass sie von beiden Parteien anerkannt worden wäre. Dennoch

habe sich der Rat nicht gescheut, mit der Sowjetregierung in Verbindung zu treten. Aber die Antwort der Moskauer Regierung habe derartige Bedingungen aufgestellt, dass sie einer vollkommenen Ablehnung gleichgekommen sei. Welche Maßnahmen hätte übrigens der Völkerbund ergreifen sollen? Wirtschaftliche Maßnahmen kamen nicht in Frage, denn niemand könne die wirtschaftlichen Beziehungen definieren, in denen sich heute die Sowjetregierung zu den übrigen europäischen Nationen befinde. Für eine militärische Maßnahme aber besaß der Völkerbund [keine Legitimation. [Hinzufügung d. Hrsg.]] ~~[ergreifen sollen? Wirtschaftliche Maßnahmen kamen [gestr. Wiederholung d. Hrsg.]]~~ [nicht nationale Polizeiaktion, die er in Wilna unternehmen wolle, sich bei den verschiedenen Regierungen kleine Truppenbestände zu erbitten.] [gestr., da im Zusammenhang unverständlich d. Hrsg.]] Zum Schluss verteidigte Bourgeois mit warmen Worten die Tätigkeit und die Unparteilichkeit des Rates, der sich um die inneren Verhältnisse eines Landes nicht bekümmere und nicht bekümmern wolle.

Hier haben wir ein echtes Bild jener Heuchelei, die von jeher das Wesen der hohen Diplomatie ausgemacht hat. Man weiß, dass seiner Zeit wie ein Blitz aus heiterem Himmel der Angriff Polens gegen Sowjetrußland erfolgte. Man weiß, dass die polnische Regierung so etwas nie riskiert hätte, wenn sie sich nicht von maßgebenden Stellen des Völkerbundes dazu ermutigt gefühlt hätte. Man weiß, dass insbesondere die französische Regierung die polnische Armee mit Waffen, Munition, Offizieren und wahrscheinlich auch Soldaten unterstützt hat. Und dann wagt es der Vertreter der französischen Regierung, eine solche scheinheilige [100] Rede zu halten! So sieht der Völkerbund aus, von dem Einfältige immer noch die Sicherung des Friedens erhoffen.

Koalitionsfreiheit – mit dem Galgen daneben! So hieß vor dem Kriege eine ständige Rubrik in den sozialdemokratischen Zeitungen. Darin wurde an der Hand der Praxis bewiesen, wie Arbeiter immer wieder für Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Streikrechts bestraft wurden. Die Gerichte fanden schon den nötigen Ausweg. Inzwischen haben wir die glorreiche Revolution gehabt, und jetzt ist natürlich alles ganz anders geworden.

Am 11. November hat der Berliner Magistrat 33 Elektrizitätsarbeiter Knall und Fall entlassen, weil sie nicht bis nachmittags 2 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Den Ukas, der ihnen das befahl, hat bekanntlich die „Freiheit“ als Rettung des Sozialismus (will sagen als Rettung der Amtssessel für sozialdemokratische Stadträte und Bürgermeister) gefeiert. Der Arbeiterrat erhob Einspruch, weil er nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes bei der Entlassung auch ein Wort mitzureden hätte. Darauf klagte der Magistrat beim Schlichtungsausschuss, und dieser entschied am 4. Dezember, dass – das Vorgehen der Direktion des Elektrizitätswerkes nicht gegen das Mitbestimmungsrecht verstoßen habe. Damit wird grundsätzlich anerkannt, dass die Entlassungen während des Elektrizitätsstreikes berechtigt gewesen sind. –

Also, Arbeiter, die Errungenschaften der Revolution sind über allen Zweifel erhaben. Ihr dürft streiken, das Recht dazu habt ihr. Aber wenn ihr's tut, dann dürft ihr auch rausgeschmissen werden.

Eine merkwürdige Geschichte. Genosse *Schumacher* von der Kommunistischen Partei, der Angestellter des Schneiderverbandes ist, hat vor einiger Zeit in einer Versammlung des Vereins Berliner Kaufleute, eines Unternehmerverbandes, einen Vortrag über die Zustände in Russland gehalten, soweit er sie aus eigener Anschauung gelegentlich einer Reise kennen gelernt hat. Ob dieser Ketzerei – weil er nämlich als revolutionärer Sozialist vor einer Versammlung von Unternehmern gesprochen hat – ist er von der „Freiheit“ in einer recht albernen Weise angerempelt worden. Diese Leute, die sich geehrt fühlen, mit einem *Buck* oder *Landsberg* und ihresgleichen in einer Regierung zu sitzen, brachten es fertig, den Genossen

Schumacher „würdelos“ zu schelten, weil er versucht hat, Unternehmer aufzuklären. Darüber lohnt sich bloß, die Achsel zu zucken, und wir denken, auch der Genosse *Schumacher* wird es ablehnen, mit der „Freiheit“ über den Begriff der Würde zu diskutieren. Neuerdings hat jedoch auch die „Rote Fahne“ den Genossen *Schumacher* mit folgenden Worten getadelt:

„Wir sind überzeugt, dass Genosse Schumacher in gutem Glauben und aus den lautersten Motiven handelte – ein Kommunist ist jedoch als Vortragender in einer Versammlung von Kapitalisten nicht am rechten Platz. Wenn wir vor einem solchen Auditorium mit Engelszungen redeten, wir würden doch taube Ohren finden. Nicht die Unternehmer, die Arbeiter gilt es, über die Verhältnisse in Russland aufzuklären. Sie gilt es reif zu machen zum Kampf gegen das Unternehmertum.“

Wir sind im Gegenteil der Ansicht, dass ein Kommunist die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit hat, bei *jeder* Gelegenheit für den Kommunismus zu agitieren, am meisten aber vor Leuten, von denen [101] anzunehmen ist, dass sie den Kommunismus noch gar nicht oder verzerrt kennen. Nicht wo einer agitiert, ist die Hauptsache, sondern *was* er spricht und schreibt; darauf allein kommt es an, und wir können uns nur freuen, wenn Genosse *Schumacher* den Kapitalisten über Russland Dinge gesagt hat, die sie sonst nicht zu hören kriegen.

Im Übrigen haben es ja die Parteigenossen der Roten Fahne jahrelang, auch während des Krieges, in einer Partei mit *Eduard Bernstein* ausgehalten, der bekanntlich seit Jahrzehnten ein Geschäft daraus macht, die Kapitalisten und ihre Parteien über den Sozialismus „aufzuklären“, so wie „er ihn auffasst“. Wobei denn regelmäßig Dinge herauskommen, die den Kapitalisten angenehm in den Ohren klingen.

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften *nicht bei uns*, sondern bei dem jedes Mal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

Die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften. Herausgegeben im Auftrag der Kommunistischen Partei Österreichs vom Gewerkschafts-Komitee. Arbeiter-Buchhandlung, Wien 8. Bezirk, Alserstr. 69. Preis 40 Heller.

Slovakische Heimat. Gedichte von *Hugo Sonnenschein*. Prag, Nakladatel Fr. Borovy.

Friedrich Engels politisches Vermächtnis. Aus unveröffentlichten Briefen. Verlag Junge Garde, Berlin C. 2, Stralauerstraße 12. 5,20 Mk.

Friedrich Engels. Ein Lebensbild zu seinem 100. Geburtstage. Von *Ernst Drahn*. Verlag Junge Garde, Berlin C. 8 Mk.

Der 2. Kongress der kommunistischen Internationale. Arbeiter-Buchhandlung, Wien 8. Bezirk, Alserstr. 69. 208 S. 30 Kronen.

Züllinger und seine Zucht. Satirischer Roman von *Konrad Loele*. Pandora-Verlag, Leipzig. 112 S. 7 Mk.

Flugschriften der Jugend-Internationale. Nr. 1: Reißt die Grenzpfähle aus! Nr. 2: Unser Programm. Von *W. Münzenberg*. Nr. 3: Die Aufgaben der Arbeiter- und Bauernjugend. Von *G. Sinowjew*. Nr. 4: Die Sozialistische Proletarierjugend Deutschlands und die Kommunistische Jugend-Internationale. Verlag Junge Garde, Berlin C. 2.

6. Jahrgang Nr. 7 5. Januar 1921

Steuermoral.

Berlin, 3. Januar 1921.

Wiederholt haben wir nachgewiesen, dass der Gedanke, aus der Misere unserer Finanzen und aus unserem ganzen Wirtschaftselend durch Steuern herauszukommen, eine kindliche Utopie ist, ein Luftschloss. Aber freilich ist das demjenigen, der in bürgerlichen – konservativen oder liberalen – Ideen zu denken gewohnt ist, kaum zu sehen möglich. Denn wenn höhere und neue Steuern nicht helfen, so bleibt eben nur der sozialistische Umbau des Wirtschaftslebens übrig, und der bedeutet den Untergang des Kapitalismus. Man kann aber nicht verlangen, dass Leute, die sich eine andere als die kapitalistische Wirtschaftsform nicht vorzustellen vermögen, hierauf eingehen; denn ihnen dünkt der Untergang des Kapitalismus als gleichbedeutend mit dem Untergang aller Produktion und folglich mit dem Untergang der Menschheit selbst. Sie klammern sich deshalb mit letzter Inbrunst an die Hoffnung, dass eine Erhöhung und „gerechte“ Verteilung der Steuern helfen werde, sie reden sich das mit Gewalt ein.

Folglich sollte man annehmen, dass sie es als oberste Pflicht aller Staatsbürger, besonders aber der besitzenden, ansehen müssten, die Steuern pünktlich und ehrlich zu zahlen. Und in der Tat kann man von Zeit zu Zeit in der bürgerlichen Presse kleine Sonntags-Nachmittags-Traktätchen lesen voller Ermahnungen über die sogenannte „Steuermoral“. Sehr erbauliche Hinweise findet man da auf die Pflicht jedes Einzelnen, seine Steuern zu bezahlen, weil er ja sonst seine Nebenmenschen schädige, die umso mehr zahlen müssen, wenn er seinen Anteil verheimlicht usw. Bekanntermaßen haben sich aber die reichen Leute durch diesen Appell an ihre Tränendrüsen nicht im Geringsten rühren lassen. Sie haben in der ungeniertesten Weise ihre Kapitalien ins Ausland verschoben, falsche Angaben über Einkommen und Ver- [103] mögen gemacht und alles getan, was sonst noch im Zeitalter des Kapitalismus üblich ist, um sich in möglichst weitem Umfange vom Zahlen zu drücken.

Da wirkt es ordentlich als Labsal, dass in all diese Heuchelei hinein einer mit der Faust auf den Tisch schlägt und erklärt: „Ist ja alles Quatsch! Mit Moral hat das Steuerzahlen nichts zu tun; es liegt jenseits von Gut und Böse. Anstatt Moral zu predigen, soll man lieber die Steuerdrückebergerei, die man den Reichen doch nicht verwehren kann, *ausdrücklich durch das Gesetz erlauben!*“

Frankenstein heißt der Gute und ist seines Zeichens ein Rechtsanwalt. Im „Berliner Tageblatt“ vom 25. Dezember lässt er sich also vernehmen:

„Wenn der einzelne in natürlicher Reaktion gegen die fast unerträglich gewordene staatliche Durchforschung seiner Vermögensverhältnisse bestrebt ist, Vermögensteile zu verstecken – *weshalb wird ihm das nicht von Staats wegen erlaubt?* Hier liegt, wie mir scheint, der Schlüssel zu den brennendsten Finanzproblemen.“

So sieht er denn, im Gegensatz zu der sonst üblichen Ansicht, den Weg zum Heil darin, für die Besitzenden von Rechts wegen das Privileg zu schaffen, dass sie sich ohne Furcht vor Strafe und Nachteil von den Steuern drücken können. Das Reich soll, so schlägt er vor, eine Anleihe ausgeben

„mit der Bestimmung, dass Kapital und Zinsen dieser Anleihe *für immer von sämtlichen staatlichen, kommunalen und kirchlichen Steuern, Gebühren und Abgaben befreit*, und bei der Veranlagung aller Steuern als nicht vorhanden zu betrachten sind. Mit anderen

Worten: wer diese Anleihe erwirbt, schafft sich damit eine Kapitalreserve, die jedem weiteren Steuerzugriff ein für alle Mal entzogen ist. Er hat von den Zinsen keine Einkommensteuer zu zahlen, von dem Kapital keine Kapitalertrags-, keine Zuwachs- und Erbschaftssteuer, bei Verkäufen der Titel auch keine Stempelgebühren. Kurz, er ist so gestellt, als wenn es ihm mit Aufgebot aller Geschicklichkeit gelungen wäre, in unerlaubter Weise ein Kapital der Versteuerung zu entziehen.“

Natürlich sollen auch die bisher verschobenen oder versteckten Summen keiner Nachversteuerung und keiner Bestrafung unterliegen, und es soll *jedes Jahr eine neue, ebensolche Anleihe* ausgegeben werden,

„mit der weiteren Vergünstigung, dass der Zeichner ihren Betrag auch noch von dem für dieses Jahr zu versteuernden Einkommen absetzen darf. Wer also zum Beispiel im Jahre 1922 50 000 Mark verdient und davon 10 000 Mark in der steuerfreien Anleihe von 1922 anlegt, hat nur 40 000 Mark zur Einkommensteuer anzugeben.“

Die einzige Gegenleistung soll darin bestehen, dass die steuerfreie Anleihe nur mit höchstens 2½% verzinst wird. In der Praxis würde das natürlich vollkommen genügen, um die ganze Sache [104] illusorisch zu machen. Denn es wird keinem Kapitalisten einfallen, mit so geringem Zins sich zu begnügen. Sie werden vielmehr lustig weiter Kapital verschieben und verstecken, das ihnen dann viel mehr als 2½ Prozent Profit einbringt. Zumal sie ganz genau wissen, dass die feierliche Verkündung der absoluten Steuerfreiheit für ewige Zeiten keinen Pappenstiel wert ist. Wie lange ist es denn her, dass man in Deutschland denen, die nicht alle werden [?], predigte, es gäbe in der ganzen Welt keine sicherere Anlage als Kriegsanleihe? Und dabei musste man damals schon wissen, dass unsere ganze Kriegsfinanzierung nichts weiter war als ein betrügerischer Bankerott. Gesetzt selbst den Fall, solche Versicherungen seien ganz ehrlich gemeint, so gelten sie doch nur so lange, wie der Staat sie halten kann. Sobald Not am Mann ist, werden sie umgestoßen. Die Geschichte aller Kriege, aller Revolutionen, selbst aller friedlichen Staatsbankerotte liefert dafür tausendfältige Beispiele. Das wissen die Kapitalisten, und da jetzt auch der patriotische Rausch der Kriegszeit verfliegen ist, werden sie sich hüten, ihr Geld für 2½ Prozent herzugeben. Also hat der Vorschlag praktisch nicht die geringste Bedeutung. Aber dass mit solcher zynischen Offenheit für die Besitzenden das gesetzliche Vorrecht der Steuerdrückebergerei gefordert wird, das ist immerhin interessant und bezeichnend.

Von der geistigen Not.

Immer drohender wird die Gefahr, die aus der entsetzlichen Wirtschaftslage dem geistigen Fortschritt und der Wissenschaft erwächst. Immer häufiger ertönen in den Zeitungen die Klagerufe, dass die Pflege der Wissenschaft geradezu in ihrer Existenz bedroht ist, weil infolge der unerschwinglichen Kosten der Bücher, Instrumente, Forschungsgegenstände wie auch des Lebensunterhalts der Gelehrten und Angestellten bald keine wissenschaftlichen Anstalten mehr unterhalten werden können. Geht es so weiter, so werden wir uns über kurz oder lang darauf gefasst machen müssen, dass die Sternwarten, die Laboratorien, die Sammlungen, die Bibliotheken nach und nach geschlossen werden.

Aber das ist noch nicht alles. Nur wenig hat man bisher in der Öffentlichkeit darauf geachtet, dass auch die Schulen bei der ständigen Verteuerung alles dessen, was sie brauchen, bald nicht mehr in der bisherigen Weise weiter betrieben werden können. In einem Berliner Blatt war vor kurzem das Folgende zu lesen:

„Ein Schreibheft, das früher für 10 Pfg. zu haben war, kostet heute 1.50 M. und mehr; für eine Stahlfeder müssen 15 bis 60 Pfg. [105] ausgegeben werden; das Lesebuch

erfordert eine Ausgabe von 10 bis 25 M. An die Preise für Schulatlantent, für die Lehrmittel im Zeichnen und in den weiblichen Handarbeiten sei nur erinnert. Viele Eltern sind selbst beim besten Willen nicht in der Lage, ihren Kindern zu kaufen, was die Schule an Lernmitteln fordert, und Länder und Gemeinden wagen sich bei dieser Lage der Dinge erst recht nicht an die Durchführung der in der Reichsverfassung ausgesprochenen Unentgeltlichkeit der Lernmittel in Volks- und Fortbildungsschulen. Der geordnete Schulbetrieb kommt so nach und nach tatsächlich in Gefahr; in den Klassen mehrt sich die Zahl der Schüler, die sich im Unterricht mit dem Buche ihres Nachbarn behelfen müssen. Die Arbeit des Lehrers stößt auf Schwierigkeiten, die für ihn in diesem Umfange sonst nicht vorhanden waren, und der Erfolg des Unterrichts muss leiden, wenn nicht alle Kinder der Klasse selbst die notwendigen Lernmittel haben. Das geistige Leben im Volke ist in seinem ganzen Umfange bedroht, ist langsam, aber sicher der Verkümmerng ausgesetzt, wenn es nicht gelingt, die maßlose Verteuerung des gesamten Lernmittelbedarfs auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.“

Diese Ausführungen sind an sich richtig. Aber sie erinnern zugleich daran, wie entsetzlich rückständig unser Schulwesen trotz aller „Revolution“ heute noch ist. Sie erinnern daran, dass all die Forderungen, welche vor dem Kriege von der Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Schulwesens erhoben wurden und die bei einer gar nicht kleinen Zahl bürgerlicher Fachleute Unterstützung fanden, seit dem berühmten 9. November stillschweigend in Vergessenheit gesunken – oder geschoben? – sind. Ein Schulbetrieb nämlich, der jenen Forderungen entspräche, würde zwar auch unter der Teuerung und der allgemeinen Wirtschaftsnot leiden; aber gerade die hier genannten Beschwerden, die jetzt in der Tat allgemein als die dringlichsten empfunden werden, die würden für ihn gar nicht existieren. Denn Bücher, Schreibhefte und dergleichen braucht er in so geringem Maße, dass ihre Verringerung die Verteuerung des einzelnen Exemplars weit mehr als wett machen würde. Und soweit er sie braucht oder wenigstens brauchen kann, ist es nicht notwendig, dass alle Kinder die gleichen Bücher, Atlanten usw. haben. Um dies zu beweisen, müssen wir etwas weiter ausholen.

Sehen wir einmal von den politischen und sozialen Beweggründen ab, die unser Schulwesen in „höhere“, „mittlere“ und „Volksschulen“ zerklüften, so leiden alle unsere Schulen, die höheren so gut wie die niederen, darunter, dass ihre Lehrmethode heute noch auf einer Grundlage beruht, die viele hundert Jahre alt ist und für die Zeit, in der sie entstand, auch ganz angebracht gewesen sein mag, zu unseren heutigen Verhältnissen aber passt wie die Faust aufs Auge. Ein Gleichnis mag das erläutern.

Stellen wir uns vor, im fernen Westen Amerikas, weit ab von allen anderen Stätten der Kultur, bestehe eine kleine Ge- [106] meinde von ein paar hundert Einwohnern, die für ihre Kinder eine Schule einrichten will. Den Leuten kommt's natürlich darauf an, ihre Kinder für das Leben vorzubereiten; sie sollen das lernen, was sie später im Leben brauchen. Der Schulmeister, wenn er anders seine Aufgabe richtig und ernst auffasst, würde sich also überlegen, was seine Zöglinge im Leben zu wissen und zu können nötig haben werden, und das müsste er ihnen beibringen. Das könnte seine Schule auch ganz gut leisten. Denn der Umkreis dessen, was es in solcher Einsamkeit, unter so wenig Menschen an Kenntnissen und Fertigkeiten gibt, ist so klein, dass jeder Einzelne es in ein paar Schuljahren bequem erlernen kann.

Nicht ganz ebenso, aber doch so ähnlich, lagen die Dinge im frühen, und zum Teil auch noch im späteren Mittelalter. Gerade wie man im Altertum unter einem „Philosophen“ einen Mann verstand, der die ganze Wissenschaft kannte und beherrschte, so galt es auch noch im Mittelalter als selbstverständlich, dass ein Gelehrter alles wusste, was es zu wissen gab. Dem

entsprach die Methode des Unterrichts. Der Schüler musste nach und nach sämtliche vorhandenen Bücher lesen und alles sonstige Wissen sich aneignen.

Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, dass sich das heute total geändert hat. Ein Pythagoras, ein Aristoteles, aber auch noch ein Thomas von Aquino war in allen Gebieten des Wissens zu Hause. Er kannte Astronomie und Mathematik nicht weniger als Pflanzen- und Tierkunde, Geschichte und Volkswirtschaft, oder vielmehr: es gab noch gar keine verschiedenen Wissenschaften, es gab die eine Wissenschaft, die all jene Teile umfasste. Wollte heute jemand auch nur die Absicht äußern, alle Wissenschaften zu lernen, alle Bücher, die es gibt, zu lesen, so würde man ihn ins Irrenhaus sperren. Heute reicht ein Menschenleben unter Umständen noch nicht einmal aus, um von einem jener Teilgebiete einen kleinen Teil völlig zu meistern. Der Historiker hat keine Zeit, sich mit Astronomie eingehender als jeder andere Laie zu befassen. Aber man kann dem Historiker auch nicht einmal einen Vorwurf daraus machen, wenn er in seinem eigenen Fach, in der Geschichte selbst, nur einen Teil gründlich kennt. Mit einem eindringenden Studium etwa nur der politischen und wirtschaftlichen Geschichte des 19. Jahrhunderts kann man ganz gut ein Menschenleben ausfüllen.

Das weiß heute jedermann. Aber für den üblichen Schulunterricht ist diese Erkenntnis bisher noch nicht nutzbar gemacht worden. Unsere Schulen werden heute noch in der Regel so betrieben, als wenn sie Kinder in Wild-West oder im frühen Mittel- [107] alter fürs Leben vorbereiten sollten. Nach wie vor sieht die Schule ihre Aufgabe darin, den Kindern *möglichst viel Einzelwissen* ins Gehirn hineinzustopfen. Da nun aber die Masse dessen, was es Wissbares gibt, so ungeheuer groß geworden ist, so ergibt sich ein klägliches Missverhältnis zwischen dem, was die Schule leisten will, und dem, was sie leisten kann. Und dem sucht man abzuhelpen, indem man die Kinder immer noch mehr auswendig lernen lässt. Das Gelernte geistig zu verarbeiten, es selbständig zu durchdenken, sich ein eigenes Urteil zu bilden, dazu bleibt keine Zeit übrig. Doch abgesehen davon, dass man auf diese Weise den Kindern das Lernen verkehrt, so hat auch das Gedächtnis seine Grenzen. Ein gewisses Quantum kann man auswendig lernen. Wird's mehr, so behält es der Kopf einfach nicht, und tritt das Kind später ins Leben hinaus, so fällt das Allermeiste, da es eben nur äußerlich angelehrt, nicht geistig erarbeitet ist, wieder ab, ohne eine Spur zu hinterlassen.

Die geänderte Sachlage erfordert eine totale Änderung der Lernmethode in den Schulen. Man muss den Gedanken aufgeben, als könne die Schule den Kindern all das Einzelwissen beibringen, das sie im späteren Leben möglicherweise einmal brauchen werden. Vielmehr kommt es darauf an, die Kinder so vorzubilden, dass sie imstande sind, sich später in jeder Lebenslage *selbst zurechtzufinden*. Sie müssen lernen, *selbst zu denken* und – was vielleicht noch wichtiger – *selbst zu wollen*. Dann werden sie die Einzelheiten, die sie später brauchen, und die ja fast für jeden andere sind, später mit leichter Mühe selbst zu lernen verstehen.

Das wird aber nicht erreicht, wenn man ein vorgeschriebenes Pensum in die Kinder hineinzupressen versucht, sondern wenn man gerade umgekehrt aus jedem einzelnen Kinde alles das herauszuholen sucht, was in ihm steckt. Die Fähigkeiten und Anlagen, die jedes Kind besitzt, müssen geweckt und entfaltet werden. Das müsste die Aufgabe der Schule sein. Dazu ist nötig, dass auf einen Lehrer nicht mehr als 10 bis 12 Schüler kommen – in der königlich preußischen Armee kamen auf einen Unteroffizier nicht mehr als etwa 10 Mann; das zeigt: da, wo man ernstlich wollte, hatte man die erforderlichen Geldmittel – und die Lernmethode darf eigentlich in gar nichts anderem bestehen als darin, dass der Lehrer sich mit den Schülern unterhält. Über all das ausspricht, was sie interessiert und was sie zu wissen begehren. Denn das allein lernen sie; was man ihnen aufdrängt und aufzwingt, lehnen sie ab.

Leider gebricht es uns an Platz und gehört ja auch nicht unmittelbar in den Rahmen unserer Zeitschrift, diese Dinge weiter [108] auszuführen und insbesondere ihre praktische Durchführbarkeit, an der die meisten zunächst zweifeln werden, nachzuweisen. Wir müssen uns deshalb mit der Mitteilung begnügen, dass diese Reformen des Unterrichts, die ja zunächst noch gar nichts Sozialistisches an sich haben, bereits praktisch erprobt sind. Es existiert eine Anzahl von Schulen, die nach dieser neuen Methode unterrichten. Allerdings sind es nur wenige und sie sind nur klein, weil der Klassenstaat sie nur eben geduldet und keineswegs gefördert hat. Wir nennen z. B. die *Berthold-Otto-Schule* in *Lichterfelde*. Aber – und nun kommt das Sozialistische – wir wissen, dass der Klassenstaat gar kein Interesse an einer solchen Schulreform hat. Denn sie lässt eine Zerteilung der Schulen in „höhere“ und „niedere“ nicht zu. Dem Klassenstaat kommt es aber gar nicht darauf an, dass die Proletariatkinder zu viel lernen, oder gar, dass sie *wollen* lernen. Ihm liegt gerade im Gegenteil daran, dass sie an Wissen und Charakter in Unterwürfigkeit gehalten werden. Das ist der Grund, weshalb diese Schulreform praktisch ganz und gar eine sozialistische Forderung geworden ist. Und deshalb sollte man meinen, dass die angeblich „sozialistischen“ Regierungen, die wir seit 2 Jahren in Preußen und Deutschland haben – wenn sie schon nicht auf einen Schlag das ganze Schulwesen umstürzen wollen – so doch mindestens die vorhandenen Versuchsschulen auf das nachdrücklichste unterstützen und fördern müssten, damit das, was heute infolge des fabelhaft hohen Schulgeldes – Privilegium einiger besonders Begünstigter ist, recht bald Gemeingut aller Proletariatkinder wird.

Kapitalismus und Wohnungsnot.

Von *Heinrich Farwig*.

Man kann einen Menschen mit einer schlechten Wohnung genauso gut töten wie mit einer Axt.^[19]

Zu den schlimmsten Begleiterscheinungen des Kapitalismus gehört die Wohnungsnot. Überall und zu allen Zeiten, wo der Kapitalismus eine gewisse Höhe der Entwicklung erreicht hat, sehen wir auch diese Plage der ärmeren Bevölkerung auftauchen. Schon im klassischen Altertum haben wir dafür ein Beispiel. Als aus der kleinen Bauerngemeinde sich das weltbeherrschende Rom herausgebildet hatte, kam zugleich der antike Kapitalismus mit herauf, der sich wohl in mancher Hinsicht von dem modernen Kapitalismus unterscheidet; nicht aber in der Brutalität bei der [109] Ausplünderung der Volksmassen. Die Häuser-Spekulation packte alle, die über genügend Mittel verfügten. Man fing an, in der Erwerbung eines Häuserblocks eine gute Kapitalanlage zu erblicken. Der Redner *Cicero* besaß mehrere solcher Blocks. Schon verhältnismäßig früh muss die Häuser- und Bodenspekulation eingesetzt haben. Der alte Sklavenzüchter *Cato* sagte: „Geld und Grundbesitz zu konzentrieren, bildet den Endzweck des Lebens, durch Finanzspekulationen muss man neues Kapital schaffen, es zur Vergrößerung in Umlauf setzen und dann in neuem Grundbesitz anlegen.“

Man muss damals auch schon recht hoch gebaut haben, denn Kaiser Augustus verbot, die Vorderhäuser mehr als 21 Meter hochzubauen. Dabei waren die meisten Straßen nicht mehr als 5 bis 7 Meter breit. Ganz elende Löcher müssen es gewesen sein, diese römischen Wohnungen, wenn der Dichter *Catull* spotten konnte, dass die wohnungslosen Bettler besser daran seien als die Bewohner der elenden Wohnungen in den antiken Mietskasernen. Denn, meinte der grausame Spötter *Catull*, die Bettler, die keine Wohnung besaßen, brauchten auch nicht zu befürchten, von den Balken der etwa einstürzenden Häuser erschlagen zu werden.

[¹⁹ Heinrich Zille]

Und für solche erbärmlichen Wohnungen mussten so enorm hohe Mieten gezahlt werden, dass man für eine Jahresmiete in einer der entfernteren Sommerfrischen Roms, etwa in Trusino, ein ganzes Haus mit Garten kaufen konnte. Also alles in allem: Zustände, von denen man sagen könnte: So wie bei uns.

Auch bei uns ist die Wohnungsnot von heute wahrlich keine neue Erscheinung. Als nach dem Kriege von 1870/71 der Milliardenregen den Kapitalismus in Deutschland zu einer ungeahnten treibhausmäßigen Entwicklung brachte, als die Gründerperiode einsetzte, da strömten Tausende vom flachen Lande in die Städte, um hier bessere Verdienstmöglichkeiten und mehr Bewegungsfreiheit zu finden. Die Großstädte nahmen schnell an Einwohnerzahl zu. Berlins Bevölkerung wuchs in den drei Jahren von 1870 bis 1872 von 760 000 auf 900 000 Einwohner. Das hatte ein schnelles Steigen der Mieten zur Folge, ein erhöhtes Zusammendrängen der Mieter kleiner Wohnungen und schließlich einen großen absoluten Mangel an Wohnungen überhaupt. Für die Hausbesitzer waren das goldene Zeiten. Kein Winkel so schlecht und kein Loch so elend, dass es nicht vermietet wurde. Aber es reichte doch alles nicht, und schon 1872 war man so weit, dass über 600 Familien in Obdachs, in Asylen, ja sogar im Arbeitshause übernachten mussten. Außer diesen 600 Familien gab es aber noch zahlreiche, die sich in Zelten, roh und notdürftig zurecht [110] gezimmerten Buden ein erbärmliches Quartier geschaffen hatten. So konnte man damals vor den Toren Berlins ganze Kolonien solcher Notbaracken oder Zelte sehen. Im Laufe des Sommers 1872 kam es stellenweise in Berlin zu wirklichen Straßengefechten, besonders in der Blumen- und in der Skalitzerstraße. Auf echt preußische Manier wurde die Wohnungsnot dadurch behoben, dass in aller Stille nachts Feuerwehr und Militär anrückte, die bedauernswerten Opfer der Wohnungsnot zwang, ihre Notbaracken zu verlassen, und zwar sofort, ihre Habseligkeiten, so gut es eben gehen wollte, mitzuschleppen oder sie dem Verderben preiszugeben. Die Baracken wurden von der Feuerwehr abgerissen und damit war „Ordnung“ geschaffen.

Es ist klar, dass damit die Sache selbst durchaus nicht besser geworden war. Bei der nächsten Krise, die bald darauf einsetzte, wanderten viele wieder aufs Land zurück; inzwischen war auch viel gebaut worden und die allerschlimmste Wohnungsnot zeitweise aus der Welt geschafft. Mit dem weiteren schnellen Wachstum Berlins war natürlich auch immer eine gewisse Wohnungsnot verbunden. Nur dass sie sich nicht mehr in einem so großen absoluten Mangel an Wohnungen äußerte wie nach dem französischen Kriege. Aber das schleichende Übel, die chronische Krankheit war geblieben. Die Wohnungen der Armen waren vielfach so schlecht, dass sie für die Gesundheit des Volkes eine große Gefahr bildeten. Da fing die Ortskrankenkasse der Kaufleute an, durch ihre Krankenbesucher Feststellungen über die Beschaffenheit der Wohnungen zu machen. Das so gesammelte Material wurde jährlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Kasse erwarb sich durch diese Schilderung der schlimmsten Missstände ein wirkliches Verdienst. Man sollte meinen, das hätte den Behörden nur angenehm sein müssen. Nicht so den preußischen, die sich noch rechtzeitig darauf besannen, dass sie doch lediglich zur Wahrnehmung kapitalistischer Interessen da seien. Sie legten der Krankenkasse Hindernisse in den Weg und versuchten, ihr die Veröffentlichung der Aufnahmen unmöglich zu machen. Wenn das nun auch nicht gelungen ist, so ist es doch bezeichnend, dass solche Versuche überhaupt gemacht werden konnten.

Diese schleichende Krankheit des Wohnungselendes schleppte sich durch all die Jahre hin, ohne dass ein ernsthafter Versuch gemacht worden wäre, ihr beizukommen. Nur einmal nahm die sogenannte öffentliche Meinung einen Anlauf. Es gab Massenversammlungen in der Neuen Welt zu Berlin mit Reden von Parlamentsgrößen und gewesenen Ministern. Dabei aber blieb es dann auch. [111]

Keine Feder vermöchte jemals all das Leid, die Not und das Elend, das die schlechten Wohnungen als notwendige Folge mit sich brachten, zu schildern. So wenig nach der

frommen Sage der heilige Augustinus das Meer in ein kleines Loch schöpfen konnte, so wenig ist es möglich, das Meer von körperlicher, seelischer und sittlicher Not, wie die Wohnungsnot in den modernen Großstädten es mit sich bringen muss, auszuschöpfen.

Jetzt ist nun das, was seit den siebziger Jahren chronisch war, wieder akut geworden. Oder richtiger, zu den vielen schlimmen Folgen des Wohnungselends haben wir nun auch wieder einen absoluten Wohnungsmangel. Und zwar einen sehr viel größeren als jemals vorher. Aber wenn damals der Mangel an Wohnungen eine Folgeerscheinung des allzu rasch vorwärts stürmenden Kapitalismus war, so ist die Not von heute eine Begleiterscheinung des absterbenden Kapitalismus. Damals wurde die schlimmste Not nach ein paar Jahren, allerdings mit Hilfe von Gewalt und ein paar Krisen, überwunden; aber heute ist keine Überwindung mehr möglich, wenigstens auf dem Boden des Kapitalismus. Dazu sind heute alle Rohstoffe so teuer, dass die zur Verzinsung des in einen Neubau gesteckten Kapitals notwendige Miete so hoch sein müsste, dass niemand sie bezahlen könnte. Das Experiment ist eben im Ruhrbezirk gemacht worden. Mit einem Kapital von 400 Millionen Mark, die bekanntlich von den Kohlenverbrauchern durch einen Preisaufschlag aufgebracht werden mussten, sind ganze 3500 bis 4000 Wohnungen erbaut worden. Da käme also auf eine einzige Wohnung, wenn man schon annimmt, es wären volle 4000, die Summe von 100 000 Mark. Wenn wir nur 5 Prozent des Kapitals als Miete rechnen wollen, so kämen auf eine Wohnung jährlich 5000 Mark Miete, macht nach Adam Riese auf einen Monat über 400 Mark. Damit ist wohl die glatte Unmöglichkeit erwiesen, auf dem Boden des Kapitalismus noch neue Wohnungen in größerer Menge herzustellen. Es ist interessant, dass die „Vossische Zeitung“ folgendes dazu bemerkt:

„Es ist offensichtlich, dass die Verfügbarkeit größerer Geldmittel hier zu einer Verteuerung der Produktion und wohl zu einem Anreiz der Baumaterialspekulation geführt hat, die ihren Ausdruck in den abnormen Ziffern finden. Eine bedenkliche Schädigung des Gemeinwohls tritt hier zutage, nicht allein in dem Umstand, dass ein erklecklicher Teil der von der Allgemeinheit der Kohlenkonsumenten aufgebrachten Beträge zugunsten ungerechtfertigter Bereicherung Einzelner dem Bergmannswohnungsbau entzogen wird, sondern weit schwerer wiegend in der Tatsache, dass diese Nebengewinne aus Steuermitteln fließen, die eben nicht einer begrenzten wohnungsbaulichen Aufgabe, sondern letzten Endes den Zwecken erhöhter Kohlenförderung dienen sollen, und dass sie also diese, die Lebensgrundlage des ganzen Volkes berührende Produktionssteigerung sabotieren.“ [112]

Durch diese Ausführungen wird unsere Behauptung aufs schlagendste bestätigt.

Wie ist nun der Wohnungsnot abzuhelfen? Unter dem kapitalistischen System – das haben wir soeben gesehen – geht es nicht. Gewiss soll man alles tun, um die Unzulänglichkeit dieser Wirtschaft allem Volk vor Augen zu führen. Es gibt eine Verordnung, welche die Gemeinden zur zwangsweisen Beschlagnahme überflüssiger Wohnräume ermächtigt. Was sie nützt, zeigt der Fall jener Gräfin in der Potsdamer Straße zu Berlin, die ihre 14 oder 20 Zimmer jahrelang leer stehen lassen konnte, oder der andere Fall jenes „Genossen“, der in einer Stadt als Präsident einer parlamentarischen Körperschaft und in einer anderen Stadt als Oberbürgermeister je ein gutes Dutzend Zimmer „bewohnte“. Es kann nicht schaden, wenn auf solche Dinge immer wieder hingewiesen wird. Wenn wir es aber als unsere Aufgabe betrachten, die Maßnahmen geistig vorzubereiten, die der siegreiche Kommunismus zu treffen haben wird, so müssen wir in Sachen der Wohnungsnot immer noch auf die trefflichen Ausführungen zurückgreifen, die *Friedrich Engels* darüber im Jahre 1872 machte. Er schrieb nämlich:

„Wie ist nun die Wohnungsfrage zu lösen? In der heutigen Gesellschaft gerade wie jede andere gesellschaftliche Frage gelöst wird: durch die allmähliche ökonomische Ausgleichung von Nachfrage und Angebot, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist. Wie eine soziale Revolution diese Frage lösen würde, hängt nicht nur von den jedesmaligen Umständen ab, sondern auch zusammen mit viel weitergehenden Fragen, unter denen die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land eine der wesentlichsten ist. Da wir keine utopistischen Systeme für die Einrichtung der künftigen Gesellschaft zu machen haben, wäre es mehr als müßig, hierauf einzugehen. Soviel aber ist sicher, dass *schon jetzt in den großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind*, um bei rationeller Benutzung jeder wirklichen ‚Wohnungsnot‘ sofort abzuhelpfen. Dies kann natürlich nur durch *Expropriation der heutigen Besitzer* resp. durch Bequartierung ihrer Häuser mit Obdachlosen oder in ihren bisherigen Häusern übermäßig zusammengedrängten Arbeitern geschehen, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel eben so leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen durch den heutigen Staat.“

Das, was Engels damals sagte, planten schon zur Zeit der großen französischen Revolution die „Gleichen“, als sie durch eine Verschwörung die damalige Regierung des Direktoriums stürzen wollten. Diejenigen, die sich an dem Kampfe beteiligten und schlechte Wohnungen hätten, sollten nicht mehr in diese zurückkehren, sondern die der Reichen bewohnen. Heute sind diese Gedanken nun durchaus nicht mehr so himmelstürmend. Man er- [113] innere sich nur, was in den ersten Tagen der ungarischen Räteherrschaft die deutschen bürgerlichen Blätter über die Wohnungsbeschlagnahme in Budapest schrieben. Und am 18. November 1920 schrieb sogar die „*Deutsche Zeitung*“: „*Weshalb wird den vielen Villenbesitzern im Grunewald nicht einfach eine Familie zwangsweise einquartiert* unter Androhung strengster Gefängnisstrafen (Geldstrafen haben bei diesen Leuten keinen Zweck), falls sie versuchen sollten, auf irgendeine Weise solche Einquartierungen zu umgehen?“

Man sieht, wir sind in diesem Punkte mit den Herren von der Rechten ganz einig. Und soviel steht fest, dass mit Übernahme der Staatsgewalt durch den Kommunismus die Wohnungsnot nicht zu den akuten Problemen gehören wird.

Rundschau.

Hu, hu! Die rechtssozialistische Presse lässt sich schreiben, dass jetzt „den Deutschen“ ganz furchtbare Dinge bevorstehen. Da die ewigen Verhandlungen über die Kriegsentschädigung, die Deutschland zahlen soll, zu nichts geführt haben – denn wo nichts ist, da ist auch nichts zu holen – so will jetzt die Entente allein handeln. Nach Mitteilungen der englischen Zeitung „*Times*“ soll die gesamte Entschädigung auf 265 Milliarden Goldmark festgesetzt werden, die bis zum Jahre 1961 zu zahlen sind; davon, die ersten 8 Jahre je 3 Milliarden und von 1929 an je 6 Milliarden. (Das wäre also, nach jetzigem Kurs, gegen 40 bzw. 80 Milliarden Papiermark jedes Jahr.) Das Geld soll durch eine Anleihe aufgebracht werden, wofür die gesamten Einkünfte des Reichs und der Einzelstaaten haften. Und nun kommt die Hauptsache, bei der jedem guten Klopffechter des deutschen Kapitals das Herz in die Hosen fällt. Natürlich will sich die Entente sichern und deshalb *die gesamten deutschen Finanzen kontrollieren*. Mit schlotternden Knien berichtet die „sozialdemokratische“ Presse:

„Die längst befürchtete Finanzkontrolle der Entente über Deutschland soll auch auf die Länder, Provinzen und Städte ausgedehnt werden, deren Kreditgeschäfte und Anleihen die Genehmigung der Wiederherstellungskommission zur Voraussetzung haben sollen. Strenge Strafmaßnahmen für die Durchführung aller Bestimmungen sind vorgesehen. Die Wiedergutmachungskommission soll das Recht erhalten, über die 5 Milliarden Goldmark hinaus die Hinterlegung weiterer Papiere zu fordern. Die

deutsche Regierung kann aufgefordert werden, neue Einnahmequellen, und zwar vor allem indirekte Steuern zu schaffen.“

Zugleich „hören“ die Herrschaften von anderer Seite,

„dass man in der Entente Streichungen im deutschen Budget ins Auge fasst. Der Ernst der Lage tritt nun deutlicher hervor als jemals seit dem Tage, an dem der Versailler Friedensvertrag unterfertigt wurde.“

In der Tat, schauerlich, wie mit den Finanzen und der Selbstständigkeit der deutschen Kapitalisten umgesprungen wird! Den [114] deutschen *Arbeitern* jedoch kann es Jacke wie Hose sein, ob ihnen von deutschen oder von französischen Kapitalisten das Fell über die Ohren gezogen wird.

Ein famoser Einfall. Obgleich sie unseren Lesern schon aus der Tagespresse bekannt sein wird, verdient die folgende Geschichte doch hier festgehalten zu werden.

Während der Januarkämpfe zu Berlin im Jahre 1919 wurde die „*Rote Fahne*“ in der Buchdruckerei von Lehmann in der Königgrätzer Straße gedruckt, neben welcher sich unmittelbar die Räume der „*Deutschen Automaten-Handels-Gesellschaft*“ befinden. Infolge der Unruhen haben die Arbeiter dieser Gesellschaft vier Tage lang nicht arbeiten können, weil auf dem Hofe des Grundstücks, sowie vom Dache ständig geschossen wurde. Auf Grund eines vor dem Gewerbegericht geschlossenen Vergleichs hat die Automatengesellschaft die Hälfte des ausgefallenen Lohnes den Arbeitern vergütet. Für den gesamten Betrag, und zwar auch als Beauftragte der Arbeiter hatte die Automatengesellschaft gegen die Buchdruckerei Lehmann die *Schadenersatzklage* eingeleitet und diese damit begründet, dass die Druckerei deswegen schadenersatzpflichtig sei, weil durch eine Reihe von Artikeln in der Roten Fahne die Unruhen *durch Aufhetzung der Massen veranlasst* worden seien. Für die Buchdruckerei machte Rechtsanwalt Dr. Loewe geltend, dass die Druckerei auf den Inhalt der Artikel keinen Einfluss gehabt habe, da die pressgesetzliche Verantwortung lediglich den Herausgebern der Roten Fahne, Dr. Liebknecht und Rosa Luxemburg, obgelegen habe. Ferner wurde der ursächliche Zusammenhang zwischen den Artikeln und den Unruhen bestritten. Das Gericht schloss sich diesen Ausführungen an und wies die Klage ab.

Der Einfall, von der Roten Fahne Schadenersatz zu verlangen, weil sie von weißgardistischen Banden überfallen worden ist, ist jedenfalls pyramidal.

Die Misere des Verkehrs. Bei vier Fünfteln der deutschen Straßen- und Kleinbahnen reichen augenblicklich die Betriebseinnahmen noch nicht einmal zur Deckung der reinen Betriebsausgaben aus. Die ordnungsgemäße Unterhaltung ist unmöglich, weil die Betriebskosten seit den 1. August 1913 um nicht weniger als 1120 Prozent gestiegen sind. Der Strom kostet 10-mal so viel, einige unentbehrliche Betriebsstoffe 56-mal so viel wie damals.

Das passt durchaus in den Rahmen des Wirtschaftsbildes, wie wir es seit zwei Jahren so oft entworfen haben. Und was folgern daraus die Kapitalisten? Auf einer Versammlung des Vereins deutscher Privatbahnen zu Nürnberg führte man bittere Klage über die Konkurrenz der dem Staate oder dem Reich gehörenden Bahnen und verlangte erstens Zuschüsse in gleichem Maße, wie sie die öffentlichen Bahnen bekommen, zweitens nahm man gegen die Kraftwagenlinien Stellung, soweit diese mit mittel- und unmittelbarer Unterstützung des Reiches, der Länder oder Kommunen dieselben Ortschaften verbänden, die schon Kleinbahnverbindung haben. 16 Kraftwagengesellschaften bestünden heute in Deutschland, an denen das Reich mit 70 Millionen beteiligt sei. Gegenüber den Kleinbahnen hätten sie viele Erleichterungen. Das Oberverwaltungsgericht habe entschieden, dass sie keine Zuschüsse zur Straßenunterhaltung zu zahlen haben, sie wären im Fahrplan völlig frei, während die Bahnen bestimmte Züge fahren müssten, in der Tarifgebarung gebunden seien und [115] dergleichen,

alles Umstände, die eine ganz andere Rentabilitätsbasis geben als für die Kraftwagen, so dass das technisch-wirtschaftliche Kuriosum entstände, dass die neuen Autolinien ihre Ausgaben decken könnten, die Kleinbahnen nicht, obwohl nach wie vor der Schienenbetrieb, zum mindesten wo Schienen schon liegen, billiger ist als das Auto.

Man sieht auf den ersten Blick, dass es den Leitern der Privatbahnen wie das auch gar nicht anders sein kann – in der Hauptsache nur darauf ankommt, dass ihre Betriebe Überschüsse abwerfen, aber nicht auf die Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses. Es ist höchste Zeit, dass auf diesem Gebiet das Privatinteresse ganz und gar ausgeschaltet wird.

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften nicht bei uns, sondern bei dem jedes Mal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

L. Trotzki, „Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky)“. Arbeiterbuchhandlung Wien 8, Alserstraße 69. 166 Seiten. Preis 30 Kr. (5 Mk.). Für organisierte Arbeiter versendet die Arbeiter-Buchhandlung dieses Werk gegen Voreinsendung von 22 Kr. franko durch die Post.

Die Rote Armee. Von *Heinz Fenner*. Verlag der Kulturliga (Antibolschewistisch). Berlin W. 35, Lützowstr. 107. 114 Seiten. Preis 7 M.

Pierre Ramus. Die Neuschöpfung der Gesellschaft. Verlag Erkenntnis und Befreiung. Wien-Klosterneuburg. 264 S.

Flugschriften der Jugend-Internationale.

Nr. 7. Ein Jahr Kommunistische Jugend-Internationale.

Nr. 8. Die Frage der sozialistischen Reorganisation der Arbeit. Von W. Dunajewsky-Moskau.

Nr. 9. Der 2. Kongress der Kommunistischen Internationale und die Kommunistische Jugend-Internationale. Von Willi Münzenberg.

Nr. 10. Die Aufgaben der Kommunistischen Jugendorganisation. Eine Rede Lenins. Internationaler Jugendverlag, Berlin C. 2, Stralauer Str. 12.

Engels-Brevier. Von *Ernst Drahn*. Arbeiterbuchhandlung, Wien 8, Alserstr. 69. 215 Seiten. Preis 70 Kr. (10 M.). Für organisierte Arbeiter 50 Kr.

Dr. Otto Neurath. Betriebsräte, Fachräte, Kontrollrat und die Vorbereitung der Vollsozialisierung. Buchverlag Rätebund, Berlin NW., Luisenstr. 28.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam Junkerstr. 36/37.

6. Jahrgang Nr. 8 20. Januar 1921

Der Hunger als Wahlparole.

Berlin, 18. Januar 1921.

Selbst heute noch ist es – mehr oder weniger bewusst – die allgemeine Ansicht, dass das ungeheure Elend, unter dem wir in Deutschland leiden, nicht durch den Krieg *an sich* verursacht ist, und folglich – da der Krieg die bisher schlimmste Auswirkung des Kapitalismus war – durch den Kapitalismus, sondern durch die Tatsache, dass wir den Krieg *verloren* haben. Die meisten bilden sich selbst heute noch ein, wir könnten herrlich und in Freuden leben, wenn wir den Krieg gewonnen hätten. Sehr gering war die Zahl derer, die uns verstanden und zustimmten, wenn wir schon während des Krieges behaupteten, die Teuerung – die ja der fühlbarste Ausdruck des wirtschaftlichen Elends ist – werde mit Beendigung des Krieges keineswegs aufhören, weil ihre wahren Ursachen damit noch nicht behoben seien. Und ebenso wenig Glauben fanden wir, wenn wir in den zwei Jahren seit der deutschen Revolution dabei beharrten, dass auch in den siegreichen Ländern die Masse der Bevölkerung nur wenig besser lebe als bei uns, und dass ihnen dasselbe Schicksal in Kürze bevorstehe, das uns schon getroffen hat. –

Jetzt kommt uns der Anschauungsunterricht zu Hilfe. Zwar ist es auch jetzt drüben noch nicht so schlimm wie bei uns, es tut not, das nachdrücklich zu betonen, damit nicht anstelle des einen Irrtums einfach der andere, entgegengesetzte trete. Aber wenn man die Nachrichten liest, die neuerdings aus England und Amerika kommen, so besagen sie ja wohl schon allerhand. Dabei sind aber *England* und *Amerika* diejenigen Länder, an deren wirtschaftliche Gesundheit man bei uns am festesten geglaubt hat, von denen man Hilfe für uns selbst erwartet. Mussten schon längst die häufigen Streiks von gewalti- [117] gem Umfange in beiden Ländern auffallen – denn wenn hunderttausende, manchmal eine Million Arbeiter streiken, so tun sie das sicher nicht, weil es ihnen zu gut geht – so hört man jetzt von allgemeiner Absatzstockung, von riesenhafter Arbeitslosigkeit, von verzweifelter Ausbrüchen der Not. Am 12. Januar veröffentlichte die Berliner „Rote Fahne“ einen Bericht ihres Korrespondenten aus *London*, worin es heißt:

„So finden wir, dass das Anwachsen des Heeres der Arbeitslosen, das sich in Deutschland infolge der sinkenden Kaufkraft schon im Frühsommer 1920 bemerkbar machte, einige Monate später, sich auch in England zeigte. Aber nachdem der Prozess dort einmal begonnen hatte, erreichte er eine viel größere Stärke als in Deutschland. Während die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Deutschland nach der amtlichen Statistik 400 000 beträgt, beläuft sie sich in England auf *über eine halbe Million*, wobei die kleinere Bevölkerungszahl des Landes noch berücksichtigt werden muss. Fügt man diesen Ziffern die nicht registrierte Zahl der Arbeitslosen hinzu, sowie die Kurzarbeiter, die nur 2–3 Tage wöchentlich arbeiten, so kommt man nach einer Schätzung des ‚Daily Herald‘ für den 1. Januar auf *rund 5 Millionen Arbeitslose*, das ist ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Englands.“

Die letztere Bemerkung kann nun freilich nicht richtig sein. Denn wenn nur das engere England, also ohne Schottland und Irland, gemeint ist, so betrug deren Gesamtbevölkerung vor dem Kriege rund 35 Millionen, wovon sicher nicht 10 Millionen durch den Krieg geschwunden sind. Zählt man aber – wie es richtiger wäre – nur die Erwerbstätigen, so waren das selbst in England, Schottland und Irland zusammen nur wenig über 20 Millionen, in

England allein rund 16 $\frac{1}{4}$ Millionen, so dass dann hiervon nicht ein Fünftel, sondern fast ein Drittel arbeitslos wäre!

Doch wie dem auch sei, die genannten Zahlen sind auf alle Fälle enorm. Und sie werden von den Berichten bürgerlicher Blätter vollauf bestätigt. So ließ sich die „*Deutsche Allgemeine Zeitung*“ am 6. Januar aus London melden: „Auf den Arbeitsämtern sind jetzt 700 000 Arbeitslose gebucht. Die Zunahme beträgt 100 000 in zwei Wochen. Einschließlich der nicht gemeldeten Arbeitslosen beträgt ihre Gesamtzahl eine Million.“ Bereits am 11. Januar folgte ein Bericht, wonach die Zahl in der letzten Woche um 186 000 gestiegen war. Da die Arbeitslosen in England keineswegs gewillt scheinen, in irgendeinem Winkel still zu verhungern, sondern bereits wiederholt kräftige Zeichen ihrer Lebenslust gegeben haben, so beginnt die Sache der englischen Regierung ungemütlich zu werden, und sie hat den salomonischen Rat erteilt, dass alle noch in Betrieb befindlichen Fabriken mit halber Zeit arbeiten und [118] doppelt so viel Arbeiter beschäftigen sollen. Hierzu macht die „*Deutsche Allgemeine Zeitung*“ die höchst treffende Bemerkung: das hieße ja, dass die noch beschäftigten Arbeiter die Hälfte ihres Lohnes hergeben sollen, um den Arbeitslosen zu helfen. Merkwürdig, wie klar und scharf unsere deutschen Kapitalverteidiger zu sehen verstehen, sobald es sich nicht um das eigene, sondern um das „feindliche“ Kapital handelt!

Außerdem aber – und das erscheint uns wichtiger – fügt der in London wohnende Mitarbeiter der D. A. Z. hinzu, „dass in den meisten Betrieben schon jetzt mit halber Schicht gearbeitet wird, weil keine Aufträge da sind. In der Textilindustrie Englands sind durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Löhne schon beinahe auf ein Drittel der 1919 gezahlten gesunken. Beinahe genauso schlimm ist es in der Schuhwaren-, Eisen- und Stahlindustrie.“

Die Gesamtlage ist also in England wirklich so schlimm, wie die „*Rote Fahne*“ sie geschildert hat, und aus *Amerika* treffen täglich ebensolche Hiobsposten ein. Die Hälfte der Schiffswerften liegen dort still. Nach einer Mitteilung des amerikanischen Handelsministeriums über die Lage in 928 Textilfabriken waren am 1. November 1920 von rund 91 000 Webstühlen über 25 000, von etwa 4 500 000 Spindeln 1 760 000 außer Betrieb. Und nicht viel anders geht es in den neutralen Ländern zu. Auch in der *Schweiz* wächst die Arbeitslosigkeit täglich, weil der Wareneinkauf stockt; in der Hauptstadt *Hollands* laufen aus den verschiedensten Teilen des Landes Berichte über zahlreiche Schließungen von Fabriken ein, u. a. auch der bekannten Kakaofabrik van Houton u. Co., und zwar, wie es in den Berichten heißt, infolge der ersten Wirtschaftskrise und der notwendig werdenden zahlreichen Entlassungen von Arbeitern.

Während so die Welt immer tiefer in Hunger und Elend versinkt, erleben wir in Deutschland das jämmerliche Schauspiel, dass die allgemeine Not gewissen Leuten gerade gut genug ist, um als – *Wahlparole* zu dienen. In vier Wochen soll zum Preußischen Landtag gewählt werden. Also ist jetzt die Zeit gekommen, wo die verschiedenen Parteien den Leuten das Blaue vom Himmel herunter versprechen, wenn sie ihnen nur recht viel Sitze im Parlament verschaffen. Und da scheint es, dass die sogenannten Sozialdemokraten von der Richtung *Scheidemann – Noske* sich ausgerechnet die Teuerung als Wahlparole ausersehen haben. Herr *Bauer*, der schon einmal Gelegenheit hatte, als Reichskanzler seine hervorragenden [119] Fähigkeiten zu betätigen, hat Anfang Januar in einer Wählerversammlung zu Rendsburg sich einen Ausspruch geleistet, über den die Zeitungen berichten:

„Für die Zeit der Regierungsmitwirkung der Sozialdemokratie glaubte Bauer Merkmale der Besserung im Wirtschaftsleben feststellen zu können. Seitdem die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschieden sei, habe sich die Valuta wieder um mehr als 100 Prozent verschlechtert.“

Wir nehmen an, dass die intelligenteren Elemente, die es in seiner Partei gibt, Herrn *Bauer* hierfür einen derben Rüffel erteilen werden. Denn schließlich werden sie doch nicht wollen,

dass sich ihre Partei mit Gewalt vor den Leuten lächerlich macht. Es trifft zwar nicht zu, dass Lächerlichkeit immer tötet, aber ein Körnchen Wahrheit steckt doch auch in diesem Sprichwort.

Da hat Herr *Löbe* in Breslau – oder das von ihm redigierte Blatt – das Ding weit geschickter in die Finger genommen. Es veröffentlichte am 8. Januar eine Zuschrift, die sich voll glühender Empörung gegen den Wucher wandte und vorschlug, die sozialdemokratische Partei solle in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften und den Konsumvereinen eine Aktion zur *Ermäßigung der Preise* beginnen. Man weiß, was die sozialdemokratische Partei unter einer „Aktion“ versteht, nämlich eine Reihe von Versammlungen mit dröhnenden Reden und der Schlüsselaufforderung: „Wählt uns in den Landtag, dann werden wir für Ermäßigung der Preise sorgen.“ Wenn darauf viele hereinfallen und die Partei so viel Sitze im Landtag kriegt, dass ihr auch die Ministersessel wieder gesichert bleiben, dann ist der Zweck der „Aktion“ erreicht und dann folgen höchstens noch ein paar ebenso dröhnende Reden im Parlament selbst, worauf alles wieder still wird und die Preise – weiter steigen.

Doch wollen wir damit nicht sagen, dass die Leute der Breslauer Volkswacht wider besseres Wissen eine Parole ausgeben, an die sie selbst nicht glauben. Im Gegenteil, es erscheint durchaus glaubhaft, dass sie – zum tausendsten Mal seit Ausbruch des Weltkrieges – den Schrei nach Senkung der Preise deshalb ausstoßen, weil sie von dem Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge keine Ahnung haben. Es erscheint durchaus glaubhaft, dass sie sich von irgendwelchen Maßnahmen etwa noch höhere Strafen gegen Preistreiber, oder billigeres Angebot durch die Konsumvereine – wirklich Erfolg versprechen, weil sie eben absolut keine Sozialisten sind. Wer die Lehren der deutschen Sozialdemokratie nicht nur Jahrzehnte lang ver- [120] kündigt, sondern auch verstanden und *selbst geglaubt* hat, der weiß, dass kein Parlamentsbeschluss und kein Konsumverein die Teuerung beseitigen kann, da sie eine notwendige Folge der kapitalistischen Wirtschaft ist. Zumal die Teuerung in und nach dem Kriege eine Wirkung der ungeheuer gesteigerten Macht ist, die der Krieg dem Kapital gegenüber der Arbeiterklasse verschafft hat, verbunden mit der anderen Tatsache, dass das Kapital nicht mehr imstande ist, „normal“ zu produzieren und deshalb, da ihm dieser „normale“ Weg der Ausbeutung eingeengt ist, sich durch umso stärkere Herabdrückung der Löhne – die heute bekanntlich weit niedriger sind als vor dem Kriege – und ebensolche Steigerung der Verkaufspreise zu „entschädigen“ sucht. Dagegen helfen keine Parlamentsreden und Parlamentsbeschlüsse, dagegen hilft nur die sozialistische Tat.

Was uns als Deutsche eint.

Ein Wort zum 18. Januar.

Eine der schlimmsten Begleiterscheinungen des Weltkrieges, die für den Fortschritt des Sozialismus geradezu vergiftend gewirkt hat, war der sogenannte *Burgfriede*.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass es *rein kapitalistische Interessen* waren, aus denen der Weltkrieg entbrannte und für die er durchgeführt wurde. Er war seinem inneren Wesen nach ganz etwas anderes als selbst noch die Kriege vor hundert Jahren, in denen der nationale Gedanke zum vollen Ausdruck kam; geschweige denn, dass man ihn vergleichen könnte mit den Kriegen jener fernen, primitiven Zeiten, in denen der Gedanke der nationalen Zusammengehörigkeit geboren wurde.

In der Frühzeit eines jeden Volkes – z. B. noch im griechischen Altertum, und in umso höherem Grade etwa bei den Deutschen zur Zeit Hermanns des Cheruskers – galt der Stammesfremde ohne weiteres als Feind. Nicht etwa bloß der Römer oder der Gallier, sondern auch der Angehörige eines anderen germanischen Stammes. Ebenso ziehen sich noch durch

das ganze klassische Altertum die Kriege zwischen den einzelnen Griechenstaaten, zwischen Athen und Sparta, Sparta und Messenien, Athen und Theben usw. Das ist durchaus erklärlich. Der Stamm ist aus der erweiterten Familie entstanden. Diejenigen, die derselben Abstammung sind, leben beieinander, bleiben zusammen, verschaffen sich gemeinschaftlich ihre Nahrung [121] und schützen sich gegenseitig durch Zusammenhalten. Die Kriege entstanden in jener Frühzeit stets aus dem unmittelbaren Nahrungsbedürfnis. Ein Stamm, der auf seinem bisherigen Territorium nicht mehr Nahrung genug fand, besonders wenn er an Volkszahl gewachsen war, wanderte weiter und kam in Gegenden, die von einem andern Stamm besetzt waren. Dort musste er sich sein Recht zu leben erkämpfen, der andere Stamm musste es verteidigen. So erklärt sich die ganze Geschichte der griechischen Pflanzstädte um das Mittelmeer herum, von Kleinasien, über die nordafrikanische Küste, Italien, Sizilien bis nach Spanien. Ebenso erklären sich die Jahrhunderte dauernden Völkerwanderungen der Germanen mit den unaufhörlich damit verbundenen Kriegen. In jenen Zeiten, wo die nackte Existenz des Einzelnen davon abhing, dass sein Volk Nahrung fand, war der Einzelne nichts, der Stamm alles. Der Einzelne musste rettungslos zugrunde gehen, wenn ihn der Stamm, die eigene Nation nicht schützte. Fiel er als Einzelner in die Gewalt eines fremden Stammes, für den er der geborene Feind war, so wurde er ohne Gnade getötet oder mindestens zum Sklaven gemacht. Freilich milderten sich diese Sitten einigermaßen im Lauf der Jahrhunderte – wir denken z. B. an die wohl bei allen Naturvölkern übliche Gastfreundschaft – aber der durchaus richtige Grundgedanke war doch der, dass sämtliche Mitglieder eines Stammes, also einer Nation, durch ein gemeinsames Interesse miteinander verbunden waren, das höher stand als die Sonderinteressen jedes Einzelnen; denn wenn die Nation zugrunde ging, dann konnte der Einzelne erst recht nicht existieren.

Das ist die Wurzel des Nationalgefühls, das sich dann weiter entwickelte, insbesondere zu der Pflicht des Einzelnen, mit seiner ganzen Existenz für die Nation einzustehen, im Fall der Not sogar für sie sich aufzuopfern, damit, wenn schon er zugrunde ginge, die Nation doch weiterleben könne.

Es ist nun eine immer wieder zu beobachtende Tatsache, dass die Anschauungen, die aus einem bestehenden Zustande heraus geboren werden, diesen Zustand selbst lange überdauern. Was den Altvordern als ehrwürdig und heilig erschienen ist, das wird jedem Sprössling von Jugend auf als höchstes Gebot der Sittlichkeit eingeprägt und findet so noch bei späten Enkeln Verehrung, selbst wenn es auf deren Zeit gar nicht mehr passt. Das kann uns beim Nationalgefühl umso weniger wundern, weil es in Europa noch Jahrtausende lang, das ganze Mittelalter hindurch und bis in die Neuzeit hinein, immer neue Nahrung gefunden hat. Gewiss war z. B. im Dreißigjährigen Krieg der Schutz, den die Nation dem Einzelnen gewähren konnte, [122] sehr schwach; aber es war doch immer noch der einzige Rückhalt, den er überhaupt fand. Freilich hatten die Kriege im 17. Jahrhundert und erst recht später, nicht mehr so einfache, man möchte sagen primitive Wurzeln, wie in der fernen Urzeit. Die Dinge lagen jetzt bedeutend verwickelter und in der Regel waren es nicht mehr die eigenen Interessen, wofür die Menschen sich totschlagen lassen mussten. Man denke nur an den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (ums Jahr 1770), zu dem die englische Regierung in großen Mengen deutsche Landeskinder verwandte, die sie von den deutschen „Landesvätern“ um schnödes Geld einfach gekauft hatte.

Als der Weltkrieg ausbrach, waren die Verhältnisse selbstverständlich gegenüber den einfachen Zeiten, in denen das Nationalgefühl geboren worden, total umgewälzt. Alle zivilisierten Nationen waren längst zu Klassengesellschaften geworden, in denen von einem einheitlichen Interesse sämtlicher Volksgenossen keine Spur mehr vorhanden ist. Im Gegenteil, der Weltkrieg brach gerade deswegen aus, weil innerhalb einer jeden Nation die

Interessen der verschiedenen Klassen einander entgegengesetzt waren. Das ist in diesen Heften oft dargelegt worden. Wir wollen es noch einmal kurz andeuten.

Der Zustand, unter dem wir heute so entsetzlich leiden – Not bei der übergroßen Masse der Bevölkerung, und gleichzeitig Überfluss bei einer Hand voll Besitzender – ist durchaus nicht neu. Er war auch vor dem Kriege schon vorhanden, nur noch nicht so unerträglich auf die Spitze getrieben wie heute. Woher kam das? Man erinnert sich der Wirtschaftslage, in der wir uns regelmäßig befanden: es waren stets mehr Waren vorhanden, als verkauft werden konnten. Die Masse der Bevölkerung litt Mangel an Brot, Kohlen, Kleidung, Schuhen, hatte aber nicht Geld genug, um auch nur alles das zu kaufen, was in den Läden und Speichern lagerte. Das ist nicht erst eine Folge des Krieges, sondern es war schon immer so. Das Kapital konnte also schon die vorhandenen Produkte nicht alle an die eigenen Volksgenossen verkaufen. Überdies ist es gezwungen, seine Produktion andauernd zu vergrößern.²⁰ Es kann sich, wie [123] *Rosa Luxemburg* in dem unten genannten Buche in wunderbar gründlicher Weise gezeigt hat, weder für den Absatz seiner Produkte noch für den Bezug von Rohstoffen, sonstigen Produktionsmitteln und Arbeitskräften auf die schon kapitalistischen Länder und Völker beschränken. Es muss hinaus, nicht etwa nur auf den Weltmarkt, sondern in die halb und gar nicht zivilisierten Gegenden des Erdballs, um dort das zu holen, was es zur Erweiterung seiner Produktion und damit zur Fortführung seiner Existenz nötig hat.

Dies gilt jedoch für das Kapital *aller* kapitalistischen Staaten, und dabei geriet das deutsche Kapital mit dem englischen, dem amerikanischen, dem französischen usw. in feindlichen Gegensatz, der sich allmählich bis zum Kriege verschärfte.

Betrachtet man die Dinge im Lichte dieser Erkenntnis, dann wird klar, dass der Krieg geführt worden ist zu dem Zweck, dem Kapital die Möglichkeit zu verschaffen, eben die Waren, die die Arbeiterschaft im eigenen Lande schmerzlich entbehrt, in ferne Länder zu schaffen, und weiterhin die Möglichkeit, diese ganze Art zu wirtschaften, unter der die Arbeiterschaft so entsetzlich leidet, weiter fortzusetzen. Mit anderen Worten: es wird klar, dass der *Krieg gegen die Interessen der Arbeiterklasse* geführt wurde. Und zwar gegen die Interessen der Arbeiter *aller Länder!*

Was aber geschah in allen Ländern, als der Krieg ausbrach? Überall appellierte die Bourgeoisie (damit meinen wir den vom Kapitalprofit lebenden Teil der Bevölkerung) an das *Nationalgefühl* der Arbeiter, überall proklamierte sie den Burgfrieden. Es war ja klar, dass die Bourgeois, unter sich allein gelassen, den Krieg nicht führen konnten, sie brauchten die Arbeitermassen als Soldaten. Und dazu diente ihnen der Spruch aus längst vergangenen Tagen: höher als das Interesse des Einzelnen (und statt „des Einzelnen“ hieß es alsbald: „der einzelnen Klassen“) steht das Gesamtinteresse der Nation; die Interessen der Einzelnen müssen jetzt zurücktreten, zuerst kommt das, *was uns als Deutsche eint*.

Die Arbeiterschaft ist darauf hereingefallen. Wir gebrauchen diesen etwas verächtlich klingenden Ausdruck, obgleich wir der Bourgeoisie durchaus keinen moralischen Vorwurf machen wollen. Die Bourgeoisie sprach nur aus, was sie wirklich empfand. So spiegelten sich die Dinge in ihrem Kopfe. Und leider spiegelten sie sich ebenso in den Köpfen der meisten Arbeiter. Verführt durch das uralte, ehrwürdige Nationalgefühl haben sie zu Millionen Blut,

²⁰ Wir gedenken auf diesen heute wesentlichsten Punkt des inneren Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise, in dem die eigentliche Wurzel des Weltkrieges liegt, in späteren Aufsätzen noch ausführlich einzugehen. Inzwischen empfehlen wir unseren Lesern das ausgezeichnete Buch von Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals“. (Erschienen 1913 in der Vorwärts-Buchhandlung.) Leider ist es ohne gründliche nationalökonomische Vorbildung, insbesondere ohne genaue Kenntnis von Marx Kapital nicht zu verstehen.

Leben und ihr bisschen Wohlstand geopfert, um den Zu- [124] stand zu erhalten, ihm die Lebensmöglichkeit zu retten, der für sie Armut, Not und entsetzliches Elend bedeutet.

Dies in die Erinnerung zu rufen, ist heute keine bloße Doktorarbeit. Vielmehr wuchern heute in Deutschland üppiger als je die Bestrebungen, das Nationalgefühl zu erwecken und zu erregen. Jede Gelegenheit wird dazu benutzt. Am 18. Januar waren 50 Jahre seit der Gründung des ehemaligen Deutschen Reiches durch Blut und Eisen verflossen. Die Verfechter des deutschen Nationalgefühls haben es durchgesetzt, dass der Tag amtlich gefeiert wurde, während der Jahrestag der Revolution, desgleichen der 1. Mai, also die Tage, die sich zur Feier der *internationalen Solidarität der Arbeiterklasse* eignen, in den Hintergrund geschoben werden. Und wenn nun sogar auch die sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaften wieder auf dem Plan sind, um den Arbeitern zuzurufen, „was uns als Deutsche eint“, so sieht man deutlich, dass es sich um keine Spielerei handelt, die man mit Nichtbeachtung übergehen könnte. Es geht vielmehr darum, aufs Neue in der Arbeiterklasse jenen Geist zu erzeugen, der sie verleitet, sich bald wieder zum Vorspann der Interessen der Bourgeoisie zu machen; d.h. wiederum mit ihrem Blut und Leben den Kapitalismus zu verteidigen, der sie in Elend und Knechtschaft hält.

Arbeitslos.

Dein Gang ist schwer - Prolet!
Wo willst du hin?
Was sucht dein stummes Aug
So tief in sich?! - -
Arbeitslos - ! -

Ich will zum Haus der Ausgestoßenen,
Wo auf Arbeit warten,
Tausend so wie ich: Arbeitslos! -

Daheim ist Weib und Kind
In Hunger und in Kälte. -
Die Arbeitsstätte schloss sich mir
Schon an die zwanzig Wochen.

Prolet! Genoss'! -
Fünfhunderttausend sind es schon,
Nächstens werden's Millionen,
Die so wie du nach Arbeit spä'h'n,
Und kommen an geschlossene Tore. [125]

Prolet!
Die Esse qualmt nicht mehr,
Der stolzen Dampfmaschine ist zerbrochen
Der starke Arm
Und keine Riemen schwirren:
Denn der Profit sinkt.

Genoss'!
Wenn du,
Wie deine hunderttausend Brüder,
Arbeit willst und Brot und Licht,
So rottet Euch zusammen und zerschlagt

Die Rechte des Profits!
Ich bin die Revolution! –

Walter Leßmann.

Rundschau.

Was in Ungarn geschieht. Unsere Ausführungen über die Räteregierung in Ungarn (Heft 19 des 5. Jahrg., 5. Juli 1920, S. 464) schlossen wir mit der Frage, wie denn mit den Missständen, die unsere Genossen in den wenigen Wochen ihrer Regierungstätigkeit noch nicht bewältigen konnten, die bürgerliche Regierung fertig wird, die nun schon eineinhalb Jahre die Gewalt in Händen hat. Eine Antwort darauf gibt die heute von uns angezeigte Broschüre „Das schwarze Buch des weißen Ungarn“ in ihrem Schlusskapitel. Da aber diese Mitteilungen aus kommunistischer Quelle stammen, wird sie mancher vielleicht nicht als einwandfrei gelten lassen wollen. Wir geben deshalb hier die folgenden tatsächlichen Mitteilungen wieder, die die „Rote Fahne“ einem Aufsatz des *konservativen* ungarischen Politikers John de Cay aus Budapest entnimmt, den dieser in der Zeitschrift des konservativen Grafen *Reventlow* veröffentlicht hat. Es heißt da:

„Ungarn vermehrt sein Staatsdefizit täglich um 40 Millionen Kronen. Zehntausende früher wohlhabend gewesener Bürger verkaufen ihre Wohnungseinrichtung Stück für Stück, um den Lebensunterhalt zu kaufen, der auf das 50–160 fache des Friedenspreises gestiegen ist.

Die Selbstmorde vermehren sich in einer Zahl, die jeden denkenden Menschen erschrecken muss. Die Städte sind ohne Licht und Heizung. Alles ist in Auflösung begriffen. Die Straßen und Wege in Stadt und Land verfallen. Die Straßenbahnen, Eisenbahnen, Telegraph und Telephon, kurz alle Verkehrsmittel nähern sich dem Zustande völliger Unbrauchbarkeit.

Um Brennholz zu gewinnen, fällt man die Bäume der Alleen und Chausseen und holt aus den Kirchhöfen die hölzernen Kreuze von den Gräbern, und während diese Zeilen geschrieben werden, kommt die Kunde, dass das Haupthospital für Tuberkulose in Budapest wegen Mangels an Kohle geschlossen werden muss. [126]

Die Fabriken sind geschlossen aus Mangel an Kohle oder sind durch die Rumänen (welche die Konterrevolution gegen die Regierung Bela Kuns ins Land gerufen hat!) zerstört und stehen da als stumme Zeichen der Verwüstung, die sich über Mitteleuropa ausdehnt.

Angesichts dieses Unrechtes und dieser Schrecken hat die Entente ihre Kommission nach Budapest gesandt, um das schon zugrunde gerichtete Volk weiter zu bedrohen und noch ärmer zu machen, und es zu durchsuchen, wie Räuber einen fast leeren Keller durchstöbern, um zu sehen, was sie noch nach Paris schleppen können.“

Das also haben die „Wiederhersteller der Ordnung“ aus dem Lande gemacht!

Eine Perle. Die Berliner „Freiheit“ erzählte am 5. Januar die folgende Geschichte:

„Vor kurzem berichteten wir, dass der Vorsitzende des Betriebsrats der ‚Technischen Nothilfe‘ wegen seiner Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Organisation, wegen seines Wirkens für dieselbe und wegen seiner Tätigkeit als Betriebsrat unter Hervorhebung eines fadenscheinigen Grundes, der der Verwaltung überdies bereits wochenlang vorher bekannt war, plötzlich fristlos entlassen wurde. Heute erfahren wir nun von einer weiteren fristlosen Entlassung eines anderen Angestellten der Technischen Nothilfe. Auch für diese Maßregelung glauben wir nicht an das Vorhandensein eines stichhaltigen Grundes, umso

weniger, als *auch dieser Angestellte freigewerkschaftlich organisiert* und daher dem famosen Leiter dieser ‚sozialen‘ Organisation, dem Herrn Leutnant der Reserve Lummitzsch, über dessen sonstiges Unternehmen noch ein weiteres zu reden sein wird, von vornherein ein Dorn im Auge war. – Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, wenn der Herr Reichsminister des Innern, dem die Technische Nothilfe untersteht, die Entlassungsmethoden des Herrn Lummitzsch einer näheren Prüfung unterziehen würde; denn es verstößt unserer Ansicht nach gegen die vitalsten Interessen des Reichs, seine Finanzwirtschaft und der Steuerzahler, wenn wegen der eigenartigen unhaltbaren Entlassungsmaxime des vorgenannten Herrn in die Hunderttausende von Mark gehende Beträge als Entschädigung für fristlose Entlassungen aus Reichsmitteln gezahlt werden müssen.“

Wir für unser Teil waren einfach verblüfft, hieraus zu erfahren, dass in der Technischen Nothilfe – dieser eigens zum Zwecke der Streikverhinderung geschaffenen Organisation – *Mitglieder der freien Gewerkschaften tätig sind!* Das hätten wir trotz allem, was man erlebt hat, doch nicht für möglich gehalten! Und das Schönste ist: die „Freiheit“ findet gar nichts dabei; im Gegenteil, sie ist empört, dass diese braven Gewerkschaftler dort nicht geduldet werden!

Ein Prozess gegen Krassin. In der bürgerlichen Presse war kürzlich zu lesen:

„Das Londoner Gericht hatte über einen interessanten Fall zu entscheiden, der infolge der Anknüpfung der Handelsbeziehungen mit Sowjetrussland entstanden war. Es handelte sich um eine Partie Holz, die eine englische Firma Sahor u. Co. bei der russischen Sowjetdelegation in London im August gekauft hatte. Dieses Holz war Eigentum der früheren russischen ‚Gesellschaft für mechanische Bearbeitung [127] des Holzes‘ in Staraja Russa (Gouvernement Nowgorod) und wurde von der Sowjetregierung ‚nationalisiert‘, d.h. unentgeltlich fortgenommen. Der Direktor dieser Gesellschaft, ein Herr Luther, befindet sich jetzt als Flüchtling in London und als er erfuhr, dass dieses Holz von der Sowjetregierung an eine englische Firma verkauft war, reichte er beim Gericht eine Klage ein und verlangte die Rückgabe seines Eigentums. Die Firma Sahor vertrat den Standpunkt, dass das Eigentum der oben erwähnten Gesellschaft im Jahre 1918 nationalisiert wurde, dass es seither der Sowjetregierung gehöre, die daher das Recht hätte, nun über das Holz frei zu verfügen. Das Gericht erklärte, die Entscheidung hänge davon ab, ob die Sowjetregierung von der englischen Regierung als eine souveräne Regierung anerkannt worden sei. Wäre das der Fall, so wäre der Verkauf rechtmäßig, sonst nicht. Aus den Mitteilungen des englischen Ministeriums schloss der Richter, dass die englische Regierung die Sowjetregierung offiziell nicht anerkannt habe. Daher habe sie auch nicht das Recht, die Eigentümer des Holzes ihres Besitzes zu berauben.

Das Gericht traf daher die Entscheidung, dass das Holz, welches von Krassin verkauft wurde, in Wirklichkeit der Gesellschaft, deren Direktor Herr Luther ist, gehört. Gegen diese Entscheidung wurde Berufung eingelegt.

Die Kreise, welche mit Sowjetrussland Handel treiben wollen, messen dieser Entscheidung eine große Bedeutung bei, weil aus ihr hervorgeht, dass, solange die Sowjetregierung nicht anerkannt ist, alle von ihr gemachten Verkäufe als widerrechtlich erklärt werden können. Das könnte sich jedoch nur auf solche Waren beziehen, die nicht unter der Sowjetregierung produziert wurden, sondern schon früher im Privatbesitz vorhanden waren.“

Es ist belustigend mit anzusehen, wie die Herren Kapitalisten, nachdem sie mit Waffengewalt nichts erreichten, nun mit den Zwirnsfäden ihrer bürgerlichen Gesetzesparagrafen gegen die welthistorische Entwicklung in Russland anzukämpfen suchen. Wir wetten, das Urteil des englischen Gerichts wird dem Herrn Luther nicht einen Pfifferling helfen. Ja, er wird es

hoffentlich sogar noch erleben, dass in England selbst das „wohlerworbene“ Recht kapitalistischen Eigentums nichts mehr gilt. Was würden z. B. die Engländer für Augen machen, wenn die Russen den Spieß umkehren und erklären wollten, sie erkennen in England vollzogene Handlungen nur dann als rechtsgültig an, wenn sie mit den jetzt in Russland geltenden Gesetzen übereinstimmen? Dann wäre alles in England vorhandene kapitalistische Eigentum null und nichtig. Freilich wäre das ein kindischer Lufthieb, den unsere russischen Genossen nicht machen werden, weil sie Ernsteres und Wichtigeres zu tun haben. Aber ein genauso kindischer Lufthieb ist das Urteil des englischen Gerichts. Die Herren Kapitalisten werden schon noch merken, dass ihre Wirtschaftsmethoden und ihre Rechtsbegriffe durchaus nicht „ewig“ sind.

Vorbereitungen zum nächsten Weltkrieg. Die Amerikaner sind dabei, ihre Kriegsflotte so auszubauen und zu vermehren, dass sie in ein paar Jahren – man spricht von 1924 – die größte der Welt sein soll. Sie tun das im Hinblick auf den künftigen Krieg mit *Japan*. Aber da bisher *England* die Herrschaft der Meere besaß und sich einbildete, sie durch den ersten Weltkrieg noch befestigt zu haben, so erwartet man, dass England mit Japan zusammen gegen die amerikanische Union gehen wird. Es soll sich deshalb die Regierung in Washington bereits an *Ka-* [128] *nada* gewandt und Unterhandlungen offizieller Natur begonnen haben, die darauf hinausgehen, im Falle eines Konflikts Hilfe zu erhalten. Es würde sich darum handeln, im Stillen Ozean eine gemeinsame Flotte unter gemeinsamer Führung zu erhalten. *Australien* und *Kanada* sind an den japanisch-amerikanischen Differenzen ebenso interessiert wie Amerika selbst, und deshalb sucht die Union Unterstützung und Hilfe bei ihnen. Aber ganz so einfach ist die Sache doch nicht, weil Australien und Kanada bekanntlich englische Kolonien, Teile des britischen Weltreichs sind. Ob die so ohne weiteres gegen ihr „Mutterland“ kämpfen werden, ist ungewiss, da sie möglicherweise durch bloße Drohungen vom lieben „Mutterland“ auch schon alles kriegen werden, was sie haben wollen. Jedenfalls aber sieht man, wie der erste Weltkrieg seine Ursachen – nämlich den kapitalistischen Ausdehnungsdrang, den Imperialismus – noch keineswegs beseitigt hat, und wie sich demzufolge der zweite Weltkrieg ganz deutlich vorbereitet.

Damit wollen wir keineswegs sagen, dass der zweite Weltkrieg mit „Naturnotwendigkeit“ kommt. Das hängt ganz davon ab, wie sich die Arbeiterschaft der Welt dazu verhalten wird.

Sie ohrfeigen sich selbst. Die in Breslau erscheinende „Volkswacht“, die seit rund 25 Jahren von dem jetzigen Reichspräsidenten Löbe redigiert wird, ist ein Blatt, das schon seit Jahrzehnten auf dem äußersten rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei gestanden hat. Es hat also nicht beim Ausbruch des Weltkriegs seine Überzeugung nach den äußeren Umständen gewechselt, sondern es ist nie sozialistisch gewesen, es hat vielmehr von jeher diejenige Politik unterstützt, die auf die jetzigen Zustände einer „demokratischen Republik“ hinsteuerte.

Dieses Blatt veröffentlichte am 15. Januar den Klageschrei eines Unterbeamten, dem die bittere Not folgende Worte abpresst:

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, dies sollte die Parole der neuen Zeit sein, die im November 1918 anhob. Die kleinen Löhne und die Bedrückung sollten aufhören, der kleine Mann sollte bessergestellt werden, damit ihm die Möglichkeit geboten war, ohne drückende Sorgen leben zu können.

„Das deutsche Volk hat glänzend gesiegt!“ Diese Worte sprach *Scheidemann* am ersten Revolutionstage von der Treppe des Reichstagsgebäudes ins Volk. Damit meinte er, und hoffte bestimmt, den deutschen Arbeiter und kleinen Beamten Glück wünschen zu müssen zu seinem Erfolge, die vielverbrauchenden deutschen Fürsten, das kostspielige Heer und damit die hohen Ausgaben abgeschafft zu haben.

Seit zwei Jahren haben wir nun Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, und man fragt sich, wie es möglich ist, dass unter diesen drei Schlagwörtern sich solche Zustände haben bilden können, wie sie buchstäblich bis heute bestehen. Nichts, sagt der Finanzminister, kann er den Beamten bewilligen, weil der Staat absolut keine Belastung mehr vertragen kann.

Wir verstehen es sehr gut, uns bei den heutigen Verhältnissen in die Lage eines Finanzministers zu versetzen, wundern uns aber, warum bei Bewilligung *der hohen und höchsten Gehälter* von den oben angeführten Worten kein Gebrauch gemacht wurde. Ein Staat, welcher von seiner Beamtschaft mit Recht Ehrlichkeit und Dienstfreudigkeit fordert, ist entschieden verpflichtet, den kleinsten Beamten ein Existenzminimum zu geben. Wenn die Herren glauben, kleine Beamte könnten bei den heutigen Verhältnissen mit 8- bis [129] 10 000 Mark leben, *dann können sie selbst es doch auch*. Die Preise im Deutschen Reiche sind überall fast gleich hoch, oder niedrig, und das Existenzminimum für die hohen Herren genauso gegeben. *Warum lassen sich die Herren Minister und hohen Beamten von dem verarmten deutschen Staate das Fünf- bis Zehnfache zahlen?* Tritt denn keinem der Herren, die immer von dem großen Elend reden, die Schamröte ins Gesicht, hat noch keiner von ihnen daran gedacht, sich von einem verarmten Staate nur das Existenzminimum an Gehalt zahlen zu lassen, um den anderen, sehr großen Teil des Gehaltes zu Gunsten der Not dem kleinen und kleinsten abzugeben?

Mit Recht wurde während der Kriegszeit gesagt, gleiche Arbeit, gleiches Essen, dann wäre der Krieg schon längst vergessen. *Warum finden diese Worte in der Demokratie keine Anwendung?* Warum schlemmen die Faulenzer und warum gibt man dem schaffenden Volke kein Existenzminimum? Ganz gleich soll die Bezahlung ja gar nicht sein, aber wenn ein höherer und höchster Beamter heute den zwei- oder dreifachen Betrag des Existenzminimums erhält, dann könnte er sich bescheiden, jedenfalls dürfte das Gehalt für hohe, höhere und höchste Beamte im ganzen Deutschen Reich nicht mehr betragen als jährlich 30 000 bis 40 000 Mark. ...

Wo sind die Männer, die laut und öffentlich auf Luxusgehälter verzichten, die nicht nach einem hohen Amte jagen, um eine hohe Bezahlung zu erlangen? Nicht der hohen Gehälter, sondern Ehren halber sollt ihr auf hoher Warte stehen, um dem leidenden Volke helfen zu können. Wirklich helfen aber kann nur derjenige, der wirklich selbstlos ist, und nur solche Leute können wir als Führer gebrauchen. Der kleine Beamte war es sein Leben lang, und hofft nun in höchster Not, dass der hochstehende Beamte nicht versagt ...“

Der Mann, der das geschrieben, (und vielleicht auch der Redakteur, der es aufgenommen hat,) weiß in der sozialdemokratischen Hierarchie offenbar noch nicht recht Bescheid. Wieviel Gehalt bekommen z. B. die folgenden sozialdemokratischen Großwürdenträger der verarmten deutschen Republik – nebenbei bemerkt: sämtlich Männer, die aus ihrem früheren Leben recht gut wissen, wie man mit einem Einkommen, das nur eben das Existenzminimum deckt, sich einrichten muss: Der Reichspräsident (*Ebert*); der preußische Ministerpräsident (*Otto Braun*); der Oberpräsident der Provinz Hannover (*Noske*); der preußische Kultusminister (*Hanisch*); der preußische Minister des Innern (*Severing*); der Oberbürgermeister der Stadt Kassel (*Scheidemann*); der Oberbürgermeister der Stadt Hannover (*Leinert*)? Wieviel Repräsentationsgelder bekommt der Präsident der preußischen Landesversammlung (*Leinert*); der Präsident des Deutschen Reichstags (*Löbe*)? Wieviel kriegt der Polizeipräsident von Berlin (*Richter*); Wieviel der Polizeipräsident von Köln (*Runge*)? Ein wirkliches Verdienst würde sich die Breslauer Volkswacht erst dann erwerben, wenn sie ihre intimen Beziehungen zu all den genannten Herren dazu benutzen wollte, dies festzustellen und öffentlich zu

beantworten. Dann erst würde jener gequälte Unterbeamte richtig verstehen, was es mit der „Lösung der sozialen Frage“, die die sozialdemokratische Partei so lange Jahrzehnte erstrebte, auf sich hat.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam Junkerstr. 36/37.

6. Jahrgang Nr. 9 5. Februar 1921

Schon wieder Burgfriede.

Berlin, 2. Februar 1921.

Nicht der einzige, vielleicht auch nicht der entscheidende, aber doch ein sehr wichtiger Grund, weshalb das sozialistische Verständnis bei den deutschen Arbeitern so rückständig ist, liegt darin, dass die angeblich „sozialistischen“ Blätter selbst kaum einen Hauch sozialistischen Geistes verspüren lassen. Gerade so wie in der Regel der einzelne Arbeiter, so sind auch seine Organisationen durch und durch von kapitalistischem Denken und kapitalistischem Empfinden verseucht. Und die Zeitungen sind ja nur deren Sprachorgane.

Das muss man leider immer wieder konstatieren. Ist doch der kapitalistische Gedankengang so plausibel, scheinbar so einfach und natürlich! Als zum Beispiel im August 1914 der Krieg ausbrach, schien es nicht die einfachste und natürlichste Sache von der Welt, dass „wir Deutsche“ zunächst einmal alle „inneren“ Streitigkeiten bei Seite setzten und erst einmal zusammenhielten gegen den „gemeinsamen äußeren Feind“? Denn wie sagte damals *Jules Guesde*, jener gute Spießbürger in Paris, den sogar ernst zu nehmende Leute früher für einen Sozialisten gehalten hatten? Wenn das Haus brennt, dann ist es egal, ob ich im vierten Stock wohne oder im ersten; mag ich als Prolet mit den reichen Großkotzen aus der Bel-Etage noch so sehr verfeindet sein, so muss ich ihnen doch löschen helfen; denn sonst verbrennt mein Hausrat im vierten Stock genauso wie der ihre im ersten. Kann man plastischer den Burgfrieden – oder, wie man ihn in Frankreich nannte, die „heilige Einigkeit“ – predigen? Wir haben im vorigen Heft²¹ gezeigt, wie auf diesem Wege die Arbeiter vor den [131] Wagen des Kapitalismus gespannt und aller Sozialismus in Stücke geschlagen wurde.

Genau dasselbe erleben wir gegenwärtig wieder einmal aus Anlass der neuen Forderungen, welche die Entente an die deutsche Regierung gestellt hat. Wie unsere Leser aus den Tageszeitungen wissen, laufen sie darauf hinaus, dass die Ententeregierungen nicht weniger als 42 Jahre lang das kleine Sümmchen von 226 Milliarden Goldmark (also rund 2700 Milliarden nach dem heutigen Stande des deutschen Papiergeldes) und außerdem noch alljährlich 12 % vom Werte der deutschen Ausfuhr herauspressen wollen. Und was tun daraufhin die „führenden“ Arbeiterblätter? Sie spielen fast genauso den wilden Mann wie im August 1914. Sie brüllen mit Wut und Pathos in die Welt hinaus, dass „Deutschland“ eine solche Last nicht zu tragen vermöge, dass „das deutsche Volk“ auf ein Menschenalter hinaus in Schuldknechtschaft gestoßen werden solle, und dergleichen mehr. In einem einzigen – besonders radikalen – Blatt fanden wir bisher einen leisen Hinweis darauf, dass es innerhalb des „deutschen Volkes“ auch noch Klassenunterschiede gibt. Aber wie! Das Blatt erzählte, dass die Folgen der Erfüllung jener Forderungen besonders schlimm, noch viel schlimmer als auf der Bourgeoisie, auf dem deutschen *Arbeiter* lasten würden! Woraus natürlich der deutsche Arbeiter gar keine andere Lehre entnehmen *kann*, als dass er jetzt vor allen Dingen gemeinsam mit den deutschen Kapitalisten eine Einheitsfront gegen die Ansprüche „der Feinde“ schließen muss. Wem fallen da nicht die Kreuzzüge der *Lensch* und *Noske* ein, die von Beginn des Krieges an den deutschen Arbeitern erzählten, gerade sie hätten, mehr noch als

²¹ In dem Aufsatz „Was uns als Deutsche eint“, Lichtstr. Nr. 8, 20. Jan. 1921, S. 121.

das deutsche Kapital, das allergrößte Interesse am deutschen Siege? An sogenannten „Beweisen“ für diese Behauptung hat es ihnen natürlich nie gemangelt.

Übrigens sei ausdrücklich betont, dass wir bei dem, was wir jetzt sagen, beileibe nicht die Herren Rechtssozialisten im Auge haben. Mit denen diskutieren wir nicht. Nein, es sind die „Linken“, die „Radikalen“, es sind diejenigen, die schon während des Krieges begannen, Opposition zu machen. Sie sind es, die jetzt- obgleich sie es vielleicht nicht wollen - das kapitalistische Denken und Empfinden in den Köpfen ihrer Leser stützen und stärken.

Selbstverständlich ist es die „Freiheit“, welche die tollsten Purzelbäume schlägt. Ihre Abhandlung über die Pariser Beschlüsse (am 1. Februar morgens) leitet sie mit dem Satz ein:

„Gerade wer, wie wir, stets den Standpunkt vertreten hat, dass die wirklich verübten Kriegsschäden von Deutsch- [132] land zu ersetzen seien, hat das Recht, jetzt zu sagen, dass die Ententeregierungen ein Vorgehen gewählt haben, das mit Wiedergutmachung nichts zu tun hat, sondern das einfach versucht, möglichst hohe Summen aus der deutschen Wirtschaft herauszuholen und zu diesem Zweck den Krieg mit wirtschaftlichen Mitteln fortzusetzen.“

Schon dieser Satz zeigt, dass die gute „Freiheit“ um einige Siriusweiten von jedem sozialistischen Verständnis entfernt ist. „Deutschland“ soll die wirklich verübten Kriegsschäden ersetzen? Ja, wer ist denn „Deutschland“? Hat die „Freiheit“ noch nie davon gehört, dass es in Deutschland zwei Klassen gibt, Kapitalisten und Proletarier, deren Interessen zueinander in unvereinbarem Widerspruch stehen? Wenn man schon einmal den kindisch-moralinsauren Standpunkt gelten lassen will, dass diejenigen die Kriegsschäden ersetzen sollen, die den Krieg „verschuldet“ haben, so haben doch selbst die „Freiheit“ und ihr Freund *Kautsky* immerfort behauptet, das seien der Kaiser, Bethmann Hollweg und sonst noch ein paar unfähige Diplomaten gewesen, und sie hätten es im Interesse des Kapitals getan. Und trotzdem soll „Deutschland“, das zum allergrößten Teil aus deutschen Arbeitern besteht, den Schaden ersetzen?

Man muss aber nicht etwa glauben, das sei nur ein falscher Zungenschlag, den wir der „Freiheit“ überflüssigerweise aufmutzen. Nein, es ist die würdige Einleitung zum Grundgedanken ihres Artikels. Dieser Grundgedanke besagt: *vor allen Dingen muss die kapitalistische Wirtschaft in Europa wieder aufgebaut werden*, sonst gehen wir alle zu Grunde, die Arbeiter so gut wie die Kapitalisten. Also genau der Gedanke des ehrsamten Pariser Spießbürgers *Jules Guesde* von 1914. Freilich, international ist die „Freiheit“ auch. Ihre Sorge erstreckt sich nicht nur auf den deutschen, sondern auch auf den englischen, den französischen und sonstigen Kapitalismus. Das ist sogar in ihren Augen das allerschlimmste Verbrechen der französischen Forderungen, dass sie dem außerdeutschen Kapital eine unerträgliche Konkurrenz bereiten (und dadurch eben den Wiederaufbau des europäischen Kapitalismus vereiteln und zuletzt das französische Kapital selbst zu Fall bringen) würden. Man höre nur ihre geradezu väterliche Angst um den internationalen Kapitalismus:

„Welche Konkurrenz bedeutet das für die übrige kapitalistische Industrie, für England und die Vereinigten Staaten? ... Dazu kommt noch der andere Umstand, dass der größte Teil des uns auferlegten Tributs der französischen Volkswirtschaft ohne Gegenwert zugutekäme. Diese wurde in die Lage versetzt sein, unter besonders günstigen Umständen zu produzieren. Die Entwicklung der französi- [133] schen Industrie, ohnehin durch die Einbeziehung des luxemburgischen und lothringischen Gebiets besonders aussichtsreich, wurde dadurch treibhausmäßig gefördert, ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkt, besonders für die Vereinigten Staaten und England außerordentlich gesteigert. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes würde dagegen für alle Fertigfabrikate anderer Länder auf ein Minimum reduziert.“

Wie ist es möglich, dass das Blatt, das doch immerhin von *Hilferding* geleitet wird, der durch seine früheren Leistungen sich als gründlicher Kenner der Nationalökonomie und des Sozialismus erwiesen hat – wir fragen, wie ist es möglich, dass das Blatt zu so widersinnigen und antisozialistischen Schlussfolgerungen gelangt? Antwort: *weil es ganz und gar den sozialistischen Boden unter den Füßen verloren hat*. Man lese z. B. folgende Zeilen aus demselben Artikel:

„Der entscheidende Grund der schweren ökonomischen Weltkrise ist ja der, dass ganz Osteuropa als Lieferant von Rohstoffen und damit als Abnehmer von Industrieprodukten ausgeschaltet ist.“

Das sind die Gedankengänge der plattesten Vulgärökonomie. Sie wären dem Chefredakteur *Hilferding* zur Zeit, als er sein „Finanzkapital“ schrieb, sicher nicht unterlaufen. Was er hier als „entscheidenden Grund“ der Weltkrise bezeichnet, ist ein ganz oberflächlicher Anlass, eine äußerliche Erscheinungsform viel tiefer liegender Ursachen.

Wer kapitalistisch denkt, in dessen Kopf spiegelte sich der Verlauf der Dinge vor dem Kriege etwa folgendermaßen: Wir arbeiten und arbeiten, aber so sehr auch Einzelne dabei ihre Rechnung finden mögen, als „Volksganzes“ kommen wir doch auf keinen grünen Zweig. Das kann nur an der *ausländischen Konkurrenz* liegen. Deshalb müssen wir als „Volksganzes“ zusammenhalten und die fremde Konkurrenz im Lande wie über See, wenn nötig, mit Waffengewalt zurückweisen. Das ist nur eine legitime Verteidigung „unserer“ Interessen. So dachten in England wie in Deutschland nicht nur die Kapitalisten, sondern leider auch die meisten Arbeiter. Wer sich aber die Mühe nahm, außer Marx' unsterblichem „Kapital“ etwa noch *Hilferdings* „Finanzkapital“ und Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“ zu lesen, der erfuhr schon damals, dass die Sache doch etwas anders zusammenhing. Für die kapitalistische Wirtschaft zählt alles, was die Arbeiter kriegen, zu den Unkosten der Produktion, die möglichst niedrig gehalten werden müssen. An einer Hebung der Kaufkraft der großen Massen ist also dem Kapital gar nichts gelegen; im Gegenteil. So ist schon klar, weshalb das „Volksganze“ trotz des riesigen wirtschaftlichen Aufschwungs [134] immer weiter Not litt. Aber mehr noch. Weil auf diese Weise der „innere Markt“ gerade mit dem Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung immer mehr versagen muss, so ist das Kapital darauf angewiesen, außerhalb der kapitalistisch organisierten Menschheit Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu finden. Dies hat zunächst seinen Aufschwung noch gesteigert, damit zugleich aber natürlich den ihm zur Verfügung stehenden Spielraum umso schneller aufgezehrt. Es kam der Augenblick, wo der Kapitalismus überhaupt nicht mehr normal funktionieren konnte. In dieser Erstickungsgefahr stürzten sich die Kapitalmächte der verschiedenen Länder aufeinander, um womöglich dem anderen etwas Spielraum zu rauben und so das eigene Leben ein wenig zu verlängern: der Weltkrieg brach aus. Allein die Tatsache seines Ausbruchs zeigt schon, dass der Kapitalismus nicht mehr im Stande ist, regelrecht zu produzieren. Und was wir seitdem sehen, sind seine weiteren Todeszuckungen. So die ungeheure Steigerung aller Preise. Trotzdem die Arbeiter viel mehr ausgebeutet werden, als vor dem Kriege (die Löhne sind bekanntlich viel niedriger,) reicht's doch nicht hin, um dem Kapital das Leben zu fristen, es muss auf der anderen Seite auch die Konsumenten überteuern. Auch das geht natürlich nur eine Weile, dann können die Konsumenten – auch diejenigen, die nicht Proletarier sind, oder die in anderen Ländern wohnen – nicht mehr kaufen, die Weltkrise ist da.

Sie ist also keineswegs – wie die „Freiheit“ meint – die Folge einer fehlerhaften Politik der Diplomaten, die ungeschickte Friedensverträge gemacht haben. Sondern sie ist die notwendige und organische Folge der Tatsache, dass der Kapitalismus am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist.

Dann aber ist es eine kindliche Utopie zu sagen, die Arbeiter müssen mit den Kapitalisten zusammenstehen, um erst einmal die „europäische Wirtschaft“ (will heißen: den europäischen Kapitalismus) wieder aufzubauen. Sondern ein *Sozialist* kann dazu nur sagen: den Zank um die verrückten französischen Forderungen, von denen sogar ein englisches Blatt (der „Observer“ sagt, man könne sich über diese Regelung bis zum Jahre 1963 „nur amüsieren“, den wollen wir ruhig den Kapitalisten der verschiedenen Länder überlassen. Wir aber wollen uns mit unseren Arbeitsbrüdern in Frankreich, in England, in der ganzen Welt zusammenschließen, um in gemeinsamer Tätigkeit die Kriegsschäden zu heilen und die Wirtschaft nicht kapitalistisch, sondern *organisch* wiederaufzubauen. [135]

Der Kommunismus der Hussiten.

Von H. Farwig.

Durch das ganze Mittelalter hindurch zieht sich wie ein roter Faden die Rebellion gegen die alles beherrschende Kirche. Immer neue Ketzereien treten auf, die blutig niedergeworfen wurden. Alle diese, den Bestand der Kirche manchmal in Frage stellenden Rebellionen liefen ohne Ausnahme darauf hinaus, das Urchristentum in seiner reinen und unverfälschten, das heißt *kommunistischen* Gestalt wiederherzustellen.

Die Kirche des späteren und des ausgehenden Mittelalters war nicht mehr die der ersten Jahrhunderte. Aus den kleinen verfolgten Gemeinden der bettelarmen Schichten der Bevölkerung des untergehenden römischen Weltreichs war die reiche und darum herrschende Kirche der späteren Jahrhunderte geworden. In allen Ländern der Christenheit war sie die größte Grundbesitzerin und zahllose Existenzen waren von ihr abhängig. Durch mancherlei Kanäle ging ihr Einfluss bis in die höchsten Spitzen der mittelalterlichen Staaten. Der ungeheure Reichtum der Kirche, durch den letzten Willen frommer Sterbender immer wieder vermehrt, korrumpierte aber schließlich ihre Reihen. Am meisten natürlich ihre oberen Schichten, die in unerhörter Pracht und in einem unsinnigen Luxus dahinlebten. Gegen den Ausgang des Mittelalters zeigten sich die Tendenzen der Verweltlichung der Kirche immer stärker.

Und eben hiergegen richtete sich immer wieder die Kritik der Ketzler. Sie forderten, dass die Kirche wieder zurückkehren solle zu den ärmlichen Zuständen und der wahren Frömmigkeit der urchristlichen Gemeinden. Als Ursache des sittlichen Verfalls der Kirche erkannten die Ketzler den großen Reichtum der Kirche, der ja nur entstehen konnte, weil sie den Kommunismus der Urgemeinden, diese einzige Quelle eines reinen Lebenswandels, aufgegeben hatte. „Zurück zum Kommunismus des Urchristentums“ war daher die Parole aller Richtungen der mittelalterlichen Ketzler, die alle im Sinne des Urchristentums Kommunisten waren.

Nach dem damaligen Stande der Produktion konnte der Kommunismus der urchristlichen Gemeinden kein solcher sein, wie ihn die moderne Arbeiterschaft erstrebt: der gemeinschaftliche Besitz aller Produktionsmittel. Sondern er konnte nur ein Kommunismus des Verbrauchs sein. Da die Grundlage der mittelalterlichen Produktion die Einzelfamilie war (Handwerk, Bauernwirtschaft), musste sich der Kommunismus, wollte er diese [136] nicht entarten, darauf beschränken, die Produkte, die die einzelne Familie hergestellt, gemeinsam zu verzehren.

Radikale Richtungen, die vor der Auflösung der Familie nicht zurückschreckten und den Kommunismus auch auf die Frauen ausgedehnt wissen wollten, gab es freilich hier und da auch. Nirgends aber konnten sie sich durchsetzen. Ein anderer Weg, den Gemeinbesitz auch auf die Produktion auszudehnen, war der, sich überhaupt jeden Verkehrs mit Weibern zu enthalten. Diesen Weg gingen die Mönchsorden, die in ihrer Entstehungszeit gleichfalls gegen

das üppige Papsttum gerichtet waren; später aber verstand das Papsttum, die Orden in seinen Dienst zu nehmen.

Jedoch auch der nur mit dem gemeinschaftlichen Verbrauch sich bescheidende Kommunismus war nirgends für längere Zeit durchführbar. So wenig wie das Urchristentum auf dieser Grundlage dauernd bestehen konnte, ebenso wenig vermochte irgendeine andere Gemeinschaft für längere Zeit sich auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Verbrauchs bei Weiterbestand des Einzeleigentums zu erhalten.

Eine ganze Kette von solchen primitiv-kommunistischen Bewegungen zieht sich durch das Mittelalter und die mächtigste, die für einen Augenblick den Bestand nicht nur der Kirche, sondern auch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in Frage stellte, war die unter dem Namen der *Hussitischen Bewegung* bekannte Erhebung des böhmischen Volkes im 15. Jahrhundert. Viele Ursachen mussten zusammentreffen, um die Bewegung in der Stärke und dem Umfange, den sie annehmen sollte, möglich zu machen. Da ist einmal die Kirche, die auch in Böhmen reich, mächtig, üppig und zur größten Ausbeutungsmaschine geworden war. Dann ist auch die frühe wirtschaftliche Blüte Böhmens ein Hauptgrund für das Aufkommen kommunistischer Tendenzen gewesen. Sehr viel haben dazu die ergiebigen Bergwerke beigetragen. Und eben hier machten sich auch zuerst tiefgehende soziale Gegensätze geltend. Die Bergknappen der Silberbergwerke Böhmens waren nicht mehr, wie einst, auch zugleich ihre genossenschaftlichen Besitzer; sie waren vielmehr ausgebeutete Proletarier geworden, die nicht mehr für sich selbst, sondern für andere Leute den Reichtum aus dem Schoße der Erde hervorholten.

Soziale Gegensätze gab es auch sonst und nicht zuletzt auf dem flachen Lande. Die große Masse der Bauern, zwar damals nicht mehr leibeigen, litt doch unter dem Druck der großen Herren und der Kirche. Auch der kleine Adel, dem es damals nicht gut ging, war ketzerischen Ideen nicht unzugänglich. [137]

Nun kamen aber für die Hussitische Bewegung als wirksamste Ursache noch die *nationalen* Gegensätze hinzu. Die Hussitische Bewegung war auch der nationale Kampf des unterdrückten Böhmenvolks gegen die deutsche Herrschicht. Deutsche waren alle Ausbeuter und alle Herrschenden in Böhmen. Die Besitzer der Bergwerke waren Prager Patrizier deutscher Herkunft. Die Mitglieder des höheren Klerus waren Deutsche. Alle einflussreichen und gut ausgestatteten Posten an der Prager Universität waren von Deutschen besetzt. So war es auf allen Gebieten. Überall war der Böhme der Unterdrückte und Ausgebeutete und überall trat ihm der Deutsche entgegen als Mitglied der herrschenden Klasse.

Auf diesem Boden erwuchs die große Bewegung des 15. Jahrhunderts, die an den Namen des böhmischen Geistlichen *Johann Huß* anknüpfte. Dieser war nicht der erste Reformator, der in Böhmen gegen die weltlich gewordene und alle Welt auf tausenderlei Weise ausbeutende Kirche predigte. Schon vor ihm war in seinem Sinne gelehrt worden; zu seiner Zeit aber war die Erbitterung des böhmischen Volkes auf den Gipfelpunkt gestiegen. Johann Huß, armer böhmischer Leute Kind, wurde deswegen für eine Zeitlang der Führer seines Volkes, weil er das, was alle dachten, auf allen verständliche Art aussprach. Und eben deswegen wurde er dem Reiche und der Kirche gefährlich. Am 6. Juli 1415 ließ das *Konstanzer Konzil*, das eigentlich zusammengetreten war, um eine Neuordnung der verfallenen Kirche an Haupt und Gliedern durchzuführen, Johann Huß verbrennen.

Das war die äußere Veranlassung für die böhmische Erhebung gegen Kaiser und Papst. Kommunistische Ideen lagen damals sozusagen in der Luft. Und gerade in Böhmen wurden sie an allen Ecken und Enden gepredigt. Waldenser aus Südfrankreich, Begharden aus Brabant und Flandern predigten wie die Hussitischen Sendboten die Rückkehr zum reinen

Christentum der Urzeit – zum Kommunismus. Sie verkündeten, das tausendjährige Reich sei nun endlich angebrochen. Das üppige lasterhafte Prag werde wie einst Sodom und Gomorrha vom Erdboden vertilgt werden; aber in einer Reihe von anderen Städten würden die Gerechten, d.h. die Kommunisten, Schutz finden. Christus werde in all seiner Herrlichkeit herniedersteigen und ein Reich gründen, in dem es keine Herren und Knechte mehr geben werde. Weder Sünde noch Not werde es hier geben und auch keine Gesetze als die „des freien Geistes“. Alle Gerechten würden in den Stand paradiesischer Unschuld zurückversetzt und [138] würden keinerlei körperliche Bedürfnisse und keinerlei Leiden mehr kennen.

An einzelnen Orten gründeten die Apostel des urchristlichen Kommunismus Gemeinden, die nach Art der ersten christlichen Gemeinden auf dem gemeinsamen Verbrauch begründet waren. Als im Jahre 1419 die Kommunisten aus der Stadt *Austi* (während der kurzen Reaktion unter Wenzel, König von Böhmen) vertrieben waren, gründeten die Vertriebenen auf einem Hügel an der Luschnitz eine Stadt, die sie *Tabor* nannten (1420). Dieses Tabor nun wurde für kurze Zeit, wie über hundert Jahre später Münster, das Mekka, oder vielleicht kann man sagen, das Moskau für alle Kommunisten der Zeit. Hier war der Mittelpunkt der radikalen Hussiten, eben der Kommunisten oder Taboriten. Deren Kommunismus bestand auch nur, wie der des ganzen Mittelalters überhaupt, im gemeinsamen Verbrauch der in der Einzelfamilie unter Beibehaltung des Privateigentums hergestellten Bedarfsartikel; hatte also mit unserem modernen Kommunismus nur wenig gemein. Eine kleine Schicht war es, die weiter ging, die Einzelfamilie aufhob und den Kommunismus der Weiber einführte: die Sekte der Nikolaiten oder Adamiten. Sie aber konnten sich gegen die Mehrheit der Gemäßigten nicht behaupten und wurden 1421 auf sehr wenig „gemäßigte“ Art von diesen ausgerottet.

Aber dieser für unsere Begriffe sehr fragwürdige Kommunismus der Hussiten oder, nach ihrem Hauptort, Taboriten war doch stark genug, der ganzen Bewegung die Kraft zu verleihen, die es ihr ermöglichte, sich mehrere Jahrzehnte hindurch gegen das Papsttum und das mit ihm verbündete Reich zu verteidigen. Nicht nur das: für lange Jahre waren die Hussitischen Heere, deren festen Kern die Kommunisten von Tabor bildeten, der Schrecken der deutschen Reichsheere. Weil die Hussitische Bewegung sich gegenüber einer Welt von Feinden zu verteidigen hatte, eben dadurch gelangten für eine Zeitlang die Kommunisten in Böhmen zu großem überragendem Einfluss. Sie waren das rührigste Element in Böhmen; sie allein hatten überhaupt eine Idee, für die sie kämpften. Das alles war bei den übrigen Anhängern der Bewegung, z. B. bei den Bürgern von Prag und dem mit diesen verbundenen Adel, entweder sehr viel weniger oder überhaupt nicht vorhanden. Für die Bürger Prags und für den Adel bestand das Ziel ihrer Wünsche nur in einem Anteil an der Ausbeutung ihres Landes, die wollten sie nicht den Deutschen allein überlassen. Irgendein ideales Ziel lag ihnen fern. Damit erklärt es sich, wenn für ein Jahrzehnt etwa die Kommunisten die ausschlaggebende Partei in Böhmen waren. [139]

Ähnlich wie zur Zeit der großen Französischen Revolution die Jakobiner die Herrschaft an sich rissen, weil sie die rührigste, radikalste Schicht waren, ähnlich so war es zur Zeit des Hussitenkrieges in Böhmen. Das macht es uns aber auch verständlich, dass unter solchen Umständen in ihren Erfolgen, in ihrem Siege auch schon der Keim ihrer künftigen Niederlage lag. Denn alle die einander widerstrebenden Elemente, die Prager Bürger und der Adel, die auch von dem sehr gemäßigten Kommunismus der Taboriten nichts wissen wollten, waren nur durch die gemeinsame Not, durch die wütende Verfolgung durch Reich und Kirche zusammengehalten worden. Und sobald der Zeitpunkt da war, wo Kaiser und Papst sich zu einiger Nachgiebigkeit, zu Vergleichen bereitfanden, war es aus mit dem Einfluss der Kommunisten von Tabor.

Zwischen den Taboriten und der Adelpartei, auf deren Seite auch die reich gewordenen Prager Bürger kämpften, fand eine Schlacht statt am 30. Mai 1434, in der die ersteren

entscheidend geschlagen wurden. Noch eine Zeitlang wurden die Taboriten geduldet. Mit ihrem Kommunismus aber war es schon vorher aus. Denn an einem solchen Kommunismus, wie an dem der Taboriten, konnten nur die Armen dauerndes Interesse haben. Die Taboriten aber waren auf ihren vielen Kriegszügen wohlhabend geworden. Etwa zwanzig Jahre nach ihrer Niederlage besuchte *Aneas Sylvius* die Stadt. Kautsky zitiert eine Stelle aus dem Berichte des Aneas Sylvius.²² Es heißt dort: „Jene Leute besitzen zahlreichen und kostbaren Hausrat und ungemein große Reichtümer. Denn in dem einen Ort haben sie die Beute vieler Völker zusammengetragen. *Sie wollten einst in allen Dingen nach der Art der Kirche leben und hielten alles gemeinsam*: sie nannten sich gegenseitig Brüder ... Jetzt aber lebt jeder für sich, und die einen hungern, indes die andern schwelgen ...“

Trotz alledem erschienen den Machthabern Böhmens die Taboriten noch gefährlich und sie wurden gezwungen, ihre Priester auszuliefern. Ihr Kommunismus war zu seinem geistigen Ausgangspunkte, zur Religion zurückgekehrt. Soweit ihre Überreste nicht als genossenschaftlich organisierte Landsknechtsbanden sich auf den verschiedensten Schlachtfeldern im Dienste fremder Herren schlugen, lebten ihre Nachkommen als „böhmische [140] Brüder“. Deren Kommunismus bestand nur noch in einer eifriger als sonst etwa betriebenen Mildtätigkeit.

Gibt es auch zwischen dem modernen und dem mittelalterlichen Kommunismus nicht sehr viele Berührungspunkte – einem aber sind beide gleich: in ihrem *wirklich revolutionären Geist*. *Karl Kautsky* sagt darüber: „Der urchristliche Kommunismus war unpolitisch und tatlos. Dagegen hat der proletarische Kommunismus vom Mittelalter an naturnotwendig das Bestreben, unter günstigen Umständen ein politischer und rebellischer zu werden. *Wie die heutige Sozialdemokratie (1909, der Verf.)*, setzt auch er sich dann als Ziel die Diktatur des Proletariats als den wirksamsten Hebel zur Herbeiführung der kommunistischen Gesellschaft.“²³

Rundschau.

Ein Experiment. Die Vivisektion, jene scheußliche Methode, die lebendige Wesen verstümmelt, um die bewegenden Kräfte ihrer normalen Lebensbetätigung zu ergründen, wurde bisher nur an Tieren verübt, die sich nicht wehren können. Wenn man den Zeitungen trauen darf, hat sich ein Teil der *amerikanischen Arbeiter* soeben freiwillig zu einem ähnlichen „Experiment am lebendigen Leibe“ hergegeben. Es wird nämlich berichtet, dass sich in Amerika der Lohnabbau immer mehr durchsetzt:

„Selbst ein Teil der Gewerkschaften rät den Arbeitern, die Notlage der Industrie zu berücksichtigen und sich mit einer Verkürzung ihres Einkommens um 20% einverstanden zu erklären, um die Besitzer nicht zu einer vollständigen Stilllegung ihrer Betriebe zu zwingen. In der Stahl- und Eisenindustrie sollen die Löhne sogar um 33 % vermindert werden, in der Textil- und Lederindustrie um 20%.“

Und in einem anderen Bericht lesen wir:

„Die Midvale Steel, Lukens Steel und Republican Iron and Steel haben sich infolge sehr starken Rückganges ihrer Produktion gezwungen gesehen, den Arbeitern nur noch 80% der Löhne zu bezahlen. Sie haben außerdem alle Sondervergütungen für die Überstunden aufgehoben. ... Der Rückgang der Bezüge der Angestellten, die die höchsten Gehälter bekamen, geht weit über die 25% Durchschnitt der zugestandenen

²² Karl Kautsky, Vorläufer des neueren Sozialismus, Bd. 1 Seite 361.

²³ S. 219. Von Kautsky unterstrichen.

Lohnreduktionen hinaus. Die Schuhfabriken, die Seiden- und Bekleidungsindustrie haben ebenfalls die Arbeitslöhne um 20% und selbst darüber hinaus herabsetzen müssen, und zwar meistens mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab, *ohne dass von Seiten der Arbeitersyndikate Einspruch dagegen erhoben wurde, die alle die Lohnherabsetzung zulassen, da sie hierin die unbedingte Voraussetzung für die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens erblicken.* Angesichts der wachsenden Zahl der Arbeitslosen als Folge der durch den Käuferstreik ver- [141] ursachten Schließung der Fabriken, sind die Arbeitersyndikate entschlossen, nicht mehr an der gegenwärtigen hohen Lohnskala festzuhalten. *Sie erachten es für besser, ihrerseits nach Kräften zur Lösung der augenblicklichen Krise beizutragen* und gestehen daher die Lohnermäßigung zu, damit die Fabrikanten zu einem so niedrigen Preise produzieren können, dass sie Käufer finden. Die Führer der Textilarbeitervereinigung haben vor vierzehn Tagen die Mitglieder des Syndikats beschworen, keinen Streik zur Aufrechterhaltung der Löhne zu erklären, und in anderen Teilen des Landes, wo die Komitees der Syndikate aus dem vorerwähnten Grunde die Streikparole bereits ausgegeben hatten, haben die Arbeiter selbst die Arbeit zu niedrigeren Löhnen wieder aufgenommen.“

Wir sind, wie gesagt, nicht in der Lage, diese Berichte nachzuprüfen. Aber wenn sie stimmen, dann würden die amerikanischen Arbeiter auf das Gerede hereingefallen sein, dass die Steigerung der Warenpreise nur eine Folge der Lohnsteigerung sei. Und dann kommen wir zu einem Experiment am lebendigen Körper der Arbeiter. Es muss sich dann bald zeigen, ob nach diesen starken Lohnermäßigungen auch die Preise entsprechend sinken werden. Man könnte der Sache mit einem gewissen objektiven, rein wissenschaftlichen Interesse gegenüberstehen, wenn sich's nur nicht um den Hunger von Hunderttausenden handelte. So fürchten wir leider, es wird sich weiter nichts zeigen, als dass den irreführten Arbeitern schier buchstäblich die Haut über die Ohren gezogen wird.

Bisher nicht widersprochen. Seit der Novemberrevolution sind über das Treiben der Rechtssozialisten, die seit Kriegsbeginn so plötzlich „Patrioten“ geworden, eine Menge Dinge höchst anrühriger Natur behauptet und veröffentlicht worden. Da kamen Aktenstücke aus Polizeiarchiven ans Tageslicht, wonach der Gewerkschaftssekretär so und so oder der Parteiführer so und so den oder jenen Genossen, damals noch Mitglied seiner eigenen Partei, den Behörden denunziert hatte, um ihn in den Schützengraben oder ins Gefängnis zu schleppen. Immer mit Angabe von Namen, Datum und Wohnort. Geschadet hat das den entlarvten Denunzianten – so viel uns bekannt – nichts. Sie sind weiter Zierden der rechtssozialistischen Partei geblieben. In den letzten Tagen (am 2. Februar) hat die „Freiheit“ sogar behauptet, aus den Geheimakten des Reichsmarineamtes gehe hervor, dass *Noske* schon im Jahre 1917 die Unabhängigen *Haase*, *Vogtherr* und *Dittmann* ins Zuchthaus bringen wollte. Er hätte seine guten Beziehungen zu den kaiserlichen Offizieren dazu benutzt, sie aufzufordern, den drei Genannten den Prozess wegen Hochverrats zu machen. Indessen sind diese Angaben doch wohl etwas zu unbestimmt. Die „Freiheit“ wird da wohl noch etwas mehr mit der Sprache herausrücken müssen.

Dagegen ist in einem der letzten Sklarz-Prozesse etwas sehr Bestimmtes ausgesprochen worden. In der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* vom 19. Januar steht, der Staatsanwalt Dr. Gutfahr, der in einem Prozess gegen einen der Brüder Sklarz amtlich tätig war, habe als Zeuge vor Gericht ausgesagt, dass

„Ministerialdirektor Rauscher bei ihm gewesen sei und ihm gesagt habe, die SPD habe das größte Interesse daran, dass der „Fall Sklarz“ bis zu den Wahlen eingestellt würde. Als ich ihn dann bat, mir doch zu sagen, von wem ich denn nun eigentlich „verpetzt“ worden sei, wollte er mir [142] das nicht sagen. Es wurde mir ferner mitgeteilt, dass bis zum

15. April das Verfahren gegen Sklarz zu Ende sein müsse, sonst würde eine Beschwerde gegen mich erfolgen.“

Dies ist die klare und unzweideutige Anschuldigung der Korruption gegen die sozialdemokratische Partei. Es sind seitdem über zwei Wochen vergangen, doch ist uns bisher nicht zu Ohren gekommen, dass die sozialdemokratische Partei dem auch nur widersprochen habe.

Woher die Teuerung? Im Jahresbericht der *Berliner Handelskammer* steht zu lesen:

„So viele natürliche Ursachen die heutige Preisgestaltung auch haben mag, die allgemeine Anschauung geht dahin, dass den natürlichen Einwirkungen in nicht unbeträchtlichem Maße künstlich nachgeholfen wurde. Es kann auch unsererseits nicht verschwiegen werden, dass *zahlreiche Unternehmer* sowohl im Kriege als auch namentlich in der Nachkriegszeit, eine *kurzsichtige Profitpolitik* betrieben haben, die, vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat sich fortsetzend, unsinnige Endpreise zum Ergebnis hatte.“

In gangbares Deutsch übersetzt, heißt das: die Preise sind deshalb so wahnsinnig gestiegen, weil die Kapitalisten wahnsinnig viel erraffen. Genau das, was wir schon vor einem Jahr (in der Artikelreihe „Die Ursachen der Teuerung“ im 5. Jahrg. unserer Zeitschrift) ausführlich nachgewiesen haben. Nur darin irrt die Handelskammer, dass sie meint, dies sei aus besonderer Bosheit oder Unfähigkeit geschehen. Nein, die Kapitalisten haben getan, was sie als tüchtige Kaufleute tun mussten: sie haben die Konjunktur ausgenutzt. Deshalb ist auch von bloßer Belehrung und väterlicher Ermahnung der Kapitalisten keine Besserung zu erhoffen. Der Profit überhaupt, das kapitalistische System muss verschwinden, dann erst besteht Aussicht, alle Menschen auskömmlich zu versorgen.

Deutschland ohne Heer. Am 31. Dezember 1920 wurde amtlich mitgeteilt: Statt 800 000 Mann Friedensstärke besitzen wir heute nur etwa 96 000 Mann. 40 000 Offiziere wurden entlassen, nur noch 4000 sind in der Reichswehr verblieben. Wir haben keine schwere Artillerie, keine Flieger- und Luftschifferformationen mehr. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Die Dienststellen für die militärische Listenführung – die Bezirkskommandos – sind verschwunden. Alle Offiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes sind aus ihren militärischen Dienstverpflichtungen entlassen.

Unsere deutschen Festungen an der Westgrenze sind zerstört; alle modernen Anlagen, Forts, Unterstände, Panzertürme sind gesprengt, Kabelleitungen, militärische Eisenbahn- und Förderbahnlinien sind im Abbau begriffen. Nur die Festungen an der Ost- und Südgrenze des Reiches sind in verteidigungsfähigem Zustande geblieben. Alle modernen Betonbauten der West-Festungen sind zerstört. Unsere Bestände an Waffen entsprechen am 31. Dezember dem Stande des neuen Reichsheeres, wie sie der Friedensvertrag, beziehungsweise das Protokoll von Spaa festsetzen. 50 000 Geschütze, 5 Millionen Handfeuerwaffen, 60 000 Maschinengewehre sind zerstört. Alle Industriebetriebe, die Kriegsgerät hergestellt hatten, sind auf Friedensarbeit umgestellt, darunter die Riesenbetriebe des Staates und die Weltfirmen Krupp und Ehrhardt.

Unsere Lenkluftschiffe, 14 000 Flugzeuge und 26 000 Flugzeugmotore sind abgeliefert oder zerstört, Hunderte von Flugzeughallen sind abgebrochen oder im Abbruch begriffen.

Damit ist – zwar noch nicht völlig, aber doch nahezu – ein Zustand erreicht, den die deutsche Sozialdemokratie Jahrzehnte lang als [143] Ideal angestrebt hat. Das deutsche Volk ist die Fesseln und Lasten des Militärs los. Die ungeheuren Kosten, die die Unterhaltung des Riesenheeres erforderte, brauchen wir nun nicht mehr aufzubringen. Es wird jetzt auf die

deutschen Arbeiter ankommen, dafür zu sorgen, dass die so ersparten Summen zur kulturellen Hebung der Gesamtheit dienen.

Bitte nachzahlen! Wie die „Freiheit“ mitteilt, werden die deutschen Arbeiter in den nächsten Wochen Steuern nachzahlen müssen. Nachzahlen? Sind sie denn nicht fast die einzigen, die im vorigen Jahr Steuern bezahlt haben, indem man ihnen gleich vom Lohn 10% abzog? Das schon. Aber das war doch nur eine Abschlagszahlung. Das dicke Ende kommt noch nach. Es war noch eine besondere Liebenswürdigkeit vom Staat, dass er so lange gewartet hat. Jetzt wird man euch den Rest zusammenrechnen, dass euch die Augen übergehen sollen. Wer z. B. 16 800 M. Einkommen hatte, der muss 3000 M. Steuern hergeben, und bis jetzt hat er erst 2000 bezahlt. Also raus mit den restlichen 1000 Mark! Nach der Berechnung der „Freiheit“ sollen *innerhalb 6 Wochen* nachgezahlt werden:

bei einem Jahreseinkommen von 10 000 M.	450.- M.
bei einem Jahreseinkommen von 11 000 M.	550.- M.
bei einem Jahreseinkommen von 12 000 M.	660.- M.
bei einem Jahreseinkommen von 13 000 M.	680.- M.
bei einem Jahreseinkommen von 15 000 M.	1050.- M.
bei einem Jahreseinkommen von 20 000 M.	1840.- M.

Das wird eine schöne Bescherung geben. Ja, ja, die „Demokratie“ ist nicht umsonst.

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften *nicht bei uns*, sondern bei dem jedes Mal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

Kunst und Proletariat. Von *Klara Zetkin*. Verlag Kommunist. Jugend, Wien IX., Pulverturm-gasse 7. 16 Seiten.

Einstein. Einblicke in seine Gedankenwelt. Gemeinverständliche Betrachtungen über die Relativitäts-Theorie und ein neues Weltsystem, entwickelt aus Gesprächen mit Einstein. Von *Alexander Moszkowski*. Verlag Hoffmann u. Campe, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 25. 240 Seiten.

Ins Paradies des Urmenschen. 25 Jahre Vorweltforschung. Von Dr. *O. Hauser*. Verlag Hoffmann u. Campe, Berlin W. 35, 260 S.

Ptak und andere Erzählungen aus der Revolution. Von *Fedja*. Verlag Arbeiterbuchhandlung, Wien VIII., Alserstr. 69. 72 Seiten. Preis 16 Kronen (für organisierte Arbeiter 12 Kronen).

Liebe, Ehe, Familie. Von *Otto Rühle*. Verlag der Kommunist. Buchhandlung Dresden, Seminarstr. 23. 30 Seiten. Preis 2 Mark.

Nicht Gewalt, sondern Organisation. Der Grundirrtum des Bolschewismus. Von *Heinrich Ströbel*. Verlag Der Firm, Berlin W. 57.

6. Jahrgang Nr. 10 20. Februar 1921

Und dennoch nationale Einheitsfront?

Berlin, 18. Februar 1921.

Wie es heißt, bereiten die Regierungen der Entente eine intensive Einmischung in die „inneren deutschen Angelegenheiten“ vor. Die neuen Pariser Forderungen, die auf den ersten Blick anmuten, als seien sie einem kranken Hirn entsprungen, sind dies ja keineswegs. Vielmehr sind sie die logische Folge der jahrelangen Kriegshetze. Die Herren *Millerand* und *Briand* und andere ebenso würdige Vertreter des „Sozialismus“ können jetzt nicht eingestehen, dass sie ihre Landsleute belogen haben, als sie ihnen rund 3 Jahre lang versprochen, Deutschland werde, wenn es nur erst besiegt sei, alles bezahlen. So müssen sie folgerichtig zu immer wahnsinnigeren Forderungen kommen; alles, was drüben fehlt, müssen sie sich den Anschein geben, aus Deutschland herauszuholen. Und deshalb müssen sie auch so tun, als ob sie der deutschen Regierung auf die Finger sähen und ihr die Möglichkeit zur Zahlung wiesen. Darum haben sie sich jetzt von ihren Sachverständigen ein Gutachten über die deutschen Staatsfinanzen geben lassen. Und die haben natürlich gefunden, dass bei uns noch kolossal viel gespart und kolossal viel neue Steuern erhoben werden können. Wenn z. B., heißt es da, die Eisenbahnen ein Defizit von 19 Milliarden Mark aufweisen, so müssen 6 Milliarden gespart werden, die jetzt die Reparaturen und Erneuerungen kosten; 6 weitere Milliarden müssen an Gehältern gespart werden, man muss so viel Beamte entlassen; und nochmal 6 Milliarden müssen durch Verteuerung der Tarife eingebracht werden. Ebenso müssen die Steuern auf alle möglichen Konsumgüter wie Alkohol, Tabak, Zucker, Kaffee, Tee und desgleichen die Zölle kräftig erhöht werden. Dann wird Deutschland schon zahlen können. [145]

Wenn man das so liest, springt da nicht in die Augen, dass es *doch* ein gemeinsames Interesse des „gesamten deutschen Volkes“ gibt? Dass also die Überzeugung vom unbedingten Klassengegensatz, auf der der ganze Kommunismus in Theorie und Praxis beruht, falsch ist? Die „Feinde“ wollen, da sie von Deutschland nicht so viel kriegen, wie sie verlangen, selbst die Hand auf die öffentlichen Gelder Deutschlands legen, wollen selbst Steuern, Eisenbahntarife usw. bestimmen, selbstverständlich in *ihrem* Interesse und, ohne die geringste Rücksicht auf „uns“. Und was dabei herauskommt, sieht man ja schon an diesen paar Proben: eine schauerliche Verteuerung alles Lebensbedarfs, und überdies noch die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden, nur zu dem Zweck, Geld ins Ausland zu schicken. Haben wir nicht alle, Arbeiter sowohl wie Kapitalisten, das dringendste Interesse daran, dies abzuwehren? Ist es nicht gegenüber solchen Anschlägen doch notwendig, eine nationale Einheitsfront zu schaffen, und unsere „inneren“ Streitigkeiten, sozusagen unsern Familienzank zurückzustellen, bis jene Angriffe abgewehrt sind?

Auf diesem scheinbar so plausiblen Gedankengang beruht die Beweisführung all derer, die auch jetzt wieder die deutsche Arbeiterschaft zum Schutze des deutschen Kapitals aufbieten möchten. Aber sehen wir etwas näher zu, so zeigt sich, dass das, was die „Feinde“ da vorschlagen und beabsichtigen, gar nichts anderes ist, *als was die deutsche Bourgeoisie selbst vorhat und, soweit sie irgend kann, auch durchführt!* Entlassung von Arbeitern, um Löhne zu sparen, Verteuerung aller Leistungen und Waren, schwindelhafte Steigerung der Verbrauchssteuern – das ist genau das Programm, das die deutsche Bourgeoisie von jeher befolgt hat. Man vergleiche nur z. B. folgendes Programm, das, wie die Rote Fahne soeben

mitteilt, einer der reaktionären Bewerber um den Posten des Berliner Stadtkämmerers aufgestellt hat:

„Die Parteien verpflichten sich, keine Ausgabe mehr ohne gleichzeitige Deckung zu bewilligen; (das ist in der Praxis gleichbedeutend mit der Ersparung obiger 6 Milliarden für Erneuerung und Reparaturen, bezw. mit Erhöhung der Steuern);“

„die städtischen Werke werden auf eine andere wirtschaftliche Grundlage gestellt. Ihre Umwandlung in gemischtwirtschaftlichen Betrieb und die Verwaltung nach kaufmännischen Grundsätzen ist durchzuführen;“

„alle Sozialisierungs- und Kommunalisierungsprojekte werden bis zur Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse zurückgestellt;“

„Kriegswirtschafts- und Lebensmittelbetriebe werden nach Möglichkeit abgebaut und auf das Mindestmaß des Notwendigen beschränkt.“ [146]

Der dieses Programm aufgestellt hat, ist kein „Landesfeind“, sondern ein braver deutscher Bürger; aber was er tun will, ist genau dasselbe, was auch die Sachverständigen der Entente wollen: „gesunde Finanzverhältnisse“ herstellen, d.h. Arbeiter entlassen, Steuern steigern und Ausgaben unterlassen, wenn sie auch für das Bedürfnis unentbehrlich sind.

Ja, die Übereinstimmung zwischen den „Feinden“ und den guten deutschen nationalen Kapitalisten nebst ihren Regierungen geht sogar so weit, dass auch jene famose Sachverständigenkommission ausdrücklich anerkennt, die *direkten Steuern* in Deutschland könnten *nicht mehr gesteigert*, müssten sogar noch abgebaut werden. Wir brauchen unseren Lesern nicht erst auseinander zu setzen, dass damit die einzige Stelle geschont werden soll, wo auch die Besitzenden einigermaßen zur Tragung der Lasten mit herangezogen werden könnten.

Also, was will man noch mehr? Keinen einzigen Weg kann die Entente der deutschen Bourgeoisie zeigen, den diese nicht mit der größten Freude schon von selbst ginge. Wir können ganz sicher sein: Das deutsche Kapital beutet alle, die in Deutschland arbeiten, genau so weit aus, wie es irgend kann, ob mit oder ohne die Fuchtel der Entente. Eine Hilfe dagegen gibt es nur in dem Widerstand, den das deutsche Proletariat unmittelbar dem deutschen Kapital entgegenstellt. Und der wird geschwächt, wenn es sich zu einer „nationalen Einheitsfront“ hergeben würde, die nur dem Schutze des deutschen Kapitals dienen kann.

Kommunistische Demokratie.²⁴

Man weiß, welchen Unfug die bürgerlichen Republiken von jeher mit dem Worte Demokratie getrieben haben. Seinem sprachlichen Ursprung nach bedeutet das Wort Demokratie soviel wie „Volksherrschaft“ oder „Volksregierung“. Da nun das Volk auch derjenige ist, der *regiert* werden soll, so bezeichnet Demokratie einen politischen Zustand, worin der Regierende auch zugleich der Regierte ist, worin es keinen außer oder über dem Volke stehenden Regierer gibt; mit anderen Worten, einen Zustand, worin *das Volk sich selbst regiert*. Seit dem Altertum schon hat man den Völkern immer wieder eingeredet, solch ein Zustand der „Selbstregierung“ sei eingetreten, sobald die Könige verjagt seien. Wir brauchen heute nicht mehr nachzuweisen – denn wir haben das seit dem November 1918 unzählige Male getan – dass die bloße Beseitigung des Königtums noch lange nicht die Volksregierung verwirklicht. Vielmehr ist [147] in Deutschland das eingetreten, was in den großen Republiken des Westens, in Frankreich und Amerika, schon lange bestand: an die Stelle der verhüllten trat die offene

²⁴ Aus den Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Neubau.

Herrschaft des Geldsacks. Und es zeigte sich bei uns, was sich dort schon längst offenbart hatte, dass die bürgerliche Republik diejenige Staatsform ist, in der das Kapital die Ausbeutung der Volksmassen am offensten und brutalsten betreiben kann.

Wenn wir somit als Kommunisten die bürgerliche Republik mindestens mit demselben Nachdruck bekämpfen müssen, wie etwa eine Rückkehr der Monarchie, wenn wir immer und immer wieder aufzeigen müssen, wie unwahr das Gerede ist, als ob bürgerliche Demokratie eine Volksherrschaft sei, so bleibt darum doch wahr, dass der Kommunismus eine *wirkliche* Demokratie braucht, denn die kommunistische Wirtschaft kann nicht mit Gewalt eingeführt und noch viel weniger mit Gewalt erhalten werden.

Das ist ein Punkt, über den sich viele Kommunisten täuschen. Es ist klar, dass die Kapitalistenklasse niemals ihre Vorherrschaft freiwillig räumen wird. Und obgleich sie zahlenmäßig außerordentlich schwach ist – es ist heute kaum noch der 200. Teil der Bevölkerung, der vom Kapitalprofit lebt – so stehen ihr doch leider auf voraussichtlich lange Zeit hinaus noch die Kräfte vieler zur Verfügung, die eigentlich auf unserer Seite stehen müssten, aber weder ihre eigene Klassenstellung noch auch das, was der Gesamtheit frommt, richtig erkannt haben. Und wir haben allein in den letzten zwei Jahren wieder hundertfache Beispiele dafür erlebt, dass die Bourgeoisie (das ist eben der vom Kapitalprofit lebende Teil der Bevölkerung) entschlossen ist, alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel mit brutalster Rücksichtslosigkeit gegen den Kommunismus anzuwenden. Deshalb kann man sicher sein, dass die Beseitigung der Kapitalherrschaft nur durch schweren Kampf und äußerste Kraftanstrengung zu erreichen sein wird. Recht also haben die kommunistischen Parteien, die jetzt vor allen Dingen die Kräfte des Proletariats für diesen bevorstehenden Kampf sammeln und vorbereiten wollen.

Aber gesetzt den Fall, dieser Kampf sei siegreich ausgefochten, so ist doch damit die Aufgabe nicht beendet, sondern sie fängt dann erst an. Stellen wir uns z. B. vor, der schrittweise Niederbruch aller geordneten Wirtschaft, den wir jetzt erleben, sei auf seinem Höhepunkt angelangt; außer einer winzigen Schieberclique werde kaum noch ein Mensch mit dem nötigsten Lebensbedarf versorgt. Die Verzweiflung habe um sich gegriffen, das gesamte Volk habe sich erhoben und seine Angelegenheiten in die eigene Hand genommen. Nehmen wir weiter an, die Kommunisten hätten sich hierbei das Vertrauen der breitesten Volks- [148] massen erworben, und würden nun von ihnen mit der Führung betraut. Dann handelt sich's darum, die kommunistische Wirtschaft einzurichten. Das kann man nicht mit Gewalt. Ja, das kann man nicht einmal gegen den Widerstand einer erheblichen Minderheit. Das geht nur, wenn alle oder wenigstens fast alle einverstanden sind und mithelfen wollen.

Deshalb ist es ungeheuer wichtig, dass eine solche kommunistische Regierung gleich von vornherein die richtigen Maßnahmen *und auch den richtigen Ton findet*. Vom ersten Augenblick an müssen ihre Taten wie ihre Worte so sein, dass durch das ganze Volk bis zum letzten Ackerknecht das Gefühl strömt: was da geschehen soll, ist richtig und ist für uns alle das Beste.

In diesem Sinne sagen wir, der Kommunismus braucht Demokratie. Eine kommunistische Regierung muss in voller Öffentlichkeit arbeiten. Jede einzelne ihrer Maßnahmen muss nicht nur völlig klar, eindeutig und für jedermann verständlich sein, sondern sie muss überdies auch noch in ihren Beweggründen und Zielen allen offen gesagt werden. Alles, was eine kommunistische Regierung tut, muss sie durch eine intensive Aufklärungspropaganda begleiten. Plakate müssen durch das ganze Reich verbreitet werden, bis in die entlegensten Dörfer hinein, so dass schlechthin jeder sie zu Gesicht bekommt. Und auf ihnen muss in ganz kurzen klaren Worten zu lesen sein: Das und das wird angeordnet; es ist nötig aus den und den Gründen; es bezweckt das und das.

So etwas lässt sich nicht aus dem Ärmel schütteln. Es will sorgsam vorbereitet sein. Deshalb halten wir es für unumgänglich notwendig, dass man sich schon jetzt überlegt, welche Maßnahmen eine kommunistische Regierung nach Übernahme der Macht ergreifen und wie sie sie begründen muss.

Schon die erste Proklamation einer solchen kommunistischen Regierung muss sich, meinen wir, wesentlich von den bisher allgemein, auch bei den Kommunisten üblichen Aufrufen unterscheiden. Alles Phrasenhafte muss unterbleiben. Schon aus äußerlichen Gründen. Jedes einzelne Manifest muss so kurz wie möglich sein. Denn sonst wird es gerade von den breiten Massen, an die es sich wendet, nicht gelesen. Keinesfalls darf es länger sein als ein gewöhnliches Plakat an den Anschlagssäulen. Dann geht es aber nicht an, dass die Hälfte dieses Raums etwa dazu verschwendet wird, den verjagten Machthabern Flüche nachzusenden oder in allgemeinen Redensarten die allein selig machende Wirkung des Kommunismus zu preisen. Aber auch sachlich würden wir solche Raumverschwendung durchaus für verfehlt halten. [149] Die fernstehenden und verzweifelnden Massen gewinnt man nicht durch Beteuerungen, sondern allein durch *Taten*. Deshalb muss man sofort, schon beim ersten Aufruf, mit *ganz bestimmten Anordnungen* kommen. Und die müssen so sein, dass ihre Zweckmäßigkeit jedem einleuchtet, aber auch so, dass jedermann sieht, hier will nicht eine neue Führerclique sich an Stelle der alten setzen, sondern hier soll das geschehen, was alle brauchen.

Da will uns nun bedünken, dass in diesem ersten Manifest drei Dinge behandelt werden müssen. Erstens und vor allen Dingen die notwendigsten *Wirtschaftsmaßnahmen*. Die Personen, welche in solchem Augenblick die Führung übernehmen, müssen sich vorher darüber klar sein, welche wirtschaftlichen Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen sind, um den Lebensunterhalt schon während der ersten Tage und Wochen sicher zu stellen, und zugleich zur kommunistischen Neuordnung hinüberzuleiten. Und dann, wie gesagt, keine Redensarten, sondern sofort mit kurzen präzisen Worten die Anordnung dessen, was getan werden soll.

An zweiter Stelle muss das Manifest aber auch schon *Verfassungsfragen* behandeln. Es muss sogleich mit dem Neubau der Verwaltung, mit der Schaffung der erforderlichen Behörden usw. beginnen und keinen Zweifel darüber lassen, dass jetzt ein *wirklich* demokratisches Regiment beginnt, d.h. ein solches, wo alle Staatsgewalt im arbeitenden Volke beruht, aus ihm empowächst und seinen Willen ausführt. Dieser Teil dürfte am wenigsten Schwierigkeiten machen, denn das Vorbild dazu ist ja in der Räterverfassung längst gegeben.

Endlich drittens muss das Manifest auch den *Schutz der neuen Verfassung* sichern, also, wenn man es so nennen will, die Schaffung einer Roten Armee. Der Name hat sich eingebürgert und mag deshalb bleiben, obgleich er nicht recht das ausdrückt, worum es sich handelt. Denn die neue Armee soll ja ganz andern Zwecken dienen und muss ganz anders organisiert sein als das alte Heer mit seinem Militarismus. Es soll die kommunistische Arbeit schützen; es soll verhüten, dass die Kapitalisten etwa durch Verschwörungen und Aufstände die Macht zurückgewinnen und kann deshalb nur in der Bewaffnung der Arbeiter selbst und in ihrer Gliederung eben zu dem genannten Zweck bestehen.

Nachdem wir so den Inhalt eines solchen Manifestes in allgemeinen Umrissen dargelegt haben, gedenken wir in späteren Aufsätzen die einzelnen Teile gesondert durchzusprechen. [150]

Das wirtschaftliche Argument im politischen Kampf.

Von Richard Öhring.

Der Zweck der nachfolgenden Zeilen ist, auf die Notwendigkeit einer verstärkten wirtschaftlichen Aufklärung hinzuweisen, um den Gedankengängen des Kommunismus zur Wirksamkeit zu verhelfen. Es sollen zunächst nicht begriffliche Erwägungen angestellt werden, sondern es sollen aus den Ereignissen der letzten Jahre eine größere Anzahl von Beispielen herausgegriffen werden, aus denen hervorgeht, welche Wirkungskraft wirtschaftlichen Argumenten im politischen Kampf zukommt. Schon im Allgemeinen kann man die Tatsache nicht übersehen, dass das Schicksal der deutschen Revolution neben anderen Dingen stark durch die herrschenden Auffassungen über die wirtschaftlichen Existenzbedingungen beeinflusst worden ist. Die geschickt inszenierte Beeinflussung des wirtschaftlichen Denkens von kapitalistischer Seite hat reiche Früchte getragen.

So kam es zu dem tragikomischen Witz der Weltgeschichte, dass die politischen Forderungen des linken sozialistischen Flügels mit der Entgegenstellung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten erfolgreich bekämpft wurden. Diese vorgeschobenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprangen in Wahrheit nur dem Bedürfnis der Kapitalistenklasse, durch Vorspiegelung ihrer eigenen Unentbehrlichkeit das Proletariat von seinem ursprünglichen Ziele abzulenken und sich selbst an der Macht zu halten. D. h., die Kapitalistenklasse wollte lediglich ihre wirtschaftliche Macht behalten, unbekümmert um das wirtschaftliche Wohl der Millionen von Proletariern, die heute arbeitslos auf der Straße liegen. Gerade die Erfüllung der entschiedenen sozialistischen Forderungen hätte nicht nur den Weg bedeutet, auf dem das Proletariat sich des Joches der Ausbeuterklasse entledigt hätte, sondern sie bot auch den einzigen Weg zur *wirtschaftlichen* Rettung des Proletariats, das vielleicht zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, aber schließlich doch seine wirtschaftlichen Existenzbedingungen in ganz anderem Maße gesichert hätte, als es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch jemals möglich ist.

Der Widerstand gegen die sozialistische Wirtschaftsordnung stammte nicht nur von der Seite kleinbürgerlicher und bourgeoischer Schichten, es kann vielmehr nicht gezeugnet werden, dass es ein Teil des sozialdemokratischen Proletariats war, das – sei es auch nur im Namen der politischen Demokratie – die kapitalistische Wirtschaftsordnung gegen den Ansturm des entschlossenen Proletariats verteidigte. Es nützt nichts, hier nur vom Verrat der Führer zu sprechen. Die Tatsache muss tiefer begründet gewesen sein. Jeder hat dies erfahren, der in dem Kleinkampf der Betriebe gestanden hat, der auf die Gespräche der Straße zu hören versteht.

So konnte es kommen, dass ein nicht unerheblicher Teil des Proletariats, irreführt durch Ignoranten, dort Rettung suchte, wo ihm Verderben bereitet war. Es war der Pakt mit dem Teufel. Die Seele des Proletariats wurde dem Kapital verschrieben, damit es ihm wohlgerhe auf Erden. Das Proletariat wurde betrogen. Es begann ein opfervoller Dornenweg, den es, ermuntert von den scheinheiligen Worten einer bezahlten Presse und unter dem tröstenden Zuspruch ach so lange erprobter Führer, entsagend, zagend und mit Bitternis in oft enttäuschem Herzen betrat.

Man sollte meinen, dass die wirtschaftlichen Tatsachen wie Keulenschläge das Proletariat mit der Wirklichkeit vertraut gemacht hätten. Und es war die Auffassung eines großen Teils der entschiedenen Sozialisten, dass die wirtschaftlichen Tatsachen allein diese aufklärende Wirkung übernehmen und das Proletariat einschließlich eines Teils der neu proletarisierten Schichten dem Kommunismus zuführen würde. Mag es bei einem kleinen Teil der Fall gewesen sein. Wenn man aber sieht, welche Macht auch heute noch jene wirtschaftlichen Parolen haben, die vor jeder Veränderung der Wirtschaftsform abschrecken sollen, wenn man sieht, dass heute noch mit Erfolg von den Ohrenbläsern der offiziellen Telegrafienbüros alle wirtschaftlichen Stockungen als Folgen des Versailler Friedens im allgemeinen und der einzelnen Abkommen, besonders des von Spaas, dargestellt werden können, während doch in

Wirklichkeit die gegenwärtige Situation zur Hauptsache durch ganz andere Faktoren bestimmt wird, so muss man doch einsehen, dass nicht allein die wirtschaftlichen Tatsachen genügen, um aufklärend und damit richtunggebend zu wirken, sondern dass den kapitalistischen Beeinflussungen der öffentlichen Meinung eine wirklich durchdringende wirtschaftliche Aufklärung entgegenzustellen ist, die nicht nur Parolen gibt, sondern auch Beweise mitbringt.

Dass mit noch so flachen wirtschaftlichen Behauptungen in weitreichender Weise der Wille der Massen lähmend beeinflusst worden ist, dass zum Teil auch dort, wo der Wille aufdämmerte, er wieder niedergedrückt wurde, ist unzweifelhaft. Mit welcher Wirkung wurden Argumente aus der kapitalistischen Wirtschaftslehre ältester Auflage nicht nur gegen die Sozialisierung, sondern auch gegen die fälschlich Sozialisierung genannte Verstaatlichung einzelner Wirtschaftszweige ins Feld geführt! Es wurden z.B. „Beweise“ angeführt, die einander widersprachen, aber in einem Atemzug genannt und von weiten Kreisen aufgenommen wurden, ohne dass diese den Widerspruch gewahr geworden wären. Der eine Kapitalist erklärte, die Sozialisierung würde durch die *Herabminderung* unserer Leistungen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf den Auslandsmärkten stören; der andere Kapitalist, wie der Generaldirektor *Heineken* vom Norddeutschen Lloyd, erklärte hingegen, das Ausland würde die deutsche Sozialisierung mit allen Mitteln verhindern, weil es die *gesteigerte Konkurrenzkraft* der gewissermaßen zu Riesentrusts zusammengefassten deutschen Industrie fürchte!

Ein anderer Widerspruch, dessen Erkenntnis ebenfalls einer sogenannten prominenten Persönlichkeit der Industrie zu verdanken wäre, wenn er nicht so offensichtlich läge! Es wird nämlich von der geminderten Konkurrenzkraft gesprochen, welche die deutsche Industrie infolge der Abwirtschaftung und Zerstörung ihrer Baulichkeiten und Maschinenanlagen zu verzeichnen habe. Herr *von Siemens*, einer der Hauptmagnaten des Stinnes-Siemenstrusts, äußerte in einer Sitzung des Reichswirtschaftsrats ganz naiv, dass Betriebsstilllegungen als ganz natürliche Folge des Kriegsendes zu betrachten seien, da die für Kriegszwecke hervorgerufenen Vergrößerungen der Industrie-Anlagen über das Maß dessen hinausgingen, was für den Friedensbedarf in Betrieb gehalten werden könne. Auf der einen Seite also wird die deutsche Industrie als zu klein, auf der andern Seite als zu groß dargestellt.

Um zur Sozialisierung zurückzukommen, so wirkte hier sehr stark das Argument, dass man wegen der Zerrüttung der Finanzen nicht sozialisieren könne. Abgesehen davon, dass ein solches Argument ohne weiteres eine Entschädigung der Kapitalisten voraussetzt, ist es nicht ersichtlich, warum die Staatsfinanzen dadurch belastet werden sollen, dass der Staat nach einer solchermaßen vorgenommenen Enteignung mäßige Zinsen an die Kapitalistenklasse zahlt, während er sonst ihre Waren, durch Wucherrenten verteuert, zu kaufen hätte.

Schließlich sei bei dieser Frage noch daran erinnert, wie immer wieder die Unfähigkeit des Proletariats zur Führung einer sozialistischen Wirtschaft angeführt wurde. Auch hierdurch ist zweifellos mancher mutlos gemacht worden. So mancher sozialdemokratische Führer hat nicht genug von der Unfähigkeit und Trägheit der Masse sprechen können, um gegen eine konsequente Politik einen Wall zu errichten. Dieser selbe Führer aber hat die Massen für verständig genug gehalten, ihn zu wählen. In der Wahlversammlung dürfte er seine Wähler wohl kaum als unmündig erklärt haben. Inzwischen haben ja die Kapitalisten ihre außerordentliche Fähigkeit zur Rettung Deutschlands aus der Wirtschaftsnot bewiesen. Die Reichen sind reicher, die Armen sind ärmer.

Welchen Hass gelang es bei allen in ihrem Einkommen zurückgebliebenen Schichten gegen die Handarbeiter zu erwecken, die zeitweise und teilweise besser bezahlt wurden als der kleine Mittelstand. Es genügte, dass man immer wieder von den zu hohen Löhnen der

Arbeiter sprach, die angeblich erst die Waren verteuerten. Dass die Löhne der Warenteuerung in Wirklichkeit nachgefolgt waren, wurde verschwiegen. Dass trotz der rein ziffernmäßigen Höhe der Löhne diese in Wirklichkeit infolge der gesunkenen Kaufkraft des Geldes weit hinter den Friedenslöhnen und weit hinter den Löhnen der ausländischen Arbeiter zurückblieben, wurde übergangen. Für den, der die wirklichen Lohnverhältnisse kannte, war es nur eine lügnerische oder aus beschämenswerter Unkenntnis der Tatsachen entsprungene Behauptung, dass die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt unter zu hohen Löhnen der deutschen Arbeiter litte; trotzdem fand sie willigen Glauben unter allen Schichten, welche die Verantwortung auf eine Schicht abwälzen wollten, die immer für die Erhaltung der anderen gefrondet hatte. Wer hat nicht beobachtet, wie verhetzt viele durchaus proletarische Soldaten aus dem Felde kamen und wie sie über die hohen Ansprüche der Arbeiterschaft, ohne die inländischen Lebensverhältnisse zu kennen, schimpften? Wer ist nicht oft bis zur Verzweiflung getrieben worden, wenn er immer wieder die Wirksamkeit solcher in die Masse geworfener wirtschaftlicher Parolen, die gegen den Sozialismus gerichtet waren, beobachtet hat?

„Arbeiter, arbeite!“ Wir müssen produzieren, wenn wir Waren haben wollen, wenn uns das Ausland Lebensmittel geben soll, wenn wir unsere Wirtschaft aufbauen wollen. Wer jetzt streikt, ist ein Verbrecher an der Arbeiterschaft selbst. Eine Schicht der Arbeiter wurde mit solchen Erklärungen gegen die andere ausgespielt. Der Arbeiter arbeitete, aber er bekam keine Waren, da sie ins Ausland verschoben wurden, wohin infolge der niedrigen Valuta die Waren verschleudert wurden; aber die Parole: Arbeiter, arbeite, wurde unverfroren aufrechterhalten und übte immer wieder eine fühlbare Wirkung aus, und sei es auch nur insoweit, als damit von nutznießenden Schichten diejenigen, die selbst litten, auf eine falsche Fährte gelenkt wurden. [154] Es war die Methode des Diebes, der da ruft: Haltet den Dieb. Was schreiben wohl heute diejenigen Pressesöldlinge, die damals diesen Ruf am lautesten ausstießen, jetzt, wo der Unternehmer seine Betriebe schließt und der Arbeiter Arbeit fordert.

Diese Beispiele dürften genügen, um zu zeigen, welche ungeheure Bedeutung das wirtschaftliche Argument im politischen Kampf der Gegenwart gespielt hat. Bis zum Überdruß - und bis zum heutigen Tage immer noch mit Erfolg! - wurde der Gedankengang wiederholt: Hohe Löhne - hohe Preise - mangelnde Konkurrenzfähigkeit im Auslande - fehlender Absatz - stockende Beschäftigung - Arbeitslosigkeit. Dabei ist, wie wir bereits oben sahen, schon das erste Glied der logischen Kette falsch.

Die Tatsache, dass die so erweckten wirtschaftlichen Vorstellungen von erheblichem Einfluss auf die politische Gruppierung waren, ist für den Marxisten nicht verwunderlich. Wenn zunächst der allgemeine Satz Gültigkeit hat, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse die politischen bestimmen, so noch mehr seine spezielle Fassung, dass die ökonomischen Einsichten die politische Stellungnahme der Einzelnen im weiten Ausmaße zur Folge haben. Erst durch das Medium des von bestimmten Vorstellungen getragenen Massenwillens gehend, gewinnen die wirtschaftlichen Verhältnisse einen bestimmten Ausdruck und eine bestimmte Richtung auf dem politischen Felde. Hier ist der Platz, der innerhalb des historischen Materialismus dem menschlichen *Willen* zukommt.

Das wirtschaftliche Argument hat eine große Rolle gespielt. Der, dem es gelingt, seine wirtschaftlichen Gedankengänge durchzusetzen, ist einer starken Wirkung und der Überwindung zahlreicher Widerstände sicher. Daher muss dieses Gebiet der Arbeiterbewegung eine ausreichende Berücksichtigung erfahren und alle hierfür geeigneten und nicht anders überwiegend in Anspruch genommenen Kräfte müssen in dieser Richtung angespannt werden, damit erreicht wird: *Mehr wirtschaftliche Aufklärung!*

Rundschau.

Da bleibt ja kein Auge trocken! Anfang dieses Monats ist *Fritz Ebert* 50 Jahre alt geworden. Dadurch sollte vor allem in die Erinnerung zurückgerufen werden, dass er 1914 bei Ausbruch des Krieges erst 43 Jahre alt, mithin *noch militärpflichtig* war. Alle national Gesinnten müssten also erstaunt fragen, wie es wohl gekommen sein mag, dass dieser kräftige gesunde Mann bei jeder Aushebung über- [155] gangen worden ist. Und wie er es fertiggebracht hat, seine eigene Begeisterung für den Krieg und die nationale Sache so weit zu zügeln, dass er trotz aller Not des Vaterlandes nie auch nur einen Augenblick Soldat wurde. Dieser Frage sind wir in den nationalen Blättern nicht begegnet. Dagegen wurde er in den verschiedensten Tonarten von ihnen gefeiert. Eine dieser Lobeserhebungen wollen wir hier abdrucken. Sie steht zu lesen im „*Leerer Anzeigenblatt, Allgemeine Zeitung für die Kreise Leer und Weener*“, Nr. 29 vom 4. Februar 1921, und lautet also:

„Mit dem Ausbruch des Krieges ist er der Träger der sozialdemokratischen Kriegspolitik geworden und er ist auch bis zum letzten Augenblick für eine ausgesprochene *nationale Politik* in seiner Fraktion eingetreten. Zur Charakteristik seiner Persönlichkeit nur eine Einzelheit: Als am Wendepunkt des Krieges die Telegramme einliefen, dass die bulgarische Front zusammengebrochen war, da wurde Herrn Ebert, als dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, das schwere Amt zuteil, den Parteiführern davon Mitteilung zu machen. *Während er die Depeschen verlas, liefen ihm die dicken Tränen*, weil er sofort begriffen hatte, dass damit das Ende Deutschlands gekommen war.“

Aber nicht nur durch die dicken Tränen hat sich *Ebert* den Dank und die Freundschaft der ganzen Reaktion gewonnen. Vor allen Dingen sind sie mit ihm als Präsidenten höchst zufrieden. Denn das Blatt schreibt weiter:

„Vielleicht hätte kein anderer es so gut verstanden, eine Art Tradition für die Stellung des Präsidenten zu schaffen. Für seine Auffassung ist es kennzeichnend, dass er vor Versailles sein Amt niederlegen wollte, dass er unmittelbar nach den Neuwahlen zum Reichstage auch auf die Neuwahl zum Reichspräsidenten drängte. Die Parteien sind diesem Wunsche nicht nachgekommen, weil diese Wahl zurückgestellt werden muss, solange, bis auch Oberschlesien wieder zu uns gehört. Aber dass dieser Entschluss möglich wurde, *dass auch die Deutschnationalen sich stillschweigend mit der Amtsverlängerung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten einverstanden erklärten*, das ist nur der zurückhaltenden Persönlichkeit Eberts zuzuschreiben. Und gerade, weil wir seine Wiederwahl als sozialdemokratischen Kandidaten bekämpfen, gerade deshalb wollen wir gern zugeben, dass er seine auch nach der Seite des Taktes schwer belastete Stellung *so gut durchgeführt hat, wie das überhaupt nur möglich war.*“

Also der rechte Mann am rechten Platze – für die Feinde des deutschen Proletariats.

Zu den Pariser Forderungen schrieb die Rote Fahne am 8. Februar:

„Der Versailler Friedensvertrag ist ein, vielleicht das krasseste Symptom des kapitalistischen Zusammenbruches in der ganzen Welt. Die Diktatoren von Paris versuchen mit diesem Verzweiflungsmittel im Hinblick auf ihre physische Überlegenheit, durch wahnsinnige Forderungen an Deutschland einen Rettungsanker gegen den eigenen Untergang auszuwerfen. Hierbei ist nebensächlich die Erwägung, ob sie selbst an einen Erfolg glauben oder diesen Glauben nur vortäuschen, um ihre eigenen Völker in illusionäre Hoffnungen zu erhalten. Deutschlands Parteien von Helfferich bis Hilferding sehen im Versailler Friedensvertrag nicht das internationale Verfallsymptom, [156] sondern nur ein Hindernis für den Aufbau des deutschen Kapitalismus. Ihr Protest gegen das Entente-Diktat entstammt derselben Geistesverfassung, wie das Diktat selbst – aus

einer Verkennung der Weltsituation; sie glauben sämtlich an die Möglichkeit des kapitalistischen Wiederaufbaus, sie sehen oder wollen nicht sehen die geschichtliche Todesstunde der kapitalistischen Produktionsweise.“

Hier ist das, was von kommunistischer Seite zu dem Thema zu sagen ist, so klar und vorzüglich zum Ausdruck gebracht, dass wir unseren Lesern durch den Abdruck einen Dienst zu erweisen glauben.

Ein offenes Bekenntnis. *Otto Bauer*, ehemals österreichischer Marxist, dann Minister und bis heute Freund und Gesinnungsgenosse der deutschen Unabhängigen, hat dieser Tage in Wien eine Rede gehalten, worin er – nach dem Bericht der Berliner „Freiheit“ vom 16. Februar – ausführte,

„dass gegenwärtig der wirtschaftliche Wiederaufbau Österreichs sich mit Rücksicht auf die Machtverhältnisse in Europa nur auf kapitalistischer Basis vollziehen könne. Das ausländische Kapital sei noch viel zu stark, als dass man wagen könnte, den Entscheidungskampf mit ihm aufzunehmen. Doch müsste darauf hingewirkt werden, dass die Machtstellung der Arbeiterklasse so stark bleibt, dass im Augenblick, wo im Auslande sich der Umschwung vollziehe, er auch in Österreich möglich wäre. Wichtig sei die Selbsterziehung der Arbeiterschaft; habe sich doch in Russland die Zerstörung des Kapitals nur als ein Werk der ungeheuersten Zerstörung der Volkswirtschaft erzielen lassen.“

Hier wird endlich das offen zugegeben, was in der „Freiheit“ immer nur versteckt, zwischen den Zeilen zu lesen ist, was aber in Wahrheit das ganze Verhalten der Unabhängigen diktiert: dass sie nämlich *an den Sozialismus nicht glauben!* Der Kapitalismus soll die Wirtschaft wieder aufbauen, denn auf sozialistischem Wege trauen sie sich nicht, das fertig zu bringen.

Allerdings scheint es, dass *Otto Bauer* bei seinen proletarischen Zuhörern nicht viel Erfolg gehabt hat. Denn, wie die „Freiheit“ weiter meldet, hat die Versammlung nach *Bauers* Rede eine Resolution angenommen, worin sie fordert:

„die Aufrichtung der sozialistischen Wirtschaft bei gleichzeitigem Anschluss an Deutschland, und erwartet, dass die Siegermächte endlich ihr Versprechen, an der Wiedererrichtung der Volkswirtschaft Österreichs mitzuwirken, erfüllen. Da aber bis dahin eine weitere Fortführung der kapitalistisch-anarchischen Wirtschaft den Zusammenbruch dieser Wirtschaft selbst und damit die Vernichtung der geistigen und manuellen Arbeiterschaft in Österreich bedeuten würde, erklärt der Kongress den Versuch des planmäßigen Wiederaufbaues der Volkswirtschaft für unerlässlich und beschließt diesen Wiederaufbau mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln anzustreben.“

Ganz klar ist ja der Bericht nicht, aber es sieht doch fast so aus, als ob die proletarischen Versammlungsbesucher mehr Verständnis als der gelehrte Dr. Bauer dafür hatten, dass der Kapitalismus mit seinem Latein zu Ende ist. [157]

Auch in Südamerika macht der allgemeine Verfall der kapitalistischen Wirtschaft rapide Fortschritte. Ein Importeur in Brasilien gab Ende November seinen hiesigen Geschäftsfreunden folgendes Bild der Lage:

Vor Monaten, nachdem der europäische Markt sich zugänglicher zeigte, machte die Kundschaft belangreiche Bestellungen, und ungeachtet der noch zahlreichen ausstehenden Bestellungen in den Vereinigten Staaten, die während des Krieges und bis jetzt das Feld hier nach Kräften abgegrast haben, glaubten die Importeure, durch Anknüpfung der jahrelang unterbrochenen Beziehungen zu Europa einen Ausgleich zu finden. Das erwies sich aber als vollkommener Fehlschlag.

Die Ankunft der Waren aus den Vereinigten Staaten kollidierte mit den Waren aus Europa, und da die Zahlungen meist vorher durch Akkreditive sichergestellt werden mussten, erwuchs hier schließlich eine Geldknappheit derart, dass die Banken die Diskontierungen einschränkten und damit eine weitere Kalamität schufen. Infolgedessen ließen viele kleinere Importeure die zur Verzollung lagernden Waren im Stich, da sie die Zölle nicht bezahlen konnten, die durch die hohe Dollarvaluta um das Doppelte verteuert wurden; oder aber, weil sie nicht willens waren, die Waren bei diesen ungeheuren Kosten, die einen gewinnbringenden Absatz zur Unmöglichkeit machten, zu übernehmen. Wenn auch in der Folge einige Erleichterungen durch Gewährung von Zahlungsfristen eintraten, so vermochten die Importeure dennoch nicht ihre eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Denn die Dollar-Valuta stieg höher und höher und ist heute fast genau doppelt so hoch wie im Mai.

Die Folgen dieser Valutaentwertung sind unberechenbar, und hieraus erklärt sich die Unlust der guten Kundschaft, irgendwelche neuen Bestellungen zu machen. Der Handel liegt vollkommen darnieder und es wird von maßgebenden Geschäftskreisen dahin gewirkt, dass die Regierung sich ins Mittel legen möge, um der sich täglich zuspitzenden Krise, die durch Bankerotterklärungen, Wechselproteste, Vergleiche usw. der Lage den Stempel aufdrückt, Einhalt zu gebieten. Die Regierung ist denn auch dabei, Erleichterungen zu schaffen, die aber wohl nur vorübergehende Wirkung haben dürften.

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften *nicht bei uns*, sondern bei dem jedes Mal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

Einführung in die Relativitätstheorie. Von Dr. *Victor Engelhardt*, Dozent an der Humboldt-Hochschule. Heft 4 der Volkstümlich-wissenschaftlichen Lehr- und Lernbücher, herausgegeben von Dr. Max Apel. Volkshochschul-Verlag Charlottenburg. 48 Seiten. 3.- M.

Die Verfassung der russischen Sowjetrepublik in der Praxis. Von Dr. *L. Galin*. Verlag Der Firm, Berlin W. 57. 38 Seiten.

Nicht Gewalt, sondern Organisation. *Der Grundirrtum des Bolschewismus.* Von *Heinrich Ströbel*. Verlag Der Firm, Berlin W. 57. 31 Seiten.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam Junkerstr. 36/57.

6. Jahrgang Nr. 11 5. März 1921

Was soll der Arbeiter tun?

Berlin, 3. März 1921.

Der Streit, ob die Kommunisten in Deutschland sich an den Parlamentswahlen beteiligen sollen, ist für den Augenblick wieder einmal erledigt, da die preußischen Wahlen vorüber sind und neue vorläufig nicht in Aussicht stehen. Mag man nun über die Beteiligung an solchen Wahlen denken, wie man will, so sind sich doch alle Anhänger des Kommunismus darüber einig, dass durch Wahlen und durch die Parlamente nicht etwa der Kommunismus verwirklicht werden kann. Von überzeugten Sozialisten ist ja auch vor dem Weltkrieg die Beteiligung am Parlament nur als eine besonders intensive Propaganda-Tätigkeit gewertet worden, als die Ausnutzung einer Tribüne, von der aus unser Wort auch in solche Kreise drang, an die wir mit unseren sonstigen Agitationsmitteln nicht herankamen. Dasselbe gilt auch heute.

Nun wissen wir, dass die parlamentarische Betätigung vor dem Kriege eine sehr schlimme Nebenwirkung hatte: sie hat die sozialdemokratische Partei allmählich zu einer bloßen Wahlmaschine degradiert. Die Masse der Mitglieder hatte überhaupt nichts anderes zu tun, als zu wählen oder neue Wahlen vorzubereiten, d.h. Flugblätter zu verbreiten, Wahlschlepperdienste zu leisten und dergleichen. Man bildete sich zuletzt ein, die „praktische“ Arbeit für den Sozialismus bestehe in solchen Handlangerdiensten. Wer z.B. ein Flugblatt schrieb, galt als Theoretiker, wer es austragen half, leistete praktische Arbeit. Im Großen und Ganzen war eine Arbeitsteilung eingetreten derart, dass die Masse der Arbeiter nichts weiter zu tun hatte, als für die Wahl von Abgeordneten zu sorgen, und dann von diesen Abgeordneten die Herbeiführung des Sozialismus erwartete.

Es versteht sich, dass kein denkender Kommunist die Rückkehr solcher Zustände wünscht. Auch die Befürworter der Parlaments [159] [vertretung[Hinzufügung d. Hrsg.]] haben die Aufgabe, unermüdlich den Arbeitern die Grundideen und Grundgesetze des Kommunismus in die Köpfe zu hämmern. [~~Vor-muss-~~gestr. d. Hrsg.]] Dann aber bleibt die sehr wichtige Frage übrig, was denn die Arbeiter außerhalb der Parlamente tun sollen? Diese Frage drängt sich den denkenden Arbeitern notwendig auf, und sie heischt Antwort. Man kann sie nicht damit abspeisen, dass man ihnen sagt: „Ihr dürft dem Parlament nicht dieselbe Wichtigkeit beilegen wie vor dem Kriege; in eurer Berufstätigkeit, im Betriebe selbst müsst ihr die Grundmauern des Kommunismus aufbauen.“ Darauf erwidern sie natürlich: „Übersetzt uns diese blumige Sprache in verständliches, prosaisches Deutsch! Was sollen wir praktisch in den Betrieben tun?“

Wir müssen es leider schon als einen Fortschritt begrüßen, dass diese Frage wenigstens endlich einmal von den deutschen Arbeitern gestellt wird. Wir sind ihr in der verflochtenen Wahlbewegung begegnet. Wäre die deutsche Arbeiterschaft weiter, als sie ist, so würde sie diese Frage nicht stellen. Sie würde dann die Antwort schon kennen. Aber immerhin, die deutschen Arbeiter sind nun einmal so, wie sie sind, und so muss man sich selbst über diesen kleinen Fortschritt freuen.

Die Antwort, die allein darauf gegeben werden kann, lautet nämlich: *Das müsst ihr selbst wissen!* Es ist nur ein Zeichen eurer Jahrzehnte langen geistigen Verkrüppelung durch die deutsche Sozialdemokratie, wenn ihr auch hier wieder, auf dem ureigensten Gebiete eurer eigenen Tätigkeit, auf Parolen, auf Winke von außen und „oben“, auf Kommandos wartet.

In der Tat, wie soll denn ein Mann, der euren Betrieb gar nicht kennt, der nie die Nase hineingesteckt hat, der auch ähnliche Berufsarbeit nie betrieben hat – wie soll der euch sagen, was ihr im Berufe tun sollt! Ihr müsst euch daran gewöhnen, dass eine ganz andere Arbeitsteilung als vor dem Kriege Platz greift unter denen, die ernstlich den Kommunismus wollen. Wir müssen jetzt wirklich zwischen theoretischer und praktischer Arbeit unterscheiden; aber nicht in dem blöden Sinn wie vor dem Kriege, wo man „theoretisch“ das Klugschnaken im Parlament nannte und „praktisch“ das Austragen von Flugblättern. Sondern theoretisch arbeitet derjenige, der aus der Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge die Bedingungen erforscht, unter denen der Kommunismus werden und bestehen kann, und Praktiker ist, wer diese Bedingungen zu verwirklichen strebt.

Dies bedeutet mit anderen Worten: die Theoretiker, also die Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Broschüren, sowie die Redner haben die Aufgabe, unermüdlich den Arbeitern die Grundideen und Grundgesetze des Kommunismus in die Köpfe zu hämmern. Vor [160] allem die Lehre vom *Klassengegensatz* und *Klassenkampf*. Dies ist ja überhaupt die Leit- und Richtschnur, der wahre Kompass für alles kommunistische Handeln. Wer klar erkannt hat, wem es in Fleisch und Blut übergegangen ist, dass und warum die Interessen von Kapital und Arbeit einander schnurstracks widerstreiten, der ist dagegen gefeit, durch die unendlich mannigfaltigen und durcheinander schwirrenden Tagesvorgänge sich verwirren zu lassen. Die Lehre selbst, die wir in diesen Heften wie auch sonst oft darzulegen uns bemüht haben, lautet in ihren Grundzügen etwa so:

Der Kapitalismus betreibt die Produktion ausschließlich zu dem Zweck, Profit zu machen. Der Profit besteht in einem Wertüberschuss über die Summen hinaus, die der Kapitalist in Produktionsmitteln und Arbeitslohn angelegt hat. Wie aller Wert, so ist auch dieser Überschuss nur durch die lebendige menschliche Arbeit erzeugt. Bei Abschluss der Produktion ist also eine bestimmte Wertsumme vorhanden, von der zunächst die verbrauchten Produktionsmittel ersetzt werden müssen. Was dann übrig bleibt, darein müssen sich Kapitalisten und Arbeiter teilen. Mehr als das ist nicht da und kann auch nicht durch Kniffe und Pfiffe im Handel, durch Begaunerung der Konsumenten usw. geschaffen werden. Folglich, *je größer der Profit, desto kleiner der Lohn* und umgekehrt. Dies ist die Grundregel, nach der die Verteilung der Gebrauchsgüter in der kapitalistischen Gesellschaft vor sich geht. Jedes Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage führt deshalb unausweichlich zur Verkürzung des Kapitalanteils, wie auch umgekehrt jedes Streben nach Steigerung des Profits zur Herabdrückung des Lohnes führt.

Aus dieser Grundtatsache ergibt sich in gerader, klarer Folge das *kommunistische Ziel*: *Beseitigung des Profits überhaupt*. Man kann sich vorstellen, dass es unter Umständen den Arbeitern auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft *besser* gehen kann. Heute ist freilich durch die besonderen Verhältnisse, in denen wir gerade jetzt leben, auch dies schon ausgeschlossen, weil der Kapitalismus überhaupt mit seinem Latein zu Ende ist, weil die Epoche seines Untergangs begonnen hat. Aber niemals kann es den Arbeitern, so lange die kapitalistische Wirtschaft dauert, gut gehen. Denn stets muss der Kapitalismus auf Steigerung des Profits, d.h. eben auf Herabdrückung des Arbeitslohns bedacht sein. Folglich müssen wir nach einer Neuordnung der Wirtschaft streben, in der überhaupt kein Profit gemacht wird. Das kann nur eine Ordnung sein, welche die *Befriedigung des Bedarfs* zur obersten Richtschnur aller wirtschaftlichen Tätigkeit macht. Planmäßiges Hand-in-Hand- [161] arbeiten über den ganzen Umfang der Gesellschaft, Aufhebung allen Privateigentums an Produktionsmitteln, Übergang alles dessen, was zur Wirtschaft (Produktion und Verteilung) dient, in den Besitz der Gemeinschaft – das ist es, was die Kommunisten herbeizuführen trachten müssen.

Zu diesen Grundlehren kommt dann die richtige Erkenntnis der gegenwärtigen Lage: der Nachweis, dass der Weltkrieg eingetreten ist, weil der Kapitalismus nicht im Stande war, die

ungeheuren Warenmassen, die er produzierte, dem Konsum zuzuführen; weil er – um des Profits willen – eben die Waren, an denen das heimische Proletariat bitter Mangel litt, über die Grenzen ins Ausland schicken musste, wodurch die Kapitale der verschiedenen Länder in feindlichen blutigen Gegensatz zueinander gerieten. Der Nachweis also, dass und wie mit dem Ausbruch des Weltkriegs die Todesepoche des Kapitalismus begonnen hat, die sich freilich, je nach dem Verhalten des Proletariats, noch lange hinziehen kann. Hieraus ergibt sich dann weiter die Erkenntnis, dass jeder Versuch, die zusammenbrechende Wirtschaft in kapitalistischer Form wieder aufzubauen, notwendig scheitern muss, selbst dann, wenn sie zuerst Erfolg zu haben scheint. Und Hand in Hand damit der Nachweis, dass eine Hoffnung, aus dem Chaos herauszukommen und die Menschen wieder mit ihrem Lebensbedarf zu versorgen, nur dann besteht, wenn ohne Zögern und besonders ohne Schwanken die Bahn zum Kommunismus beschritten wird.

Dies alles an der Hand der alltäglich sich ereignenden Vorgänge unaufhörlich und unermüdlich klarzumachen, darin besteht die Aufgabe der Theoretiker. Wenn das nun wirklich geschieht, wenn die kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften von der ersten bis zur letzten Zeile mit solchem Inhalt gefüllt, von solchem Geiste belebt sind, und wenn sie von den Arbeitern gelesen werden, dann werden die Arbeiter auch wissen, wie sie die hieraus gewonnene Erkenntnis in jedem einzelnen Fall praktisch anzuwenden haben. Es ist doch wirklich ein sonderbares Verlangen, dass der Redakteur einer Zeitung z.B. den Arbeitern der A. E. G. sagen soll, was sie im Innern ihres Betriebes zur Verwirklichung des Kommunismus zu tun haben! Die Anwendung im praktischen Fall ist *ihre* Sache. Sie sind klug genug, selbst zu bestimmen, was zu geschehen hat, wenn ihnen nur diejenige theoretische Belehrung zu Teil wird, die sie sich selbst aus Mangel an Zeit und Gelegenheit nicht verschaffen können, weil sie anderes zu tun haben.

Aber hier liegt eben der Hase im Pfeffer. Es gibt eine Menge Zeitungen, Zeitschriften, Bücher usw., die sich immer noch [162] mit dem stolzen Namen „sozialistisch“ schmücken und das gerade Gegenteil dessen tun, was ihre Pflicht wäre. Ganz zu schweigen von den Rechtssozialisten, deren Charakter als Schützer des Kapitals heute jeder, der es will, deutlich erkennen kann, so häuft auch die Presse der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ Schuld auf Schuld. Seit der Novemberrevolution hat das noch nicht aufgehört. Schon als die Unabhängigen – vor mehr als 2 Jahren – selbst in der Regierung saßen, wandten sie sich gegen Lohnforderungen der Arbeiter, weil diese den (kapitalistischen!) Aufbau stören könnten. Später machten sie den faulen Zauber der „gleitenden Lohnskala“ mit und nährten so den blöden Aberglauben, dass Lohnerrhöhung notwendig zur Preiserhöhung führen müsse, ein Aberglaube, der jede Erkenntnis des Klassengegengesatzes ersticken muss. Beim Friedensschluss zu Versailles und neuerdings wieder bei den Pariser Bedingungen mischten sie sich mit größtem Eifer in den Streit zwischen deutschen und ausländischen Kapitalisten und förderten so den – von ihnen selbst gehegten – Wahn, als ob hierbei die deutschen Arbeiter mit den deutschen Kapitalisten gemeinsame Interessen hätten. Zuletzt haben sie es ja denn auch ganz deutlich ausgesprochen, dass sie den wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht vom Sozialismus, sondern vom Kapitalismus erwarten. Am schlimmsten vielleicht haben sie jedes sozialistische Verständnis durch ihr Gezeter über die „Schuld am Weltkrieg“ verschüttet. Bis auf den heutigen Tag wird die Berliner „Freiheit“ nicht müde, in ellenlangen Aufsätzen Wilhelm II. nebst seinen Diplomaten und Generälen als die „Anstifter“ des Krieges zu denunzieren. Selbst rein historisch genommen, ist das einfach kindisch. Gerade wenn Wilhelm und Bethmann solche Trotteln waren, wie die „Freiheit“ behauptet, dann wäre es den angeblich so viel intelligenteren englischen und französischen Staatsmännern doch sicherlich leicht gewesen, Wilhelms Streiche zu parieren und den Krieg zu vermeiden – wenn sie das gewollt hätten. Selbst hiernach also sind die anderen mindestens ebenso sehr schuld wie

Wilhelm.²⁵ Aber als Sozialisten, als Arbeiter geht uns das alles ja gar nichts an. Uns interessiert bloß der Nachweis, dass der Krieg durch kapitalistische Interessen verursacht und für kapitalistische Interessen geführt worden ist. Dies aber wird ver- [163] schleiert, wenn man alle Kraft und alles Papier darauf verwendet, die Schuld einzelner Personen breitzutreten.

Und so wird jede, aber auch jede Frage der praktischen Tagespolitik von den Unabhängigen in antisozialistischem Sinne bearbeitet. Da wird den Arbeitern die Idee suggeriert, als könne das kapitalistische Staatswesen durch eine „vernünftige“ Steuerreform wieder auf die Beine gestellt werden! Und wie sich die Unabhängigen in Sachen der oberschlesischen Abstimmung verhalten, das ist schon nicht mehr nationalistisch, das ist geradezu chauvinistisch. Ihre sozialistische Pflicht aber glauben sie erfüllt zu haben, wenn sie zwischendurch ein mächtiges Wortgerassel gegen den Kapitalismus vom Stapel lassen, während sie durch ihr ganzes Verhalten den ihnen folgenden Arbeitern andauernd jedes sozialistische Verständnis versperren.

Wenn man uns also fragt, was der Arbeiter tun soll, kann unsere Antwort nur lauten: zuerst und vor allen Dingen dafür sorgen, dass seine Presse sozialistisch geschrieben wird. Nachher die Früchte sozialistischer Erkenntnis in der Praxis selbständig anwenden.

Über wirtschaftssozialistische Aufklärungsarbeit der Nachkriegszeit.

Von Richard Öhring.

Wir haben gesehen, in wie wirksamer Weise die Kapitalistenklasse mit ihrem kleinbürgerlichen, beamteten und sozialdemokratischen Tross mit dem Popanz wirtschaftlicher Notwendigkeiten weite Kreise zu schrecken sucht, und wie diese Propaganda trotz ihrer inneren Hohlheit eine weitreichende Wirkung erzielt *mangels einer ebenso planmäßigen und umfangreichen wirtschaftlichen Propaganda* von der andern Seite. Es ist ja klar, dass im akuten Stadium der Revolution eine entschlossene Richtung ihre Kräfte den unmittelbarsten Aufgaben der Stunde widmete und fürchtete, durch eine Tätigkeit, deren Früchte doch erst hätten reifen müssen, die Forderung der Stunde zu versäumen. Damit erklärt sich auch, dass in zahlreichen Diskussionen eine gewisse *Abneigung* gegen die Betonung solcher Tätigkeit auftrat. Man war manchmal geneigt, denjenigen, der sie forderte, für jemanden zu halten, der die Möglichkeiten der Stunde nicht erkannte und aus seiner eigenen unrevolutionären Veranlagung heraus bewusst oder unbewusst das sausende Rad der Entwicklung zurückzuhalten trachtete. [164]

Als sich nun im November 1918 herausgestellt hatte, dass diejenigen, die früher in *einer* sozialdemokratischen Partei eine Scheineinheit gebildet hatten, sich *vielleicht* noch in der Zieleinstellung einig waren, aber über Mittel und Zeitpunkt der Verwirklichung ganz verschiedene Auffassungen vertraten, als sich damit ferner herausstellte, dass auch die Scheidung während des Krieges keine organische Einheit geschaffen hatte und der im August 1914 begonnene Klärungsprozess noch der Fortsetzung bedurfte – da war es klar, dass die auf die Entscheidung drängende Partei sich nicht mit wirtschaftlicher Aufklärung aufhalten

²⁵ Nebenbei bemerkt: Die Dinge, die die Unabhängigen jetzt „enthüllen“, konnte sich jeder vernünftige Mensch schon im August 1914 an den fünf Fingern abzählen. Damals aber stimmten die Unabhängigen, Haase, Ledebour usw. für die Kriegskredite, weil es nach ihrer Behauptung für Deutschland ein – *Verteidigungskrieg* sei! Man sieht, die Unabhängigen finden in jeder Lage das antisozialistische Verhalten und auch die antisozialistische Begründung dazu.

wollte, sondern alles auf die Klärung über die Anwendung der richtigen *Mittel* zur proletarischen Machtergreifung und Machtbehauptung einstellte.

Man sagte etwa so: jetzt kann man Anhänger nicht durch lange, weit ausholende wirtschaftliche Aufklärung gewinnen; jetzt kommt es darauf an und jetzt genügt es, diejenigen, die, an sich bewusste Klassenkämpfer, nur nicht die geeigneten Mittel und Waffen des Klassenkampfes klar genug erfasst haben, über die Methoden zu klären. Ein Teil des Proletariats ist zwar entschlossen, aber seine Kraft ist unwirksam mangels einer Richtlinie des Handelns.

Man glaubte also, in dem Klassenbewusstsein der gewonnenen Schichten den genügenden Rückhalt zu besitzen. Im Übrigen baute man gewissermaßen auf einen Klasseninstinkt des übrigen Proletariats und der Proletarisierten, die, durch das Faktum ihrer eigenen Lage getrieben, sich den Vertretern der entschiedensten Forderungen zuwenden würden.

Diese Rechnung – im Großen gesehen – war falsch. In diesen Kreisen behauptete vielmehr die kapitalistische oder wenigstens vom Kapital nicht freigemachte Auffassung über die Wirtschaft ihren Boden, und zwar in Folge der mangelnden Aufklärung von kommunistischer Seite.

Je plumper die hier angewandten Argumente waren, desto besser wirkten sie. Denn wer das Althergebrachte, Abgeleierte vertritt, hat immer den Vorteil, bekannte Schablonen herzeigen und so mit einer gewissen Leichtigkeit auf die nun einmal mit kapitalistischer Ideologie von Jugend auf erfüllten Gehirne einwirken zu können.

Wer dagegen das *Neue* zeigen und durchsetzen will, wer die Gehirne aus den gewohnten Geleisen in neue Bahnen reißen will, hat eine vielfach schwerere Aufgabe zu erfüllen. Er hat nicht nur Dinge zu nennen, sondern ihnen erst klare Vorstellbarkeit, gewissermaßen geistige Realität, zu geben, sie zu erhärten. Er muss Beweise und Erklärungen mitbringen. Dies allein ver- [165] langt intensive wirtschaftliche Aufklärung, die in den Grund hinuntersteigt. Schon einmal wurde in diesen Zeilen gesagt, dass die marxistische Auffassung von der entscheidenden Wirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse erst vollständig ist, wenn man hinzunimmt, dass der Weg zur Änderung erst durch das Medium des menschlichen Willens, durch die Schaffung eines bewusst erfassten Spiegelbildes im menschlichen Gehirn hindurchgeht. Wer die Rolle der *Not* zu einseitig betont, muss sich auch sagen, dass eine zufällig oder vorübergehend für den Einzelnen eingetretene Beseitigung der Not diesen Einzelnen wiederum zu einer Änderung seiner geistigen Einstellung veranlasst und seinen Willen vor allem darauf richtet, der Wiederkehr der alten Not, durch welches Mittel es auch sei, vorzubeugen.

Während nun die hieraus erwachsenden Aufgaben gar nicht oder in einer jeder Planmäßigkeit ermangelnden Weise von den im Geiste der Massen hierzu berufenen Stellen gepflegt wurden, waren es nur vereinzelte Personen, die in den durch den Marxismus vorgezeichneten Bahnen hier planmäßige Wirksamkeit einsetzten. Der Verfasser kann nicht umhin, hier die „*Lichtstrahlen*“ selbst zu nennen, die ohne Abweichung für den Gedanken des Kommunismus auf der wirtschaftlichen Basis wirkten. Zu nennen ist ferner die von Dr. *Alfons Goldschmidt* herausgegebene „*Rätezeitung*“ sowie der inzwischen nicht mehr erscheinende „*Arbeiterrat*“, der wenigstens einen Teil seines Inhalts der Wirtschaftsarbeit einräumte.

Dies genügte aber nicht, um die vorhandene Lücke auszufüllen. Es gehört keine besondere Beobachtungsgabe dazu, um festzustellen, dass, soweit nicht die kapitalistischen Einbläserien durchdrangen, in weiten Kreisen – nicht nur der Arbeiterschaft – das *Bedürfnis* nach einer lösungsversprechenden wirtschaftlichen Aufklärung bestand und in wachsendem Maße besteht. Der von Klassenbewusstsein erfüllte Einzelne will nicht nur Einblick haben, er

will *entgegen* und *wirken* und *überzeugen* können. Innerhalb der Betriebe sieht man ein, dass man den Weg zur Wirkung auf schwankende, suchende Schichten gewinnen muss.

Wenn wir nun sahen, dass auf der einen Seite die Wirksamkeit ungenügend war und auf der andern Seite eine Lücke bestand, so ergibt sich aus natürlichen Gründen, dass andere Kreise hier ihre Wirksamkeit einsetzten, die weder kapitalistisch waren noch bewusst auf dem Klassenstandpunkt standen, aber wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht sozialistische Forderungen vertraten. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Wirksamkeit dieser Gruppen wegen der häufig mangelnden politischen Klarheit [166] manchmal dazu beitrug, die Abneigung gegen die wirtschaftssozialistische Aufklärung unter dem klassenbewussten Teil zu verstärken. Eine andere Gruppe wiederum, die den Klassenstandpunkt einnahm, glaubte, ihn im Interesse ausgedehntester Wirksamkeit nicht hervorkehren zu dürfen oder vielleicht gar ableugnen zu müssen.

Es handelt sich um diejenigen Personen oder Personenkreise, die, vielleicht nur in geringer Berührung mit der Politik und nur gewohnt, den wirtschaftlichen Vorgang zu betrachten, das wirtschaftliche Chaos und das für weite Volkskreise daraus erwachsende Unheil voraussahen. Sie machten sich frei von der Lehre der herrschenden Klasse, glaubten aber mehr oder weniger, diese zur Selbstaufgabe ihrer alten Stellung durch die Rücksicht auf das Allgemeinwohl bewegen zu können.

Ein Teil ging vom nationalen Gedanken aus, bestimmt von der Überlegung, dass das drohende wirtschaftliche Unheil mit der Volkskraft auch die nationale Stärke Deutschlands lähmen würde. (So Professor *Eltzbacher*, der *Nationalbolschewismus* ursprünglicher Form.) Der Irrtum hierbei war die Annahme, dass das Kapital national orientiert sei. Das ist aber nicht der Fall. Es wird hierbei vergessen, dass die bevorrechtete Klasse den Versuch unternimmt, sich positiv oder negativ der unteren Klasse zu ihrer Rettung zu bedienen. Negativ durch Einschränkung der Produktion. Positiv durch Lohnherabsetzung (siehe dauerndes Klagen über die hohen Löhne) oder, was schließlich dasselbe ist, Verlängerung des Arbeitstages (Angriff auf den Achtsturentag, Dernburgs Extraarbeitsstunde).

Ein weiterer Teil der „reinen Wirtschaftler“, die eine wirtschaftssozialistische oder -kommunistische Einheitsfront herstellen wollten, war „ethisch“ gerichtet, glaubte, mit dem Appell an solche Gefühle zu wirken. Es verbarg sich häufig dahinter die Furcht davor, dem Kampf, dem Konflikt, dem Disharmonischen klar ins Auge zu blicken. Diese glaubten vielfach, sich auf die kleinbürgerlichen Schichten stützen zu sollen. Sie bekundeten unverhohlene Abneigung gegen den „Bolschewismus asiaticus“, waren für eine deutsche kultivierte Abart, gleich jenen deutschen Vorgängern vor einem Jahrhundert, die, in ähnlicher Weise im Namen des „wahren“ Sozialismus auftretend, im kommunistischen Manifest von Marx und Engels gezeißelt wurden.

Eine dritte Gruppe, die ebenfalls nicht vom Politischen ausging, besaß aber die Kraft, sich dort anzuschließen, wo sie einzig auf konsequente Durchführung ihrer Maßnahmen rechnen konnte, und begann, auf diesem Wege sich auch zu eigentlich politischer Stellungnahme zu entwickeln. Erinnert sei hier an Dr. *Otto* [167] *Neurath*, der, bis dahin fast nur als bürgerlicher Fachgelehrter bekannt, für seine Forderung sofortiger Vollsozialisierung aufklärend wirkte und die Konsequenz bewies, als Beauftragter der verfehmten Münchener Räteregierung für die Verwirklichung der von ihm propagierten Ideen praktisch tätig zu sein. Hierhin gehört noch vielleicht die *Rätegenossenschaft für wirtschaftlichen Aufbau*, die auf dem Programm sofortiger uneingeschränkter Verwirklichung des Sozialismus fußte. Sie entwickelte sich aus noch nicht durchweg klaren Anfängen heraus zu entschiedener Stellungnahme auf dem Boden des Klassenkampfes, konnte aber, einmal auf falschem Baugrunde errichtet, keine rechte Lebensfähigkeit erlangen, sodass sie sich zu freiwilliger Auflösung entschloss.

Von kapitalistischer Seite ist also das Mittel wirtschaftlicher Argumentierung im größten Maßstabe gebraucht worden. Von linkssozialistischer Seite ist hier vieles versäumt worden. Die Lücke wurde zum Teil ausgefüllt durch Kreise, die wohl die Forderung des Wirtschaftssozialismus voll erfasst hatten, aber noch nicht durchweg zur politischen Klärung gelangt waren. Es ist jetzt die Aufgabe, die wirtschaftliche Aufklärung im konsequent sozialistischen Sinne und in politischer Klarheit ohne Abweichung von dem durch Marx gelehrten Klassenstandpunkt in großem Maßstabe durchzuführen. Welche Mittel sich hierfür bieten, darüber ein weiterer Artikel.

Von Münchhausens Zopf.

Es ist zwar schon etwas lange her, seit wir sie gelesen haben, aber gewiss erinnert sich jeder gern an die lustige Geschichte, wie der edle Freiherr von Münchhausen mit seinem Pferd in einen Sumpf geraten war und immer tiefer einsank, und wie er da auf den großartigen Gedanken verfiel, sich an seinen eigenen Zopf zu fassen – glücklicherweise trugen die Männer damals noch Zöpfe – und sich vermittelst dieses Zopfes höchst eigenhändig aus dem Sumpf wieder herauszuziehen.

Heutzutage trägt man keinen Zopf mehr, wenigstens nicht von außen, körperlich, sichtbar. Umso verrückter ist es, dass trotzdem das Beispiel Münchhausens immer noch fortwirkt und die Versuche immer wiederholt werden, wenn man irgendwo feststeckt, sich an dem eigenen, gar nicht vorhandenen oder doch nur geistig vorhandenen Zopf herauszuziehen. Doch sind das meist keine lustigen Geschichten, sondern sehr traurige.

Im Grunde genommen ist diese Kur à la Münchhausen die Signatur unseres ganzen gegenwärtigen Zeitalters. Der Kapitalismus hat uns durch seine regelrechte, folgerichtige Aus- [168] wirkung, durch seine normale Funktion in den Weltkrieg gestürzt. Der Weltkrieg hat die ganze Wirtschaft kurz und klein geschlagen. Und nun stellen sich die Leute neben den Trümmerhaufen und beginnen äußerst gelehrte Überlegungen, wie man alles wieder aufbauen soll – vermittelst des Kapitalismus! Ist das nicht die Geschichte von Münchhausens Zopf?

Diese große Generaltragödie unserer Zeit manifestiert sich zugleich aber auch in unzähligen kleinen Spezialaffären, die für den Wissenden meist einen stark komischen Einschlag haben, obgleich es sich dabei immer um dasselbe tragische Grundmotiv handelt. Eine solche kleine Extrakomödie ist dieser Tage bei der *Berliner Straßenbahn* passiert.

Man weiß, dass die Leute, die die Geschäfte der Berliner Straßenbahn leiten, dabei nach denselben wohlweisen Grundsätzen verfahren, wie etwa jene anderen, denen unsere Staatsfinanzen anvertraut sind. Nämlich, wenn infolge der allgemeinen Zerfahrenheit unserer Zustände die Gelder nicht langen, dann werden die Einnahmen erhöht: mehr Steuern, höhere Fahrpreise etc. Natürlich wächst dadurch die allgemeine Teuerung, und dann dauert es nicht lange, so müssen die Gehälter der Beamten, die Löhne der Arbeiter erhöht werden; dann ist man bald wieder so weit, dass die Gelder nicht langen, und dann – fängt man abermals an, Steuern, Fahrpreise usw. zu erhöhen. In diesem verrückten Karussell dreht sich unser Wirtschaftsleben jetzt seit Jahren.

Nachdem man durch diese geniale Methode die Berliner Fahrpreise in etwa 2½ Jahren von 10 auf 80 Pfennig heraufklamüsert hatte, sollte jetzt ein Sprung auf 1 Mark gemacht werden, und nun geschah das Entsetzliche: die Erhöhung wurde im Berliner Stadtparlament abgelehnt! Die Rechtsparteien stimmten dagegen, weil sie mit der Preiserhöhung zugleich eine Lohnherabsetzung vornehmen wollten – und das haben die Rechtssozialisten und die

Unabhängigen bisher noch nicht gewagt²⁶ – und die Kommunisten stimmten ebenfalls dagegen. So kam keine Mehrheit zu Stande, und die Berliner können vorläufig noch für 80 Pfennig fahren.

Bekanntlich ist Groß-Berlin gegenwärtig eine „sozialistische“ Gemeinde. Das heißt, die Regierungssessel im Rathaus werden zum größeren Teil von Inhabern solcher Gesäße gedrückt, die sich zu einer der beiden sozialdemokratischen Parteien rechnen. Und für diese besteht der Sozialismus darin, dass sie um des Himmels- [170] willen um jeden Preis ihre Sitze behalten wollen. Als schlimmste Gefahr für die Arbeiterbewegung gilt ihnen, dass etwa der „sozialistische“ Magistrat die Sache nicht weiter betreiben kann und dann auf irgendeine Weise – demokratisch oder autokratisch von Mitgliedern bürgerlicher Parteien verdrängt wird. Diese Gefahr nun sehen sie heraufsteigen, wenn etwa die Straßenbahn nicht mehr Geld genug zusammenkriegt. Da kann man sich denken, wie sie jammern, wie sie toben!

„Niemand von unseren Genossen wird gern einer Tariferhöhung zustimmen, aber die Straßenbahn *gebraucht die Einnahmen, um den Betrieb fortzuführen*. Wir können es nicht verantworten, den Betrieb einzustellen. Die Straßenbahn ist für die große Masse der Bevölkerung notwendig wie das liebe Brot. Ein Ideal wäre es, wenn Jeder fahren könnte, so oft er das nötig hat und wenn er unentgeltlich die Bahn benutzen könnte. Da das aber nicht angeht, muss Einnahme und Ausgabe ins Gleichgewicht gebracht werden. Das ist *nur durch den Tarif möglich*. Die Kommunisten haben wieder einmal bewiesen, dass sie eine Kommunalpolitik gegen die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung treiben. Sie befinden sich dabei in der Gesellschaft unserer schlimmsten Feinde, der Deutschnationalen und Volksparteiler.“ (*Freiheit*, 25. Februar.)

Ach nein, verehrte Berliner Regierungssozialisten, ganz so liegt die Sache nicht. Vielmehr, auch wenn ihr den Tarif erhöht, könnt ihr den Betrieb über kurz oder lang doch nicht mehr fortführen. Bloß um die Zwickmühle Preiserhöhung – Lohnerhöhung, Lohnerhöhung – Preiserhöhung ins Unendliche fortzutreiben, dazu brauchen wir keinen „sozialistischen“ Magistrat. Das können die Bürgerlichen mindestens ebenso gut besorgen. Wenn ihr als Sozialisten auch nicht die entfernteste Spur von einer Ahnung habt, wie man die Sache anders anfangen soll, dann ist euer sogenannter Sozialismus keinen Pappenstiel wert. Und es ist ganz gut, dass ihr durch die Ablehnung einmal vor die Notwendigkeit versetzt seid, darüber nachzudenken, dass Münchhausens Zopf seinen Eigner nur – na eben nur in Münchhausens Geschichten aus dem Sumpf ziehen kann.

Rundschau.

Das konnte man vorher wissen. Die Bergarbeiter wollen mit den Überschichten Schluss machen und begründen dies damit, dass sie sie körperlich nicht mehr leisten können. Der Gesundheitszustand hat kolossal gelitten. Auch hat sich die Zahl der Unfälle stark vermehrt. Zugleich sind die Bergleute jedes Mal am Tage nach der Überschicht so ermattet, dass sie dann viel weniger leisten. Um 30 bis 40 000 Tonnen ist die Tagesförderung an solchen Tagen geringer. Eine Steigerung der Gesamtproduktion wird somit durch die Überschichten gar nicht erzielt. [170]

Es ist also genau das eingetreten, was sich jeder vernünftige Mensch vorhersagen konnte. Es ist eben ein Unding, den kapitalistischen Zusammenbruch durch größere Anstrengung der Arbeiter – und nun gar einer einzelnen Arbeiterkategorie! – wettmachen zu wollen. Das geht

²⁶ Ist inzwischen geschehen! Verschlechterung der Arbeiterlage und Erhöhung des Fahrpreises sind angenommen!

nur durch Vergesellschaftung der Arbeit, durch planmäßiges Hand-in-Handarbeiten, woran sich alle, auch die sogenannten Geistesarbeiter, beteiligen können und beteiligen müssen. Aber freilich, für den Kapitalprofit bleibt da kein Raum, und deshalb wird's vorläufig noch nicht gemacht! Er sitzt nämlich noch fest im Sattel.

Unrecht getan haben wir dem österreichischen Unabhängigen *Otto Bauer*. Schuld daran trug freilich seine Berliner Freundin, die „Freiheit“. Fußend auf ihrer wörtlich übernommenen Mitteilung haben wir (in Nr. 10, Seite 157) gesagt, er habe den Ausspruch getan, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau Österreichs sich nur auf kapitalistischer Basis vollziehen könne. Inzwischen ist in einem rechtssozialistischen Blatt ein etwas ausführlicherer Bericht seiner Rede erschienen. Danach lautet die Stelle:

„Dass unsere Krise *auf kapitalistischer Basis nur durch Zufluss ausländischen Kapitals* überwunden werden kann und zwar auf die Dauer nicht durch jenen Zufluss in der Form der Kredite der Ententestaaten, die sie uns aus Mitleid oder weil sie unseren Anschluss an Deutschland fürchten oder aus sonst irgendwelchen Gründen gewähren, sondern um sich hier selber industriell zu betätigen, ist ganz klar. Eine passive Handelsbilanz überwindet sich nicht anders. Fraglich war für uns nur, *welches* Kapital hereinkommen soll. Für uns war die Forderung nach dem Anschluss an Deutschland zum großen Teil dadurch begründet, dass wir eben nicht in die Abhängigkeit des italienischen und französischen, sondern lieber in die des deutschen Kapitals kommen wollten.“

Was Herr *Otto Bauer* da gesagt hat, ist ja für einen Sozialisten immer noch eine ganz respektable Leistung. Immerhin ist es doch ganz etwas anderes, als was ihn die „Freiheit“ sagen ließ. Hiernach ist er nicht der Ansicht, dass ein Wiederaufbau anders als auf kapitalistischer Basis nicht möglich sei, sondern er meint nur: wenn der Aufbau auf kapitalistischer Basis erfolgt, dann ist dafür Zufluss ausländischen Kapitals nötig.

Zusammenbruch? In der kommunistischen Partei haben bekanntlich 5 Mitglieder des Vorstandes - darunter 3 Neukommunisten - ihre Ämter niedergelegt. Es ist nicht unsere Sache, die inneren Angelegenheiten der kommunistischen Partei zu vertreten, auch haben wir nie einen Zweifel darüber gelassen, dass wir in wichtigen Punkten, die gerade von den jetzt Zurückgetretenen geführte Politik für falsch halten. Bezeichnend ist aber die Art und Weise, wie dieser Vorfall von der rechtssozialistischen und unabhängigen Presse gewertet wird. Die *Breslauer Volkswacht* (Richtung Scheidemann) spricht von einer „geköpften“ VKPD und schreibt dazu:

„Kurz nach dem Wahlsiege der USPD im Juni 1920 schaufelten eine Handvoll überradikaler Führer und Führerinnen dieser Partei das Grab. Auf dem Gipfel eines Triumphes brach sie jäh zusammen. Niemand wird behaupten können, dass die VKPD in der Wahlschlacht des 20. Februar triumphiert hätte. Immerhin hat sie über eine Million Stimmen auf sich vereinigt, und ihre [171] Gläubigen im Lande mochten hoffen, dass dieser Partei ein stolzer Aufstieg beschieden sei. Dieser Traum ist zerstört. Wenige Tage nach dem Wahlkampf hat die VKPD eine Hinrichtung an den meisten der Führer vollzogen, die im vorigen Jahre die USP zertrümmert haben.“

Noch toller treibt's die *Elbinger Volksstimme* (Richtung Crispian-Ledebour). In Riesenlettern verkündet sie als das wichtigste Ereignis des Tages: *Zusammenbruch der kommunistischen Zentrale*, und bemerkt:

„Was nun weiter? Die Däumig und Levi werden nicht darauf verzichten wollen, eine Rolle in der Öffentlichkeit zu spielen. Die „Vereinigte“ KPD wird sich spalten. Dass die Moskauer Bedingungen nicht durchzuführen seien, haben wir den Kommunisten

eingehend nachgewiesen. Aber das ungeheuerliche Verbrechen der Spaltung der USP musste begangen werden. Die USP-Politik hat sich nach knapp einem halben Jahre bereits glänzend gerechtfertigt.“

Soll man so etwas für möglich halten? Weil vier Männer und eine Frau ihre Ämter in einer Partei niedergelegt haben, posaunt man dies als Zusammenbruch der Partei in die Welt hinaus, als Beweis, dass die Partei jede Zukunftshoffnung verloren hat! Das lässt nur einen Schluss zu auf den Geisteszustand der Posaunisten. Sie sind wieder ganz da angelangt, wo sie am 4. August 1914 standen. Damals brach ja in der Tat die sozialdemokratische Partei total zusammen, weil unter 1 100 000 Mitgliedern ganze 110 Mann im Reichstag ihre Schuldigkeit nicht taten. So wenig, wie gesagt, es unsere Sache ist, die Kommunistische Partei zu verteidigen – das hoffen wir denn doch, dass sie nicht aus einer ebensolchen Hammelherde besteht, wie die damalige Sozialdemokratie.

Wovor sie sich fürchten. In einer Zuschrift an das Kleine Journal erhebt der in letzter Zeit öfters genannte Arnold Rechberg allerlei Vorwürfe gegen die militärischen und diplomatischen Leiter des Krieges auf deutscher Seite. Zum Schluss fügt er daran die Mahnung:

„Das alles sind Ereignisse, welche der Vergangenheit angehören. Es handelt sich jetzt nicht darum, was war, sondern was sein wird. *Aus dem Osten steigt die furchtbare Gefahr des Bolschewismus empor*, welche alle Völker Europas gleichmäßig bedroht. Ich persönlich bin überzeugt, dass Europa dem Kampf um Sein oder Nichtsein mit dem Bolschewismus nicht ausweichen kann, weil die Moskauer Sowjetregierung bis in die letzten Konsequenzen offensiv sein muss und wird. Die Gefahr wird aber noch nicht allseitig erkannt, geradezu wie die Deutschen das Herannahen des Weltkrieges und während dieses gigantischen Kampfes die Niederlage Deutschlands nicht für möglich halten wollten. Es ist also nicht sicher, aber es soll doch gehofft werden, dass die furchtbare Gefahr wenigstens diesmal noch rechtzeitig erkannt wird.“

Man weiß, was diese Herrschaften „die Völker Europas“ oder „die Kultur Europas“ nennen, das ist der europäische Kapitalismus. Für ihn sehen sie eine furchtbare Gefahr im Bolschewismus, d.h. in der planmäßigen, aber auch gegen den Kapitalprofit rücksichtslosen kommunistischen Auftätigkeit.

6. Jahrgang Nr. 12 20. März 1921

Nie wieder Krieg.

Berlin, 18. März 1921.

In den Tagen als der Minister des Auswärtigen Herr *Simons* aus London zurückkehrte, wurde in Berlin und anderen Orten Deutschlands einiger nationalistischer Rummel veranstaltet, den nervöse Leute für die Gefahr einer neuen Kriegsdrohung ansahen. Wie kann man nur so schwachnervig sein! Aus dem Abbruch der Londoner Verhandlungen, aus den Gewaltmaßnahmen der Entente – die diesmal den schönen Namen „Sanktionen“ verhöhnern – wird kein Krieg entstehen, aus dem höchst einfachen Grunde, weil der deutsche Kapitalismus gegenwärtig keinen Krieg führen kann. Denn rasselnde chauvinistische Hetzreden und eine wütende Stimmung – selbst, wenn sie durch ein angebliches Attentat auf die Berliner Siegessäule genährt wird – reichen doch nicht ganz aus. Man braucht zum Kriegführen außerdem noch Kanonen, Flinten, Luftschiffe, Tanks und sonst ein paar Kleinigkeiten, die das kapitalistische Deutschland nun einmal nicht hat, wenigstens nicht in ausreichendem Maße. Jeder halbwegs erfahrene Unteroffizier kann also unsere jetzt so aufgeregten Pazifisten beruhigen: aus *diesem* Anlass wird es nicht zum Kriege kommen.

In anderer Hinsicht dagegen hat der nationalistische Rummel einige Bedeutung. Auch er nämlich wird wieder dazu benutzt, um den wahren Zusammenhang der Dinge zu verschleiern und dadurch den Volksmassen das kommunistische Verständnis zu erschweren. Und zwar geschieht dies auf *beiden* Seiten, nicht nur bei den sogenannten Patrioten, die jetzt wieder mal, wie vor 7 Jahren, jeden Tag einen Franzosen oder Engländer mit Haut und Haar zum Frühstück verschlingen, sondern auch bei ihren pazifistischen Gegenfüßlern. Es ist z.B. bezeichnend, dass die Unabhängigen Sozialdemokraten Protestversammlungen ein- [173] berufen mit dem Thema: „Nie wieder Krieg!“. Sie setzen jetzt also schon ihre Propaganda mit vollem Bewusstsein auf das Niveau des bürgerlichen Pazifismus herab und rechtfertigen damit das Vertrauen jener Leute, die während der letzten Wahlbewegung in Preußen ihre Anhänger aufriefen, nur für eine der beiden sozialdemokratischen Parteien zu stimmen, weil nur diese ganz zuverlässig gegen einen neuen Krieg eintreten würde. Die Unabhängigen haben ja auch diesen Aufruf in ihrer Presse veröffentlicht und sind folglich ganz damit einverstanden gewesen, mindestens in diesem Punkte den Rechtssozialisten gleichgesetzt zu werden. Womit allerdings noch nicht erwiesen ist, dass sie im Ernstfalle, bei einer wirklichen Kriegserklärung, nicht allerlei Vorwände finden würden, um dennoch Kriegsgelder zu bewilligen und die Kriegshetze zu stärken, wie sie das im August 1914 ja auch getan haben.

Indessen, wenn man sich über das Wesen des Pazifismus unterrichten will, tut man schon besser, die auch hierin halben und schwächlichen Unabhängigen bei Seite zu lassen und an die Quelle, d.h. zu den „echten“ bürgerlichen Pazifisten zu gehen. Da ist nun dieser Tage in der „Welt am Montag“ ein Artikel des Herrn *von Gerlach* erschienen. Für ihn ist die Hauptsache in der gegenwärtigen Lage: die Tür offen halten für neue Verhandlungen mit der Entente und für diese Verhandlungen bessere Grundlagen schaffen. Das Entscheidende aber – nämlich als geeignete Grundlage für neue Verhandlungen – erblickt Herr v. Gerlach in der unparteiischen Feststellung der Schuld am Weltkrieg durch Neutrale. Herr v. Gerlach schreibt:

„Der Völkerbund beauftrage eine Kommission der angesehensten Völkerrechtslehrer der neutralen Staaten (Schweizer, Holländer, Skandinavier) mit der Untersuchung der

Schuldfrage. Diese Kommission erhält das Recht, von jeder der beiden Parteien (Mittelmächte und Entente) alles amtliche Material einzufordern, das ihr wichtig erscheint. Sie hat keine abgrundtiefe historische Untersuchung über vergangene Jahrhunderte anzustellen – dann käme sie nämlich in Jahren nicht zu Ende. Sie hat sich nur mit den Ereignissen vom 28. Juni bis 4. August 1914 zu beschäftigen. Alles dreht sich um die eine Frage, die ganz klar juristisch zu beantworten ist: Wer trägt die Verantwortung dafür, dass im August 1914 der Weltkrieg ausbrach?“

Wenn das geschehen sei – so glaubt Herr v. Gerlach – dann läge ein Richterspruch vor, gegen den es keine Berufung gibt. „Ihn hätte die Welt anzuerkennen.“ Und dann würde die Völkerverhetzung aufhören.

Wir haben nun nicht die Absicht, nochmal auf die Frage der Schuld am Kriege einzugehen. Wir lassen deshalb ganz bei Seite die kindliche Idee, dass „die Welt“ einen solchen Schiedsspruch anerkennen würde, zumal wenn man dem Gericht will- [174 kürlich vorschreibt, dass es sich nur um die Vorgänge vom 28. Juni bis 4. August 1914 zu kümmern habe! (Warum dann nicht bloß vom 28. Juli bis 4. August? Dann käme nämlich wieder ganz etwas anderes heraus!) Sondern was uns heute interessiert, ist der Einfluss auf die Kriegsentschädigung und auf die „Sanktionen“, die der Pazifist von einem solchen Urteilspruch erhofft.

Nach den sonst bekannten Ideen des Herrn v. Gerlach erwartet er vermutlich, ein solches Gericht würde der damaligen deutschen und österreichischen Regierung die ganze Schuld zusprechen. Nun hat Lloyd George²⁷ in der moralisierenden Manier kapitalistischer Staatsmänner die angebliche Schuld „Deutschlands“ zur Grundlage der Forderungen gemacht: ihr Deutsche habt den Krieg verschuldet, also müsst ihr den angerichteten Schaden bezahlen. Und jetzt bildet sich Herr v. Gerlach wohl ein, wenn der Richterspruch in dem gleichen Sinne ausfiele, dann würde in Deutschland jeder Widerstand gegen die Zahlungen aufhören! Als wenn der Widerstand seine Wurzel in dem Gefühl ungerechter Behandlung hätte und nicht in dem Wunsch, die Hand auf dem Kassenschrank zu halten!

Man kann sich aber den Verlauf auch umgekehrt vorstellen. Das neutrale Gericht käme zu dem Urteil, Deutschland sei überfallen und angegriffen worden, die Gegenseite trage die Schuld am Kriege. Dann muss ja Lloyd George einsehen, dass seine Forderungen unberechtigt sind, und er werde sie fallen lassen??? – Wie kann man sich von den Zusammenhängen in Geschichte und Politik nur solche kindischen Vorstellungen machen! Die Staatsmänner der Entente haben, genauso wie die deutschen und österreichischen, ihre Völker mindestens die drei letzten Kriegsjahre lang nur noch dadurch zum Durchhalten aufhetzen können, dass sie ihnen erzählten: wir müssen siegen, um Kriegsentschädigung zu kriegen, denn sonst gehen wir an den Kriegsschäden zu Grunde. Nun ist der Krieg schon seit bald 2½ Jahren zu Ende, die siegreichen Völker geraten gerade so wie wir in immer tiefere Not hinein, und jetzt müssen ihre Regierungen endlich mal so tun, als ob sie etwas täten, und „ernstliche“ Schritte zur Beitreibung der Entschädigung versuchen. Das ist der wirkliche Zusammen- [175] hang, und an dem kann kein neutraler Gerichtshof etwas ändern. Mag er zehnmal alle Schuld den Lloyd George und Clémenceau zusprechen, dann würden diese eben, getrieben durch die steigende Verzweiflung ihrer Völker – wir meinen, die Verzweiflung der Proletariatsmassen ihrer

²⁷ Von Leuten, die es wissen können, wurde uns jüngst eine hübsche kleine Begebenheit erzählt. Als in Frankreich noch Clémenceau, in Amerika noch Wilson herrschte, wurde Clémenceau im vertrauten Kreise nach seiner Meinung über Wilson gefragt. Die Antwort lautete: *Que voulez-vous que je fasse d'un individu qui parle comme Jésus-Christ et qui agit comme Lloyd George.*“ Zu deutsch: „Was soll ich von einem Menschen halten, der so spricht wie Jesus Christ und so handelt wie Lloyd George.“

Völker, die man so lange Jahre schon durch das Gaukelspiel einer deutschen Entschädigung hingehalten hat – andere Vorwände für ihre Forderungen suchen und auch finden.

Das schlimme ist nun aber, dass durch solch Geschwätz, wie das des Herrn v. Gerlach und der Unabhängigen, immer wieder der Wahn genährt wird, ein neuer Krieg könne durch „Aufklärung“ vermieden werden. Das eben hindert das sozialistische Verständnis und damit den einzigen Weg, der wirklich zum dauernden Frieden führen kann. Neue Kriege gleich den alten können entstehen aus den wirtschaftlichen Gegensätzen der Kapitalistenklassen der verschiedenen Länder, die ihrerseits erwachsen aus den Klassengegensätzen innerhalb der Länder. Zum Frieden führt also der Weg nur durch rücksichtslosen Kampf gegen den Kapitalismus im eigenen Lande, durch Ausrottung des Kapitalismus, durch Schaffung der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft. Jeder Proletarier aber muss sich klar sein, dass er in diesem Kampf – die letzten Jahre haben's tausendfach bewiesen – auch mit Leib und Leben seinen Mann stehen muss.

Die wirtschaftliche Aufklärung im Dienste des Kommunismus.

Von Richard Öhring.

In den beiden vorangegangenen Aufsätzen (Nr. 10 und 11 der Lichtstrahlen) wurde gezeigt, wie die Anwendung des wirtschaftlichen Arguments, der wirtschaftlichen Scheinaufklärung, zur Bekämpfung des Kommunismus eine tiefgreifende Wirkung ausübt auf weite noch schwankende und zögernde Schichten des Proletariats und derjenigen, die durch die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu ihrem Nachteil betroffen wurden. Dies hat zur Folge gehabt, dass große Gruppen im Gegensatz zu ihren eigenen Interessen aus mangelndem oder nicht genügend klarem Klassenbewusstsein sich den politischen Forderungen des Kommunismus gegenüber nicht nur passiv, sondern sogar feindlich verhalten. Die letzten Jahre haben erwiesen, dass die dauernde Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nicht genügt, die Stellungnahme dieser Teile zu verändern. Es ist daher erforderlich, der Tätigkeit der Gegenseite eine ebenso bewusste plan- [176] mäßige und umfangreiche wirtschaftliche Aufklärungsarbeit entgegenzusetzen.

Deren Inhalt wird vor allem durch die Aufgabe bestimmt, den leidenden Schichten die wahren Gründe des wirtschaftlichen Verfalls und damit ihres Elends zu zeigen. Es muss gezeigt werden, dass die Behauptung von der Unentbehrlichkeit des Kapitalismus falsch ist, dass die Gründe der heutigen Krise nicht vorübergehender Natur sind, vielmehr im Wesen des Kapitalismus im Allgemeinen wie in seiner Gegenwartsstruktur im Besonderen liegen, und dass folglich es nicht der Kapitalismus sein kann, der Rettung bringt.

Dies ist erst die Vorarbeit, und schon sie – so leicht sie scheinen mag – kann in ihrer Schwierigkeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es gilt, mit so vielen fest eingewurzelten Vorstellungen aufzuräumen, es gilt zu zeigen, dass scheinbar nächstliegende Deutungen auf grundsätzlichen Irrtümern beruhen. Die meisten betrachten die gegenwärtige Lage als bloße Folge des Krieges und der Niederlage, während sie übersehen, dass der Krieg nur ein Glied in einer Kette von Ereignissen ist, und dass *im Kriege Entwicklungen und Veränderungen vor sich gegangen sind*, die zu bleibenden und dauernd wirkenden Tatsachen geworden sind.

Will man aber dies zeigen, so muss man wirklich die ganze Struktur des heutigen Kapitalismus, seine treibenden Kräfte, das Wesen moderner industrieller Produktion, das wirtschaftliche Weltbild und anderes mehr aufweisen können. Im Gegensatz zu dem gewöhnlich beschrittenen Wege, in seiner Umkehrung, darf man nicht von der Klassentheorie

ausgehen unter Beziehung auf die von Marx zugrundegelegten Tatsachen, die zum großen Teile ja einem ganz anderen industriellen Weltbilde entsprechen als das heutige, sondern man muss die Klassentheorie *aus der Praxis der Gegenwart* entwickeln.

Eine solche Darstellung der Gegenwart gibt den Boden, aus dem die Theorie des Gegensatzes von Kapital und Arbeit und damit des Klassenkampfes lebendig für die Gegenwart herauswächst. Denn die Darstellung der Situation und der sie bestimmenden Gründe selbst wird aufweisen müssen, dass der Kapitalismus mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln den Aufbau der Wirtschaft hindert, dass eine sozialistische Neuordnung erforderlich ist und dass diese nie in Harmonie mit dem Kapital, sondern nur im Gegensatz zu ihm entwickelt werden kann. Dies zwingt aber gleichzeitig, über die Methoden des Klassenkampfes, über seine taktische Seite, nachzudenken, nachdem man ihre prinzipielle gründlich erfasst hat. Man muss die von [177] Karl Marx geschaffene Lehre immer wieder durch Entwicklung *aus der eigenen Gegenwart* heraus lebendig machen. Sonst büßt sie zunehmend ihre Anschaulichkeit ein, wird eine akademische Angelegenheit, wird ein Schaustück aus der historischen Rumpelkammer. Aus der Gegenwart schaffen, ist gleichbedeutend mit dem Goetheschen Wort: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Ist so die Entwicklung und Förderung des Klassenbewusstseins selbst an die Kenntnis der Gegenwart gebunden, so ist auch für denjenigen, der auf der Grundlage der Erkenntnis Klassenbewusstsein besitzt und gemäß dem Klassenstandpunkt handeln will, *immer neue Kenntnis der sich stetig verändernden wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart notwendig*. Die Theorie des Klassenkampfes hat keine oder nur ungenügende praktische Wirkung, wenn genügende Kenntnis der Umwelt fehlt, in der ihr Geltung verschafft werden soll. Der klassenbewusste Sozialist muss über die Wirkung seiner Willenseinflüsse urteilen können. Es genügt nicht für ihn, das Werkzeug in Gestalt der Klassenlehre zu besitzen. Er muss, ebenso wie der Handwerker, den Stoff, d.h. für ihn die wirtschaftliche Umwelt, kennen, auf die er sein Werkzeug wirken lassen will. Die gleiche Maßregel kann unter verschiedenen Verhältnissen einmal zweckentsprechend, das andere Mal schädlich sein. So wird z.B. ein Streik in einer Fabrik, die ein gesondertes Unternehmen darstellt, wirkungsvoll sein, der zu einem andern Zeitpunkt, wo die gleiche Fabrik in einen Konzern aufgegangen ist und damit die ganze Macht des Konzerns hinter sich hat, zusammenbrechen muss. Es ist dies gerade ein Vorgang, der heute vielfach zu beobachten ist. Der Zusammenschluss des Kapitals, der von manchen Propheten der ruhigen Entwicklung oder reinen Evolution als die Vorarbeit für die Einführung des Sozialismus gepriesen wird, ist nicht zuletzt eine Abwehrbewegung des Kapitals, ein Schutz- und Trutzbündnis, gegen die Klassenkampffront des Proletariats.

Nur so kann erreicht werden, dass die Masse unabhängig von Führern wird, wenn ihr durch Kenntnis der Klassenkampf nicht ein bloßes Wort, sondern ein lebendiger Begriff ist. Nur dann kann die Klassentheorie mehr sein als ein bloßes Wort, mit dem man die Massen benebelt, als ein Theaterdonner, der keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt, mehr sein als eine Drohung, über die die Bedrohten sich lustig machen. Gebrauchen doch die Sozialisten das Wort Klassenkampf in der Regel als eine Floskel, die in der Praxis überflüssig ist. Es braucht nur eine entscheidende Situation zu kommen; dann wird das Pappschwert eingesteckt [178] und die Einheitsfront von Kapital und Arbeit hergestellt. Unfähigkeit, eine Situation zur klaren Herausstellung des Klassengegengesatzes zu benutzen, beginnt den Begriff des Klassenkampfes lächerlich erscheinen zu lassen.

Alles Ziel der wirtschaftlichen Aufklärungsarbeit liegt in der Weckung und Förderung des Klassenbewusstseins wie in seiner Entwicklung zur klaren Leitlinie des Handelns. *Nicht Selbstzweck ist das Wissen, sondern es bedeutet Weckung des Willens und Lenkung des Handelns.*

Hierfür besitzt aber die wirtschaftliche Aufklärungsarbeit eine größere Bedeutung, als meist erkannt wird.

Es gilt, wirkliches echtes Klassenbewusstsein zu erwecken, nicht nur ein dumpfes Gefühl, eine Art Klasseninstinkt. Die nur hiervon beseelten Massen können weder das Rückgrat noch auch nur einen wesentlichen Stützpunkt einer Bewegung bilden. Solche Schichten stellen nur wirtschaftliche Wracks dar, die ohne Richtung treiben. Sie schließen sich bald der oder jener Partei an, um dann, wenn ihre Hoffnungen nicht schnell genug erfüllt sind, entweder gleichgültig zu werden oder gar ins Gegenlager überzugehen und die Reaktion zu stärken. Ebenso müssen diejenigen, die Rückhalt in diesen ungeklärten Massen suchen, von Enttäuschung zu Enttäuschung treiben. In der Entwicklung der sozialistischen Parteien hat sich gezeigt, dass sie trotz großer Anhängerzahl keinen dem äußeren Umfang entsprechenden Machtfaktor dargestellt haben, vor allem deshalb, weil dieses Klassenbewusstsein, die eigentliche Macht des Sozialismus, nicht in entsprechendem Maße vorhanden war und mangels genügender Einwurzelung in entscheidenden Situationen abbröckeln musste.

Die Weckung des klaren Klassenbewusstseins führt auch erst zur „Individualisierung der Massen“ (s. Karl Dannenberg, *Unsere Mission*, herausgegeben von der Räteschule Braunschweig). Das Führer- und Bonzenproblem kann nie ohne tiefere Klärung weiter sozialistischer Schichten gelöst werden. Wenn die Emanzipation der Arbeiterklasse wirklich ihr eigenes Werk werden soll, dann muss das Proletariat die Wurzeln seiner Macht in der Schulung seines eigenen Denkens und Begreifens suchen.

Das Testament des Pfarrers Meslier.

Von Heinrich Farwig.

Es ist noch eine Zukunftsaufgabe, eine wirkliche und vollständige Geschichte der sozialistischen Ideen und Kämpfe zu schreiben. Alles was bis jetzt darüber geschrieben wurde, ist unvollständiges Bruchstück. Der Stuttgarter Parteiverlag von [179] I. H. W. Dietz veranstaltete im Jahre 1895 eine „Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen“, die auch unvollendet blieb. Später erschien dies Werk dann in einer anderen Form. Die einzelnen Teile, aus denen das Ganze bestanden, wurden als selbständige Werke herausgebracht. So *Kautskys* „Vorläufer des neueren Sozialismus“, *Bernsteins* „Kommunistische Strömungen in der englischen Revolution“ und schließlich *Franz Mehrings* „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“.

Andere Abschnitte, wie „Die Niederlassungen der Jesuiten in Paraguay“ von *P. Lafargue* und der von *C. Hugo* „Der Sozialismus in Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert“, blieben überhaupt bei der Neuherausgabe weg und sind seitdem im Buchhandel nicht zu haben. Übrigens behandelt der letztere Abschnitt durchaus nicht alle Sozialisten der genannten beiden Jahrhunderte.

Wohl aber wird hier ein Mann erwähnt, der der Masse der Arbeiterschaft fast ganz unbekannt ist und der es wohl verdient, einen Platz in der Geschichte der Vorläufer des modernen Sozialismus einzunehmen und den Arbeitern bekannter zu werden: der Pfarrer *Meslier*, der seiner kleinen Gemeinde in den Ardennen, in der er sein Leben lang wirkte, ein Testament hinterließ, das später von *Voltaire*, gekürzt und verstümmelt, herausgegeben wurde. Erst 1864, zweihundert Jahre nach seiner Geburt, kam das hinterlassene Testament ungekürzt und unverstümmelt heraus.

In deutscher Sprache ist es bis jetzt anscheinend noch nicht erschienen. Die deutschen Arbeiter bleiben einstweilen angewiesen auf den Abschnitt von *C. Hugo* in der eben genannten

„Geschichte des Sozialismus“. In *Paul Louis* „Geschichte des Sozialismus in Frankreich“, wird er nur kaum erörtert. *D. F. Strauß* gibt in seiner Biographie Voltaires seinen kurzen Abriss.

Unser Kommunist Meslier ist geboren am 15. 6. 1664 in einem Dörfchen der Champagne: *Mazary*, als Kind armer Webersleute. Ein Geistlicher der Nachbarschaft ward auf ihn aufmerksam und verschaffte dem Jungen die Möglichkeit zu studieren. Von 1692 bis an sein Ende (1733) versah er in der Gemeinde Etrapigny die Seelsorge.

Seinen geraden Charakter erkennen wir an einer Begebenheit, die ihm den Zorn seines Patrons, des Herrn von Clairry und seines Vorgesetzten, des Erzbischofs von Reims zuzog. Unser Pfarrer hatte den „gnädigen Herrn“ dabei beobachtet, wie er einigen Bauern seine Gnade mit der Reitpeitsche auf den [180] Rücken eindrückte. Am nächsten Sonntag ließ er ihn dafür bei dem offiziellen Gebet in der Kirche weg. Der Herr aber glaubte ein Anrecht auf das Gebet zu haben und beschwerte sich bei dem Erzbischof. Der befahl dann auch dem armen Pfarrer, das nächste Mal auch für den die Bauern misshandelnden Herrn mitzubeten. Das tat nun der Pfarrer auf folgende Weise: „... Die Erzbischöfe ... verachten uns und kümmern sich nicht um uns. Sie haben nur Ohren für den Adel. Lasst uns also für den Herrn des Dorfes beten. Lasst uns Gott um seine Bekehrung bitten, dass er ihn nicht mehr in die Sünde fallen lasse, die Armen zu misshandeln ...“

So ruhig und friedlich auch sonst sein Leben dahinfloss in dem weltabgeschiedenen Ardennendörfchen, so trug er doch Zeit seines Lebens an einem schweren Gewissenskonflikt. Er, der nicht mehr an Gott und die Religion glaubte, musste Sonntag für Sonntag seiner Gemeinde das „Wort Gottes“ predigen; musste für die Großen, die er, wie sein Testament ergibt, bitter hasste, den Segen Gottes erlehen. Er, der im Innersten seines Herzens Kommunist war, musste seiner Gemeinde zureden, die scheußliche Ordnung, unter der sie furchtbar zu leiden hatte wie fast alle Bauern in Frankreich, zu ertragen.

So ehrlich er auch sein mochte – die Kraft, diesen Konflikt so oder so zu lösen, brachte er nicht auf; trug ihn vielmehr bis an sein Ende und legte dafür all den Hass auf das bauernschindende altfranzösische Regiment, der sich im Laufe der Jahre bei ihm angesammelt, in den Blättern seines Testaments nieder.

Der Hauptteil seiner Arbeit besteht, ganz wie bei den späteren großen Utopisten, in einer Kritik der damaligen wirtschaftlichen und sozialen Zustände. Am vernichtendsten sind seine Keulenhiebe gegen das absolute Königtum und den hohen weltlichen wie auch – und erst recht – den hohen geistlichen Adel. Von diesen Blättern sagt C. Hugo, sie seien mit dem Herzblute ihres Verfassers geschrieben.

Eigentlich sollten, meint der kommunistische Pfarrer, Religion und Politik einander entgegengesetzt sein. Die Milde und Frömmigkeit der Religion müsste die Härten und Ungerechtigkeiten der Tyrannei verdammen, und eine weise Politik die Irrtümer, Missbräuche und Betrügereien der Kirche unterdrücken. Aber in der Wirklichkeit sei es ganz anders. Kirche und Staat, meint er, Religion und Politik kämen sehr gut miteinander aus. Ja mehr als das: sie stützen sich gegenseitig, *wie zwei Beutelschneider* arbeiten sie einander in die Hände. Das Wesen der Religion ist unserem Pfarrer nichts weiter als verächtlicher Fanatismus. [181]

In der christlichen Moral erblickt Meslier drei Hauptirrtümer: 1. die Verdammung des Fleisches; 2. die Ansicht, dass die Tugend in der Lust an Schmerzen bestehe; 3. dass das Christentum verbiete, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Die Morallehren des Christentums seien geradezu verhängnisvoll für die Geschichte der Menschheit; sie hätten zeitweise sogar ihren Fortbestand in Frage gestellt und schließlich die Tyrannei der Könige autorisiert.

Hart beurteilt Meslier die sozialen Zustände seiner Zeit. Die größere Hälfte der Menschen sei anscheinend nur geboren, um die tyrannische Herrschaft der andern über sich ergehen zu lassen. Die Einen nur um zu genießen und die Andern nur um ihr ganzes Leben lang in Not und Elend zu verbringen. Die eine Klasse umfasst die Könige, die Prinzen, Adel und höhere Geistlichkeit, sowie alle übrigen Nichtstuer, die von der Arbeit der anderen Klasse leben. Diese andere Klasse aber ist die französische Bauernschaft. Nichts Verachteteres, nichts Elenderes, als die französischen Bauern, die immer nur für andere schaffen und selbst oft nicht ein Stück Brot für sich haben. Wie das Ungeziefer unaufhörlich den Körper der damit Behafteten zernagt und auffrisst, so tut der Adel nichts anderes, als dass er dem Volke das Mark aus dem Körper saugt.

Worauf nun gründet sich das Recht der Adligen und des Königs? Von Natur seien alle Menschen gleich. Dieser Zug des Naturrechts zieht sich durch das ganze 18. Jahrhundert. Es verdient aber doch festgehalten zu werden, dass Meslier seine Gedanken lange vor J. J. Rousseau niedergeschrieben hat. Die ersten Ahnen der Könige sind, so belehrt der Ardennenpfarrer seine Gemeinde, blutdürstige und grausame Leute gewesen; ja er nennt sie Schufte, Diebe und Verwandtenmörder. Die von diesen Leuten angemaßte Gewalt wurde dann vererbt und mit dem Mantel der Gerechtigkeit, Ehre und Tugend zugedeckt.

Schreiendste Ungerechtigkeit sei es, auf solchem Fundament die Missverhältnisse der Klassen zu begründen. Man sieht, Meslier ist bei der Beurteilung der sozialen Gegensätze wie seiner Zeit überhaupt, noch durchaus moralisch eingestellt. Wenn die Ahnen des französischen Adels nun nicht solche Hallunken gewesen wären? Dann müsste doch alles, nach der Logik von Meslier, ganz anders gekommen sein.

Dass es zu seiner Zeit keine Tyrannenmörder mehr gab, das macht Meslier seinen Zeitgenossen zum bitteren Vorwurf. Nur die Gewalt der Starken und der Trug der Pfaffen haben die Ungleichheit geschaffen. Ein Gott und ein besseres Jenseits werde dem armen Volke nur vorgegaukelt, um es unterwürfig und ge- [182] duldig zu erhalten. Es gibt keinen Gott, so ruft er seiner Gemeinde zu, der irdisches Leid mit himmlischem Glücke belohnt. Wie lange noch wird das Volk auf alles Glück verzichten? Vereinigt euch, ihr Völker, ruft er zuletzt aus, beginnt damit, zuerst heimlich eure Gedanken auszutauschen. Verbreitet Flugschriften. Der vereinten Anstrengung aller Unterdrückten muss es gelingen, die überstolze Rasse von Menschen, die das Volk um die Früchte seiner Arbeit bringt, zu verjagen, und dann gilt es, *das neue Gemeinwesen zu schaffen*.

Dies neue Gemeinwesen wird nun ziemlich kurz geschildert. Hugo meint, die Kürze im Verhältnis zum Ganzen rühre daher, dass die Bauern seiner Gegend, an die Meslier sich doch zunächst wandte, noch Reste eines urwüchsigen Agrarkommunismus gekannt hätten. Das Ziel sei den Bauern durchaus bekannt gewesen. Hauptsächlich habe es sich für Meslier um die Mittel und Wege zu seinem Kommunismus gehandelt. Und da sei – wie konnte es damals anders sein – nur Belehrung und Erziehung in Frage gekommen. Und das ist in der Tat das einzige Mittel *aller* Utopisten geblieben – bis heute noch.

Das Fundament des neuen Gemeinwesens soll der Grundsatz sein, dass alle Menschen von Natur gleich sind. Jeder hat das Recht auf eine auskömmliche Existenz. Diese wird an die einzige Bedingung der Verrichtung nützlicher Arbeit geknüpft. Alles Privateigentum ist abgeschafft. *Wie* es aber abgeschafft wird, darüber scheint sich unser Pfarrer keine Kopfschmerzen gemacht zu haben. Alle Einwohner einer Gemeinde oder Stadt bilden eine einzige Familie, in der alle Brüder und Schwestern sind. Alle genießen – auch dieser primitive Kommunismus kommt später noch bei *Grachus Baboeuf* vor – dieselbe Nahrung und tragen dieselbe Kleidung.

Als Leiter eines solchen Gemeinwesens dürfen nur die besten und weisesten aller Genossen fungieren und nicht, sagt Meslier mit einem Blick auf seine Zeit, Toren und unmündige Kinder, die der Zufall der Geburt auf ihren Platz gestellt.

In den neuen Gemeinwesen gibt es auch keine Religion mehr. Nur, und auch das ist wieder ganz im Geiste des Aufklärungszeitalters gehalten, eine Sittenlehre, aufgebaut auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Nur das Licht der Vernunft wird die Menschen zur Vollendung in Wissenschaft, Kunst und Moral bringen. Darum ist ihm mit das Wichtigste die Erziehung der Kinder, die die Gesamtheit der Bürger, der Staat übernimmt. [183]

Die Ehe wird gleichfalls umgewandelt und das Zusammenleben der Geschlechter nur noch auf wirklicher Zuneigung aufgebaut sein.

Das ist in kurzen Zügen das Testament des Pfarrers Meslier.

Rundschau.

Wer ist „die Industrie“? Ein Schiedsspruch in einem Lohnstreit zu Iserlohn wurde vom Reichsarbeitsminister außer Kraft gesetzt mit der Begründung:

„Der vorwiegend auf die in letzter Zeit zurückgegangene Ausfuhr eingestellten Iserlohner *Industrie* wird durch die im Schiedsspruch vorgesehene Lohnregelung ... eine Leistung zugemutet, die sie im gegenwärtigen Augenblick nicht ertragen kann ...“

Wer die Löhne *zahlen* soll, das sind die Kapitalisten; die Arbeiter sollen die Löhne *kriegen*. Herr *Brauns*, der gegenwärtige Arbeitsminister, rechnet also die Arbeiter offenbar nicht mit zur Industrie. Sie sind nur ein lästiges Anhängsel, das den Kapitalisten Unkosten und leider auch noch Beschwerden macht. Es spricht sich hierin die typisch kapitalistische Auffassung aus, dass die Arbeiter eigentlich nur Schmarotzer am Körper der Industrie seien, die von den Kapitalisten miternährt werden müssen.

Ganz in demselben Sinne schreibt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ der Admiral *Hollweg* über die den Reedern zugewandten Milliarden:

„Der Vertrag ist ein wohl nicht ohne erhebliche Opfer von allen Seiten zusammengekommenes, erfreuliches Kompromiss zwischen dem zur Entschädigung verpflichteten *Reich*, den *Reedern* und den *Werften* als den berufenen Exponenten *aller* an der Schifffahrt und dem Schiffbau interessierten Personen.“

Das Reich, die Reeder und die Werften (nämlich die *Besitzer* der Reedereien und Werften) vertreten alle interessierten Personen! Die Arbeiter, die Schiffszimmerer, die Seeleute gehören nicht mit dazu!

Aus dieser Auffassung soll ihren Vertretern kein Vorwurf gemacht werden. Sie glauben eben an ein „gemeinsames Interesse der Nation“, wie z.B. aus folgenden Worten *Hollwegs* klar hervorgeht:

„Der Wiederaufbau unserer Handelsflotte ist dringlich notwendig im Interesse unserer Gesamtwirtschaft. In diesem Sinne ist auch die Bevorzugung gerade dieser Entschädigungsangelegenheit vor anderen, z.B. vor der Abgeltung der Ansprüche der Auslandsdeutschen, berechtigt. ‚Seefahrt ist not‘ ist kein dem Küstenkapitalismus dienendes Schlagwort, sondern hat eine sehr reale Bedeutung für jeden einzelnen Deutschen: Solange wir vorwiegend auf fremde Reedereien für unseren Import und Export angewiesen sind, zahlen wir, ganz abgesehen von der Verkehrsunfreiheit, jährlich rund 1,5 Milliarden

Goldmark als Tribut an Frachten pp. an das Ausland. An diesen Lasten tragen auch die Auslandsdeutschen mit. Dieser Zustand muss so bald als möglich beseitigt werden.“ [184]

Es ist natürlich ein äußerst wichtiges „nationales“ Interesse, dass wir die 18 Milliarden jährlich nicht an das ausländische, sondern an das inländische Kapital zahlen. Dem Arbeiter freilich kann's Jacke wie Hose sein. Nur an der jetzigen Zuwendung muss er tragen.

Sozialdemokratische Freude. In einem rechtssozialistischen Blatt lesen wir:

„*Ein würdiger Arbeitsbruder.* Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert verurteilte die Karlsruher Strafkammer den Maschinisten Herlan zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Herlan hatte Ende Dezember zu seinen Kollegen geäußert, Reichspräsident Ebert sei bei seiner Anwesenheit in Karlsruhe betrunken gewesen und Frau Ebert habe sich ein Kleid im Werte von 50 000 Mark gekauft. Die Kollegen aber hatten keinen Sinn für solchen Klatsch und sorgten dafür, dass der Verleumder einen Denkkzettel erhielt.“

Pfui Teufel nochmal! Unsere Leser wissen, dass wir von persönlicher Beschimpfung im politischen Kampf äußerst niedrig denken. Aber noch viel niedriger steht doch der elende Denunziant, der für staatsanwaltliche Denkkzettel „sorgt“. Dass sich darüber ein sozialdemokratisches Blatt freuen kann, das ist auch eines der Zeichen, was aus dieser Partei geworden ist.

Das Leben wird billiger? Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sind die Kosten der notwendigen Nahrungsmittel im Februar eine Kleinigkeit billiger gewesen als im Januar. Ein Ehepaar mit einem Kinde musste im Januar pro Woche 131 M. für Essen und Trinken ausgeben, im Februar nur 125 M. Der Unterschied ist nicht so klein, wie er auf den ersten Blick aussieht 6 M. pro Woche, das sind 312 M. pro Jahr, und das bei nur einem Kinde! Wer also z.B. 5 Kinder hat, der hat Aussicht, in den nächsten 12 Monaten wesentlich billiger auszukommen – vorausgesetzt, dass die Verbilligung so lange vorhält.

Doch Scherz bei Seite. Die Zahlen mit dieser winzigen Besserung enthüllen wieder einmal den grauenhaften Zustand der deutschen Volksernährung. Wenn es nämlich wirklich bei diesen „billigen“ Preisen bleiben würde, dann würde eine so kleine Familie – mit nur *einem* Kinde von etwa 10 Jahren – das Jahr über 6514 M. bloß für Essen und Trinken ausgeben müssen. Bei 2 Kindern (nach der Schöneberger Statistik) kämen schon 6916 Mark heraus. Rechnet man die sonstigen unerlässlichen Ausgaben für Wohnung, Heizung, Kleidung usw. hinzu, so kommen bei 2 Kindern 314 M. die Woche, also 16 328 M. das Jahr heraus. Die Reichsstatistik kommt für eine Familie mit 3 Kindern *ohne Kleidung* auf 12 500 M. Und für Kleidung muss man in diesem Fall 90 M. pro Woche, also rund 4700 M. pro Jahr einsetzen, sodass dann etwa 17 200 M. herauskommen. Das ist aber nur das eben Notwendige, da ist noch kein Pfennig für etwas Lebensgenuss gerechnet. Wer aber hat 17 000 M. Einkommen? [185]

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften *nicht bei uns*, sondern bei dem jedes Mal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

Das Geheimnis der Sprache. Von *Alexander Moszkowski*. Verlag Hoffmann u. Campe, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 25. 363 S.

Vom Gelde. Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn. Von *Argentarius*. 1921. Bank-Verlag, Berlin W. 57, Mansteinstr. 9.

Die Stimme. Blätter für Kinderschutz und Fürsorge-Erziehung. Hamburg 1, Altstädterstr. 42. Wochenschrift. Preis 50 Pfg.

Der Junge Genosse. Internationale Zeitung für Arbeiterkinder. Halbmonatsschrift. Preis 30 Pfg., Abonnement 1,80 pro Vierteljahr. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale. Schriftleiter *Edwin Hörnle*. Verlag Berlin-Schöneberg, Feurigstr. 63.

Die Arbeit. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Kommunistischen Jugendbewegung. Herausgegeben von der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Preis pro Nummer 50 Pfg. Verlag Junge Garde, Berlin C. 2, Stralauer Str. 12.

Die Pariser Forderungen. Von Dr. *Ernst Hamburger*. Verlag der Kulturliga, Berlin W. 35, Lützowstr. 107. 16 Seiten. Preis 2.- M.

Nationaler Kommunismus. Deutschlands Bollwerk gegen Ost und West. Ein Weckruf an den deutschen Michel von *Josef Biera*. Brund Kühn Verlag, München, Heßstr. 58, 25 Seiten.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam Junkerstr. 36/87.

6. Jahrgang Nr. 13 5. April 1921

Vom privaten Unternehmungsgeist.

Berlin, 2. April 1921.

Um die Wirtschaft wieder aufzubauen, die Produktion in Gang zu bringen und zu vermehren, ist die tatkräftige Initiative des privaten Unternehmertums unentbehrlich. Nur der durch Aussicht auf Gewinn angestachelte Unternehmungsgeist des Einzelnen ist im Stande, uns wieder in die Höhe und zur wirtschaftlichen Blüte zu bringen. So lautet der Grundsatz, nach dem das gesamte Verhalten der Bourgeoisie in Wirtschaft und Politik sich richtet.

Was der Kommunismus hierauf *grundsätzlich* zu erwidern hat, ist in diesen Blättern wiederholt gesagt worden²⁸ und soll hier nur kurz angedeutet werden. Der private Unternehmungsgeist kennt nur das eine Ziel, Profit, und zwar möglichst hohen Profit zu machen. Die Wege zu diesem Ziel aber liegen durchaus nicht immer in der Richtung des allgemeinen Interesses und der Produktionsvermehrung. So z.B. wird die Profitsteigerung am bequemsten erreicht durch Erhöhung der Verkaufspreise, „Ausnutzung der Konjunktur“, wie man das kaufmännisch nennt, und diesem Umstände verdanken wir die ganze wahnsinnige Teuerung seit dem 23. Juli 1914 bis auf den heutigen Tag. Das Ziel der Profiterhöhung kann unter Umständen auch erreicht werden durch Einschränkung der Produktion, wovon die großen Unternehmerverbände jederzeit reichlich Gebrauch gemacht haben, besonders auch während des Krieges. Ja, das Interesse des Privatunternehmers kann sogar erfordern, dass er technische Fortschritte und den Bau neuer Betriebe verhindert. Das hat z.B. die deutsche Zementindustrie in und nach dem Kriege [187] getan. Hier fanden es die privaten Unternehmer vorteilhafter, beschränkte Mengen Zement zu immer höheren Preisen zu liefern, als durch Anwendung neuer Produktionsmethoden ihr Kapitalrisiko zu vergrößern, und das ist einer der wesentlichsten Gründe unserer heutigen Wohnungsnot. Das alles darf man nicht als „Auswüchse“ abtun, vielmehr gehört es zur normalen Funktion des privaten Unternehmungsgeistes, der ja stets darauf ausgehen muss, auf die sicherste und billigste Weise den Profit zu erhöhen. Endlich aber kommt hinzu, was selbst der oberflächlichste Blick sehen muss: jeder einzelne Unternehmer sucht *seinen* Vorteil und produziert diejenigen Waren, womit *er* Profit zu machen hofft, ganz gleichgültig, ob die Waren einem sachlichen Bedarf entsprechen und ob nicht schon andere Kapitalisten genug und übergenug davon produziert haben. Bereicherung einzelner, Ruin anderer Unternehmungen, sinnlose Verschwendung von Material und Arbeitskräften ist die notwendige Folge.

Dass diese theoretischen Einwände richtig sind, zeigt ein Blick auf den tatsächlichen Zustand der Gegenwart. Niemand bestreitet, dass unsere Gesamtwirtschaft total verarmt ist. Immer wieder muss betont werden: der Krieg ist seit rund 2½ Jahren zu Ende, so lange ist der Kapitalismus bereits mit dem „Wiederaufbau“ beschäftigt, aber er hat noch nichts wieder aufzubauen vermocht. Dies gilt nicht etwa nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Indessen mag es hier genügen, daran zu erinnern, dass die Grundlage allen Wirtschaftslebens, die *Kohlen*produktion, heute immer noch so weit zurück ist, dass in Deutschland der Ausfall über ein Fünftel der früher geförderten Menge beträgt. Rechnet man Steinkohle und

²⁸ Vgl. insbesondere die Broschüre „Kassandarufe“ von Julian Borchardt, namentlich S. 11-16.

Braunkohle nach ihrem Heizwert zusammen, (wobei die Braunkohle als $\frac{2}{9}$ % der Steinkohle gilt,) so betrug die geförderte Kohlenmenge:

1913 209 Millionen Tonnen,
 1915 166 Millionen Tonnen,
 1918 181 Millionen Tonnen,
 1919 133 Millionen Tonnen,
 1920 166 Millionen Tonnen,

Wir sind also jetzt erst wieder mit Mühe und Not auf dem Stande von 1915 angelangt, der damals wegen seiner Tiefe Entsetzen erregte. Für dieses geringe Quantum aber sind viel mehr Arbeiter tätig. Ihre Zahl betrug im Ruhrgebiet und Oberschlesien zusammen:

1913 514 000,
 Dezember 1920 715 000 [188]

Außerdem ist die geförderte Kohle viel schlechter in Qualität, enthält viel mehr Gestein, so dass der wirkliche Minderertrag noch größer ist.

Nun lässt sich denken, dass die Verteidiger des Kapitals die Schuld auf die Arbeiter schieben werden: wenn trotz vermehrter Arbeiterzahl so viel weniger gefördert wird, dann müssen die Arbeiter doch um so viel weniger leisten! Das trifft natürlich auch zu, und wir bezweifeln nicht einmal, dass es zum Teil an dem liegt, was die Kapitalisten den „schlechten Willen“ der Arbeiter nennen. Wir glauben in der Tat, dass die Arbeitsfreudigkeit seit der Revolution sehr gesunken ist, weil eben die Arbeiter sahen, dass all ihre Hoffnungen zu Wasser wurden, dass in ihrem Leben trotz angeblicher Revolution keine Änderung eintrat, dass der Kapitalismus nach wie vor herrscht. Sie sind es satt, sich immer weiter im Dienste des Kapitals zu quälen, und das wirkt lähmend selbst auf diejenigen Arbeiter, denen es nicht so klar zum Bewusstsein kommt. Zum anderen, größeren Teil liegt die geringe Leistung natürlich an der Unterernährung und Erschöpfung der Arbeiter, an dem schlechten Zustand der Gruben, der Produktionsmittel, kurz an dem Raubbau, der während des Krieges getrieben wurde.

Dieser dauernde Kohlenmangel, dem der private Unternehmungsgeist in all der langen Zeit nicht abzuhelpen vermocht hat, wirkt nun weiter auf die gesamte übrige Produktion. Und hier zeigt sich der private Unternehmungsgeist in seinem vollen Glanze, indem jeder Einzelne bemüht ist, so viel Kohlen wie nur irgend möglich für sich zu kriegen, ohne Rücksicht darauf, wie das auf die Gesamtproduktion wirkt. Namentlich gilt das bei den vielen neuen Grenzen, die wir jetzt haben – für die Versorgung von Land zu Land. So musste, wie der ungarische Genosse *Varga* mitteilt,²⁹ im vorigen Jahr die ganze steirische Eisenindustrie stillgelegt werden, weil der tschechische Staat keine Kohle nach Österreich liefert. Nicht ganz, aber fast ebenso schlimm geht es dem hochindustriellen Staate Luxemburg.

Die Stilllegung der Betriebe wegen Kohlenmangels erzeugt natürlich massenhafte Arbeitslosigkeit, die viel größer ist als die offiziellen Zahlen ausweisen. Denn zu denen, die – in Deutschland – keine Erwerbslosenunterstützung kriegen und die also amtlich nicht als arbeitslos gelten, zählen ja die riesigen Massen, die verkürzte Zeit arbeiten, bis herab zu 3 und 2 Stunden pro Tag, und dafür auch nur verkürzten Lohn kriegen. Da nun [189] aber selbst der volle Arbeitslohn – gemessen an den Preisen der Lebensmittel – in Deutschland heute niedriger ist als vor dem Kriege, so folgt daraus, dass alle diese unzähligen Mengen von Arbeitern sich nicht ausreichend ernähren können, und es ist nicht daran zu denken, dass sie

²⁹ Kommunistische Internationale, 2. Jahrg. Nr. 14. S. 54.

auf diesem Wege niemals wieder ihre volle Arbeitsfähigkeit erlangen können. Verschärft wird dieser Zustand noch dadurch, dass auch die Produktion von Lebensmitteln weit hinter ihrer Friedensleistung zurückbleibt, und zwar in viel stärkerem Maße als die Kohlenproduktion. Auf dem Gebiet, das das Deutsche Reich am 31. Dezember 1920 umfasste, wurden geerntet:

	1913	1920
Weizen	4 061	2 255 Millionen Tonnen,
Roggen	10 219	4 972 Millionen Tonnen,
Hafer	8 718	4 870 Millionen Tonnen,
Kartoffeln	44 766	28 249 Millionen Tonnen.

Auch dies liegt zum größten Teil an dem Raubbau des Krieges, dem dadurch verursachten Mangel an Vieh, Dünger, Arbeitskräften, sodann wesentlich daran, dass der Bauer in seinem privaten Unternehmungsgeist keinen großen Anlass mehr zur Steigerung der Produktion hat, um seine Produkte gegen Papierlappen zu verkaufen, die täglich an Wert einbüßen und ihm zum großen Teil noch hinterher als Steuer wieder abgenommen werden sollen.

Rechnen wir hinzu, dass die Konkurrenz und die Abschließung vom Auslande häufig dazu führt, Betriebe an Stellen zu errichten, wo ihnen die Betriebsmittel usw. nur mit viel Arbeit und Kosten zugeführt werden können, indes Betriebe an anderen, vorteilhaften Stellen geschlossen werden müssen, so haben wir eine Gesamtskizze des Zustandes, in den uns der private Unternehmungsgeist geführt hat. Es leuchtet ein, dass wir nur durch *planmäßige Wirtschaft* herauskommen können. Das heißt, es muss nur das produziert werden, was gebraucht wird. Das kann aber nicht der einzelne Privatunternehmer, das kann nur der einheitliche Wille der Gesamtheit. Deshalb ist Vorbedingung die Ausschaltung des privaten Profitinteresses, die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Obgleich es fast überflüssig erscheint, möchten wir noch einen Nachsatz anfügen. Ein beliebter Trick der Bourgeoisie ist es, auf solche Ausführungen mit der Gegenfrage zu erwidern: wie wollen denn die Kommunisten die Gesamtwirtschaft einrichten? Was wollen sie denn tun, um uns aus dem Wirrsal hinauszuleiten? – Darauf ist klipp und klar zu antworten: [190] wir wissen das sehr genau und haben es oft genug dargelegt.³⁰ Aber selbst wenn das nicht zuträfe, selbst wenn wir klare Wege der Besserung nicht sähen oder wenn unsere Wege den anderen nicht gefallen, so bleibt darum doch alles richtig, was wir oben über den privaten Unternehmungsgeist gesagt haben, und folglich bleiben auch die Schlüsse richtig, die wir daraus gezogen haben. Es bleibt richtig, dass der Kapitalismus uns niemals aus dem Elend heraus, sondern immer tiefer hineinbringt. Also müssten dann eben diejenigen, denen unsere Vorschläge nicht gefallen, mit uns zusammen die richtigen Wege zur Gemeinwirtschaft suchen.

Die industrielle Umwälzung der Welt.

Von Richard Öhring.

Von Seiten der Kommunisten wird erklärt, dass die wirtschaftliche Krise der Gegenwart für das Proletariat nur durch Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung beseitigt werden kann. Dieser Auffassung stellen sich entgegen die Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die in ihr die „ewige“ Ordnung sehen, sowie diejenigen „Sozialisten“,

³⁰ Z. B. Lichtstrahlen, Nov. 1918, S. 13, Jan. 1919, S. 65 und an vielen anderen Stellen.

die gerade wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Durchführung des im Programm noch weiter geführten Sozialismus für unmöglich und unratsam erklären.

Die Grundlagen des Urteils, das im Gegensatz zum Kommunismus von dieser Seite über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart gefällt wird, sehen etwa so aus:

„Bis zum Jahre 1914 zeigte sich in den europäischen und sonstigen Industrieländern die kapitalistische Wirtschaftsordnung fähig, die Wirtschaft aufrechtzuerhalten und, abgesehen von vorübergehenden Störungen, der Bevölkerung im Großen und Ganzen die Lebensmöglichkeit zu sichern. Sozialismus war unter diesen Umständen eine Forderung des Proletariats, die an sich nicht eine Existenzfrage des vierten Standes darstellte, die vielmehr nur der Ausbeutung des Proletariats durch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung entgegengestellt wurde und zu einer andern Verteilung der Produktion, deren Grundlagen an sich nicht erschüttert waren, führen sollte. [191]

Wenn dies unmittelbar vor dem Kriege zugetragen habe, so müsse wohl auch jetzt die kapitalistische Wirtschaftsordnung imstande sein, die Krise durch Bautätigkeit zu heilen. Denn die Grundlagen der Produktion, die Grundlagen der Wirtschaft, seien im Allgemeinen die gleichen, wie im Jahre 1914. Innerhalb des kurzen Zeitraums von 1914 bis 1918 oder auch bis 1920 könne sich die Struktur des Kapitalismus nicht so tiefgreifend verändert haben, dass er die bis dahin schlecht und recht erfüllte Funktion auch künftighin auszuüben nicht mehr in der Lage sei. Im Kriege sei ja höchstens eine Rückentwicklung des Kapitalismus eingetreten, die nun erst wieder durch Neuentfaltung aufgeholt werden müsse. Der Krieg habe auf die Entfaltung der Produktion hemmend gewirkt. Nicht nur der normale „Fortschritt“ sei unterbunden worden, es kämen noch hinzu Verwüstungen, Zerstörungen, Abnutzung, die sich in allen Ländern geltend machten und die zu einer vorübergehenden Unterproduktion führten. Dies treffe ganz besonders zu für die Länder, die am meisten durch den Krieg gelitten haben, und diejenigen, die durch den Friedensvertrag am meisten belastet seien. Die gegenwärtige Situation sei zu erklären aus den entwicklungshemmenden Faktoren des Krieges heraus, aus seinen negativen Wirkungen.“

Diese Auffassung scheint eine sehr einfache und einleuchtende Erklärung der gegenwärtigen Verhältnisse darzustellen, und sie verfehlt leider auch nicht ihre Wirkung. Sie schwimmt auf der jedem sichtbaren Oberfläche der Dinge. Dass diese in ihren Tiefen ganz anders gestaltet sind, wird im weiteren Verlauf dieser Arbeiten zunehmend gezeigt werden. Zunächst sind aber noch die Auswirkungen in der Praxis zu zeigen, die diese Beurteilung der Verhältnisse bei ihren Vertretern hervorruft.

Darnach könne man die alten Verhältnisse wiederherstellen, wenn es nur gelinge, die alte Wirtschaft wiederaufzurichten, die genannten negativen Wirkungen des Krieges zu beseitigen. Um dies zu erreichen, müsse man gerade den Kapitalisten die Möglichkeit zu ausreichender Entfaltung geben. Alle Störungen der Wirtschaft seien zu vermeiden. Eine Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer und Arbeiter habe sich in der Erfüllung dieser Aufgaben zu finden. Streiks sei vorzubeugen. Eine besondere Berücksichtigung habe hierbei, die internationale Konkurrenzfähigkeit der eigenen Industrie zu finden, und in ihrem Interesse müsse man alle technischen Fortschritte zwecks Steigerung der Produktivität möglichst schnell zu möglichst allgemeiner Verwendung führen. Eine Umwälzung der Wirtschaftsweise sei angesichts der [192] zerrütteten Produktionsgrundlagen unmöglich, die Einheitsfront, die Fortsetzung des wirtschaftlichen Burgfriedens geboten. Dieser müsse sich infolge der gemeinsamen Interessen auch besonders darin zeigen, dass die unterlegenen Völker – hier also Deutschland – übertriebenen Siegerforderungen sich geschlossen entgegenzustellen hätten.

Mit diesen Auffassungen hat der Kommunismus zu kämpfen. Es ist in allgemein sichtbarer Weise zu zeigen, dass sie falsch, oberflächlich sind.

Es sei zunächst nebenher betont, dass der Kommunismus von vornherein alle diejenigen Auffassungen ablehnt, welche der sozialistischen Wirtschaftsordnung nur im Falle einer allgemeinen wirtschaftlichen Zwangslage eine Berechtigung zusprechen. Die sozialistische Wirtschaft ist eine Forderung des Proletariats, welche die kapitalistische Ausbeutung beseitigen soll und ihr Recht einzig und allein aus Willen, Klassenbewusstsein und Macht des Proletariats nimmt. Die Betonung der wirtschaftlichen Möglichkeit ist nur durch die besonderen Verhältnisse der Gegenwart erfordert.

Noch ein weiterer Punkt sei vorweg erledigt. Wenn sich der Kommunismus die Grundlagen des Urteils seiner Gegner über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu eigen machen würde, so wäre es immer noch streitig, ob dann die von den Gegnern gezogenen Folgerungen richtig und unbedingt sind. Denn auch die negativen Wirkungen des Krieges könnten den Sozialismus erforderlich machen. Die Verarmung der Wirtschaft könnte den Arbeiter zwingen, den Kapitalisten den Profit zu nehmen, da er nicht mehr imstande ist, aus dem schmalen Ertrag der Arbeit dem Kapital eine Extrarente zu zahlen. Dieser Gesichtspunkt ist der gewesen, den Otto Bauer, der ehemalige österreichische sozialdemokratische Ministerpräsident, hervorhob, um die Notwendigkeit des Sozialismus für Österreich zu betonen.

Doch welche ganz andere zwingende Notwendigkeit wird der Kommunismus erlangen, wenn er sich nicht nur hinsichtlich der Folgerungen, sondern vor allem hinsichtlich der praktischen Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse von dieser Vulgärauffassung unterscheidet!

Es muss nachgewiesen werden, und wirkliche Kenntnis der Tatsachen wird den Nachweis leicht machen, dass wir im Jahre 1920 nicht nur deshalb eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse erleben, weil der Krieg entwicklungshemmend und zerstörend gewirkt hat, sondern *dass die Grundlagen der Produktion selbst und damit die gesamte Struktur auf dem Wege positiver Entwicklung [193] sich umgestaltet haben*. Während des Krieges sind Entwicklungen vor sich gegangen, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Wir stehen nicht vor Nachwirkungen des Krieges im engeren Sinne, die schließlich ausgeglichen werden könnten. Es geht nicht um Wunden, die zu heilen sind. Die Wirkungen, die wir beobachten, müssen wir vielmehr schon als *Wirkungen der veränderten Struktur der Wirtschaft* erkennen. Es geht um die Wirtschaftsform selbst, nicht um die Beseitigung von Fehlerquellen, die außerhalb dieser Wirtschaftsform liegen.

Der Komplex der Erscheinungen, die hierhin gehören, ist dasjenige, was der Verfasser als „die industrielle Umwälzung der Welt“ bezeichnen möchte. In weiteren Artikeln will er diese Veränderungen im Einzelnen zeigen. Hier sei zunächst die grundsätzliche Veränderung der Betrachtungsweise hervorgehoben.

Es ist offenbar fast eine künstliche Einengung, ein Vorurteil, wenn man an die Betrachtung der gegenwärtigen Krise mit der Vorstellung herangeht, dass es sich nur um Wirkungen des Krieges auf wirtschaftliche Verhältnisse, nicht um Wirkungen der Wirtschaftsgestaltung als eigener Kraft handelt. Ich glaube, dass jeder, dem erst die Verschiedenheit dieser Standpunkte klar geworden ist, leicht Erscheinungen der Gegenwart herausfindet, die er als direkte Wirkung veränderter Wirtschaftsgestaltung ansprechen muss.

Wenn auf die Kürze des Zeitraums seit 1914 hingewiesen wird, so ist darauf zu sagen, dass der moderne Kapitalismus dort, wo bestimmte Hemmungen wegfallen, außerordentlich schnell weitreichende Veränderungen hervorrufen kann. Beispiele dafür werden geboten

durch die Kriegswirtschaft selbst mit ihren gewaltigen Produktionsumstellungen, die in unglaublich kurzer Zeit vollzogen wurden, sowie mit ihren organisatorischen Maßnahmen, welche vielfältige Aufgaben zu erfüllen hatten. Ein weiteres Beispiel wird durch die Entwicklung der Industrien in solchen Ländern geboten, die durch den Wegfall der übermächtigen Konkurrenz der in den Krieg verwickelten Länder erst zu einer industriellen Entfaltung gelangen konnten und mussten. Diese Länder haben ganze Industriezweige mit außerordentlicher Schnelligkeit aufgebaut und sind z. T. bereits während des Krieges zu Lieferanten der Länder geworden, von denen sie früher bezogen. Vielfach wirkte der Krieg fieberhaft beschleunigend auf den Pulsschlag der wirtschaftlichen Entwicklung, wie bei einem Kranken, dessen Puls und Lebensodem viel rasender als in gesunden Tagen dahinragt. Die alten Verhältnisse und Beziehungen [194] waren unwirksam und ausgeschaltet. Jeder Teil der Weltwirtschaft entwickelte sich gewissermaßen unabhängig vom anderen, da die einzelnen Teile voneinander abgeschnürt waren. Die Weltwirtschaft vor dem Kriege war zwar kein organisches oder planmäßig beeinflusstes Gebilde; aber die vorhandenen wirtschaftlichen Verknüpfungen führten durch ihr bloßes Vorhandensein eine gewisse Regulierung des Entwicklungsprozesses herbei. Die Bäume konnten nicht in den Himmel wachsen. Der neu auftauchende Konkurrent musste zäh mit seinem gestärkten Vordermann kämpfen; er musste den Staat zu Hilfe rufen, damit er ihm die Lebensmöglichkeit durch Schutzzölle, Eisenbahntarifpolitik usw. verschaffe. Alles dies fiel weg. Es war, als wenn noch in winterlichen Tagen ein Vorfrühling einsetzt, der die Vegetation zur Entfaltung bringt. Für viele Industrien trat eine Nachfrage ein, die sonst vielleicht nicht in Jahrzehnten eingetreten wäre, und auf deren Befriedigung sie hinarbeiteten.

Damit wird auch die Behauptung der Rückentwicklung der Wirtschaft erschüttert. Wenn ein bisher ungekannter Bedarf zu befriedigen war, so mussten Mittel und Wege dazu gefunden werden. Dies konnte nur zum Teil durch Raubbau an den Produktionsmitteln und der menschlichen Arbeitskraft geschehen. Man musste vorhandene Anlagen erweitern oder technische Verbesserungen finden, welche die Produktionsmöglichkeit steigerten. Häufig handelte es sich nur um die Anwendung schon vorhandener technischer Möglichkeiten, die man bislang nicht genutzt hatte, weil der geringere Bedarf sie noch nicht erzwang. Nachdem sie aber einmal zur Anwendung gelangt sind, ist ein Zurück nicht mehr möglich. Das in der Hochwasserflut erweiterte Bett des Stromes bleibt, auch wenn der Strom wieder schwächer wird. Es ist ja klar, dass die normale Fortentwicklung an anderer Stelle gehemmt worden ist. Im Ganzen scheint, wie durch besondere Ausführungen nachzuweisen bleibt, die Fortentwicklung die Stagnationsmomente erheblich zu überwiegen.

Dies alles trifft sowohl für die kriegführenden wie die neutralen Länder zu. Nur wird die Verteilung der Entwicklungskräfte von Fall zu Fall verschieden sein. Es ist durchaus nicht gesagt, dass kriegführende Länder hinsichtlich ihrer Wirtschaft bloß negativen Wirkungen des Krieges unterworfen gewesen sind.

Wären es überhaupt nur die negativen Seiten der Entwicklung, welche die gegenwärtige Lage bestimmen, dann müssten die durch den Krieg am meisten geschädigten Länder die Krisenerscheinungen am stärksten ausweisen. Die Krise tritt aber in allen Ländern der Welt in zunehmender Schärfe in Erscheinung. [195] Sie ist eine Weltkrise. Die Arbeitslosigkeit des Proletariats besteht überall in gleichem schrecklichen Ausmaße. Man kann daraus folgern, dass diejenigen das Proletariat irreleiten, welche seine Aufmerksamkeit immer nur auf die Schädigungen durch den Friedensvertrag hinzuweisen wissen. Denn da die Arbeitslosigkeit unabhängig von Friedensbelastungen anderswo gleichmäßig in Erscheinung tritt, kann offenbar die Beseitigung dieser Belastungen nicht auf den Kern der Krise und die mit ihr verbundenen Leiden des Proletariats einwirken.

Die gegenwärtige Situation kann also nie aus den entwicklungshemmenden Faktoren des Krieges heraus beurteilt werden. Man kann nur zur Erklärung gelangen durch die Untersuchung der industriellen Umwälzung der Welt. Damit fallen aber auch die gewöhnlichen Folgerungen, dass es sich nur um die Beseitigung von Nachwirkungen handele, zu denen der alte Kapitalismus unverändert fähig sei. Es ist eine neue Situation gegeben, an die man mit neuen Mitteln herantreten muss.

Das Papiergeld in der Revolution.

Von Heinrich Farwig.

Es scheint, als ob die Geschichte immer noch dazu da ist, dass die Menschen nichts aus ihr lernen. Wenn man sich die traurige Finanzwirtschaft etwas näher betrachtet, fallen einem gewisse Ähnlichkeiten mit der oft erwähnten Assignatenwirtschaft zur Zeit der großen Französischen Revolution auf. Damals wie heute fast ein Ertrinken in der Milliardenflut. Damals wie heute ein verzweifelt ankämpfendes gegen die immer mehr steigende Flut. Ein fruchtloses Suchen nach Abhilfe. Damals, aber auch wie heute, dieselbe furchtbare Not, der Hunger und das graue grinsende Elend in den breiten Massen des Volkes.

In Arbeiterkreisen sind diese Dinge im Allgemeinen weniger bekannt als man wohl wünschen möchte. Die bekanntere Literatur über die große Französische Revolution (siehe Lichtstrahlen, Nr. 3, 5. Nov. 1920) bringt darüber nur wenig. Wer aber möchte nicht die Papiergeldwirtschaft der französischen Revolution einmal an der Hand eines zuverlässigen Führers näher kennen. Natürlich nicht etwa, um am Schlusse die tröstliche Feststellung zu machen, dass nach dem alten Ben Akiba alles schon dagewesen sei. Vielmehr um herauszufinden, was an der Assignatenwirtschaft unseren heutigen Zuständen ähnlich und was eine Besonderheit der Zeit war und schließlich auch um das Wort Vol- [196] taires, dass die Menschheit bisher die Erfahrungen der Geschichte dazu benützt hätten, um nichts daraus zu lernen - Lügen zu strafen.

Ein solcher Führer ist die Broschüre des Genossen *Julian Borchardt*: „Das Papiergeld in der Revolution 1797 bis 1920“, die auf nur dreißig Seiten Text das Thema mit möglichster Gründlichkeit und auch Verständlichkeit behandelt. Vielleicht ist es nützlich zu bemerken, dass der Verfasser französische Quellenwerke benutzt hat, die nur zum Teil übersetzt und deshalb sowie auch wegen ihres Umfangs den allermeisten Arbeitern unzugänglich sind.

Um richtig zu verstehen, was die Assignaten in Wirklichkeit waren, muss man sich erinnern, dass es schon vor der großen Revolution eine Finanznot in Frankreich gab; ja, dass diese Finanznot recht eigentlich eine der direkt zum Zusammenbruch des alten Frankreich führenden Ursachen war. Die Revolution selbst konnte an der Finanzmisere nichts ändern. Nichtsdestoweniger versuchte sie ernsthaft, der fatalen Geldklemme Herr zu werden. Um endlich aus aller Not herauszukommen, sollten die konfiszierten Güter des Adels und der Geistlichkeit verkauft werden und auf die erwartenden Summen des Erlöses wurden schon vorher Scheine, *Assignaten*, herausgegeben. Im Einverständnis mit Necker legte der Abgeordnete De Coulteux de Cautelen der Nationalversammlung am 17. Dezember 1789 einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Zunächst bewilligte das Parlament die Ausgabe von Scheinen in der Höhe von 400 Millionen Franken. Und da der Wert der vielen Güter, die damals in der Hand der Regierung waren, 400 Millionen weit überstieg, war an der ganzen Transaktion durchaus nichts Ungesundes. Ja, in Wirklichkeit wurden sogar zunächst nur für 170 Millionen Assignaten ausgegeben. Man kann diese Assignaten auch noch nicht Papiergeld nennen, denn sie lauteten zunächst nur über größere Beträge, 10 000 Franken das Stück, und nur der Staat brauchte sie anzunehmen. „Sie waren also im Grunde nur eine Anleihe des Staates.“

Der Rückgang aller Staatseinnahmen bewirkte, dass nach verhältnismäßig kurzer Zeit für weitere 800 Millionen Assignaten ausgegeben werden mussten, die aber schon bis auf 200 Franken herunter lauteten und die nun auch Zwangskurs erhielten. Dann ging's unaufhaltsam abwärts und schon im Mai 1791 mussten für 100 Millionen 5-Frankenscheine in den Verkehr geworfen werden. Jetzt war aus den Assignaten ein regelrechtes Papiergeld geworden. Das ungeheure Missverhältnis [197] zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates bewirkte ein rasend schnelles Sinken des wirklichen Wertes der Assignaten. Immer schneller ging's bergab. In den Tagen um den 9. Thermidor (27. Juli 1794, Sturz Robespierres) galten sie nur noch ein Drittel ihres früheren Wertes. Man versuchte jetzt, das weitere Sinken ihres Wertes mit allen möglichen Mitteln, auch denen der Staatsgewalt, zu verhindern. Aber die junge kapitalistische Wirtschaft erwies sich als stärker als selbst die Furcht vor der Todesstrafe, die man all denen androhte, die Assignaten mit Verlust annahmen oder ausgaben. Zuletzt wollte kaum noch ein Geschäftsmann die wertlosen Papierlappen annehmen, und es wird berichtet, dass man häufig Assignaten zum Tapezieren der Zimmer benützt habe, weil sie billiger waren als Tapete.

Wie aber zog sich die Regierung schließlich aus der Geschichte? Damals war das Direktorium, das Bonaparte die Bahn frei machte, ans Ruder gelangt. Dieses wusste zunächst auch nichts anderes zu tun, als immer noch mehr von den Papierzetteln drucken zu lassen. Dann versuchte man es mit Zwangsanleihen. Und als alles nichts mehr helfen wollte, kam das Direktorium am 30. September 1797 mit einem Gesetz heraus, das „Mobilisation der öffentlichen Schuld“ getauft wurde und anordnete, dass alle Staatsschulden mit zwei Dritteln zurückgezahlt werden sollten. „Das letzte Drittel wurde in ein neues Schuldbuch eingetragen und mit 5 Prozent verzinst.“ Diese famose „Bezahlung“ leistete die Regierung mit neuen Papierzetteln, die auch nichts wert waren.

Das Ganze lief also zuletzt darauf hinaus, dass alle Inhaber solcher Zettel „expropriert“ wurden; nur dass man das Wort dabei nicht anwandte. Also eine Anwendung der echt kapitalistischen Maxime: Den Letzten beißen die Hunde.

Und die Moral von der Geschichte? Die Assignaten hatten wenigstens im Anfang eine genügende Deckung, so dass sie ein durchaus solides Wertpapier waren. Bei uns heute aber gibt es keine andere Deckung mehr als eine ruinierte Wirtschaft. Alle in den vier Kriegsjahren vernichteten Güter saugen jetzt in der Gestalt von unermesslichen Schulden, unerträglichen Steuern und unerschwinglichen Preisen gleich einem riesenhaften Vampyr den Volksmassen das Mark aus den Knochen. Dabei die Aussicht, dass alles Elend bei weiterem Sinken des Wertes *unserer* viel schlechteren Assignaten immer noch größer wird. [198]

Rundschau.

Diesseits wie jenseits der Grenzen. Einem Berliner Börsenblatt entnehmen wir die folgenden Zeilen:

„Unter der polnischen Industriearbeiterschaft herrscht jetzt ein derartiges Elend, dass die meisten Arbeiter nicht in der Lage sind, den allernötigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Preise für alle Lebensmittel sind ins ungeheure gestiegen. Der Sturz der polnischen Mark geht auf dem inneren Markte in einem so schnellen Tempo vor sich, dass der polnischen Industrie bereits die ausländische Konkurrenz droht. Angesichts der wahnsinnig hohen Produktionskosten in Polen stellen sich manche inländische Erzeugnisse schon jetzt teurer als eingeführte Waren ... Die ausländische Konkurrenz droht Polen mit einer vollständigen Stilllegung der Industrie. In der Lodzer Industrie herrscht bereits völliger Stillstand. Der Bestand der in Lodz lagernden Waren ist ein sehr hoher. Die Waren liegen schon seit langem vorrätig und finden keine Käufer ...

Es heißt, dass die Lodzer Fabrikanten ihre Waren in Polen überhaupt nicht verkaufen wollen, sondern auf den russischen Markt spekulieren. Sie wollen gleich nach Friedensschluss den Handelsverkehr mit Sowjetrussland aufnehmen. Solche Fabrikanten, die an der baldigen Aufnahmefähigkeit des russischen Marktes zweifeln, wollen ihre Waren nach Rumänien ausführen. Die rumänischen Märkte sind aufnahmefähig und der hohe Stand der rumänischen Valuta würde den Lodzer Fabrikanten selbst dann angemessene Gewinne sichern, wenn sie ihre Waren zu einem nicht zu hohen Preise verkaufen würden.“

Wir beeilen uns, diese Mitteilung nach unseren schwachen Kräften auch zur Kenntnis der Arbeiterschaft zu bringen. Denn wir hoffen, jeder Arbeiter wird wohl klug genug sein, nicht auf die chauvinistische Verhetzung hereinzufallen, die damit bezweckt wird, sondern vielmehr zu sehen, dass die Zustände in Polen – offenbar genau so sind wie bei uns in Deutschland. Woraus klärlich hervor geht, dass das alte wahre Wort immer noch zu Recht besteht: der Arbeiter hat kein Vaterland im kapitalistischen Sinne. Ob er von deutschem oder polnischem Kapital ausgebeutet wird, das kann ihm höllisch gleichgültig sein. Hier wie dort bereitet es ihm dasselbe Schicksal. Deshalb gehören deutsche und polnische Arbeiter zusammen, um gemeinsam die kapitalistische Ausbeutung zu bekämpfen.

Pressfreiheit. In einem Berliner Vorortblatt, einem jener Blätter die nur zum Zweck des Geldverdienens existieren und in albernster Weise den Instinkten derer zu schmeicheln suchen, von denen sie Einnahmen erhoffen, stand kürzlich zu lesen:

„Ein bedenklicher Zustand. Im Neuköllner Krankenhaus kommen auf 650 Kranke nicht weniger als 662 Angestellte, auch eine Folge des Achtstundentages, der natürlich für Ärzte und Schwestern keine Geltung hat.“

Wir drucken die Sache ab zu Nutz und Frommen derer, die immer noch für unbedingte Heiligkeit der Pressfreiheit schwärmen (obgleich die „demokratische“ Bourgeoisie, wie gerade die jüngsten Tage wieder zeigen, selbstverständlich auf die Pressfreiheit pfeift, wenn es ihr so passt). Auch in Deutschland wird der Tag kommen, an dem das Proletariat mit dem Aufbau des Kommunismus beginnen muss. Dazu braucht es bei der ganzen Bevölkerung klares Verständnis seiner Bestrebungen und kann [199] selbstverständlich nicht dulden, dass sie – noch dazu aus reiner Gewinnsucht – in solcher Weise verzerrt, verdreht und herabgewürdigt werden, wie es hier geschieht.

Krasser Opportunismus. Am Tage vor der Abstimmung in Oberschlesien wusste die Berliner „Freiheit“ zu berichten, dass die aus allen Teilen Deutschlands nach Oberschlesien gereisten Kommunisten einen Beschluss gefasst hätten, worin es heißt:

„Das oberschlesische Proletariat würde dem größten Elend preisgegeben, wenn der oberschlesische Industriebezirk an Polen fiel, deshalb kann kein ernstdenkender, revolutionär gesinnter Arbeiter die Verantwortung dafür übernehmen, durch eine falsche Taktik dem reaktionären, imperialistischen Polen den Rücken zu stärken ... Wir stimmen geschlossen für die deutsche Republik, nicht aus nationalistischen, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus und rufen allen unseren Gesinnungsgenossen zu, jeden Mann an die Wahlurne zu holen ...“

Wenn das wahr ist, dann haben sich diese „Kommunisten“ wohl kaum überlegt, dass ihre Begründung genau dieselbe ist, womit am 4. August 1914 die deutsche Sozialdemokratie ihren schamlosen Verrat rechtfertigte. Auch damals hieß es ja, „wir haben zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind“. Auch damals hieß es: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus viel, wenn nicht alles auf dem Spiel.“ Wie damals der russische

Despotismus, so muss heute das reaktionäre Polen herhalten, um die Sünde wider den heiligen Geist der sozialistischen Überzeugung zu bemänteln. Das oberste Gesetz praktischen und taktischen Handelns aber heißt: allemal das tun, was Grundsätze und Überzeugung gebieten ohne Rücksicht auf die Folgen. Sonst findet man – der 4. August hats gelehrt – immer Vorwände, um das Gegenteil dessen zu tun, wozu man sich verpflichtet hat.

Zugesandte Druckschriften.

(Wir bitten, die in dieser Rubrik genannten Druckschriften *nicht bei uns*, sondern bei dem jedes Mal genau bezeichneten Verlage zu bestellen, der sie herausgegeben hat.)

Die Pariser Kommune. Zum Gedächtnis des 50. Jahrestags. Von *Heinrich Farwig*. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. 1921. 32 S. Preis 2.– M.

Skizzen aus der Geschichte der Jugend-Internationale. Von *G. Tschitscherin*. Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauerstr. 12. 103 S. Preis 9.– M.

Jugend-Internationale Nr. 7. Reich illustriert. Verlag der Jugend-Internationale, Schöneberg, Feurigstr. 63. 32 S. 1.50 M.

Was ist die Internationale der kämpfenden Arbeiterklasse? Von *Martin Lange*. Wien 1921, Arbeiter-Buchhandlung, Alserstr. 69. 64 S. 16 Kronen.

Theorie und Praxis der 2½ Internationale. Von *Karl Radek*. Arbeiterbuchhandlung, Wien VIII, Alserstr. 69. 56 S. 10 Kronen. [200]

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam Junkerstr. 36/37.

6. Jahrgang Nr. 14 20. Mai 1921

Abschiedswort.

Berlin, 18. Mai 1921.

Mit der gegenwärtigen Nummer müssen die Lichtstrahlen ihr Erscheinen einstellen. Der Grund ist ganz einfach die finanzielle Unmöglichkeit, sie weiter zu halten. Sie fallen derjenigen Entwicklung zum Opfer, die wir in diesen Blättern oft genug geschildert haben: auf der einen Seite die – trotz aller „Valutaverbesserung“ – andauernde Steigerung der Papier- und Druckpreise, auf der anderen Seite die ebenso ständige Erhöhung der notwendigsten Lebenshaltungskosten. Gerade diejenigen, an die unser Blatt in erster Linie sich wendet, die denkenden Arbeiter, werden durch die Teuerung so stark getroffen, dass sie alles, was auch nur entfernt nach Luxus aussieht, aufs äußerste einschränken müssen. Wenn das 4 Pfundbrot 5 Mark kostet, dann bleibt selbst für wichtige Kulturbedürfnisse nichts mehr übrig. Eine Tageszeitung aber muss der Arbeiter halten, an kleineren Orten oft sogar zwei; denn er muss wissen, was am Ort vorgeht, und will außerdem in Fühlung mit seinen Gesinnungsgenossen bleiben. Also muss er nach und nach, je teurer neben dem Brot auch diese Blätter werden, auf alles verzichten, was über die Tageslektüre hinausgeht.

Wenn wir also die sachlichen Gründe des Rückgangs unserer Leserschar – oder vielmehr unserer Zahlerschar – erkennen, so verhehlen wir uns doch nicht, dass daneben auch anderes mitspricht. Die Lichtstrahlen haben sich in den insgesamt 5 Jahren, in denen sie erscheinen konnten, viele Freunde erworben. Das merkten wir besonders während der 2½ Jahre, als wir durch die Militärzensur verboten waren. Von allen Seiten gingen uns damals immer wieder erneute Wünsche zu, wir möchten doch sobald wie irgend möglich das Blatt wieder herausgeben. Aber diese Freunde sind doch offenbar nicht eifrig genug für das Blatt und seine Ver- [201] breitung eingetreten. Denn trotz aller Schwierigkeiten wäre die Zahl derer, die uns bis heute noch treu geblieben sind, immer noch groß genug, um die weitere Existenz des Blattes zu sichern, wenn jeder von ihnen uns nur in einem ganzen Jahre einen einzigen neuen Leser zugeführt hätte. Dies wäre umso mehr nötig gewesen, da die Lichtstrahlen niemals Kapitalien hinter sich hatten, die ihnen eine Propaganda modernen Stils durch Inserate, Plakate usw. ermöglicht hätten. So gerieten sie allmählich in Vergessenheit. Nun sind sie ja niemals ein „rentables“ Unternehmen im kapitalistischen Sinne des Worts gewesen. Im Gegenteil, sie haben nicht nur keine Überschüsse abgeworfen, sondern sie konnten nicht einmal die in Redaktion und Expedition nötige Arbeit bezahlen. Diese musste unentgeltlich geleistet werden, bzw. die darin beschäftigten Kräfte mussten sich ihren Lebensunterhalt durch andere Arbeit erwerben. Auch fernerhin wären sie bereit, dasselbe weiter zu tun, aber schließlich sind die Einnahmen so gesunken, dass sie nicht einmal mehr zur Deckung der Druckrechnung ausreichen, von Porto und sonstigen Unkosten gar nicht zu reden. Überdies muss leider ausgesprochen werden, dass eine immerhin nicht unbeträchtliche Anzahl unserer Abnehmer auch noch mit den Zahlungen im Rückstand geblieben sind, und zum Mahnen braucht man heute auch wieder sehr viel Geld. Wir hoffen, dass diese jetzt wenigstens die restlichen Beträge schnellstens einsenden, damit der Herausgeber für seine vieljährige Arbeit nicht noch einen Berg voll Schulden auf dem Halse behält.

Wenn wir somit heute zum letzten Mal zu unseren Lesern sprechen, so wollen wir das aber nicht ausschließlich mit Klagen ausfüllen, sondern wir wollen noch einmal „aussprechen das, was ist“. Wir wollen allen, die je auf uns gehört haben, noch einmal den Weg zu weisen

suchen, der nach unserer Überzeugung zum Kommunismus und damit zur Überwindung der jetzigen Not, zum Aufbau einer besseren Zukunft führt.

An der Oberfläche des Tages schwimmen wieder die politischen Schlagworte. Vor einer Woche war die „große Frage des Tages“ die, wer Reichskanzler wird, aus welchen Personen die Regierung bestehen werde, die das Ultimatum der Entente zu unterzeichnen hätte. (Denn dass sie es unterzeichnen würden, darüber war trotz aller demagogischen Schaumschlägerei nie ein Zweifel.) Heute drehen sich die Leibschmerzen der „großzügigen Politiker“ darum, ob es den Sozialdemokraten gelingen werde, auch in der preußischen Regierung wieder ein paar Stühle zu ergattern. Aber das eine hat unsere revolutionäre Epoche doch vor vielen anderen Zeitläuften voraus, dass man in der Praxis immer sehr schnell auf den wirtschaftlichen Untergrund der politischen Kinkerlitzchen stößt. Die Marionetten, die auf der parlamen- [202] tarischen Schaubühne auftreten und ihr Sprüchlein hersagen, für die mag die Personenfrage das Wichtigste sein. Aber die regieren ja nicht. Den anderen aber, den Drahtziehern, macht eine andere Frage viel größere Kopfschmerzen; die Frage nämlich: wie soll denn nun das, wozu man sich im Ultimatum verpflichtet hat, bezahlt werden?

Wir zerbrechen uns darüber natürlich nicht den Kopf. Denn wir wissen genau, es kann überhaupt nicht bezahlt werden. Wir können nur darüber lächeln, wenn die neue Regierung schon gestern am 17. Mai, großspurig die „sofortige“ Zahlung von 150 Millionen Goldmark „fast ganz in ausländischen Devisen“ anbietet, und darüber hinaus noch bis Ende Mai „eine weitere Zahlung in bar, den Rest in deutschen Schatzanweisungen“. – Warten wir's ab. Und wenn selbst diesmal die Zahlung einer – einer einzigen – Milliarde gelingen sollte, so bleibt dann immer noch ein nicht ganz unbeträchtlicher Rest übrig. Rechtssozialisten und Unabhängige meinen, man solle nur die Profite und die großen Vermögen kräftig besteuern. Das hat unsere vollste Sympathie. Nur sind wir neugierig, wie sie das Kunststück fertigbringen wollen, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft das Kapital kräftig zu besteuern. Oder vielmehr, wir sind gar nicht neugierig, denn wir wissen, dass daraus nichts wird. Außerdem haben wir schon vor Jahr und Tag in dürren Zahlen ausgerechnet, dass selbst die höchsten Steuern noch nicht einmal ausreichen würden, um die laufenden Staatsausgaben zu bestreiten, geschweige denn die Kriegsentschädigung zu zahlen. Mit Steuern löst man das Problem nicht. Endlich binden wir uns natürlich auch in keiner Weise an die bürgerlichen Rechtsbegriffe und werden niemals eine Verpflichtung des deutschen Volkes – d.h. in Wahrheit, der deutschen Arbeiter – zur Zahlung der Kriegsschäden anerkennen, deshalb, weil die deutschen Heerführer den Krieg verloren haben. Wäre es selbst möglich, dass die Deutschen allein alle Kriegslasten aufbringen, so würde dies nur eine Stärkung des französischen, englischen usw. Kapitalismus bedeuten, und in *der* Richtung bewegen sich unsere Bemühungen sicher nicht.

Aber es *ist* nicht möglich. Die Schäden des Krieges können nur in gemeinsamer Arbeit aller Kulturvölker geheilt werden und solche gemeinsame Arbeit kann nur auf kommunistischer Grundlage geleistet werden. Zu dieser Erkenntnis werden alle kommen, die wirklich praktisch die Frage der Entschädigung und des Aufbaus zu lösen versuchen. Nur wird das wahrscheinlich – leider – noch Jahre lang dauern und viel Opfer an Gut und auch an Blut erfordern. Wir Kommunisten wissen es heute schon, und daraus erwächst unsere besondere Aufgabe. Indes die [203] anderen sich um Ministersitze balgen oder immer neue Steuersysteme ausklügeln oder auch einfach durch Rosstäuscherpraktiken den politischen Gegner übers Ohr zu hauen suchen, dass er's nicht merkt, wenn man ihm etwas weniger gibt, wissen wir, die wirklich entscheidende Frage des Tages, die Frage, die all dem kleinlichen Gezänk zu Grunde liegt und eines Tages auch allen offenbar werden wird, ist die Frage: *wie bauen wir die Gesamtwirtschaft kommunistisch um?* Wir wollen gar keine Kriegsentschädigung zahlen, sondern wir wollen die Gesamtwirtschaft in Deutschland und Frankreich und Italien

und England und Amerika so einrichten, dass alle Schäden durch Arbeit beglichen werden, alle Völker von ihrer Arbeit friedlich und reichlich leben können und die kapitalistischen Ursachen neuer Kriege beseitigt sind.

Und hier wird die internationale Aufgabe zunächst und für die unmittelbare Gegenwart national. Selbstverständlich müssen wir ständig nach dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss mit Sowjet-Russland trachten, aber im Übrigen können wir Deutschen im Augenblick nur in Deutschland wirken und müssen die entsprechende Tätigkeit in den anderen Ländern den dortigen Kommunisten überlassen. Die Tätigkeit aber heißt: Übernahme und kommunistischer Umbau der Betriebe; Verdrängung des kapitalistischen Einflusses, der kapitalistischen Leitung innerhalb des Betriebes selbst durch die proletarische Leitung.

Das ist etwa kein Aufruf zu Gewalttätigkeiten. Ob und inwieweit Gewalt anzuwenden, das ist eine ganz gesonderte Frage, die hiermit unmittelbar nichts zu tun hat. Es kommt darauf an, dass die Arbeiterschaft sich und ihren Einfluss im Betriebe durchsetzt und dann den Betrieb auf die planmäßige Zusammenarbeit mit allen anderen Betrieben hinleitet. Dazu ist keine Gewalt nötig, sondern eigentlich nur Zielklarheit und fester Wille. Umso mehr, da den ehemals festesten Stützen des Kapitals, den Angestellten, Technikern, Beamten usw. und sogar vielen Kapitalisten selbst der Boden unter den Füßen täglich mehr schwindet. Das muss ausgenutzt werden. Sieht man es doch stets und überall, dass der feste, energische, tatbereite Wille, der sein Ziel kennt, durch zähe Arbeit ohne alle Gewalttat seinen Zweck erreicht. Wie Bismarck sich durchsetzte gegen den alten Kaiser Wilhelm, wie in England ganz regelmäßig nicht der Minister regiert, sondern der tatkräftige Staatssekretär, so muss heute die Arbeiterschaft die Leitung der Betriebe an sich nehmen gegen das Kapital.

Das ist der Rat und der Wunsch, den die Lichtstrahlen bei ihrem Scheiden ihren Freunden mit auf den Weg geben. [204]

Weltindustrialisierung.

Von Richard Öhring.

Die Verwandlung von Agrarländern in Industrieländer, von Ländern, die industrielle Rohstoffe ausführen in solche, die Fertigfabrikate auf den Weltmarkt bringen, die Weiterentwicklung der Industrie in den Industrieländern ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr in Erscheinung getreten. Die Industrialisierung der Welt zeigte sich als ein dauernd fortschreitender Prozess.

Dass diese Entwicklung – entgegen manchen Auffassungen – während des Krieges nicht nur nicht Halt machte, sondern sogar rascher als vorher fortschreiten musste, dafür sind in dem Artikel: „Die industrielle Umwälzung der Welt“ (Nr. 13) eine Anzahl allgemeiner Gründe aufgeführt worden.

Wenn man von hier aus zu einer Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Weltsituation gelangen will, so ist es erforderlich, die Wirkungen des fortschreitenden Industrialisierungsprozesses im Allgemeinen zu erkennen, ehe man an die Prüfung der einzelnen hierher gehörigen Tatsachen herangeht.

Bei der Erörterung der hierher gehörigen Probleme wird gewöhnlich von dem Begriff des *Kapitalimperialismus* ausgegangen, von dem Streben der kapitalistisch entwickelten Länder nach Ausdehnung, vor allem in der Form wirtschaftlicher oder politischer Herrschaft über andere Staaten und Landgebiete. Man erkennt zwar allgemein den Zusammenhang mit der fortschreitenden Industrialisierung; man begnügt sich aber mit der Feststellung der bloßen

Tatsache, ohne die Gründe zu durchforschen, aus denen die Industrialisierung zu den überall auftauchenden Konflikten und Krisen führt.

Denn warum führt Weltindustrialisierung heute notgedrungen zu den sich immer steigernden und immer verbreiternden wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

Diese Frage nach der Begründung einer allgemein anerkannten oder instinktiv gefühlten Tatsache ist nur von wenigen, vor allem von *Rosa Luxemburg*, ernsthaft aufgeworfen worden. Sie ist aber auf dem Gebiete der Wirtschaftstheorie wohl die allerwichtigste Frage. Sie birgt die weitesttragenden Konsequenzen in sich. Denn wenn man durch Feststellung der Ursachen erkennt, dass Industrialisierung und Kapitalimperialismus nicht bloß zufällig zusammenhängende Tatsachen sind, die man demnach auch durch den Sieg pazifistischer Erwägungen etwa aus der Welt bringen könnte; wenn man damit erkennt, dass die fortschreitende Industrialisierung, d.h. heute die fort- [205] schreitende kapitalistische Wirtschaft zwangsläufig zu Konflikten und Schwierigkeiten treibt, dann brechen alle die Auffassungen in sich zusammen, welche den Sozialismus ruhig wie eine reife Frucht vom üppigen Baume des Kapitalismus abernten zu können vermeinen. Dann wird Sozialismus eine Frage des Kampfes, dann lautet die Frage für das Proletariat: wie rettet es sich vor den zerstörenden Wirkungen des Kapitalismus, wie entgeht es den Zerrüttungen seiner Existenzgrundlagen?

Ist es so selbstverständlich im Laufe der Naturordnung gegeben, dass fortschreitende Industrialisierung Schwierigkeiten hervorrufen muss? Könnte man nicht ebenso gut das Gegenteil erwarten? Und wenn es so ist, wie es heute ist, ist dies nicht gerade die schärfste Kritik der kapitalistischen Ordnung?

Und mit welcher Auffassung trat der Kapitalismus selbst in schwärmerischen Jugendjahren auf den Plan? Da wusste er noch nichts davon, dass die Industrieentwicklung schließlich die Wirtschaft selbst gefährden würde. Seine Forderung ging auf Befreiung der Wirtschaft von allen staatlichen und sonstigen Bevormundungen, damit das Kapital in den Stand gesetzt würde, alle Produktivkräfte zu wecken und in Bewegung zu setzen. Je mehr Industrie, desto mehr Reichtum. Je mehr Produktion, desto mehr Konsum. So hieß es. Man brauche nur mehr zu produzieren, um den Reichtum des Einzelnen zu vermehren. Man brauche nur die Produktivität zu steigern, um die Waren zu verbilligen und damit die Bedarfsdeckung zu verbessern.

Führte nun die Produktion irgendwo dauernd, in breiten Massen und erheblich zum gesteigerten Konsum? – Nein. Abgesehen von der Verarmung des Proletariats, das höchstens eine vorübergehende mäßige Prosperität hier und dort erlebte, traten bald regelmäßig wiederkehrend die *Krisen* als ständige Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hervor.

Die Produktivkräfte waren geweckt. Das Kapital fand aber nie die Möglichkeit, sie richtig zu verteilen. So wurde das zur zerstörenden Kraft, was beleben sollte. Es ging dem Kapital wie dem Goetheschen Zauberlehrling. Er hatte des Meisters Zauberwort, um die Geister herbeizurufen; aber ihm fehlte das Wort, ihnen Stillstand zu gebieten.

„Die ich rief, die Geister
Werd' ich nun nicht los.“

Das Wesen der Krisen besteht im Allgemeinen darin, dass zwischen Produktion und Konsum kein Gleichgewicht besteht. Die Produktion findet keinen Absatz. Der Kapitalist nennt das: *Überproduktion*. Wirklichkeit ist, dass diesem Produktenreichtum, der unveräußerlich auf Lagern liegt oder verdirbt, bitterste Not weiter Massen gegenübersteht. Überproduktion liegt

[206] dort vor, wo kein Bedarf vorhanden ist; kapitalistische „Überproduktion“ aber liegt vor, wo Nachfrage, d.h. *kaufkräftiger* Bedarf fehlt.

Man hat sich nun mit der Frage beschäftigt, wann das Gleichgewicht zwischen „Angebot“ und „Nachfrage“ ungestört bleibt. Dass dies unter bestimmten Voraussetzungen der Fall sein muss, leuchtet ein. Die Antwort, die man hier fand, hat aber zu großen Irrtümern geführt. Viele glaubten nunmehr auch zu wissen, wie man diesen Gleichgewichtszustand *erhalten* könne. Mit der Feststellung der Gleichgewichtsvoraussetzungen ist aber nicht gesagt, dass man nun innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft diese Voraussetzungen bewusst schaffen und erhalten könne.

Es zeigte sich ja auch, dass trotz der Erkenntnis solcher und ähnlicher Verhältnisse die Krisen nicht beseitigt wurden, sondern immer wieder, immer in neuen Formen wiederkehrten.

Die Lösung des Problems der Gleichgewichtsherstellung zwischen Angebot und Nachfrage ist für den Kapitalismus innerhalb des eigenen Marktes überhaupt unmöglich. Der Außenmarkt ist für den Kapitalismus die Lebensfrage.

Die Summe des Mehrwerts nämlich, den die Gesamtheit der Kapitalisten in der Hand behält, stellt sich unmittelbar dar in einem Mehrprodukt, das der Arbeiter über dasjenige Produkt hinaus erzielt, das auf dem Umwege über den Lohn wieder in seine Hände zurückfließt. Nur einen Teil dieses Mehrprodukts vermag die Kapitalistenklasse durch Steigerung ihres eigenen Verbrauchs zu verzehren. Sie tauscht dabei die einzelnen Produkte auf dem Wege des Kaufes untereinander aus.

Den Teil des Mehrproduktes, der jetzt noch unverkauft zurückbleibt, durch Verbilligung der Produkte – d.h. durch Hebung der Kaufkraft – wieder an den Mann zu bringen, ist für das Kapital sinnlos. Das hieße ja, den Mehrwert selbst einschränken. Auch die bloße Verwendung dieses Mehrproduktes zu Neuanlagen (Reproduktionen) ist keine Lösung, sondern eben die Erschwerung selbst. Denn es fehlt ja bereits die Kaufkraft, um das alte Mehrprodukt abzunehmen.

Es bleibt also nur der Ausweg, dass der Kapitalismus den Mehrwert außerhalb des eigenen Marktes realisiert. Nicht die Notwendigkeit, Güter an das Ausland zu liefern, um fremde Rohstoffe usw. dagegen einzutauschen, veranlasst den Kapitalismus, die Waren ins Ausland zu werfen, sondern diese Notwendigkeit entspringt aus der Natur des Kapitalismus als solchen. Im Auslande verwandelt er das Mehrprodukt in Geld.

Damit beginnt das Suchen nach den Märkten, das Streben aller Länder, in denen die kapitalistische Wirtschaftsweise sich [207] gegen die Reste älterer Wirtschaftsweisen durchgesetzt hat, nach Export. Immer neue Märkte werden gesucht, die alten Märkte stärker ausgebeutet. Dieser Prozess, der erst wenig Konflikte bringt, wird immer heftiger, immer mehr von Erschütterungen begleitet, je mehr Konkurrenten auftreten.

Damit sind wir auch zu der Beantwortung der Frage gelangt, warum die Weltindustrialisierung eine dauernde Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewirkt. Weil der Kapitalismus nicht in der Lage ist, Produktion und Konsum auf eigenem Markte auszugleichen oder – anders ausgedrückt – den Mehrwert zu realisieren, deshalb kann die fortschreitende Industrialisierung eines Landes (und damit der Welt) niemals ein Land aus sich heraus bereichern, sondern – solange überhaupt – nur auf dem Umwege der Ausbeutung fremder Märkte. Je weiter die Industrialisierung fortschreitet, desto mehr sucht jedes Land den Konkurrenten vom eigenen Innern fernzuhalten, desto mehr Konkurrenten ringen um die übrigbleibenden, immer enger werdenden Märkte. Die Industrialisierung der Welt ist der Abgrund, in den der Kapitalismus stürzt, in den er vorher die Leiber des Proletariats stürzen möchte. So gebiert in paradoxer Weise Reichtum aus sich Not, Wohltat

Plage. Mit bangen Augen betrachtet ein Land die industriellen Fortschritte des andern. Die wachsende technische Beherrschung der Naturkräfte durch den Menschen macht ihn zu ihrem Sklaven.

Mit der Industrialisierung beginnen die Staaten sich voneinander abzuschließen. Immer höhere Schutzzollmauern werden gegenseitig errichtet. Ein Land folgt hierin dem andern. Wo Länder unterjocht sind, benutzt dies der Sieger, um sich selbst Erleichterungen zu schaffen und seine Konkurrenten auszuschalten. Nicht aus Gerechtigkeit protestiert ein Kapitalstaat gegen Vergewaltigungsversuche an einem schwachen Lande durch den Stärkeren, sondern aus Futterneid.

Die Konflikte verschärfen sich. Kolonialkriege drohen. Schließlich sind immer neue Riesenkriege die letzten gewaltmäßigen Lösungsversuche

Und umgekehrt: wenn mit der Weiterentwicklung des Industrialisierungsprozesses einem Land die Ausfuhr im entsprechenden Ausmaße unmöglich wird, dann bedeutet dies nicht ein Zurückfluten der Kräfte auf den Innenmarkt, sondern Abbruch und Stagnation. Es droht der Untergang in die Barbarei.

Diese Grenzscheide auf dem Wege bedeutete der Weltkrieg. Er war der Ausbruch des Kapitalimperialismus. Der Kapitalimperialismus ist das Produkt der fortschreitenden Industrialisierung der Welt, die sich von den Fesseln der kapitalistischen Wirtschaft noch nicht befreit hat. [208]

Kommunistische Praxis.

Von F. L.

Ein Freund unserer Sache schreibt uns:

In Nr. 11 der Lichtstrahlen haben Sie ganz das Richtige getroffen mit der Frage: Was sollen wir Arbeiter in den Betrieben tun? Natürlich gibt es Unzählige, die es nicht wissen. Die Antwort lautet zwar noch richtiger – *den Willen haben zur Organisation der Produktion bei Ausschaltung der Profitwirtschaft*. Mehr kann die Arbeiterschaft wirklich nicht tun. Zu diesem Willen gehört aber sehr viel! Ein ganzes dem Sozialismus Sichhingeben, ein energisches Abschütteln aller politischen Schaumschläger, ein fieberhaftes Verlangen nach Beseitigung der Armut bei Arbeitenden, ein Sichsammeln unter der Parole Sozialisierung.

Um die Leute so weit zu bekommen, muss man anführen und erklären, wie eigentlich die Organisierung der Produktion vor sich geht, denn ohne Überzeugung können sie im Kampfe nicht standhalten noch Ausdauer haben. Z. B. führe man an, wie Lokomotiven in der Privatwirtschaft und wie in der Gemeinwirtschaft hergestellt werden. Die meisten Leute werden sagen, ha, da ist doch gar kein Unterschied. Aber wir wissen es besser. Bevor die Privatfirma den Auftrag aus dem Ergebnis vieler Konkurrenzangebote erhalten hat, geht viel Zeit und Geld verloren, was natürlich alles die Arbeiter wieder hereinarbeiten müssen, denn nicht auf jedes Angebot folgt ein Auftrag. In der Gemeinwirtschaft braucht es keine Konkurrenz, da gibt es nur Bedarf. Da wird die beste, die ökonomischste Maschine gebaut, und zwar im ganzen Reich, nicht nur in einem einzelnen Wirtschaftsbezirk. Die Einzelteile werden nach Lehren in besonderen Abteilungen oder in kleineren Werkstätten hergestellt und in den Montagehallen zusammengesetzt. Ersatzteile sind auswechselbar. Eine Lokomotive, die in Ostpreußen in Betrieb ist, kann auch dort Ersatzteile haben. Es wird keine 25 verschiedene Lokomotivtypen mehr geben, die lediglich Folgen der Privatwirtschaft sind oder auch der königlichen Gernegroße. Teilung, Erleichterung der Arbeit ist überall in erster Linie berücksichtigt.

Wie kann nun so ein Wirtschaftsgebilde entstehen, bzw. geschaffen werden, wo alles in größten Ausmaßen wie ein Uhrwerk reibungslos vor sich geht? Wir kehren zurück zu unserer Lokomotive. An den einzelnen Teilen derselben finden wir gar keine besondere Schwierigkeit, aber sowie alles zusammengesetzt und im Betrieb ist, dann fühlt jedermann etwas wie Geist darin. Und es ist tatsächlich ein geistiges Machwerk. Wollen wir das [209] Geschaffene ergründen, analysieren, dann müssen wir den ganzen Werdegang des Dampfmaschinenbaues studieren, wir werden dann das Wachsen des Geistes darin erkennen. Wir sehen, wie der Entwurf einer Lokomotive entstanden, wie die Einzelteile besonders konstruiert und wie sie nachdem auf der Zeichnung planvoll zusammengesetzt worden sind. Die Zusammenstellung einer Lokomotivzeichnung fordert Bewunderung heraus.

Genau so setzt sich das Wirtschaftsgetriebe zusammen. Da ist ein Kopf - der Wirtschaftsrat. Er entwirft zunächst, wie die Produktion geordnet wird, d.h. er sichtet in den Büros die Bedürfnisse an Rohprodukten und die Erzeugnisse an Fertigwaren, welche von den Betriebsräten und den kommunalen Verwaltungen eingesandt werden. Die gesamte Wirtschaft der Industrie ist in Branchen eingeteilt. Jede Branche bearbeitet zentralistisch die von ihr verlangten Artikel und Maschinen, wodurch jeder einzelne Betrieb ganz automatisch in das Getriebe der Gemeinwirtschaft eingereiht wird. Die geistige Leitung sitzt in den Konstruktionsbüros und Laboratorien, welche ihre Kräfte aus den Betrieben holt. Dort wird ständig die Verbesserung von Maschinen und Werkzeugen angestrebt, Anregungen zu Neukonstruktionen und Erfindungen werden fortwährend geprüft, also nicht bloß angemeldet wie heutzutage. Ein Stillstand der Entwicklung kann auf keinem Gebiet eintreten, im Gegenteil werden Forschungsarbeiten nachdrücklichst unterstützt werden. Entbehrungen und Not braucht dabei niemand zu leiden.

Der treibende Keil zur Arbeit war bisher der Profit und die Not. In Zukunft wird es die Pflicht, die Bildung, der eigene Antrieb und die entsprechende Schulung sein. Der wahre Forscher verachtet Profit, er bedient sich seiner nur, um seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Die kommunistische Organisation des gesamten Wirtschaftslebens, einschließlich Industrie und Landwirtschaft *beruht auf der Statistik*. Diese muss beim Aufbau jeweils von Ingenieuren, Spezialisten vorgenommen werden. Die Statistik wird durch Schaubilder (Diagramme) verdeutlicht, übersichtlich gemacht. Lohnverzeichnisse gibt es nicht mehr, dagegen Zeitverzeichnisse, Stücklisten, Materialauszüge. Weil nun im eigenen Lande keine feindlich gesinnte Konkurrenz gegenübersteht, so sind die Produkte und Arbeitsweisen nicht so sehr der Änderung unterworfen wie in der Privatwirtschaft.

Wollte man versuchen aufzuzeigen, wie der Bergbau, die Hochöfen, die Stahlwerke, die Walzwerke, die Gießereien, die Maschinenfabriken mitsamt der ganzen Fertigungsindustrie zu organisieren wäre, man käme über die Aufstellung von Statistiken über Produktion und Bedarf, einschl. Import und Export, nicht hin- [210] aus. Der Grund ist einfach, er liegt im Worte Organisation. Wer etwas anderes darin sucht, geht fehl.

Die Aufstellung der Statistik umfasst in erster Linie die vorhandene Arbeiterschaft und ihre Betriebe, dann die Produktionsmöglichkeit der einzelnen Betriebe in einer Zeiteinheit, den Bedarf aller Gegenstände für Betrieb und Konsum, die Lebensmittelrationierung. *Man muss streng Organisation und Produktion auseinanderhalten*, dann findet man sich in der kommunistischen Gemeinwirtschaft gut zurecht. Diejenigen, welche einmal die kommunistische Wirtschaftsweise begriffen haben, sind auch eifrige Anhänger, wenn sie ehrlich sind. Warum drohen denn die Unternehmer der Regierung zeitweilig mit der Organisation der Produktion? Doch wohl nur deshalb, weil diese eine Arbeitslosigkeit, bzw. kürzeste Arbeitszeit bei gleicher Produktionsleistung zur Folge hat, kurzum, die ganze

Unproduktivität der heutigen Wirtschaft würde beseitigt, damit aber auch das ganze Regierungssystem.

Bezüglich des Widerstandes in der Landwirtschaft braucht man nicht zu schwarz zu sehen, weil dieser von den Bauern selbst aufgegeben wird, sobald die Industrie ihre Nachkommen nicht mehr aufnimmt. Bisher hat es der Bauer als ganz selbstverständlich angesehen, dass er seinen Kräfteüberschuss als lästigen Konkurrenten der Industriearbeiterschaft zuschieben darf. Diese Abgeschobenen werden von zu Hause meist kräftig mit Lebensmitteln unterstützt, sie arbeiten, wenn es nottut, auch um jeden Preis, nur um sich in der Industrie sesshaft machen zu können.

In Zukunft werden dieselben also mithelfen, den Landbesitz zu teilen und schon nach wenig Jahren werden die meisten Güter übervölkert sein, zudem man reichlich Gelegenheit hat, die Stadtleute, welche vom Lande stammen, wieder dorthin abzuschieben. Das ist ein ungeheures Agitationshilfsmittel und kann meines Erachtens groß angelegt ins Werk gesetzt werden. Es wäre sozusagen die Revolution aufs Land getragen. Geschickt angelegt, würde ein Kampf zwischen den Arbeitern selbst nicht entbrennen, weil eben bei knappen Lebensmitteln viele das Land vorziehen. Doch kann solches Werk nur im geeigneten Moment angesetzt werden, d.h. dann, wenn der Kampf um Übernahme der Macht begonnen hat. Der Landwirt muss von seinen eigenen Angehörigen mürbe gemacht werden. Uns allen aber wird der Kampf dadurch ungemein erleichtert. Die Wohnungsfrage darf keine Rolle spielen, es ist Krieg, Einquartierung. [211]

Rundschau.

Der echte deutsche Mann kann keinen Sowjetrussen leiden, doch seine Gelder nimmt er gern. Durch die Reihen der deutschen Kapitalisten geht geradezu ein Aufatmen, seit das Handels-Abkommen zwischen der deutschen und russischen Regierung zu Stande gekommen ist, und es ist geradezu ergötzlich zu sehen, wie dieselben Zeitungen, die immer noch sich in Beschimpfungen unserer russischen Genossen überschreien, doch jetzt zugleich die deutschen Kapitalisten zu Geschäften mit Russland zu ermuntern suchen. Folgende Zeilen sind einer Abhandlung der „Berliner Börsenzeitung“ über Russland entnommen:

„Wir Deutschen sind in einer Zwangslage. Die Gewaltmaßnahmen der Entente versperren uns fast den ganzen Weltmarkt. Russland ist das einzige unserer früheren Absatzgebiete, wo der deutsche Kaufmann und Techniker nicht direkt unter der Kontrolle von Agenten der Entente stehen würde und wo dringender Bedarf nach deutschen Industrieerzeugnissen besteht. Die Anknüpfung von Handelsbeziehungen und die Betätigung in Russland ist natürlich keine einfache Sache. Aber die Pioniere des deutschen Handels, vor allem unsere Auslandsdeutschen sind es von jeher gewöhnt gewesen, größte Schwierigkeiten zu überwinden, und es werden sich trotz der großen Unsicherheit und trotz aller Gefahren für Person und Eigentum, nunmehr genug Leute finden, die den russischen Markt aufsuchen werden. Deutschland verfügt über viele Kaufleute und Techniker, die der russischen Sprache mächtig sind und Land und Leute bereits kennen. Im Gegensatz zu Engländern und Amerikanern besitzt der Deutsche die gerade in Russland sehr wichtige Eigenschaft, sein Auftreten wie seine Erzeugnisse den Bedürfnissen des Landes anzupassen, und darin liegt die erste Garantie für einen Erfolg.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass Deutschland über hinreichend große Warenbestände aller Art verfügt, um sofort den russischen Markt mit dem Allernotwendigsten zu versorgen. Es fragt sich nur, ob Russland in der Lage sein wird, Zug um Zug entsprechende Gegenleistungen zu machen.“

Nun folgt eine Untersuchung, die zu dem Schluss führt:

„Wer aus Russland exportieren will, muss erst die dortige Landwirtschaft wieder auf die frühere Höhe bringen, d.h. er muss dem russischen Bauern Maschinen und Werkzeuge zu rationeller Feldbestellung und Wirtschaft liefern. In dieser Beziehung würden die Interessen der deutschen Industriellen und Kaufleute sich mit denjenigen der russischen Regierung und des Volkes unbedingt decken. Daneben eröffnet sich die Aussicht durch Übernahme land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in eigene Regie diejenigen Produkte zu erzeugen, deren Deutschland dringend bedarf.“

Sollte man's glauben! Sobald es etwas zu verdienen gibt, entdeckt sogar dieses Börsenblatt, dass das deutsche Kapital die gleichen Interessen hat, wie die Sowjetregierung. [212]

Der kapitalistische Sozialist. Einer der übelriechendsten Kriegshetzer auf französischer Seite war bekanntlich Herr *Hervé*, ein Mann, der sich vor dem Kriege nicht nur als Sozialist, sondern als wütender Antimilitarist gebärdete. Er war für völlige Gewaltlosigkeit, gegen alles Soldatenspielen usw. Sowie der Krieg kam, lernte er um. Wir wollen zu seiner Ehre annehmen, dass er dafür keine anderen Gründe hatte als die prinzipielle Haltlosigkeit all jener Schwätzer, die sich in tönenden Phrasen berauschen, ohne je einen Augenblick über deren theoretische Begründung oder auch nur über deren praktische Tragweite nachzudenken. So widerlich vor dem Kriege sein verstiegenes Geschwätz gegen jedes Blutvergießen war, das er aufdringlich als „Sozialismus“ anpries, genauso widerlich war während des Krieges seine Hetze zum Brudermord der französischen Proletarier gegen ihre deutschen Leidensgenossen. Jetzt ist die Konjunktur wieder eine andere, und so verspürt er, wie es scheint, das Bedürfnis, wieder einmal Völkerversöhnung zu mimen. Neuerdings fordert er in seinem Blatt die französische Regierung auf, deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete zuzulassen. Wie es aber in der Seele dieses Mannes aussieht, das zeigt die Begründung, die er seinem Wunsch mit auf den Weg gibt. Da heißt es nämlich:

„Frankreich werde sich zur Berufung deutscher Arbeiter vielleicht eher entschließen, wenn es sich darüber klar werde, dass es seine Beziehungen auf den Weltmärkten ausdehnen könne, während der konkurrierenden deutschen Industrie die 400 000 Arme für den französischen Wiederaufbau entzogen würden.“

Stinkt es nicht zum Himmel, dass ein Mensch mit solchen Anschauungen nicht nur sich Sozialist nennen, sondern in der sozialistischen Bewegung tatsächlich eine Rolle spielen und einen gewissen Einfluss ausüben darf!

Ganz wie bei uns. Auch in England hat man die Fahrgelder für Personen und die Tarife für Güter auf den Eisenbahnen immer weiter erhöht. Das letzte Mal am 1. September vorigen Jahres. Infolgedessen sind, wie jetzt bekannt wird, in den 6 Monaten bis 1. März die Einnahmen ganz erheblich – *gesunken!* Im Personenverkehr von 11 auf 7 Millionen £, im Güterverkehr von 15 auf 11 Millionen £ pro Monat. [213]

Zugesandte Druckschriften.

Die Bevölkerungsbewegung der englischen Kolonien vor und in dem Weltkriege. Von C. *Döring*, Kopenhagen. Sonderdruck aus dem Archiv für Sozialhygiene und Demographie. Leipzig, F. C. W. Vogel 1921.

La Revue Communiste. Kommunistische Monatsschrift. Paris, Das kommunistische Manifest. Enthaltend: Die Rede zum Programm von *Rosa Luxemburg*, Dezember 1918; das kommunistische Manifest (1847) von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* nebst den Vorreden derselben Verfasser (1872, 1882 und 1890); das Manifest der (dritten) Kommunistischen

Internationale (1919); ein Verzeichnis der vorkommenden Eigennamen und Fremdwörter. Verlag der Arbeiter-Buchhandlung Wien 8, Alsenstraße 69. 80 S. 20 Kronen.

N. Lenin. Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? Verlag der Arbeiterbuchhandlung. Wien VIII. 64 Seiten, 20 Kronen.

Historisch-Materialistisches über Wesen und Veränderung der Künste. Von *Lu Märten*. Verlag Junge Garde, Berlin C. 2, Stralauerstraße 12. 67 S. 8.- M.

Die Revolution oder den Tod. Von *Raymond Lefèvre*. Mit dem Nachruf von *Paul Vaillant-Couturier* und einem Vorwort von *Henri Barbusse*. – Verlag der Arbeiter-Buchhandlung, Wien VIII. 48 S. 20 Kronen.

Liederbuch für Proletarier. Mit Noten. Verlag der Arbeiter-Buchhandlung, Wien VIII, 48 S. 8 Kronen.

Europa und der nächste Krieg. Von *G. Engelbert Graf*. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Bln.-Fichtenau. 30 S.

Anfang. Zeitschrift der Jugend. Kampfblätter für neue Schule. Herausgeber *Carl Werckshagen*. Charlottenburg, Pestalozzistraße 88 a.

Die Allgemeine Arbeiter-Union. Herausgegeben vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin 1921. Preis 1 M. – Kurt Kuschewski, Berlin O. 112, Gabriel-Max-Straße 8.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam, Junkerstr. 36/37.